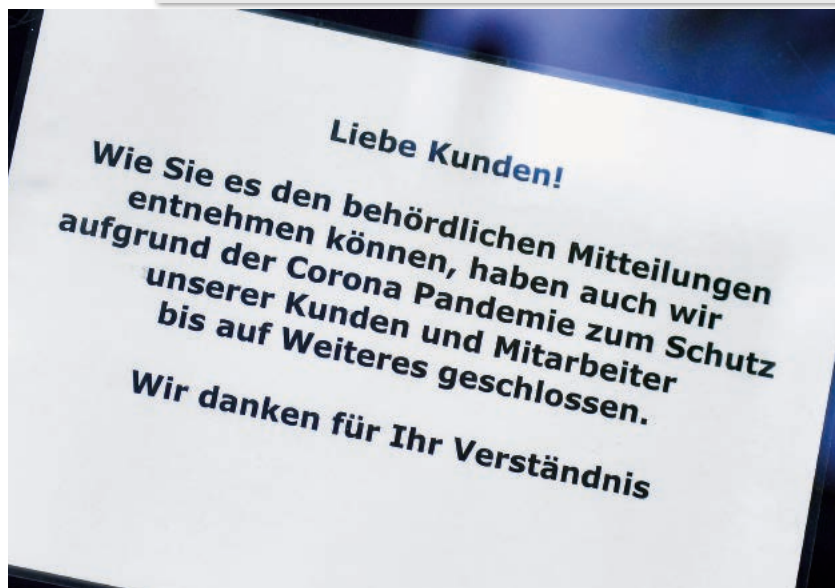


DEUTSCHLAND & EUROPA

Liebe Kunden!
Wie Sie es den behördlichen Mitteilungen entnehmen können, haben auch wir aufgrund der Corona Pandemie zum Schutz unserer Kunden und Mitarbeiter bis auf Weiteres geschlossen.
Wir danken für Ihr Verständnis

WIRTSCHAFTSPOLITIK IN ZEITEN DER CORONA-KRISE



„geschlossene Gastronomie“, 16.04.2020

© picture alliance / Foto Huebner

WIRTSCHAFTSPOLITIK IN ZEITEN DER CORONA-KRISE

Vorwort des Herausgebers	1
Geleitwort des Ministeriums	1
1. Die Corona-Krise als DIE zentrale Herausforderung Ralf Engel	2
2. Die Corona-Krise: Ökonomische Ursachen, Folgen und Maßnahmen – ein Überblick Gustav Horn	6
3. Systemrelevant und schlecht bezahlt: Unverzichtbare Care-Berufe in Zeiten von Corona Barbara Thiessen	20
4. Mit mehr Klimaschutz aus der Krise? Gregor Jaschke, Miriam Dross, Claudia Kemfert	32
5. Die EZB in der Corona-Krise: Die geldpolitische Reaktion Jürgen Schaaf	44
6. Von der Corona-Krise zur Krise im Euroraum? Markus Demary	54
7. Die Corona-Krise: Ende der Globalisierung? Karl-Heinz Paqué	64

DEUTSCHLAND & EUROPA INTERN

D&E-Autorinnen und Autoren – Heft 80	76
--	----



Vorwort der Herausgeber

Die Corona-Krise gilt als die größte Herausforderung in der Geschichte der Bundesrepublik. Die langfristigen Folgen der Pandemie für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sind zwar noch offen, dennoch zeichnen sich gerade auch auf dem Feld der Wirtschaft, das diese Ausgabe von „Deutschland & Europa“ in den Mittelpunkt stellt, diskussionswürdige Tendenzen ab: Das Ansehen und die Bedeutung bestimmter Berufe kann sich ebenso wandeln wie die Haltung zur internationalen Arbeitsteilung und zur Rolle des Nationalstaates.

Es ist bemerkenswert, dass sich die renommierten Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe von „Deutschland & Europa“ auf diesen im Grunde offenen Prozess eingelassen haben. In ihren Beiträgen analysieren sie Ursachen und geben Ausblicke. Indem das vorliegende Heft 80 u. a. die aktuellen Entwicklungen aufgreift, können Lehrende das Geschehen unkompliziert in den Unterricht holen und wichtige Herausforderungen, wie z.B. Folgewirkungen für das Verhältnis von Markt und Staat, abbilden und diskutieren.

Nicht nur bei der Frage, inwiefern Konjunkturpolitik mit mehr Klimaschutz zu vereinbaren ist, sondern auch in weiteren Beiträgen schwingt die Frage nach den Chancen mit, die sich aus einer solchen Krise ergeben. Der Trend hin zu einer verstärkten Digitalisierung der Arbeitsprozesse ist sicher unumkehrbar, doch auch hier wird es neben Gewinnern auch Branchen, Unternehmen und Arbeitnehmer geben, die als Verlierer aus diesem Strukturwandel hervorgehen werden, der somit einer sozialen und bildungspolitischen Ausgestaltung bedarf.

Auch die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg hat ihre digitalen Angebote im Zuge der Pandemie massiv ausgebaut und eine Vielzahl an Web-Talks, E-Learning-Kursen oder auch Podcasts im Angebot. Zielsetzung ist es, die Schulen auf ihrem Weg ins digitale Zeitalter zu unterstützen. Diesen Weg hat nun auch „Deutschland & Europa“ mit der vorliegenden Ausgabe eingeschlagen, indem einige digitale Elemente zur Unterstützung des Unterrichts angeboten werden. Dazu kommt eine Einbettung der Materialien in einen didaktischen Rahmen, der kontroversen Unterricht zu diesem wichtigen und hochaktuellen Themenbereich ermöglicht.

lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Lothar Frick und Sibylle Thelen
Direktion
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Geleitwort des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Die Corona-Pandemie stellt die zentrale Herausforderung unserer heutigen Zeit dar. Sie betrifft nicht nur Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, sondern auch nahezu alle Bereiche unseres Lebens – eine Herausforderung, die wir auch in den Krisen der letzten Jahrzehnte so noch nicht erlebt haben.

Weltweit hat die Corona-Krise viel Leid verursacht und zahlreiche Menschenleben gefordert. Auch die Wirtschaft, Kunst und Kultur sehen sich mit schwerwiegenden Problemen konfrontiert: Unternehmen mit ihren Beschäftigten, Selbstständige und Kulturschaffende fürchten um ihre Existenz, unzählige Arbeitsplätze sind bedroht. Mit dem Ziel, einen völligen Zusammenbruch der Ökonomie mit unabsehbaren Folgen für Politik und Gesellschaft zu verhindern, stellen die Staaten der westlichen Industrieländer Finanzhilfen in Milliardenhöhe zur Förderung der Konjunktur bereit. Ob diese Politik erfolgreich sein wird, ist bislang noch nicht sicher und hängt ganz maßgeblich auch vom weiteren Verlauf der Pandemie ab.

Neben den Sorgen der Menschen um ihre eigene Gesundheit und die ihrer Angehörigen, treten weitere Verunsicherungen und Fragen wie die nach der Sicherheit des Arbeitsplatzes, des Einkommens und viele andere mehr: Was passiert mit der zunehmenden Staatsverschuldung und den damit möglicherweise einhergehenden Belastungen? Führen die enormen Finanzhilfen nicht zwangsläufig zu einer hohen Staatsverschuldung und Inflation? Sind die Lieferketten unserer global vernetzten Volkswirtschaft in dieser Krisensituation nicht allzu anfällig?

Die Autorinnen und Autoren der aktuellen Ausgabe von „Deutschland & Europa“ thematisieren diese Herausforderungen und Maßnahmen aus ganz unterschiedlichen Perspektiven. Dabei werden verschiedenen Politikebenen, vom Nationalstaat über die Europäische Union bis hin zu globalen Kontexten, in den Blick genommen.

Den Beiträgen folgen kontroverse und problemorientiert gestaltete Unterrichtsmaterialien, die sich an den Bildungsplänen des Landes orientieren. Diese sollen die Urteilskompetenz von Schülerinnen und Schülern stärken, um sie vor dem Hintergrund einer zunehmend komplexen, unsicheren und mehrdeutigen Welt als mündige Bürger zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe zu befähigen.



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR KULTUS, JUGEND UND SPORT

Ministerium für Kultus,
Jugend und Sport
Baden-Württemberg

1. Die Corona-Krise als DIE zentrale Herausforderung

RALF ENGEL

Die Corona-Pandemie ist ein „externer Schock biblischen Ausmaßes“, so beschreibt unser Autor Jürgen Schaaf (S. 46) die Auswirkungen der Infektionsfälle und der ergriffenen Maßnahmen auf Wirtschaft und Gesellschaft.

Als am 31.12.2019 die chinesische Regierung erstmals Fälle einer unbekannten Lungenkrankheit an die WHO meldete, konnte niemand dieses Ausmaß absehen. Auch als am 27.01.2020 in Bayern die erste Infektion in Deutschland mit dem Coronavirus bekannt wurde, stieg zwar die Unsicherheit, was sich z. B. an der Anzahl der Suchbegriffe bei Google ablesen lässt, doch man hatte immer noch die Hoffnung, dass es bei nachverfolgbaren Einzelfällen bleiben würde. Doch dann stiegen auch in Deutschland, befeuert nicht zuletzt durch Karneval und Après-Ski, die Zahlen rapide an. Dazu kamen die dramatischen Bilder aus Norditalien, die ersten Corona-Todesfälle in Deutschland sowie die Einstufung des Infektionsgeschehens als weltweite Pandemie durch die WHO, sodass sich die Bundesländer Mitte März aus medizinischen Erwägungen genötigt sahen, Schulen und Kitas bis zum Ende der Osterferien zu schließen. Am 16.03. wurde dann das öffentliche Leben weitgehend lahmgelegt: Gastronomie, Kinos und Freizeiteinrichtungen mussten ebenso schließen wie kurze Zeit später die meisten Geschäfte. Außerdem traten Kontaktbeschränkungen in Kraft und die Bundesrepublik machte ihre Grenzen weitgehend dicht. Dass diese einschneidenden Corona-Schutzmaßnahmen, die ab dem 20.04.2020 wieder gelockert wurden, enorme Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft hatten und weiterhin haben, liegt auf der Hand.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Autorinnen und Autoren bedanken, dass sie sich auf dieses Heft angesichts der Dynamik und Offenheit des Geschehens eingelassen haben, denn „Prognosen sind schwierig, vor allem wenn sie die Zukunft betreffen“ – ein Zitat, das abwechselnd Mark Twain, Winston Churchill oder auch mal Kurt Tucholsky zugeschrieben wird, das die augenblickliche Lage jedoch treffend zusammenfasst.

Dies umso mehr, als alle Prognosen angesichts der seit Mitte Oktober wieder rasant ansteigenden Infektionszahlen morgen schon Makulatur sein können. Auch wenn wir zu diesem Zeitpunkt noch relativ weit von einer (Über-)Auslastung der Krankenhausbetten entfernt sind, muss man sich vor Augen halten, dass die Schul- und Kita-Schließungen im März auf der Basis von 700 Infektionsfällen beschlossen wurden, während wir heute mehr als zehnmals so viele Neuinfektionen haben, was nicht nur auf eine umfangreichere Testung zurückzuführen ist.

Wie wirkten sich die Corona-Maßnahmen auf die Wirtschaft aus?

Wie auch von den Autorinnen und Autoren in diesem Heft betont, liegt die Spezifik der ökonomischen Verwerfungen – auch im Vergleich zur Finanzkrise 2008/09 – darin begründet, dass es sich

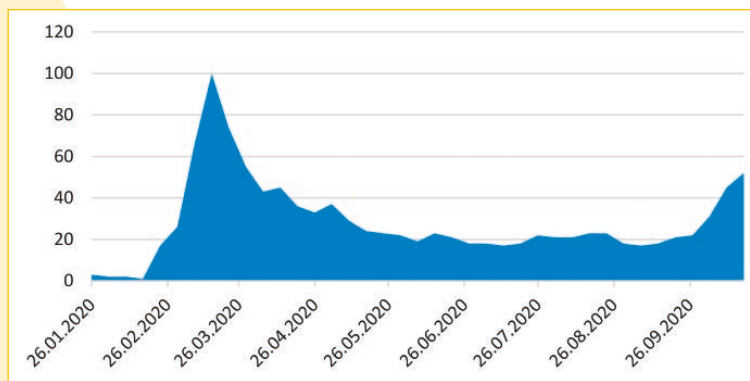


Abb. 1 Suchanfragen nach „Corona“ in Deutschland

© Google-Trends

sowohl um eine Angebots- als auch um eine Nachfragekrise globalen Ausmaßes handelt. So mussten angebotsseitig z. B. Automobilhersteller Werke stilllegen, da die Lieferketten unterbrochen waren, oder Restaurants mussten aufgrund der Verordnungen schließen. Von der Nachfrageseite betrachtet, kam einerseits der „soziale Konsum“ wegen der Auflagen nahezu völlig zum Erliegen, andererseits ging die Konsumneigung der privaten Haushalte angesichts von Kurzarbeit oder Unsicherheit bzgl. drohender Arbeitslosigkeit zurück, was wiederum die Investitionsneigung der Unternehmen schwächte. Da auch die Nachfrage aus dem Ausland wegbrach, was eine exportabhängige Volkswirtschaft wie die deutsche in besonderem Maße traf, kam es zu einem wirtschaftlichen Einbruch von mehr als 10% des BIP im 2. Quartal 2020 (Statistisches Bundesamt, 2020), was in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellos war. Zwar setzte schon ab Mai eine Gegenbewegung ein, die aber den Wirtschaftseinbruch noch nicht kompensieren konnte, zumal dieser Erholungsprozess an Fahrt verlor, was nicht zuletzt mit der Unsicherheit, wie die 2. Welle verlaufen wird, zusammenhängt (Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2020, S. 9). Davon wird u. a. auch abhängen, ob die Konjunktur eher einen V-förmigen Verlauf, d. h. mit einer raschen Erholung, einen U-förmigen oder gar einen W-förmigen Verlauf mit einer weiteren Rezession annehmen wird.

In der Zeit, in der das öffentliche Leben beinahe zum Erliegen kam, wurde auf dem Arbeitsmarkt deutlich, welche Tätigkeiten systemrelevant sind. Die Bevölkerung zollte Kranken- und Altenpfleger*innen, Verkäufer*innen oder Paketboten großen Respekt und spendete bereitwillig auf dem Balkon Beifall, der jedoch schon bald wieder verhallte und an den strukturellen Problemen in diesen Bereichen nichts änderte. Mit dieser Thematik beschäftigt sich Barbara Thiessen in ihrem Beitrag „Systemrelevant und schlecht bezahlt: Unverzichtbare Care-Berufe in Zeiten von Corona“. Sie zeigt, wie essentiell Care-Tätigkeiten für alle Bereiche unseres Lebens sind, weist auf den historischen Zusammenhang zwischen der geschlechtlichen Zuordnung dieser Berufe, der Ausbildungsart sowie der geringen Bezahlung hin, und geht der Frage nach, wie die Aufteilung der Care-Aufgaben im Privaten mit der beruflichen Tätigkeit zusammenhängt. Dies alles stellt sie dann in den Kontext der Ökonomisierung gerade auch im Gesundheitswesen. Sie macht deutlich, dass die Krise im Care-Bereich durch den Not-

fall „Corona“ noch weiter verschärft wurde und gibt schließlich einen Ausblick, was sich künftig strukturell ändern müsse.

Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen wurden beschlossen? – Die Fiskalpolitik

Angesichts des enormen wirtschaftlichen Einbruchs handelte die Bundesregierung, wie auch andere europäische Länder, jeweils in Abhängigkeit ihres finanziellen Spielraumes, schnell und in vorher nie gesehenem Umfang, indem sie bereits am 23.03.2020 einen „Corona-Schutzschild für Deutschland“ auf den Weg brachte, der u. a. Zuschüsse für kleine Unternehmen und eine Ausweitung des Kurzarbeitergeldes vorsah. Dieser Stabilisierungspolitik zur Verhinderung eines totalen wirtschaftlichen Einbruchs schloss sich später ein 130 Milliarden schweres Konjunkturprogramm an, das u. a. die Mehrwertsteuer bis zum Ende des Jahres um drei (bzw. zwei) Prozentpunkte senkte, um „mit Wumms aus der Krise“ zu kommen (Finanzminister Olaf Scholz, 03.06.2020). Insgesamt sollen die Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise für 2020 und 2021 die öffentlichen Kassen mit 1,5 Billionen Euro belasten (Niesmann, 2020). Auch auf europäischer Ebene wurde viel Geld in die Hand genommen: Der Wiederaufbaufonds der EU beläuft sich auf 700 Milliarden Euro und wird erstmals z. T. über eine Kreditaufnahme durch die EU finanziert. Wurde vor der Krise die Schuldenbremse, die immerhin Verfassungsrang hat (Art. 109 Abs. 3 GG), und die „schwarze Null“ als zentrales wirtschaftspolitisches Ziel angestrebt, scheint nun genügend Geld vorhanden zu sein, was angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, auch nachvollziehbar ist. Eine Finanzierung des Konjunkturprogramms durch Steuererhöhungen oder Kürzungen wäre kontraproduktiv, da der Staat die wegbrechenden Umsätze und Einkommen kurzfristig kompensieren muss, um so Konsum und Investitionen wiederanzuregen. Denn auch hier gilt der zentrale makroökonomische Zusammenhang, dass die Ausgaben des einen (hier des Staates) die Einnahmen des anderen (hier des privaten Sektors) sind. Allerdings besteht nicht nur die Gefahr, dass sog. Zombieunternehmen weiter am Leben erhalten werden, sondern dass staatliche Mittel unspezifisch genutzt werden und somit ihre Wirkung nicht entfalten.

Gustav Horn stellt in seinem Artikel „Die Corona-Krise: Ökonomische Ursachen, Folgen und Maßnahmen – ein Überblick“ diese Aspekte detailliert heraus, unterzieht das Krisengeschehen einer genauen Analyse und ordnet die wirtschaftspolitischen Maßnahmen ein. Dabei betont er, dass neben der Stabilisierung des Angebots und der Stützung der Nachfrage die staatlichen Eingriffe auch Ausgabenposten enthalten, die den Strukturwandel befördern sollen. Bei diesen gehe es, so Horn, um „die Sicherheit von Lieferketten“, eine weitergehende Digitalisierung sowie den „Umstieg auf nachhaltige Produktions- und Lebensweisen“ (S. 11).

Der sich daran anschließende didaktische Teil beschäftigt sich u. a. mit der Fragestellung, wie mit der steigenden Staatsver-

schuldung umzugehen ist. Während sich die Ökonomen der verschiedenen Lager einig waren, dass staatliches Eingreifen angesichts des enormen Ausmaßes der Krise unabdingbar war, wobei die jeweiligen Maßnahmen unterschiedlich bewertet wurden (Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2020, S. 129), fordern einige Experten, die Staatsschulden möglichst schnell zurückzufahren, während andere, eher dem keynesianischen Lager zuzurechnende Ökonomen, davon ausgehen, dass die Schulden angesichts von Nullzinsen und eines sich bald wieder einstellenden moderaten Wachstums nicht zurückgezahlt werden dürfen (Südekum, 2020) oder gar aus makroökonomischer Sicht gar nicht zurückgezahlt werden können (Flassbeck, 2020).

Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen wurden beschlossen? – Die Geldpolitik

Die Geldpolitik der Zentralbanken unterstützt die fiskalpolitischen Maßnahmen, indem sie die Politik des billigen Geldes weiter fortsetzt, und sowohl den Leitzins als auch über den Ankauf von Staatsanleihen deren Rendite niedrig hält. Dass andererseits im Moment genug Kapital auf den Finanzmärkten vorhanden ist, zeigt die Republik Österreich, die Ende Juni 2020 eine 100-jährige Anleihe für einen jährlichen Zins von 0,88 % emittierte, und damit zwei Milliarden Euro auf dem Kapitalmarkt aufnahm, wobei die Nachfrage noch weit darüber hinausging. Es ist davon auszugehen, dass die Politik des billigen Geldes noch einige Zeit Bestand haben wird, denn eben erst beschloss die US-amerikanische Zentralbank FED, dass für den Fall, dass die Inflationsrate eine längere Phase unter 2 % liege, was gegenwärtig zutrifft, eine Zeitlang auch eine Inflationsrate von über 2 % geduldet werde.

In seinem Aufsatz „Die EZB in der Corona-Krise: Die geldpolitische Reaktion“ beleuchtet Jürgen Schaaf die Maßnahmen der EZB, die diese im Rahmen ihres Mandats der Sicherung der Preisniveaustabilität auf den Weg gebracht hat, um zunächst „temporäre Produktionsunterbrechungen zu überbrücken, aber dann auch um den wirtschaftlichen Absturz und den Zusammenbruch der Finanzmärkte zu verhindern“ (S. 44). Dabei untersucht er den Zusammenhang zwischen den extrem niedrigen, teilweise negativen kurzfristigen Marktzinsen, für die sich die Notenbanken verantwortlich zeichnen, und dem sogenannten „natürlichen Zins“, der sich auf dem Kapitalmarkt ohne den Eingriff einer Notenbank aufgrund von Angebot an und Nachfrage nach Kapital ergäbe. Für den seit den 80er Jahren niedrigen natürlichen Zins sind die ökonomischen Rahmenbedingungen, die für ein hohes Angebot an Ersparnissen bei einer geringen Nachfrage nach Krediten sorgen, (mit-)verantwortlich. Genauer betrachtet vergrößere die Demographie und der damit einhergehende stärkere Sparwillen das Angebot an Kapital, wohingegen die Investitionsneigung der Unternehmen, nicht zuletzt aufgrund der Digitalisierung, die mit bedeutend weniger Kapital auskomme, zurückginge und somit die Nachfrage senke. Dies habe insgesamt zu den seit den späten 80er Jahren sinkenden natürlichen Zinsen geführt, die wiederum den Referenzmaßstab darstellten, an dem sich die Zinspolitik der Notenbanken orientieren müsse. In diesem „Nullzinsumfeld“ (S. 45) kommt nun einem anderen geldpolitischen Instrument größte Relevanz zu: Dem Aufkauf von (Staats-)Anleihen auf dem Sekundärmarkt, „womit zusätzliche Liquidität in die Finanzmärkte“ (S. 46) gepumpt wird. Dafür wurde in Zeiten von Corona das 1350 Milliarden Euro schwere Programm PEPP aufgelegt, was die Banken zu einer verstärkten Kreditvergabe animieren und letztlich zu höheren Investitionen und stärkerem Konsum führen soll, wodurch die Wirtschaft in schwierigen Zeiten angekurbelt werden und das Preisniveau wieder nahe an 2 % heranrücken könnte.

Im didaktischen Teil wird dann der Frage nachgegangen, ob die beschriebene Geldpolitik durch eine Ausweitung der Geldmenge zur Inflation führen wird und was sie für den Sparer bedeutet.



Abb. 2 „Ungutes Gefühl“

© Thomas Plaßmann, 2020

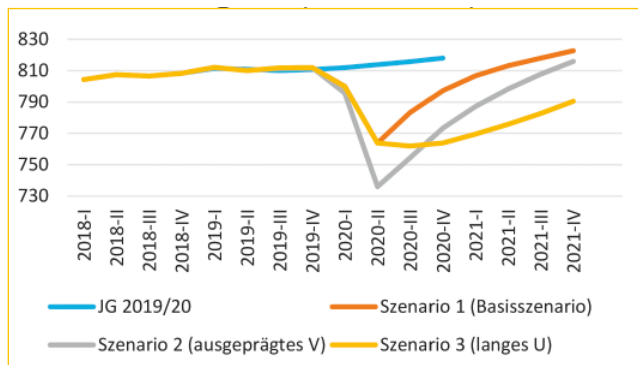


Abb. 3 Verschiedene Szenarien für die BIP-Prognose (in Mrd. Euro)
© Sachverständigenrat | 20-095-2, eigene Darstellung

Markus Demary geht in seinem Beitrag „Von der Corona-Krise zur Krise im Euroraum?“ nicht zuletzt mit einem Blick auf die US-amerikanische FED der Frage nach, „inwiefern Zentralbanken in modernen hochkomplexen und vernetzten Finanzsystemen Krisen nicht mehr alleinig mit dem Instrument des Leitzinses begegnen können, sondern [...] umfangreiche und zielgerichtete Interventionen einsetzen müssen“ (S. 54). Da in der Corona-Pandemie die Ausgaben des Staates bei sinkenden Einnahmen drastisch zunehmen, sei eine Staatsschuldenkrise mit einem Anstieg der Risikoprämien nicht auszuschließen (S. 55), was wiederum die Banken unter Druck setze. Doch die Wirkungsrichtung könne auch eine andere sein: Die Banken könnten durch Unternehmensinsolvenzen in Schieflage geraten, was wiederum negative Auswirkungen auf die Staatsfinanzen haben könnte. „Somit kommt den Märkten für Staatsanleihen eine hohe Bedeutung für die Stabilität der Finanzmärkte und den reibungslosen Ablauf von Finanztransaktionen zu“ (S. 56), weshalb Demary die Maßnahmen der EZB auf diesen Märkten, wie den Aufkauf von Staatsanleihen, in den Blick nimmt. Nach einem Vergleich mit dem ähnlichen Krisenmanagement der FED kommt er zu dem Schluss, „dass der Einsatz dieser Programme der Schwere der Krise zuzurechnen ist, der die Zentralbanken begegnen müssen“ (S. 58). Die Krise mache es unmöglich, allein auf den Leitzins zu setzen.

Der didaktische Teil weitet nun den Blick und beschäftigt sich mit dem im Sommer beschlossenen EU-Aufbaufonds und geht der grundsätzlichen Frage nach, ob und inwiefern Deutschland ökonomisch von der EU profitiere.

Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen wurden beschlossen? – Die Strukturpolitik

In der Öffentlichkeit wurde kontrovers diskutiert, inwiefern ein Konjunkturpaket auch strukturpolitische Maßnahmen hin zu mehr Klima- und Umweltschutz beinhalten sollte. Die Bandbreite der Positionen reichte von der Forderung, den kurzfristigen konjunkturellen Impuls auch mittels einer Abwrackprämie für Diesel und Benziner in den Vordergrund zu stellen, bis hin zu dem Appell, die Krise zu nutzen, um den Strukturwandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft auf der Basis der Beschlüsse der Pariser Klimakonferenz einzuleiten.

In ihrem Artikel „Mit mehr Klimaschutz aus der Krise?“ überprüfen Jaschke, Dross und Kemfert, inwiefern das Konjunkturpaket auch den Strukturwandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft befördert. Dabei stellen sie fest, dass das Konjunkturprogramm v.a. in den Bereichen Verkehr und Energiewende durchaus auch klimapolitische Relevanz habe. In ihrer

klimapolitischen Bewertung kommen sie allerdings zu dem Schluss, dass von dem Paket kein starker Impuls „hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft und Wirtschaft“ (S. 35) ausgehe. Um sowohl einen konjunkturellen als auch einen strukturpolitischen Schub in Richtung Klimaschutz zu erreichen, wäre es notwendig gewesen, alle Maßnahmen auf ihre Klimawirkung zu prüfen und somit nur diejenigen Instrumente aufzunehmen, die alle 4-Ts (targeted, timely, temporary, transformative) erfüllen (Vgl. S. 35). Der sich anschließende didaktische Teil befasst sich damit, wie Klimaschutz erreicht werden soll und stellt, auch mit Blick auf die Diskussion um die Postwachstumsökonomie, das „Wachstumsdogma“ auf den Prüfstand.

Ausblick: Kommt die Globalisierung an ihre Grenzen?

Die Corona-Krise brachte die Frage nach der Resilienz internationaler Lieferketten auf die Tagesordnung. Die deutsche Wirtschaft ist stark von Importen abhängig, was angesichts fehlender medizinischer Schutzausrüstung oder auch ausbleibender Vorprodukte für die Automobilindustrie in den letzten Monaten besonders zutage trat. Da sich die Verletzlichkeit der deutschen Wirtschaft zeigte, gibt es Bestrebungen, wichtige Teile der Produktion wieder in den EU-Raum zurückzuverlagern. Doch die verminderte Abhängigkeit von Importen hätte im wahrsten Sinne des Wortes ihren Preis, denn die Produktion in Deutschland und Europa wäre teurer und hätte somit möglicherweise negative Auswirkungen auf die Konsumenten. Insgesamt würden künftig „Unternehmen [...] weniger auf maximale Effizienz und stärker auf gutes Risikomanagement achten“, sodass sich der Grundsatz „Just in Time“ zumindest teilweise in „Just in Case“ wandeln könne (Bertelsmann, 2020, S. 6).

Auf diese Thematik geht Karl-Heinz Paqué in seinem Artikel „Die Corona-Krise: Ende der Globalisierung?“ ein. Dabei fasst der Autor die Tatsache ins Auge, dass sich der Trend zu einer immer stärkeren Globalisierung seit ungefähr 2011 verlangsamt hat bzw. stagnierte. Dies führt der Autor auf zunehmende protektionistische Tendenzen in den Industrieländern, steigende Arbeitskosten in den Entwicklungs- und Schwellenländern sowie „ein stärkeres Bewusstsein westlicher Konsumenten für die soziale und ökologische Qualität der Produktionsbedingungen vor Ort“ (S. 65) zurück. Er sieht in der Corona-Krise fünf Entwicklungen am Werk, die zu einem weiteren Abbremsen der Globalisierung führen können, was jedoch weit davon entfernt sei, ein Ende der Globalisierung zu bedeuten. Neben dem bereits erwähnten „Reshoring der Wertschöpfungsketten“ v.a. auch im Gesundheitsbereich und verstärkten protektionistischen Tendenzen, die auch in Handelskriegen münden können, sieht er die Gefahr eines nur geringen

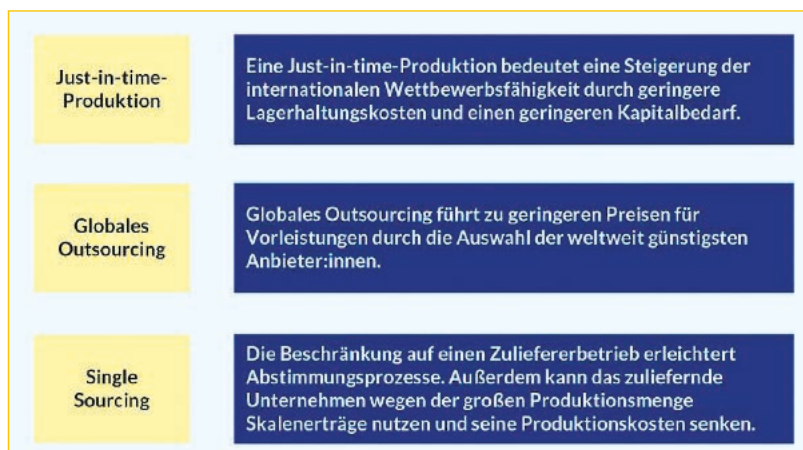


Abb. 4 Internationale Arbeitsteilung vor der Corona-Pandemie © Bertelsmann Stiftung (Hg.), Justus Haucap, Thieß Petersen, Torben Stühmeier, Resilienz internationaler Lieferketten, 2020

Wirtschaftswachstums, was zu nachlassenden Auslandsinvestitionen der Unternehmen führen könne (Vgl. S. 68). Abschließend fordert er die Politik zu einer Stärkung des multilateralen Engagements auf, um die Globalisierung, die insgesamt den Wohlstand mehre, nicht zu gefährden (Vgl. S. 69f). Der sich anschließende Materialteil thematisiert die "Slowbalization" und die Frage, inwiefern die Globalisierung auch ein Heilmittel gegen die Pandemie sein könne.

Hinweis in eigener Sache

Nachdem der langjährige Chefredakteur von „Deutschland und Europa“, Jürgen Kalb, in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet wurde, freue ich mich sehr, ihm auf diesem Posten nachfolgen zu dürfen. Unter Jürgen Kalb hat sich D&E zu einem vielbeachteten Periodikum entwickelt, das durch hochkarätige fachwissenschaftliche Aufsätze herausragte und durch gehaltvolle kontroverse Materialien für den Einsatz im Unterricht abgerundet wurde. Den Fokus auf die Fachwissenschaftlichkeit sehe ich als Auftrag, den es ohne Einschränkung fortzusetzen gilt. Dieser Fokus soll durch eine stärkere Didaktisierung angereichert werden, was sowohl die stärkere Einbindung des fachwissenschaftlichen Basistextes als auch webgestützter Formate miteinschließt. Konkret findet man in einem eigenen Moodle-Raum Zusatzmaterialien auch zur Differenzierung, mögliche Tafelbilder, Übungsklausuren oder auch interaktive hsp-Elemente. Der Bildungsplan von Baden-Württemberg aus dem Jahre 2016 bildet dabei den Ausgangspunkt der Überlegungen, wobei, aus Gründen der Übersichtlichkeit, ausschließlich die Bezüge zu den Fächern Gemeinschaftskunde sowie Wirtschaft/WBS ausgewiesen werden. An der didaktischen Aufbereitung der Inhalte haben in diesem Heft mitgewirkt:



Dr. Gerhard Altmann, Studiendirektor, Fachberater für Gemeinschaftskunde, Wirtschaft/WBS am Regierungspräsidium Stuttgart, Gymnasium Friedrich II., Lorch



Georg Arnold, Studiendirektor, Abteilungsleiter am Carl-Laemmle-Gymnasium Laupheim



Florian Benz, Studiendirektor, Fachberater für Gemeinschaftskunde, Wirtschaft/WBS am ZSL, Lehrbeauftragter am Seminar für Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte (Gymnasium) Esslingen, Remstal Gymnasium Weinstadt



Ralf Engel, Studiendirektor, Chefredakteur D&E, Fachberater für Gemeinschaftskunde, Wirtschaft/WBS am ZSL, Mörike-Gymnasium Göppingen

Moodle-Raum

Begleitmaterialien zu diesem Heft und ggf. auch eine Übungsklausur finden Sie in dem Moodle-Raum „Deutschland & Europa – Begleitmaterialien“ der Landeszentrale für politische Bildung. Dazu ist eine Anmeldung erforderlich:

1. Falls noch nicht geschehen, dann melden Sie sich bitte bei der Moodle-Plattform der LpB an: <https://www.elearning-politik.net/moodle39/>
2. Senden Sie eine Mail an Ralf.Engel@lpb.bwl.de mit dem Betreff "Aufnahme in Moodle" und bitten Sie unter Nennung Ihres Namens und der Institution/Schule, an der Sie tätig sind, um Aufnahme in den Kursraum „Deutschland & Europa – Begleitmaterialien“.
3. Innerhalb weniger Tage werden Sie in den Raum aufgenommen. Eine gesonderte Bestätigung ergeht nicht.

Literaturhinweise

Bertelsmann Stiftung (Hg.), Haucap, Justus/ Petersen, Thieß/ Stühmeier, Torben, Resilienz internationaler Lieferketten, Zukunft Soziale Marktwirtschaft, Policy Brief #2020/06, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/policy-brief-202006-resilienz-internationaler-lieferketten-all>

Flassbeck, Heiner (2020), Wir können die Corona-Schulden nicht zurückzahlen, <https://makroskop.eu/2020/05/wir-koennen-die-corona-schulden-nicht-zurueckzahlen/>

Niesmann, Andreas (2020), Corona-Krise: Bund rechnet mit Gesamtkosten von 1,5 Billionen Euro, Redaktionsnetzwerk Deutschland, 18.10.2020, <https://www.rnd.de/politik/was-kostet-die-corona-krise-bund-rechnet-mit-15-billionen-euro-ZDHKOHL7QNCGJKMB5WA6JO5G4E.html>

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (Hg.) (2020), Erholung verliert an Fahrt – Wirtschaft und Politik weiter im Zeichen der Pandemie, Halle, www.gemeinschaftsdiagnose.de

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2020), Die gesamtwirtschaftliche Lage angesichts der Corona-Pandemie, www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de

Statista (2020) Entwicklung der täglich neu gemeldeten Fallzahl des Coronavirus (COVID-19) in Deutschland seit Januar 2020, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1100739/umfrage/entwicklung-der-taeglichen-fallzahl-des-coronavirus-in-deutschland/>

Statistisches Bundesamt (2020), Bruttoinlandsprodukt (Quartal), Veränderung in %, https://service.destatis.de/DE/vgr_dashboard/bip_vj.html

Südekum, Jens (2020), Wir dürfen die Corona-Schulden nicht zurückzahlen, Handelsblatt 11.05.2020, <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-wir-duerfen-die-corona-schulden-nicht-zurueckzahlen/25813024.html?ticket=ST-2458303-vLWjwEm1P3f2fVwWdwKs-ap3>

2. Die Corona-Krise: Ökonomische Ursachen, Folgen und Maßnahmen – ein Überblick

GUSTAV HORN

Krisen sind häufig Weggabelungen ins Ungewisse. Als zu Beginn des Jahres 2020 immer deutlicher wurde, dass sich in der chinesischen Region Wuhan eine sehr ernsthafte Infektionswelle mit einem neuartigen Virus herausbildete, war dies aus ökonomischer Sicht zunächst nur von untergeordnetem Interesse. Allenfalls Lieferketten von Unternehmen, die auf Vorprodukten aus oder den Absatz in diese Region basieren, schienen von diesen medizinischen Problemen zeitweilig gefährdet zu werden. Nennenswerte gesamtwirtschaftliche Effekte, gar im globalen Maßstab, wurden von niemandem erwartet.

■ Eine Krise wie keine andere

Nur wenige Wochen später, ab Mitte März, stand die Welt inmitten einer ökonomischen Krise, wie man sie noch nie gesehen hatte. Fast synchron wurden im globalen Maßstab Produktionsstätten breitflächig geschlossen. Selbst in jenen Ländern, die dies für überflüssig hielten oder vermeiden wollten, brach die Produktion aufgrund unterbrochener Lieferketten ins Ausland ein. Einen derartigen Tsunami eines wirtschaftlichen Niedergangs hatte man bislang noch nicht gesehen. Das bisher Unbekannte dieser Krise steht schon an deren Ursprung: Sie hatte keinen ökonomischen Grund. Bisher waren ökonomische Krisen ausschließlich aus ökonomischen Gründen entstanden.

Ein markantes Beispiel ist die Finanzmarktkrise vor gut 10 Jahren. Ökonomische Fehlentwicklungen wie das Eingehen hochriskanter Finanzmarktrisiken durch spekulative Investoren führten zum Platzen einer Kreditblase. Die Schuldner konnten, weil ihre finanziellen Engagements nicht die erwartete Rendite erbrachten, ihre Kredite nicht mehr bedienen. Dadurch kamen die Gläubiger in Schwierigkeiten und das Unheil nahm seinen Lauf, indem die Kreditvergabe auch an realwirtschaftliche Unternehmen in globalem Maßstab zum Erliegen kam. In der Folge brach der Investitionsprozess ein, und die Exporte gingen drastisch zurück. Die Welt steuerte in eine globale Rezession. Am Beginn dieser Abwärtsspirale stand somit eindeutig ein ökonomisches Phänomen. Ähnlich war es bei allen anderen Krisen der Nachkriegszeit. Am Anfang stand immer ein ökonomisches Problem oder eine ökonomische Fehlentwicklung. Man kann auch von einer aus dem ökonomischen System herrührenden, also endogenen Krise sprechen.

Das ist in der Corona-Krise ganz anders. Hier steht am Anfang ein medizinisches Problem. Die Krise kommt also nicht von innen, sondern von außen. Es bedurfte sogar expliziter politischer Entscheidungen, um sie überhaupt in dieser strikten Form auszulösen. Erst durch Beschlüsse von Regierungen und Parlamenten, viele Bereiche der Wirtschaft zu schließen (Lockdown), kam die



Abb. 1 „Leere Tische und Stühle vor einem Brauhaus in der Innenstadt von Köln. Die Gastronomie steckt schwer in der Krise durch die aktuellen Corona Maßnahmen.“
© picture alliance / Flashpic | Jens Krick

Produktion dort zum Stillstand. Wahrscheinlich wäre zwar die ökonomische Krise auch entstanden, wenn man keine derartige Entscheidung getroffen hätte, weil die medizinische Krise immer weiter um sich gegriffen hätte. Dann wäre die Wirtschaft unter Umständen durch die vielen Krankheitsfälle eventuell ebenfalls eingebrochen. Aber dies wäre nicht mit der gleichen Geschwindigkeit geschehen wie der Lockdown, sondern als ein sich allmählich aufbauender Prozess. Und auch dann hätte der Ausgangspunkt der Krise immer noch im Medizinischen gelegen und nicht in Fehlentwicklungen der Ökonomie.

Es handelt sich bei der Corona-Krise also um einen exogen ausgelösten Produktionseinbruch, und dieser wurde sogar durch bewusste politische Entscheidungen sehenden Auges herbeigeführt. Das ist gleichfalls ohne Vorbild. Schließlich ist es kein erstrebenswertes politisches Ziel, Produktion und Beschäftigung und damit letztlich Wohlstand spürbar zu reduzieren. Allenfalls hatte man in Phasen übersäumender Konjunktur mit hoher Auslastung der Kapazitäten, hoher Beschäftigung und vor allem hohen Inflationsraten versucht, die wirtschaftliche Aktivität durch bremsende Geld- und Fiskalpolitik zu dämpfen. Aber dies ist weit entfernt von einer direkten Unterbindung von Produktion. Wie also kam es zu diesem Übersprung einer medizinischen Krisenlage in eine ökonomische? Am Anfang stand die Sorge, dass eine ungehinderte Ausbreitung der Infektionen mit dem Coronavirus zu einem massiven Anstieg von Todes- und Krankheitsfällen führen würde. Der befürchtete steile Anstieg der Krankheitsfälle drohte das medizinische System selbst technologisch gut entwickelter Volkswirtschaften zu überfordern, was die Todesraten übermäßig in die Höhe schnellen lassen würde; ganz zu schweigen, was in Ländern mit einem weniger gut entwickelten medizi-

nischen System zu befürchten wäre. Aus medizinischer Sicht ging es daher von Anfang an darum, den Anstieg der Infektionen gerade am Beginn der Pandemie möglichst gering zu halten („Flatten the curve“). Schließlich galt es auch, Zeit zu gewinnen, um zusätzliche Kapazitäten im medizinischen System aufzubauen, damit dann eine größere Zahl von Infizierten behandelt werden könnte.

Um dieses medizinische Ziel erreichen zu können, mussten die Gelegenheiten, bei denen Ansteckungen stattfinden können, möglichst weitgehend unterbunden werden. Einige der wesentlichen Gelegenheiten mit solchen Gefährdungen sind wirtschaftlicher Natur. Die gemeinsame

Produktion und die gemeinsame Konsumtion von Gütern und Dienstleistungen erfordert vielfach menschlichen Kontakt und ist damit aus medizinischer Sicht gefährlich. Vor diesem Hintergrund entstand die Forderung nach einem Herunterfahren vieler Teile der ökonomischen Aktivitäten. Es begann die breitflächige Schließung großer Teile der Volkswirtschaft: der Lockdown.

Nicht alle Teile der Wirtschaft waren hiervon in gleicher Weise betroffen. Dort, wo Produktion und Konsumtion weitgehend isoliert oder mit dem notwendigen persönlichen Abstand erfolgen, brauchte man nichts zu unterbinden. Das gilt für weite Bereiche industrieller Produktion. Hingegen mussten jene Bereiche, in denen es auf teilweise engen persönlichen Kontakt ankommt, ihre Aktivität weitgehend einstellen. In der Industrie betraf dies vor allem die gemeinsame Büroarbeit in den Verwaltungsbereichen. Für Dienstleistungen waren die Folgen weitaus gravierender. Jede Form sozialer Produktion, wie sie in Teamstrukturen üblich ist, war betroffen. Vor allem aber wurde die soziale Konsumtion von Gütern, die wesentlicher Bestandteil des Alltags ist, völlig eingestellt. Das betraf den Einzelhandel mit Ausnahme der lebenswichtigen Lebensmittel-Supermärkte. Es betraf Restaurants, Friseure und andere persönliche Dienstleistungen. Vor allem jede Form von Veranstaltungen mit persönlicher Präsenz wurde untersagt. Das Kulturleben wurde weitgehend lahmgelegt. Theater, Opern, Museen und andere kulturelle Einrichtungen stellten ihren Betrieb ein.

Aber selbst dort, wo es keine angeordneten Schließungen gab, litt die Produktion teilweise beträchtlich. Die moderne Industrieproduktion ist vielfach ein komplexes Geflecht von Lieferketten. Reißt diese Kette an der einen oder anderen Stelle, gerät die gesamte Produktion ins Stocken. Genau dies geschah in vielen Bereichen. Teils waren hierfür Krankheitsfälle direkt verantwortlich, teils freiwillige gesundheitlich präventive Schließungen in der Industrie selbst und teils der angeordnete Lockdown in Zulieferer- oder Abnehmerbereichen.

Das Bild dieser Krise wäre unvollständig, wenn nicht auch gegenläufige Tendenzen aufgezeigt würden. Es gab schließlich Bereiche der Wirtschaft, die von dem Lockdown profitierten. Da ist an erster Stelle der Onlinehandel zu nennen. Die Kunden des geschlossenen Einzelhandels verlagerten ihre Kaufentscheidungen ins Netz und bestellten die gewünschten Produkte deutlich vermehrt bei Onlineanbietern. Dies verstärkte eine bereits vor der Corona-Krise bestehende Tendenz, und es ist nicht zu erwarten, dass sich diese Entwicklung nach dem Ende der Krise einfach wieder zurückbildet. Ähnlich dürfte die Lage auf dem Markt für Softwarean-

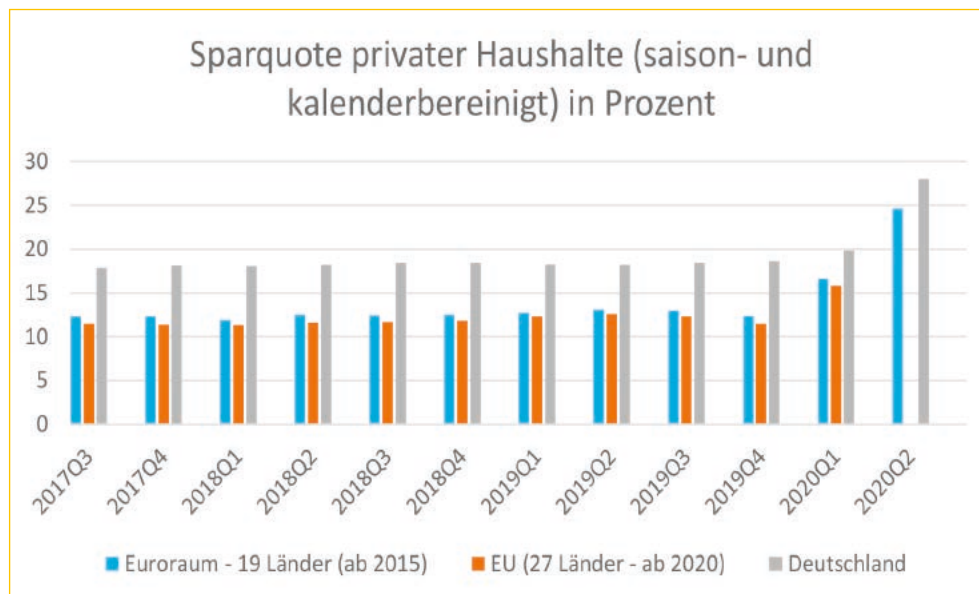


Abb. 2 „Sparquote privater Haushalte“

© Eurostat, eigene Darstellung

bieter aussehen, die virtuelle Kommunikationssysteme wie z.B. Videochats anbieten. Schließlich wurden persönliche Kontakte gleichfalls ins Virtuelle verlegt. Standardbeispiel sind die Besprechungen, die statt im Konferenzraum nunmehr über Videosysteme stattfanden. Es ist zu erwarten, dass Unternehmen das Sparpotenzial dieser bislang eher weniger genutzten Kommunikationsformen erkennen und in Zukunft persönliche Reisen zu zahlreichen Terminen eher seltener stattfinden.

Vielleicht mit etwas abgeschwächter Wirkung dürfte der Corona-Boom in anderen Bereichen der Wirtschaft wirken. Der vermehrte Griff zum Fahrrad als Transportmittel mag schon für den einen oder die andere ein permanenter Ersatz für den öffentlichen Nahverkehr sein. In der Tendenz dürften jedoch viele der Bequemlichkeit wegen wieder zum ÖPNV zurückkehren. Noch stärker dürfte der vorübergehende Charakter beim Boom für Baumärkte sein. Hier spielte sicherlich die vermehrte Freizeit während des Lockdowns eine große Rolle, die zum Renovieren und Bauen genutzt wurde. Dennoch dürfte die Corona-Krise insgesamt zu einem auf Dauer merklich veränderten Kaufverhalten geführt haben, das spürbare Folgen für das veränderte Wirtschaftsgeschehen haben dürfte.

Am Ende bot sich im Laufe des Frühjahrs 2020 das Bild einer nahezu stillstehenden globalen Wirtschaft. Selbst in jenen Staaten, die sich aus ökonomischen Gründen zumindest kurzfristig gegen einen Lockdown entschieden hatten, brach die wirtschaftliche Aktivität ein, da diese Volkswirtschaften über ihre Außenhandelsverflechtungen weder Produkte im gewünschten Umfang aus dem Ausland beziehen noch dorthin liefern konnten. Der Stillstand war also umfassend.

Vor diesem düsteren Hintergrund stellten sich der Wirtschaftspolitik bisher ungehörte Fragen, um die es in diesem Beitrag gehen wird. So war es zum Zeitpunkt des Stillstands völlig unklar, wie man eine derart stillstehende Wirtschaft am Leben erhält. Damit ist gemeint, wie man unter den Umständen eines Lockdowns verhindert, dass Unternehmen in die Insolvenz gehen müssen und Beschäftigte arbeitslos werden. Das wäre schließlich der Lauf der Dinge gewesen, wenn man nichts getan hätte. Ohne Einnahmen hätten die Unternehmen meist schon kurzfristig nicht überleben können und ihre Beschäftigten wären entlassen worden.

Angeichts dieser ungewöhnlichen Lage mussten auch ungewöhnliche Maßnahmen beschlossen werden. Aber all dies beginnt mit einem ökonomisch analytischen Blick auf die Volkswirtschaft.



Abb. 3 „Soforthilfen für durch Corona geschädigte Unternehmen“ © Bundesfinanzministerium, <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Bilderstreifen/Infografiken/2020-03-30-Corona/2020-03-31-Corona-2020.html>

■ Angebots-, Nachfrage- oder Strukturkrise?

Um angemessene wirtschaftspolitische Maßnahmen konzipieren zu können, ist eine ökonomische Analyse des Krisengeschehens unerlässlich. So gilt es zu klären, ob eine Krise vorliegt, die primär die Angebotsseite der Wirtschaft betrifft oder ob es sich um eine konjunkturelle Krise mit einer Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage handelt. Ebenso ist zu prüfen, ob Strukturbrüche relevant sind. Die Antwort ist angesichts der Neuartigkeit dieser Krise alles andere als trivial.

Verkürzt könnte man auf die oben gestellte Frage nach der Krisenart mit „In der genannten Reihenfolge“ antworten. Denn die angeordnete Schließung vieler Produktionsstätten ist ein klarer negativer Angebotsschock, da das Angebot von Gütern unterbunden wird. Dieser Schock stand am Anfang der Entwicklung. Er erfolgte jedoch exogen – auf Anordnung aus medizinischen Gründen – und nicht aus endogenen ökonomischen Gründen. Dadurch ergibt sich ein wesentlicher Unterschied zu üblichen negativen Angebotsschocks. Sie entstehen zumeist wegen einer zu geringen Rentabilität der Produktion. Ursachen hierfür können zu hohe Lohnsteigerungen, zu hohe Steuern oder zu einengende Regulierungen sein. All dies ist hier nicht der Fall. Insofern kann man auch nicht einfach die für solche Situationen üblichen wirtschaftspolitischen Empfehlungen von Lohnzurückhaltung, Steuersenkungen oder Deregulierung geben. Wohl aber ergibt sich dennoch die Notwendigkeit, die Angebotsseite wirtschaftlich zu stärken. Diese Notwendigkeit ist sogar ausgesprochen dringlich, da die betroffenen Unternehmen plötzlich ohne Einnahmen waren, was insbesondere bei kleineren Unternehmen oder Solo-Selbstständigen ohne finanzielle Reserven in der Regel deren baldige Insolvenz zur Folge hat.

Der Corona-Schock ist aber nicht nur ein Angebotsschock. Denn durch die Schließung wird in den betroffenen Unternehmen auch der Arbeitseinsatz überflüssig. Mit anderen Worten: Den Beschäftigten droht die Entlassung. Geschieht dies, erleiden sie zum Teil massive Einkommensverluste. Durch die breitflächige Schließung der Produktionsstandorte droht sogar eine Entlassungswelle mit einer Vielzahl von Arbeitslosen. All diese Menschen haben danach je nach Höhe der Arbeitslosenunterstützung ein merklich geringeres Einkommen und geben entsprechend weniger aus. Hinzu kommen jene, die zwar nicht entlassen werden, aber zu Recht oder Unrecht Angst davor haben. Sie verlieren zwar nicht unmittelbar Einkommen, aber sie werden angesichts ihrer Befürchtungen anfangen zu sparen, um für mögliche schlechtere Zeiten vorzusorgen.

Das gilt auch für Unternehmen, die nicht direkt von der Schließungsanordnung betroffen, aber durch die Krisentendenzen verunsichert sind. Insbesondere dürften sie angesichts der Unsicherheit ihre Absatzerwartungen zurückschrauben. Sie werden unter diesen Umständen gleichfalls sparen und Ausgaben kürzen. Das betrifft vor allem ihre Investitionen, die sie möglicherweise aufschieben oder gar völlig unterlassen.

All dies zusammen – tatsächliche oder drohende Arbeitslosigkeit und gedämpfte Absatzerwartungen – mündet in einer gesamtwirtschaftlichen Nachfrageschwäche, die auch als Konjunkturschwäche bezeichnet wird. Besonders gefährlich ist deren sich selbstverstärkende Wirkung. Wenn erst einmal Investitions- und Kaufzurückhaltung auftreten, verschärfen sich Unsicherheitsgefühle und Pessimismus und lösen weitere Schübe von Nachfragezurückhaltung aus. Die Krise spitzt sich immer weiter zu. Deshalb ist es wichtig, Konjunkturkrisen möglichst rasch nach ihrem Beginn einzudämmen.

Doch die Corona-Krise geht weit über die üblichen Angebots- und Nachfrageschwächen

hinaus. Sie verändert in einem hohen Ausmaß die wirtschaftlichen Strukturen. Das war zwar auch schon in vielen früheren Krisen in einem gewissen Ausmaß der Fall. So war in der Finanzmarktkrise recht schnell offenkundig, dass sich der Finanzsektor strukturell ändern müsste und sollte. Aber die Corona-Krise scheint deutlich weitreichendere strukturelle Veränderungen auszulösen.

Dieses sind vielfach nicht einmal neue Tendenzen. Digitalisierung und der Umstieg auf eine ökologisch nachhaltigere Produktion standen auch vor dem März 2020 schon auf der ökonomischen Tagesordnung. Die Corona-Krise wirkte jedoch als Katalysator dieser Tendenzen. Sie beschleunigte sie spürbar.

Das markanteste Beispiel ist die Digitalisierung. Die verstärkte Nutzung von Home-Office während des Lockdowns, die sich selbst nach dessen Lockerung angesichts der damit gewonnenen Flexibilität von Arbeitszeiten nicht wieder vollständig zurückbildete, ist ein markantes Beispiel hierfür. Schon dies steigerte die Nutzung digitaler Technologien wie Videochatsysteme erheblich. Hinzu kam, dass die Reisebeschränkungen viele Unternehmen dazu zwangen, dienstliche Treffen gleichfalls in den virtuellen Raum zu verlegen, weshalb schon aufgrund der hierdurch erzeugten Kostensenkung zu erwarten ist, dass dieser Trend anhalten wird. Das strahlt auf andere Bereiche der Wirtschaft positiv wie negativ aus. Alle Branchen, die mit der Herstellung digitaler Technologien verbunden sind, werden profitieren. Andere wie Luftfahrt und Touristik dürften eher schrumpfen.

Ein ähnlicher Schub vollzieht sich in Richtung nachhaltigerer Produktionsweisen. Auch diese Tendenz bestand schon vor Corona. Doch haben die Verwerfungen in der Krise dazu geführt, viele Vorgehensweisen zu reflektieren. Im Ergebnis und auch gerade mit Hilfe der Digitalisierung stellen sich veränderte Verhaltensweisen rascher ein. Der Umstieg auf Elektromobilität ist hierfür ein Beispiel. Die Nachfrage nach entsprechenden PKWs boomt, während jene nach konventionellen Antrieben eher lahmte.

Ein solcher Strukturbruch erzeugt eigene Verwerfungen, die über die Angebots- und Nachfrageschwäche hinausgehen. Ökonomisch kann man dies als einen Trendbruch bei den relativen Preisen beschreiben. Damit werden Produkte rentabel, die es vorher nicht waren, und es werden Produkte unrentabel, mit denen vorher Gewinne erwirtschaftet wurden. Mit diesem Befund werden sich Unternehmen entweder umstellen müssen oder sie verschwinden vom Markt; neue Unternehmen in nunmehr profitablen Bereichen entstehen. Das hinterlässt Spuren auf dem Arbeitsmarkt. Die veränderten Anforderungen bei der Produktion erfordern veränderte Qualifikationen der Arbeitnehmer. Es ist daher unwahrscheinlich, dass der Umstieg reibungslos erfolgt. Realistisch ist, dass Menschen mit nicht mehr gefragten Qualifikationen teilweise arbeitslos werden. Also geht auch vom Strukturwandel während der Corona-Krise ein negativer Impuls auf den Arbeitsmarkt aus.

Mit diesem einzigartigen ökonomischen Krisenbündel musste sich die Wirtschaftspolitik von Beginn der Krise an auseinander-

setzen. Sie hat dies in einer bisher nicht gekannten Geschwindigkeit und in einem bisher nicht bekannten Ausmaß getan.

Wirtschaftspolitik unter Unsicherheit

Zu Beginn der Krise war deren Ausmaß wie üblich nicht vollständig und schon gar nicht mit Sicherheit absehbar. Doch die Corona-Krise sprengte in dieser Hinsicht alle Maßstäbe der jüngeren Vergangenheit. Denn die Unsicherheit rührte hier aus zwei nicht einschätzbaren Quellen: einem unbekannten Virus mit unbekannten Krankheitsverläufen sowie den nicht einschätzbaren ökonomischen Folgen dieser Pandemie. Die Politik musste also unter fundamentaler Unsicherheit handeln. Fundamentale Unsicherheit meint, dass man anfänglich keinerlei Kenntnis über statistische Kennziffern wie Verteilung oder Durchschnittswerte der zugrundeliegenden Phänomene hat, an denen man sich orientieren kann. Wie entscheidet man unter solchen Umständen?

Mit Blick auf den medizinischen Aspekt und die befürchteten tödlichen Folgen der Pandemie für viele Menschen erschien sofort äußerste Vorsicht angebracht. Das hieß ökonomisch möglichst harte Maßnahmen zur Unterbindung sozialer Konsumtion vorzunehmen. Es ist aber offenkundig, dass ein solches Vorgehen auch maximale ökonomische Schäden in Form von Unternehmenspleiten und Arbeitslosigkeit nach sich zieht. Dies hat im Übrigen auf Dauer auch negative gesundheitliche Folgen. Daher entwickelte sich eine Debatte über eine Abwägung zwischen medizinischen und ökonomischen Erfordernissen. Es ging dabei um die Frage, ob ein weniger harter medizinischer Schutz durch geringere Produktionsbeschränkungen mit dann auch geringeren ökonomischen Schäden nicht vorzuziehen sei. Diese Abwägung stellt sich dort verschärft, wo es keine ausgebauten Systeme sozialer Sicherung gibt, die die ökonomischen Schäden abmildern. Man denke nur an die wenig entwickelten Volkswirtschaften, Schwellenländer, aber auch Staaten wie die USA, die eine bewusst niedrige soziale Absicherung haben. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn die Härte des Lockdowns im globalen Maßstab unterschiedlich ausfiel.

In Deutschland hat man sich trotz der ökonomischen Bedenken letztendlich für eine sehr harte Version des Lockdowns entschieden. Hierfür waren zwei Überlegungen entscheidend. Zum Ersten verfügt Deutschland über einen ausgebauten Sozialstaat, der viele Härten automatisch auffängt. Zum Zweiten hat der Gegensatz von medizinischen Notwendigkeiten und ökonomischen Härten nur kurzfristig Bestand. Bei lockeren Bedingungen würden zwar kurzfristig die ökonomischen Kosten geringer ausfallen. Gleichzeitig besteht dann aber die Gefahr, dass mehr Menschen erkranken und die Pandemie länger dauert bzw. immer wieder aufflackert. Dies zieht wiederum ökonomische Kosten nach sich, die durch ein schnelles und hartes Eindämmen der Übertragung vermieden werden können. Folglich wurde die Volkswirtschaft in Deutsch-

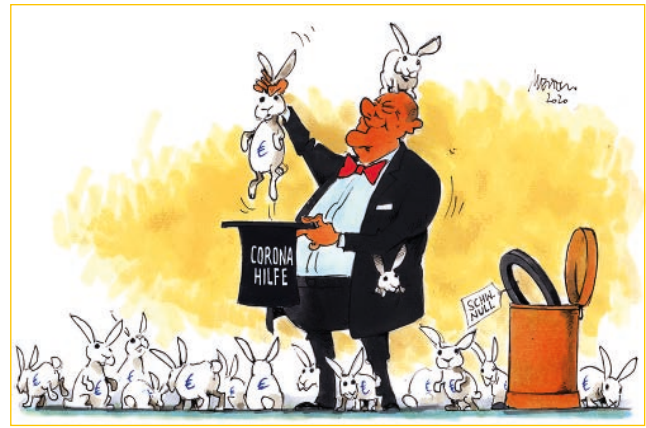


Abb. 5 „Corona-Hilfe“

© Gerhard Mester, 2020

land im Frühjahr 2020 radikal gebremst. Die Wirtschaft schrumpfte im zweiten Quartal um fast 10 %. Das ist ein Wert, der in der Nachkriegsgeschichte ohne Beispiel ist. Nur nach der Währungsunion 1990 schrumpfte die Wirtschaft in Ostdeutschland stärker.

Die Stabilisierung des Angebots

Die ökonomische Analyse hat gezeigt, dass die Corona-Krise an ihrem Beginn eine Krise des Angebots war. Insofern galt es als erstes, dieses zu stabilisieren. Da aber anders als üblich die Produktion nicht gesteigert, sondern sogar unterbunden werden sollte, konnte dies nur in Form von Überbrückungshilfen geschehen, die die betroffenen Unternehmen ohne Einnahmen am Leben erhielten. Der Staat übernahm deshalb bis zu einem gewissen Grad die Rolle der Kunden und erzeugte durch Zuschüsse (für kleinere Unternehmen und Solo-Selbständige) und Kredite (für mittlere und größere Unternehmen), die die Betriebskosten abdeckten, einen künstlichen Umsatz. Die Lohnkosten wurden im Ausmaß der überflüssigen Arbeitszeit durch einen erleichterten Zugang zu Kurzarbeitergeld von der Bundesanstalt für Arbeit (BA) übernommen. Mietkosten konnten gestundet werden. Damit waren die Unternehmen weitgehend von ihren Kosten entlastet und konnten, ohne Umsätze zu erzielen, fortbestehen. All diese Maßnahmen waren auf drei Monate befristet. So lange, schätzte man, würde der Lockdown andauern.

Ein wesentlicher Grund für die rasche und großzügige Hilfe war, dass man zu Recht von Beginn an den wirtschaftlichen Akteuren Sicherheit vermitteln wollte, um eine Abwärtsspirale durch sich ausbreitende Panik und wachsenden Pessimismus zu vermeiden. Die Botschaft war: Die Lage ist schwierig, aber wir helfen. Wichtig ist in einer solchen Situation die Glaubwürdigkeit eines solchen Versprechens, ansonsten verpufft dessen Wirkung.

Diese Glaubwürdigkeit wurde in der EU durch ein koordiniertes Vorgehen der Geld- und der Fiskalpolitik erzielt. Die Geldpolitik bekräftigte ihren Kurs, die europäischen Wirtschaft in notwendigem Umfang mit Liquidität zu versorgen, so dass die Zinsen trotz steigender Unsicherheit auf extrem niedrigem Niveau blieben und die Kreditvergabe nicht behindert wurde. Die Finanzpolitik änderte sogar explizit und markant ihren Kurs. Die Defizit- und Schuldenregeln, die den fiskalischen Handlungsspielraum in normalen Zeiten begrenzen, wurden unter Berufung auf die Notfallklauseln außer Kraft gesetzt. In Deutschland wurde die Schuldenbremse ausgesetzt. Mithin stehen seither theoretisch unbegrenzte Finanzmittel zur Verfügung, um Stützungsprogramme zu finanzieren. Die Gren-



Abb. 4 „Ausweitung des Kurzarbeitergeldes“

© Bundesfinanzministerium, <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Bilderstreifen/Infografiken/2020-03-30-Corona/2020-03-31-Corona-2020.html>

zen werden allein durch eine stark anziehende Inflation gesetzt. Doch davon ist man weit entfernt und dies wird auch so bleiben, so lange die Krise nicht überwunden ist.

■ Die Stützung der Nachfrage

Es war absehbar, dass das Unterbinden von Produktion unmittelbar in eine Nachfrageschwäche münden würde. Also mussten Maßnahmen ergriffen werden, die auch die Nachfrage stimulieren. Es herrscht mittlerweile ein weitgehender Konsens unter Ökonomen darüber, welche Kriterien diese zu erfüllen haben, um effektiv zu sein. Demnach sollten sie frühzeitig beschlossen sowie gezielt eingesetzt werden und nur von vorübergehender Dauer sein.

Mit dem Kurzarbeitergeld hatte man tatsächlich einen frühzeitigen Beitrag geleistet, die Nachfrage zu stabilisieren. Die Beschäftigten behielten trotz der Produktionseinschränkungen ihren Arbeitsplatz und zumindest einen Teil ihres Einkommens. Das stärkt gezielt das gefährdete Sicherheitsgefühl derer, die durch den Lockdown ihren Arbeitsplatz zu verlieren drohten und verhindert ein die Krise verschärfendes Angstsparen, welches die Einnahmen von Konsumgüteranbietern noch weiter verringern würde. Die Regelung ist zudem befristet.

Weitere wesentliche Schritte wurden mit einem Konjunkturpaket vollzogen, das im Juni 2020, also mit Beginn der Lockerungen, von den Regierungsparteien auf den Weg gebracht wurde. Es enthält eine Reihe von Nachfrageimpulsen. Der wichtigste mit Blick auf die Konsumnachfrage der privaten Haushalte ist die zeitlich begrenzte Mehrwertsteuersenkung von drei Prozentpunkten. Die Hoffnung der Regierung ist, dass die Steuersenkung in entsprechend niedrigeren Preisen weitergegeben wird. Die verbilligten Produkte sollen die Konsumenten veranlassen, mehr Güter nachzufragen. Der Erfolg erscheint hier deutlich zweifelhafter als beim Kurzarbeitergeld. Der Beschluss kam zwar noch einigermaßen frühzeitig, bevor die Nachfrageschwäche spürbar wurde, und die Senkung ist auch befristet, was den Kaufdruck im Geltungszeitraum erhöht. Es ist allerdings keine besonders gezielte Maßnahme. Denn sie gilt sowohl für während des Lockdowns besonders erfolgreiche Unternehmen wie Onlinehändler als auch für durch den Lockdown hoch gefährdete lokale Einzelhändler. Zudem wirkt sie nur indirekt.

Ob der Nachfrageimpuls wirklich entsteht, hängt schließlich von zwei unsicheren Voraussetzungen ab. Erstens müssen die Steuersenkungen von den Anbietern weitergegeben werden. Ob dies geschieht, dürfte davon abhängen, ob sie genügend harte Konkurrenz haben, deren niedrigere Preise sie fürchten. Zweitens müssen die Konsumenten das durch die Preissenkungen gesparte Geld auch wirklich wieder ausgeben und eben nicht sparen. Ob sie dies tun, hängt davon ab, ob sie optimistische Erwartungen über die künftige wirtschaftliche Entwicklung haben. Die Erfahrung lehrt, dass der niedrigere Steuersatz nur unvollständig und zeitlich stark verkürzt weitergegeben wird und die Konsumenten auch einen Teil sparen. Die Erwartungen an diese Maßnahme sollten also nicht allzu hoch sein.

Die klassische Form der Nachfragestimulierung, öffentliche Investitionsprogramme, sind in diesem Konjunkturpaket jedoch in direkter Form nicht enthalten. Der Grund dürfte in der wegen langer Planungs- und Umsetzungszeiten nur langsamen Ausgabenwirkung solcher Vorhaben liegen. Übersehen wurde dabei ihre große Wirksamkeit und die Stabilisierung von Erwartungen, die von solchen Programmen ausgeht. Indirekt werden die Investitionen jedoch über die finanzielle Stützung von Kommunen gefördert. Auch die privaten Investitionen werden allgemein nur sehr vorsichtig angeregt. Hier setzen allein steuerliche Anreize wie Verlustrückträge und verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten,



Abb. 6 „Wirtschaft und Staat“

© Gerhard Mester, 2020

die beide die Steuerlast mindern, Impulse. Ob diese aber angesichts des sehr unsicheren ökonomischen Umfelds zu vermehrten Investitionen genutzt werden, ist eher zweifelhaft. Damit wurden mit Blick zumindest auf die öffentlichen Investitionen Möglichkeiten mit hoher Wirksamkeit nicht genutzt.

Ein wesentlicher Teil der Nachfrage für die Wirtschaft in Deutschland kommt aus dem Ausland. Der globale Einbruch ist deshalb für Deutschland besonders gravierend. Aus diesem Grund ist es auch ökonomisch vernünftig, EU-weit die Nachfrage zu stimulieren. Mit dem Beschluss eines Wiederaufbaufonds seitens des Europäischen Rates, der von der Bundesregierung und der französischen Regierung auf den Weg gebracht wurde, ist ein solcher Schritt eingeleitet. Schon zuvor hatten die Finanzminister mit der Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung und einem Programm des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) diese Richtung eingeschlagen. Die unmittelbare Wirkung besteht wegen der langen und komplizierten Entscheidungswege in der EU weniger in zusätzlichen Ausgaben, die schnell getätigt werden.

Die bedeutsamsten Wirkungen dieser Beschlüsse liegen in den institutionellen Änderungen und im Einfluss auf die Erwartungen der Europäer. Die institutionellen Änderungen, die der EU-Kommission nunmehr die Möglichkeit einräumen, Schulden aufzunehmen, um die Wirtschaft nach der Corona-Krise vor allem in den besonders betroffenen Mitgliedstaaten zu stabilisieren, verstärken die europäische Integration. Zugleich erhöhen sie die Fähigkeit der EU, globale Krisenlagen zu meistern. Allein diese Fortschritte haben einen positiven Einfluss auf die Erwartungen, besonders dort, wo die Krise schwere Schäden hinterlässt, und die Lage der öffentlichen Haushalte ohnehin kritisch ist.

Ansonsten bleibt abzuwarten, ob das Programm die Kriterien für eine gute Nachfragestimulanz erfüllt. Frühzeitig können sie nicht mehr wirksam werden. Ob sie gezielt sind, wird sich erst in der weiteren Umsetzung erweisen. Da der Wiederaufbaufonds nur temporär existieren soll, sind die Maßnahmen jedoch befristet. Insgesamt fließen angesichts des ungeheuren Finanzvolumens der beschlossenen Programme auf kurze Sicht nur relativ wenig Ausgaben kurzfristig in den Wirtschaftskreislauf. Die wesentliche Wirkung wird daher in dem Erzeugen von Sicherheit und der Vermeidung von Panikreaktionen bestehen, da die Wirtschaftspolitik ihre Bereitschaft zu stabilisieren und zu stimulieren sehr wohl deutlich gemacht hat.

■ Den Strukturwandel fördern

Alle Programme, sowohl die nationalen als auch die europäischen, enthalten erhebliche Ausgabenposten und Anreize, die den Strukturwandel befördern sollen. Es geht dabei um einen

Wandel in drei Dimensionen. Die erste ist, die Lehren für die Wirtschaftsstruktur aus der Krise zu ziehen. Das betrifft z. B. die Sicherheit von Lieferketten von strategisch wichtigen Gütern. Die Corona-Krise hat die Verletzlichkeit globaler Handelsbeziehungen drastisch aufgezeigt und es gilt, nicht zuletzt durch Rückverlagerungen zumindest nach Europa, für die Zukunft besser gewappnet zu sein. Während der Krise wurde deutlich, wie wichtig Kapazitätsreserven für Pandemien im Gesundheitssystem sind. Diese Reserven sind betriebswirtschaftlich nicht rentabel. Daher müssen sie über eine staatliche Finanzierung gesichert werden. Dieser Wandel zu einer vorsichtigeren Globalisierung steht erst am Anfang und es bedarf noch der Entwicklung einiger strategische Konzepte, um die notwendigen Veränderungen gestalten zu können.

Die zweite Dimension steht im engen Zusammenhang mit der ersten. Es geht um die weitere Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Nicht nur Unternehmen müssen ihre Arbeitsweisen umstellen, sondern auch die öffentlichen Verwaltungen, Schulen und Universitäten. Der lokale Einzelhandel steht unter Druck, seine virtuelle Präsenz massiv auszubauen, wenn er dem Onlinehandel nicht weichen will. Dies alles hat Folgen für die Stadtentwicklung und vor allem die ländlichen Regionen, deren digitale Infrastruktur massiv ausgebaut werden muss. All dies erfordert den Einsatz öffentlicher Mittel, die in den verschiedenen Programmen zumindest ansatzweise enthalten sind.

Die dritte und schon lange bestehende Dimension ist der Umstieg auf nachhaltige Produktions- und Lebensweisen. Dieser erfordert ebenfalls massive private und öffentliche Investitionen. Der Ausbau der E-Mobilität, schadstoffarmer Verkehr und eine ebensolche Produktion sind Beispiele hierfür. Zu diesem Zweck enthalten die Programme Anreize für private Investitionen in diesen Bereichen. Aber auch die öffentlichen Investitionen in diese Richtung müssen und sollen ausgeweitet werden. Die Energiewende hin zu erneuerbaren Energieträgern ist vor allem im europäischen und vor allem im globalen Maßstab bei weitem noch nicht am Ziel. Auch hierfür werden Mittel bereitgestellt.

Insgesamt enthalten die Programme zur Krisenbekämpfung wesentliche Komponenten, die die notwendigen strukturellen Veränderungen unterstützen sollen. Sie beschleunigen zum einen den Strukturwandel, da sie die Kosten für die Veränderungen senken. Zum anderen federn sie mögliche negative Beschäftigungswirkungen ab, indem sie die Nachfrage nach derartigen Wirtschaftsleistungen erhöhen und zugleich Zukunftsperspektiven eröffnen, die Unternehmen veranlassen dürften, ihre Beschäftigung zu erhalten.

Hilfreich für die Beschäftigungswirkung ist auch, dass in Deutschland mit Blick auf das Kurzarbeitergeld den Unternehmen durch die bedingte Übernahme von Sozialbeiträgen Anreize gegeben werden, ihre Beschäftigten zu qualifizieren. Dies erhöht den Anreiz sie zu behalten. Zugleich stärkt dies die Position der Beschäf-

tigten, da sie den sich verändernden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt besser gewachsen sind.

Der konjunkturelle Impuls dieser Maßnahmen ist eher gering, da viele der Ausgaben kurzfristig nicht zu realisieren sind. Dennoch stabilisieren auch sie die Erwartung einer positiven künftigen Entwicklung und dies hilft bereits in der Gegenwart.

■ Im Zeitalter globaler Krisen

Die Corona-Krise reiht sich in den Reigen globaler ökonomischer Krisen der vergangenen Jahrzehnte. Schon das Platzen der Dot-com-Blase hatte eine globale Rezession zur Folge. Noch viel stärker ausgeprägt war der globale Charakter der Finanzmarktkrise vor einem Jahrzehnt. In der Corona-Krise, die ja auch Staaten mit regulierten Finanzmärkten wie China betraf, trat dies noch prominenter hervor. Es ist ja schließlich naheliegend, dass mit der wachsenden Bedeutung globaler Wirtschaftsbeziehungen auch die Infektionswege für globale Krisen erweitert werden. Dies hat die Corona-Krise nun in drastischer Form deutlich gemacht.

Damit dürfte auch diese Krise zu einem Trendbruch führen. So wie die Finanzmarktkrise das Zeitalter sich immer weiter ausbreitender Deregulierung beendete, wird die Corona-Krise wohl die fortwährende Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen in Zweifel ziehen. Dies impliziert keine Rückkehr zu wirtschaftlich abgeschlossenen Nationalstaaten. Dazu sind die Wohlstandsgewinne durch globalen Handel zu hoch. Gleichwohl dürfte es zu Rückverlagerungen von strategisch als wichtig angesehener Produktion kommen. Zumindest werden Sicherheitsnetze aufgebaut werden, die im Fall einer weiteren globalen Krise greifen. Das wird die weitere Expansion des globalen Handels dämpfen, aber nicht vollkommen zum Stillstand bringen.

Für die EU dürfte dies eine große Chance sein. Denn sie kann diese Risiken durch den stärksten Binnenmarkt der Welt besonders gut auffangen. Damit hat sie die Möglichkeit den wirtschaftlichen Großmächten USA und China, die zunehmend eine Strategie nationalistischer Handelspolitik verfolgen, mit Gewicht entgegenzutreten und die Interessen ihrer Mitgliedsstaaten angemessen zu vertreten.

Literaturhinweise

Anderson, Julia/ Tagliapietra, Simone, Wolff, Guntram B. (2020): Rebooting Europe: A framework for a post COVID-19 economic recovery, Bruegel Policy Brief

Beltz, Heike et al. (2020): Mit Investitionen und Innovationen aus der Corona-Krise, DIW Wochenbericht 24, 2020, https://www.diw.de/de/diw_01.c.791596.de/publikationen/wochenberichte/2020_24_5/mit_investitionen_und_innovationen_aus_der_corona-krise.html

Dorn, Florian et al. (2020): Das gemeinsame Interesse von Gesundheit und Wirtschaft: Eine Szenarienrechnung zur Eindämmung der Corona-Pandemie, ifo Schnelldienst Digital, 2020, 1, Nr. 06, <https://www.ifo.de/publikationen/2020/article-journal/das-gemeinsame-interesse-von-gesundheit-und-wirtschaft>

Dullien, Sebastian et al. (2020): Wirtschaftspolitische Reaktion mindert Corona-Einbruch: Verhaltene Erholung in Sicht, IMK Report 160, Juni 2020, https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=8952

Guerrieri, Veronica/ Lorenzoni, Guido/ Straub, Ludwig/ Werning, Ivan (2020): Macroeconomic Implications of COVID-19: Can Negative Supply Shocks Cause Demand Shortages?, Discussion Paper, April 2020

<https://www.oekonomenstimme.org/artikel/2020/07/wirtschaftspolitik-waehrend-der-pandemie-eine-europaeische-perspektive/>

<https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2020/heft/4/beitrag/wirtschaftliche-implikationen-der-corona-krise-und-wirtschaftspolitische-massnahmen.html>



Abb. 7 „Das Konjunkturprogramm für alle in Deutschland“

© Bundesfinanzministerium, <https://www.bundesfinanzministerium.de/Web/DE/Themen/Schlaglichter/Konjunkturpaket/Konjunkturprogramm-fuer-alle/zusammen-durch-starten.html#t-zukunftsinvestitionen>

IDEEN FÜR DEN UNTERRICHT (Georg Arnold)

Bildungsplanbezug Wirtschaft (5-stündig)

Grundlagen der Ökonomie

(8) wirtschaftspolitische Zielsetzungen (unter anderem Preisniveaustabilität, Wirtschaftswachstum und ökologische Nachhaltigkeit (Artikel 20a GG)) bewerten

Arbeitsmärkte

(8) angebots- und nachfrageorientierte (...) Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung bewerten

Bildungsplanbezug Gemeinschaftskunde (5-stündig)

Wirtschaftspolitik

(2) Formen des Marktversagens (...) und die Forderung nach wirtschaftspolitischem Handlungsbedarf erklären

(4) die Ziele der deutschen Wirtschaftspolitik erläutern (Magisches Viereck ...) und mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik in der EU (Empfehlung des Rates) vergleichen

Wohlstand und Wirtschaftswachstum

(1) die Bedeutung von Wachstum erklären (Verteilungs-, Beschäftigungs- und Machteffekte)

(2) Einflussfaktoren auf das Wachstum erläutern (politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche, natürliche Rahmenbedingungen)

(4) die Konzepte der Angebots- und der Nachfrageorientierung zur Wachstumsförderung vergleichen

(5) Maßnahmen der Wachstumspolitik auf nationaler oder europäischer Ebene bewerten

Bildungsplanbezug WBS (Klasse 10)

Wirtschaftsbürger

(5) konjunkturelle Phasen (Konjunkturzyklus) vergleichen und mögliche Folgen für Verbraucher, Erwerbstätige (Arbeitnehmer/Unternehmer) und den Staat beurteilen

(6) ein angebotspolitisches und ein nachfragepolitisches Instrument der Wirtschaftspolitik mithilfe von Wirkungsketten vergleichen

AUFGABEN ZUM BASISTEXT

- Vergleichen Sie die Gründe für den Ausbruch der Finanzkrise 2008 mit denen der Corona-Krise.
- Stellen Sie dar, wie aus einer „medizinischen eine ökonomische Krisenlage“ entstanden ist.
- Beschreiben Sie die Ursachen des „Angebots- und Nachfrageschocks“.
- Erklären Sie, wie eine „gesamtwirtschaftliche Nachfrageschwäche“ entstanden ist.
- Erläutern Sie Horns Aussage, die Corona-Krise scheine „deutlich weitreichendere strukturelle Veränderungen auszulösen.“
- Erklären Sie, warum das „Angebot“ im Kontext der Corona-Krise nicht durch die „üblichen“ wirtschaftspolitischen Empfehlungen stabilisiert werden kann.
- Analysieren Sie, was sich Horn von den Maßnahmen der Bundesregierung zur Stabilisierung der Nachfrage verspricht.
- Erläutern Sie, warum Horn es für wichtig hält, dass die Politik auf Bundes- und EU-Ebene in der Corona-Krise wirtschaftspolitische Handlungsbereitschaft demonstriert hat.
- Beurteilen Sie Horns Forderung, die aufgelegten Programme der Bundesregierung und der EU-Kommission müssten den „Strukturwandel“ unterstützen.
- Wahr oder falsch? Überprüfen Sie die Aussagen mit Hilfe des Basistextes <https://learningapps.org/display?v=py4jxthck20>

AUFGABEN ZUM MATERIALTEIL

I. Die Corona-Krise – ein „Angebots- und Nachfrageschock“?

- Erstellen Sie ausgehend von M 1 ein Meinungsbild zu den Fragen. Ein Beispiel für eine mögliche digitale Abstimmung finden Sie hier: <https://learningapps.org/display?v=pheu340bc20>
Erstellen Sie eine eigene Abstimmung mithilfe des Umfragetools PINGO (<http://trypingo.com/de/>).
Ein Tutorial hierzu finden Sie auf: https://www.youtube.com/watch?time_continue=6&v=KK22QMboMFA&feature=emb_logo
- Überprüfen Sie anhand von M 3 folgende Aussagen:
 - der private Konsum ist die wichtigste Komponente der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen.
 - die Konsumausgaben verlaufen im Zeitverlauf relativ konstant.
 - das BIP hängt wesentlich von den Konsumausgaben ab.
- Erstellen Sie eine Grafik, in der Sie die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Angebots- und Nachfrageseite in Deutschland darstellen. Nutzen Sie als Grundlage die „Corona-Vorlesung“ von Prof. Peter Bofinger (https://www.youtube.com/watch?time_continue=3&v=fyQp-WGctgA&feature=emb_logo) (bis Minute 10:03) sowie M 3.
Moodle: Mögliche Differenzierung: Nutzen Sie als Hilfe die entsprechende Grafik. Füllen Sie die leeren Kästen mit den vorgegebenen Begriffen.
- Analysieren Sie anhand von M 3 und M 4 die Auswirkungen des „Nachfrageschocks“.
Moodle: Als Hilfestellung finden Sie eine Grafik auf Moodle. Tragen Sie hier in die leeren Felder des erweiterten Wirtschaftskreislaufs die Auswirkungen mit geeigneten Symbolen ein.
- Bewerten Sie abschließend die Frage, ob ein Eingreifen des Staates die Rezession verkürzen kann (M 5).

II. Mit Milliarden aus der Krise – Kann man sich ein V für ein U vormachen?

- Arbeiten Sie aus dem Text M 6 die Maßnahmen des Konjunkturpaketes heraus.
- Rufen Sie <https://learningapps.org/display?v=pktvgqofc20> auf und ordnen Sie die Maßnahmen des Konjunkturpakets der Angebots- oder Nachfragepolitik zu.
Weitere Eckpunkte des Konjunkturpaketes „Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken“ finden Sie unter: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Konjunkturpaket/2020-06-03-eckpunktepapier.pdf?__blob=publicationFile&v=8
- Wählen Sie eine Maßnahme des Konjunkturpaketes aus und erklären Sie anhand des Wirtschaftskreislaufs und M 8, welche Reaktionen in Form von Geld- und Güterströmen die jeweilige Maßnahme bei den jeweils Betroffenen in den verschiedenen Sektoren auslöst.
- Vergleichen Sie die Annahmen zur Wirkung der Mehrwertsteuererhöhung von Olaf Scholz (M 7a) mit denen von Christian Dürr (M 7b).
- Analysieren Sie die Behauptung von Marcel Fratzscher (M 9) zur Senkung der Mehrwertsteuer mithilfe der „Vier-T-Matrix“ (M 10).
- Vergleichen Sie die Positionen zur Schuldenfinanzierung des Konjunkturpaketes (M 12a und M 12b).
- Erörtern Sie die Forderung, die Corona-Schulden schnellstmöglichst abzubauen. (M 13)
- Geht das Konjunkturpaket zu Lasten kommender Generationen? Führen Sie eine Pro-Contra-Debatte zu dieser Frage durch. (M 14a–c)

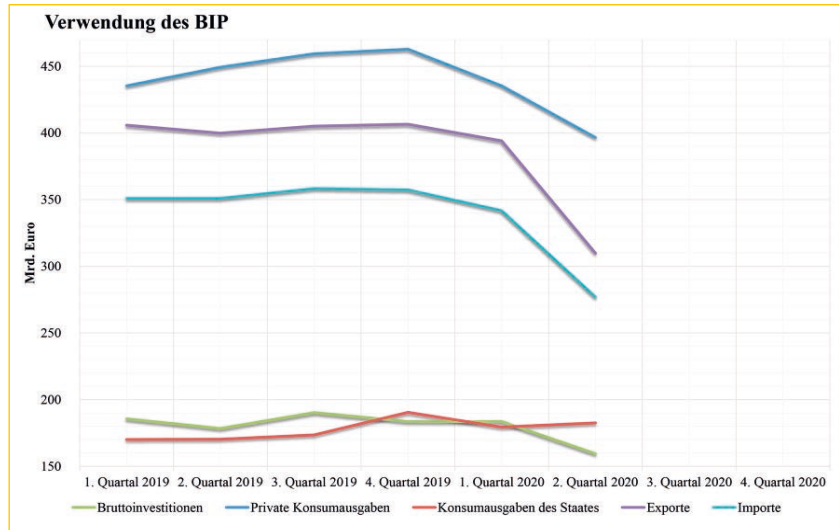
Begleitmaterialien auf Moodle, Vgl. Hinweis S. 5

M 1 10 Euro zur freien Verfügung vom Staat geschenkt?, FAZ, 30.08.2020

SPD-Vorstand Gustav Horn hat in Brandenburg ein ganz eigenes Konjunkturpaket durchgesetzt. (...) Sein Vorschlag eines Zehn-Euro-Konsumgutscheins für die Einwohner von Bad Belzig ist in der vergangenen Woche angenommen worden (...) Horn war schon immer ein Freund keynesianischer Konjunkturpolitik. (...) Horns Idee: Jeder Einwohner bekommt zehn Euro, die er in diesem Jahr im Ort ausgeben muss. (...)

Anders als bei den Schnitzelgutscheinen in Wien dürfen die Einwohner ihre Gutscheine in allen Belziger Läden ausgeben, die von Corona betroffen waren. In Wien wurden die Schnitzelgutscheine bald im Internet verkauft, die Gutscheine gingen dann oft an diejenigen, die sowieso ins Restaurant wollten – so verkaufte Gutscheine schaffen keinen zusätzlichen Umsatz in den Betrieben. Horn hofft andererseits darauf, dass mancher doch extra aus- oder in den Laden geht und dann vielleicht sogar für 20 Euro einkauft statt für zehn. Die Gutscheine kosten insgesamt 113.000 Euro plus Druck.

© <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/gustav-horn-setzt-konsumgutscheine-fuer-bad-belzig-durch-16928686.html>



© Autorengrafik nach: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/08/PD20_323_811.html

M 4 Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Wirtschaft, iwd, 4.6.2020

Beispielloser Absturz durch Corona

Das Coronavirus und seine Folgen treffen die Weltwirtschaft mit einer Wucht, wie es sie bisher noch nicht gegeben hat. Auch für Deutschland wird 2020 deshalb ein bitteres Jahr: Das Bruttoin-

Umfrage in der Klasse:

Ich würde die 10 Euro ...	sofort ausgeben	☐	sparen	☐	den Gutschein weiterverkaufen	☐
Unsere Kommune könnte sich ...	das leisten	☐	nicht leisten	☐	weiß nicht	☐
Das Geld wäre ...	sinnvoll eingesetzt	☐	nicht sinnvoll eingesetzt	☐	anders sinnvoller einsetzbar	☐
Die Wirtschaft vor Ort würde ...	profitieren	☐	nicht profitieren	☐	weder noch	☐

M 2 $Y = C + I + G + Nx$ – die Nachfrageseite des Bruttoinlandsprodukts

Als gängigste Messgröße für das Wirtschaftswachstum wird die prozentuale Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrachtet. Das BIP (Y) wird definiert als die Summe der Marktpreise aller in einer Periode erzeugten Güter und Dienstleistungen. Diese Güter und Dienstleistungen dienen entweder

- dem privaten Konsum (Nahrungsmittel, Auto, Reisen ...) → C
- der Investition durch private Unternehmen oder durch den Staat (Maschinen, Schulen) → I
- den Konsumausgaben des Staates (öffentlicher Dienst, Rüstung ...) → G
- dem Verkauf an das Ausland (Exporte – Importe = Außenbeitrag Nx) → Nx

Diese Möglichkeit zur Errechnung des BIP setzt an der Verwendung des BIP, also an der Nachfrageseite, an. Damit ergibt sich folgende Rechnung: $Y = C + I + G + Nx$

© Autorentext

landsprodukt bricht ein, die Arbeitslosigkeit steigt. Zwar wird es 2021 wieder aufwärtsgehen – Voraussetzung ist allerdings, dass es keinen weiteren Lockdown gibt.

Breiter, heftiger und schneller – das ist es, was die Wirtschaftskrise infolge der Corona-Pandemie von bisherigen Konjunkturkrisen unterscheidet. Die Corona-Krise ist weltumspannend, sie lähmt Angebot und Nachfrage gleichzeitig, sie trifft nahezu alle Branchen. In dieser Gemengelage überrascht es nicht, dass sich die deutsche Wirtschaft auf einen langwierigen Anpassungsprozess einstellt. Bei der Unternehmensbefragung, die das Institut der deutschen Wirtschaft seit Anfang März wegen der Pandemie wöchentlich durchführt, unterscheiden sich die kurzfristigen Erwartungen der Unternehmen für die kommenden Monate kaum von den langfristigen für 2020 und 2021. Mit anderen Worten: Das Vorkrisenniveau kann wahrscheinlich erst im dritten oder vierten Quartal 2021 wieder erreicht werden. Ein Grund dafür ist die desaströse Situation der Weltwirtschaft, denn die macht der exportorientierten deutschen Volkswirtschaft zusätzlich zu schaffen. Die weltweite Wirtschaftsleistung wird 2020 um 4 Prozent sinken, der Welthandel sogar um 9 Prozent. Bis auf China, das sogar noch ein Mini-Wachstum von 1 Prozent erreichen dürfte, müssen alle großen Volkswirtschaften schmerzhaft Verluste bei ihrer Wirtschaftsleistung hinnehmen – auch Deutschland. Im Jahr 2020 wird das reale Bruttoinlandsprodukt um 9 Prozent zurückgehen. Vorausgesetzt, dass es keinen neuerlichen globalen Schock gibt, wird die Erholung erst im Herbst 2021 so weit vorangeschritten sein, dass das Produktionsniveau von 2019 wieder erreicht ist.

Durch die Corona-Krise sinken Exporte und Investitionen und die Arbeitslosigkeit steigt.

Weitere Ergebnisse der IW-Konjunkturprognose im Einzelnen:

Außenhandel. Der weltweite Lockdown wird dem deutschen Exportgeschäft im ersten Halbjahr 2020 stark zusetzen. Preisbereinigt werden die deutschen Ausfuhren im gesamten Jahr um 25 Prozent zurückgehen. Zum Vergleich: Im Jahr der Finanzkrise, also 2009, belief sich das Minus auf 14 Prozent. Zwar wird das Auslandsgeschäft im kommenden Jahr – wenn nichts dazwischenkommt – voraussichtlich wieder um 15 Prozent zulegen. Doch damit werden die Exporte noch immer um fast 14 Prozent niedriger ausfallen als 2019.

Investitionen. Die schlechten Export-Aussichten hängen eng mit dem weltweit mauen Investitionsklima zusammen. Wie im Krisenjahr 2009 werden die Ausrüstungsinvestitionen 2020 um gut 20 Prozent zurückgehen. Auch die für das zweite Halbjahr dieses Jahres und für 2021 prognostizierte Erholung wird nicht ausreichen, um dieses Minus wettzumachen.

Konsum. Teile des privaten Konsums werden infolge der Pandemie in bislang unvorstellbarer Weise ausgehebelt. Vor allem im Freizeit- und Kulturwesen sowie im Gastgewerbe brechen die Geschäfte ein und die Erholungs- oder Nachholeffekte halten sich aufgrund der weiterhin geltenden gesundheitspolitischen Restriktionen in Grenzen. Die realen Konsumausgaben werden im Jahresdurchschnitt 2020 um 9 Prozent unter dem Niveau von 2019 liegen.

Arbeitsmarkt. Der jahrelang an Erfolgsmeldungen gewöhnte deutsche Arbeitsmarkt bekommt die Corona-Folgen deutlich zu spüren. So wird die durchschnittliche Zahl der Kurzarbeiter in diesem Jahr auf 3,2 Millionen taxiert, in der Spitze könnte sie auf 6 bis 8 Millionen steigen. Gewichtet mit dem durchschnittlichen Arbeitsausfall wird das Ausfallvolumen 1,3 Millionen Vollzeitäquivalente betragen. Und die Zahl der Erwerbstätigen wird im laufenden Jahr um 480.000 zurückgehen. Trotz der großen Bedeutung der Kurzarbeit wird die Arbeitslosigkeit steigen: Die Arbeitslosenquote steigt von 5,0 Prozent im Jahr 2019 auf 6 ½ Prozent im Jahresdurchschnitt 2020.

Die gute Nachricht: Die Erholung im Jahr 2021 geht mit einer Erhöhung der Erwerbstätigkeit und einem Abbau der Arbeitslosigkeit einher, der einen wesentlichen Teil des Einbruchs wieder wettmacht. Der Stand von 2019 wird allerdings noch nicht wieder erreicht.

© <https://www.iwd.de/artikel/beispielloser-absturz-durch-corona-471309/>

M 5 Coronaschotter



© Heiko Sakurai, 13.6.2020

M 6 Tom Krebs, Was taugt das Corona-Konjunkturpaket?, Makronom, 4.6.2020

Die Bundesregierung hat sich auf ein 130 Milliarden Euro großes Konjunkturpaket verständigt (...) Damit stellt sich die Frage: Wie gelungen ist das Gesamtpaket? (...) Dazu ist es nützlich, die verschiedenen Maßnahmen in drei Kategorien einzuordnen:

- Maßnahmen zur Absicherung krisenbedingter Risiken
- Maßnahmen zur Stimulierung des Konsums
- Maßnahmen zur Stärkung der Investitionen

Stabilisierungspolitik – Absicherung krisenbedingter Risiken

Beginnen wir mit der staatlichen Absicherung von krisenbedingten Risiken – das ist der sogenannte Schutzschirm, der bereits im März aufgespannt wurde. Private Haushalte und Unternehmen profitieren von einer solchen Politik der Risikoversicherung direkt und indirekt durch eine Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Die bereits im März und April ergriffenen Sofortmaßnahmen der Bundesregierung fallen im Wesentlichen in diese Kategorie: Kurzarbeit für Erwerbstätige als Schutz vor Arbeitslosigkeit, Zuschüsse für Solo-Selbstständige und kleinere Unternehmen als Kompensation für erlittene Umsatzverluste, vereinfachter Zugang zur Grundsicherung für Solo-Selbstständige mit hohen Einkommensverlusten, zinsgünstige KfW-Kredite für Unternehmen zur Überwindung von Liquiditätsproblemen und staatliche Unternehmensbeteiligungen zur Verhinderung einer Überschuldung. (...) Das gestern beschlossene Konjunkturpaket enthält eine Reihe von Maßnahmen, die bereits implementierte Hilfsmaßnahmen verlängern oder ausweiten und mit neuen Programmen versuchen, existierende Lücken im Schutzschirm zu schließen. Dazu gehören Überbrückungshilfen für kleinere und mittelständische Unternehmen (...) und eine Anhebung des Entlastungsbeitrags für Alleinerziehende. (...)

Warum überhaupt ein Konjunkturprogramm?

(...) Die genannten Stabilisierungsmaßnahmen sind wichtige Komponenten einer umfassenden wirtschaftspolitischen Antwort auf die Wirtschaftskrise, weil sie Einkommensverluste abfedern und einen dramatischen Absturz von Wirtschaft und Gesellschaft verhindern. Doch sie reichen in der Regel nicht aus, um Wirtschaft und Gesellschaft aus der Krise zu führen. Denn es verbleibt immer ein substanzieller Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Zudem sind private Haushalte und Unternehmen immer noch stark verunsichert und halten sich mit Konsum und Investitionen zurück. Schließlich werden einige gesundheitspolitische Restriktionen auf absehbare Zeit in Kraft bleiben und viele Menschen haben ihr Konsumverhalten dauerhaft geändert.

Dies spricht dafür, dass die deutsche Wirtschaft einen zusätzlichen An Schub benötigt, um zügig den Weg aus der Krise zu finden. Ohne weitere staatliche Impulse besteht die Gefahr, dass Wirtschaft und Gesellschaft dauerhaften Schaden erleiden werden. Dieser sogenannte Hysterese-Effekt von Rezessionen wird in zahlreichen Studien belegt. Für einen besonders starken Hysterese-Effekt in der Wirtschaftskrise 2020 spricht, dass die Corona-Pandemie das Verhalten privater Haushalte und Unternehmen unabhängig von den gesetzlichen Vorschriften und Geboten erheblich beeinflusst.

Die Bundesregierung hat also richtig gehandelt, wenn sie nach Verabschiedung der ersten Sofortmaßnahmen im April jetzt ein Konjunkturpaket nachschiebt. Die Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre hat eindrucksvoll gezeigt, welche erheblichen gesellschaftlichen Schäden falsche wirtschaftspolitische Entscheidungen verursachen können. Womit sich die Frage stellt: Welche Maßnahmen sollte ein Konjunkturprogramm enthalten?

Konsum stützen

Die einfache keynesianische Antwort lautet, dass ein Konjunkturprogramm Maßnahmen enthalten sollte, die den privaten Konsum stimulieren und so die Konjunktur anzukurbeln. Verkürzt lautet das Kernargument: Wer mehr Geld in der Tasche hat, gibt auch mehr aus und hilft so mittelbar der ganzen Wirtschaft. Zudem ist der private Konsum die größte Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, da über die Hälfte aller Ausgaben für Güter und Dienstleistungen auf den privaten Konsum entfallen. Entsprechend hat das Bundeskabinett am Mittwoch verschiedene Maßnahmen beschlossen, die direkt die Konsumnachfrage steigern sollen. Besonders hervorzuheben sind die zeitlich befristete Senkung der Mehrwertsteuer von 19 % auf 16 % bzw. 7 % auf 5 % (Gesamt volumen 20 Mrd. Euro). (...)

Solche Maßnahmen sind im Prinzip richtig, weil sie die wichtigste Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage – den privaten Konsum – stärken und somit der Wirtschaft einen positiven Impuls geben. Die Erfahrung hat gezeigt, dass in Krisen die positiven gesamtwirtschaftlichen Effekte einer Stimulierung des privaten Konsums relativ groß sind. Zudem ist zu erwarten, dass zum Beispiel der Kinderbonus besonders starke Konjunkturimpulse setzen wird. Denn es profitieren überproportional private Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen von diesen Maßnahmen, die in der Regel eine höhere Konsumquote als wohlhabende Haushalte aufweisen. Ähnliches gilt für einen Rückgang der Strompreise, doch ist die Senkung der EEG-Umlage erst für den 1. Januar 2021 geplant und wird somit für 2020 eher geringe positive Konjunkturimpulse entfalten.

Die geplante Mehrwertsteuersenkung ist von den vier genannten Maßnahmen die größte in Bezug auf Finanzierungsvolumen (20 Mrd. Euro) und gleichzeitig die problematischste hinsichtlich ihrer gesamtwirtschaftlichen Wirkung. Es ist sehr gut möglich, dass die Steuersenkung nur begrenzt von den Unternehmen an die Verbraucher weitergegeben und daher der Nachfrageeffekt klein ausfallen wird. (...) Darüber hinaus verbessert die Mehrwertsteuersenkung die Ertragslage der Unternehmen, doch leider begünstigt dies besonders Unternehmen mit hohen Umsätzen und daher gerade nicht die Unternehmen, die am stärksten von der Krise getroffen wurden und entsprechend die meiste Hilfe brauchen. Ganz allgemein gilt für alle Konsummaßnahmen, dass ihre positiven Konjunkturreffekte in dieser Krise kleiner sein werden als in vorherigen Krisen. Denn der wirtschaftliche Absturz hat zu einer starken Verunsicherung der Konsumenten geführt und Steuersenkungen oder Einmalzahlungen sind konjunkturell weniger wirksam, wenn aufgrund von Zukunftsängsten zusätzliches Geld im Wesentlichen auf die Seite gelegt wird. Darüber hinaus ist der Effekt traditioneller Fiskalpolitik auf Beschäftigung und Wachstum gedämpft, wenn gesundheitspolitische Restriktionen wie z. B. das Einhalten von Tischabständen in der Gastronomie greifen. All dies bedeutet, dass nicht zu viel von diesen Maßnahmen erwartet werden sollte. Es bedeutet jedoch nicht, dass diese Maßnahmen wirkungslos verpuffen oder ökonomisch schädlich sind. (...)

Investitionen stärken

(...) Die Krise sollte als Chance genutzt werden, die notwendige sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben. (...) Drei ökonomische Gründe sprechen für einen solchen Fokus auf nachhaltige Investitionen in der Corona-Krise. Erstens kurbelt ein Investitionsprogramm die Konjunktur über einen positiven Erwartungseffekt an, indem es privaten Haushalten und Unternehmen Planungssicherheit gibt und die Nachfrage nach Investitionsgütern stimuliert. Das ist voraussichtlich in dieser Krise besonders effektiv, weil die Unsicherheit besonders hoch ist. Zweitens sind die Opportunitätskosten der Investitionen in Anlagen, Infrastruktur und Menschen niedrig in einer Krise – brachliegende Ressourcen und Potenziale warten darauf, sinnvoll genutzt zu werden. Und drittens beginnt Deutschland im Hinblick auf nachhaltige Investitionen nicht bei null, denn bereits vor der Krise sind strukturelle Schwächen erkannt und erste Schritte

unternommen worden (z. B. Klimapaket). Das bedeutet, dass bestehende Förderprogramme nur aufgestockt oder leicht angepasst werden müssen. Die üblichen Zeitverzögerungen bei der Aufsetzung neuer Programme sind in diesem Fall nicht relevant. Ein Investitionsprogramm ist also das beste Konjunkturprogramm, denn es schafft Zuversicht in die Zukunft. Das hat auch die Bundesregierung erkannt und entsprechend spielen Zukunftsinvestitionen eine gewichtige Rolle im Konjunkturpaket, das zusätzliche 50 Mrd. Euro und viele gute Ideen für private und öffentliche Projekte enthält. Es werden zusätzliche Mittel bereitgestellt für den Ausbau einer klimafreundlichen Verkehrs- und Mobilitätsinfrastruktur, für die Umsetzung einer Wasserstoffstrategie, für das Gesundheitswesen und die digitale Infrastruktur. Darüber hinaus wird der Ausbau der Ganztagsbetreuung an Kitas und Schulen beschleunigt und die Ausbildungsförderung ausgeweitet. Zudem werden geplante öffentliche Investitionen vorgezogen, das Vergaberecht temporär vereinfacht (Entbürokratisierung) und private Investitionen stimuliert durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten und zusätzliche Forschungsförderung. Schließlich wurden Maßnahmen zur Stärkung der kommunalen Finanzen ergriffen (...) Es gilt (...) zu beobachten, ob die angekündigten Investitionsvorhaben tatsächlich in Gänge und konsequent umgesetzt werden, sollten die alten Debatten über die Notwendigkeit fiskalischer Disziplin (Schwarze Null, Schuldenbremse) wieder aufleben. Das Gesamtpaket ist immer noch mehr ein Konjunkturprogramm keynesianischer Art als ein transformatives Zukunftsprogramm. Trotz dieser Einschränkungen spricht einiges dafür, dass die Bundesregierung mit ihrem Konjunkturpaket mehr richtig als falsch macht und eine angemessene zweite wirtschaftspolitische Antwort auf die Corona-Krise gibt. Doch die wirtschaftlichen Entwicklungen in Europa und der Welt sprechen ebenso dafür, dass dieses Konjunkturpaket nicht das letzte Paket sein wird, das die Bundesregierung schnüren muss.

© https://makroном.de/was-taugt-das-corona-konjunkturpaket-36177?utm_source=rss&utm_medium=rss&utm_campaign=was-taugt-das-corona-konjunkturpaket

M 7a Olaf Scholz (SPD), Bundesminister der Finanzen

Wir haben für das, was wir gemacht haben, Entscheidungen gewählt, zunächst mit dem Stabilisierungsprogramm gleich beim Ausbruch der Pandemie. Im internationalen Vergleich ist dieses Stabilisierungsprogramm, das der Deutsche Bundestag beschlossen hat und wozu er eine Ausnahme von der Schuldenregel des Grundgesetzes akzeptiert hat, sehr schnell gekommen, und es war sehr groß. Jetzt, wo der Lockdown allmählich zu Ende geht, sind wir in einer neuen Phase. Es geht nämlich darum, dass wir mit einem Konjunkturprogramm dafür sorgen, dass die Konjunktur wieder anspringt. Wir werden das tun, erneut wie beim letzten Mal ziemlich früh und sehr groß, damit wir auch wirklich wirksam sind. Wir haben dabei sehr klare Prinzipien beachtet; sie sind jetzt schon oft diskutiert. Aber ich finde, es ist vernünftig, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse und politische Handeln gut zusammenpassen, nämlich dass wir so reagieren, wie das in der englischsprachigen Ökonomenwelt heißt: „timely, targeted and temporary“, also zum richtigen Zeitpunkt, gezielt und befristet. Genau das gilt auch für dieses Konjunkturprogramm. (...) Meine Damen und Herren, was ist in diesem Paket? Zunächst einmal ein ganz starker Konjunkturimpuls. Wir verbessern die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger: Für sechs Monate wird die Mehrwertsteuer gesenkt. Ich halte das für eine ganz wichtige Maßnahme, und ich bin auch überzeugt, sie wird auch überall bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen, und sie wird dazu beitragen, dass insbesondere langlebige Konsumgüter jetzt mehr gekauft werden als ohne diese Maßnahme. Damit das auch klar ist: Es ist sehr bewusst eine Maßnahme, die schnell kommt, und es ist sehr bewusst eine Maßnahme, die groß ist, weil wir nicht mit 1 Prozent Mehrwertsteuersenkung gearbeitet haben, und es ist

bewusst eine Maßnahme, die befristet ist; denn es geht um eine konjunkturelle Belebung. Es soll jemanden, der sonst als Einzelner erwägen würde, seine Entscheidung aufzuschieben, bis man besser weiß, wie sich das alles entwickeln wird, dazu überreden, dass er oder sie es jetzt tut. Genau das ist das Ziel einer solchen Konjunkturmaßnahme.

© Erste Beratung des Zweiten Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise (Zweites Corona-Steuerhilfegesetz), 19. Juni 2020, <https://docplayer.org/189450861-Deutscher-bundestagstenografischer-bericht-sitzung-berlin-freitag-den-19-juni-inhalt.html>

M 7b Christian Dürr (FDP)

Das Ziel eines Konjunkturpaketes muss sein, die Binnenkonjunktur so zu stärken, dass wir so schnell wie möglich aus dieser Krise auch wieder herauskommen. Und das Herzstück Ihres Konjunkturpaketes – das sagen Sie ja selbst; das sagen der Bundeswirtschaftsminister, der Finanzminister – ist eine vorübergehende Senkung der Mehrwertsteuer vom 1. Juli bis 31. Dezember. Sie haben gerade davon gesprochen, dass Sie entlasten wollen. Die Wahrheit ist: Für viele Mittelständler, für viele Familienbetriebe ist das ein irrer bürokratischer Aufwand. Die Mehrwertsteuersenkung ist zunächst eine Belastung des deutschen Mittelstandes, meine Damen und Herren! (...)

Zum Zweiten: Es ist mehr als fraglich, ob dieses Geld auch bei den Menschen ankommt.

Ich will meine Sorge zum Ausdruck bringen. Meine Sorge ist, dass vor allem diejenigen profitieren werden, die ohnehin gut durch die Krise gekommen sind, zum Beispiel die Onlineversandhändler, die, weil ihre Preise durch Algorithmen festgelegt werden, diese Mehrwertsteuersenkung nicht weitergeben werden. Das ist, Herr Scholz, unter Umständen kein Steuerhilfegesetz; das ist vielleicht ein Amazon-Hilfegesetz, aber nicht das, was unser Land jetzt braucht.

Das „Politbarometer“ hat herausgefunden, dass 85 Prozent der Menschen in Deutschland nicht daran glauben, dass diese Mehrwertsteuersenkung bei ihnen ankommt. Der Wissenschaftliche Beirat des Finanzministers meldet Zweifel an, Beamte des Bundeswirtschaftsministers sind nicht überzeugt, und selbst in der besten Rechnung, selbst wenn man glaubt, alles wird weitergegeben, würde ein durchschnittlicher Haushalt in Deutschland 30 Euro im Monat sparen. Aber wenn nicht einmal die Menschen, die davon profitieren, Vertrauen fassen, dass sich die Wirkung wirklich entfaltet, dass diese Mehrwertsteuersenkung ankommt, dann ist sie vor allem eines: ein falsches Instrument zur Belebung der Konjunktur.

© Erste Beratung des Zweiten Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise (Zweites Corona Steuerhilfegesetz), Deutscher Bundestag, 19. Juni 2020, <https://docplayer.org/189450861-Deutscher-bundestagstenografischer-bericht-sitzung-berlin-freitag-den-19-juni-inhalt.html>

M 8 Mögliche Auswirkungen auf verschiedene Sektoren

Wirtschafts-sektoren (Betroffene)	Welche Ziele werden mit der Maßnahme verfolgt?	Welche Geldströme werden durch die Maßnahme ausgelöst?	Wie reagieren darauf einzelne Akteure?	Welche Auswirkungen resultieren wiederum aus diesen Reaktionen?	Eventuelle Probleme und Wirkungshemmnisse
Haushalte					
Unternehmen					
Staat					
Banken					
Ausland					

© Autorengrafik nach Vorlage von Hans Gaffal

M 9 Mehrwertsteuersenkung – klug?



Marcel Fratzscher @M... · 09. Juni
Die Mehrwertsteuersenkung ist ein kluges Instrument des **#Konjunkturpaket**, das wir am **@DIW_Berlin** schon länger vorgeschlagen hatten, da es schnell funktioniert und auch geringe Einkommen entlastet.

Marcel Fratzscher ist Professor für Makroökonomie an der Humboldt-Universität Berlin und leitet seit 2013 das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).
© <https://twitter.com/MFratzscher/status/1270330768938668032>

M 10 Vier-T-Matrix: „Timely“, „Targeted“, „Temporary“ und „Transformative“

Zur systematischen Analyse der konjunkturpolitischen Maßnahmen bietet sich eine Matrix an, die die klassischen „3-Ts“ („Timely“, „Targeted“ und „Temporary“) um ein viertes „T“ für „Transformative“ (im Sinne eines sozial-ökologischen Wandels der Industriegesellschaft) ergänzt. Grundsätzlich sollen konjunkturpolitische Maßnahmen entsprechend zügig, gezielt, temporär und transformativ wirken.

„T“	Kategorie	Kriterien	Maßnahme	Beurteilung
„Targeted“	Konjunkturpolitischer Bedarf	– Wie stark ist der Sektor, in dem die Nachfrage angekurbelt wird, von der Corona-Krise betroffen? – Welche Beschäftigungseffekte sind zu erwarten?		
	Regionale Wirkung	– Welche Region profitiert in welchem Umfang von dem Instrument (Deutschland/EU/ Rest der Welt)?		
„Timely“	Kurzfristige Umsetzbarkeit	– Welcher Planungsvorlauf ist notwendig (vor Umsetzung)? – Wie schnell können Projekte ausgeschrieben werden?		
„Temporary“	Dauer der fiskalischen Belastung	– Über welchen Zeitraum fallen Kosten der Maßnahme an?		
„Transformative“	Bedeutung für Klima- und Umweltschutz	– Inwieweit trägt die Maßnahme zum Klima- und Umweltschutz bei?		
	Verteilungseffekte	– Welchen Einfluss hat das Instrument auf Einkommens-, Vermögens- und Chancengleichheit in Deutschland?		

© Autorengrafik nach: Sozial-ökologisch ausgerichtete Konjunkturpolitik in und nach der Corona-Krise, Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, 25.05.2020. https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Wirtschaft_und_Umwelt/sozial_oek_konjunkturpolitik_forschungsvorhaben_bf.pdf

M 11 „Motivationsversuch“



© Heiko Sakurai, 5.6.2020

M 12a Lothar Binding (SPD)

Es ist klug, jetzt Schulden aufzunehmen und die Reserve zu belasten. Ja, das ist kluges Cash-Management durch kluges Rücklagenmanagement. Das ist eindeutig. Wahrscheinlich ist jetzt (...) die einzig gute und richtige Zeit, das zu tun, was wir tun. Wir könnten das nicht tun, wären wir in einer anderen Situation. Viele andere Länder können das nicht tun.

Ja, wer bezahlt das eigentlich alles? Einmal bezahlt das die Zeit. Das haben wir schon sehr oft gemacht; das weiß auch jeder. Wir haben das 1952 so gemacht. Wir haben das 1994 so gemacht. Ich erwähne das Lastenausgleichsgesetz und ich erwähne den Fonds „Deutsche Einheit“. Da sieht man: Mit solchen Instrumenten lassen sich die Schulden sehr leicht bezahlen, wenn wir wieder in Wachstum kommen. Deshalb ist die Idee, dass die nächste Generation das bezahlt, völlig falsch. Die nächste Generation hätte ein richtig dickes Problem, wenn wir jetzt nichts machten. Jetzt das Richtige zu tun, hilft der nächsten Generation. Jetzt nichts zu tun, heißt: Wir hinterlassen einfach einen Scherbenhaufen. Das wollen wir nicht. Wir wollen ein gutes Land hinterlassen.

© Zweite und dritte Beratung des Zweiten Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise (Zweites Corona-Steuerhilfegesetz), Deutscher Bundestag, 29. Juni 2020, <https://docplayer.org/191336865-Deutscher-bundestag-stenografischer-bericht-sitzung-plenarprotokoll-19-168-berlin-montag-den-29-juni-inhalt.html>

M 12b Otto Fricke (FDP)

Da viele sagen: Ja, das ist jetzt so, wir sind in einer Notsituation: Was würden denn die Bürger, was würde Otto Normalverbraucher in einer Notsituation tun? Der würde nicht nur fragen: Wo kriege ich einen neuen Kredit her? – Der würde auch mal sagen: Auf welche Sache kann ich verzichten? Kann ich irgendwas entbehren, was ich nicht mehr brauche? – Ist im zweiten Nachtragshaushalt dieses Finanzministers eine Subvention enthalten, die zurückgeführt wird? Nein! Sind da Ausgaben, die gekürzt werden? Nein!

© Erste Beratung des Zweiten Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise (Zweites Corona-Steuerhilfegesetz), Deutscher Bundestag, 19. Juni 2020

M 13 Armin Mahler, Kommt Deutschland jemals wieder raus aus den Schulden?, Der Spiegel, 29.05.2020

Es ist noch nicht lange her, da waren Deutschlands Ökonomen in zwei Lager gespalten: Die einen sahen das Geldausgeben schon immer etwas lockerer. Schulden sind in ihren Augen kein Problem, und wenn es doch mal Schwierigkeiten geben sollte, greift eben die Notenbank ein und haut den Staat wieder raus.

Die anderen argumentierten nach Art der schwäbischen Hausfrau: nur ja nicht mehr ausgeben, als man einnimmt. Schulden sind für sie des Teufels und müssen, wenn sie doch einmal nötig sein sollten, schnellstmöglich getilgt werden.

In Zeiten von Corona sind die Vertreter beider Lager zusammengerückt. Einmütig verfassten sie Papiere, wie der Staat mit hohen Krediten einen Kollaps der Konjunktur verhindern kann. Selbst gegen den 500-Milliarden-Euro-Fonds, den Kanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron zum Wiederaufbau Europas vergangene Woche vorschlugen, regte sich in der Ökonomenkaste kaum Widerstand. Noch vor wenigen Monaten wäre das undenkbar gewesen.

(...) Die Rechnung hat viele Unbekannte. Sicher ist nur, dass unterm Strich ein dickes Minus stehen wird. Aber wer wird die vielen Schulden am Ende bezahlen?

„Das ist die Schicksalsfrage“, sagt Bofinger. Und die Frage, die Deutschlands Volkswirte dann doch wieder in die alten Lager spaltet. Die einen sagen, der Staat müsse die neuen Schulden möglichst schnell wieder abbauen, um für kommende Krisen gewappnet zu sein. Die anderen halten das nicht nur für unnötig, sondern sogar für gefährlich.

Bofinger ist der exponierteste Vertreter des zweiten Lagers. (...) Die Angst vor der Schuldenlast ist in seinen Augen völlig unbe-

gründet. Weder gebe es für den Staat einen Grund, die Schulden aktiv zurückzuführen, sagt er, noch überhaupt eine wissenschaftlich fundierte Aussage darüber, von welcher Höhe an Staatsschulden für große Volkswirtschaften schädlich seien.

Jens Südekum sieht das genauso. Der Professor für internationale Volkswirtschaftslehre an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf gehört zu den jüngeren Ökonomen, deren Einfluss auch im politischen Berlin in den vergangenen Jahren stark gewachsen ist. „Im Moment haben wir Staatsschulden in Höhe von 2 Billionen Euro. Wenn die auf 2,5, auf 2,8 oder gar auf 3 Billionen steigen, hört sich das erst mal schlimm an“, sagt er. „Aber was soll's?“

Entscheidend sei nicht die Höhe der Schulden, sondern ihre Relation zur Wirtschaftsleistung des Landes: also die Quote. Die Schulden stehen im Zähler, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) steht im Nenner. Wenn der Nenner wächst, sinkt die Quote automatisch. „Das ist der Weg“, sagt Südekum. „Es geht gar nicht anders.“

Bevor die Pandemie das Wachstum abwürgte, lag die deutsche Staatsschuldenquote bei rund 60 Prozent, also in etwa auf dem Niveau, das der Stabilitätspakt den Staaten der Eurozone vorschreibt. Nach der Finanzkrise war es auf rund 80 Prozent gestiegen, in den folgenden zehn Jahren sank es wieder auf 60 Prozent. Dabei war allerdings viel Glück im Spiel: Die deutsche Wirtschaft erlebte einen Dauerboom, die Steuereinnahmen erreichten von Jahr zu Jahr neue Rekordhöhen. Gleichzeitig sanken die Zinsen auf ein Rekordtief, was dem Staat Minderausgaben von 436 Milliarden Euro bescherte.

Jetzt wird die Schuldenquote wieder auf 80, vielleicht sogar auf 90 Prozent des BIP steigen, so Schätzungen. Doch so leicht wie nach der Finanzkrise wird sie sich nicht senken lassen. Die Zinsen sind schon bei null, weitere Zinsersparnisse sind also weitgehend ausgeschlossen.

Bleibt die Hoffnung auf Wachstum. Die meisten Ökonomen gehen in diesem Jahr von einem Minus von sechs bis sieben Prozent aus und im nächsten Jahr von einem Plus in derselben Höhe. Die deutsche Wirtschaft wäre damit wieder auf dem Vor-Corona-Stand. Aber was kommt nach dem Aufholeffekt, wie viel Wachstum bleibt?

Lars Feld glaubt zwar auch, dass die Schuldenquote zum größten Teil wieder über das Wachstum zurückgeführt werden kann, aber er mahnt zur Vorsicht. Feld ist Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und damit der führende Vertreter des konservativen ökonomischen Mainstreams. Das Wachstum allein werde nicht genügen, glaubt er, denn ab 2025 schlage die demografische Entwicklung zu. Die dämpft, erstens, das Wachstum und lässt, zweitens, die Staatsausgaben steigen, weil die Rentenversicherung dann höhere Zuschüsse aus der Steuerkasse braucht.

Den Glauben, der Staat könne einfach aus den Schulden herauswachsen, hält Gabriel Felbermayr, der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, ebenfalls für naiv. Die Globalisierung, von der die deutsche Wirtschaft in den vergangenen Jahren stark profitierte, sagt er, sei schon vor der Pandemie ins Stocken geraten. Felbermayr fordert deshalb für die Zeit nach Corona einen Tilgungsplan, um die Staatsschuldenquote wieder auf 60 Prozent zu senken, „bevor eine neue Krise kommt“, wie er sagt. Die werde ganz anders sein, „kein Replay von Corona und kein Replay der Bankenkrise“ – „und dafür brauchen wir fiskalische Spielräume“. (...) Aber muss der Staat überhaupt gegensteuern, damit er in Zukunft handlungsfähig ist? Bofinger hält das Argument für nicht stichhaltig. Das Ziel einer Staatsschuldenquote von 60 Prozent sei willkürlich, sagt er, es beruhe allein auf dem Durchschnittswert der EU-Staaten im Jahr 1990. Der wurde in die Maastrichter Verträge als Obergrenze für die Schulden der Euromitglieder aufgenommen. (...)

Die These, dass die Höhe der Staatsschulden kein Problem sei, beruht allerdings auf drei Voraussetzungen. Erstens: Die Gläubiger dürfen das Vertrauen in die Schuldner nicht verlieren. Zweitens: Die Zinsen müssen weiter niedrig bleiben. Wenn das nicht

der Fall ist, müssen, drittens, die Notenbanken als „lender of last resort“, als Kreditgeber der letzten Instanz, eingreifen und die Staatsschulden aufkaufen. Und selbst dann bleibt die Frage, ob das auf Dauer gut gehen kann – oder irgendwann zu hoher Inflation führt.

Darauf geben die beiden Lager der Ökonomen völlig konträre Antworten.

„Die Zinsen sinken seit den Siebzigerjahren kontinuierlich“, sagt Südekum. Das liege an der Alterung der Gesellschaft, einer höheren Sparneigung und dem Strukturwandel in der Wirtschaft: „Internetkonzerne haben nun mal einen geringeren Kapitalbedarf als Stahlwerke und ganz andere Möglichkeiten, sich zu finanzieren.“ Deshalb gebe es Prognosen, dass das Zinsniveau noch 20, 50 Jahre oder länger niedrig bleibe. Wenn sie stimmen, kann sich der Staat auf Dauer hohe Schulden leisten.

„Das Zinsniveau ist von verschiedenen Faktoren abhängig, über die wir keine vollständige Kontrolle haben“, kontert der Sachverständigenratsvorsitzende Feld. Es gebe genügend Gründe, warum sich die Einschätzungen der Gläubiger an den Finanzmärkten von heute auf morgen ändern könnten und sie dann höhere Risikoaufschläge verlangten. „Wenn man dann nicht in die Bredouille geraten will“, warnt Feld, „sollte man zusehen, dass man eine geringe Schuldenquote hat.“

Oder eine Zentralbank, die die Schulden aufkauft, um die Zinsen niedrig zu halten. So machen es die Amerikaner, die Briten und die Japaner. Die Europäische Zentralbank (EZB) darf das streng genommen nicht, direkte Staatsfinanzierung ist ihr ausdrücklich verboten. Ihr Mandat besteht ausschließlich darin, die Geldwertstabilität in der Eurozone zu sichern.

Allerdings legt die EZB dieses Mandat weit aus. Um ihr Inflationsziel von knapp unter zwei Prozent zu erreichen, kauft sie auch Staatsanleihen auf, von allen Euroländern gleichermaßen und bis zu einer Obergrenze von einem Drittel der jeweiligen Staatsschuld. Diese Käufe waren von Anfang an umstritten, Kritiker unterstellten der EZB eine unzulässige Stützung der Euro-Krisenländer und zogen deshalb vor den Europäischen Gerichtshof und das Bundesverfassungsgericht. Stoppen konnten sie die EZB jedoch nicht.

Um den Corona-Schock zu dämpfen, hat die EZB ein weiteres, 750 Milliarden Euro schweres Programm namens Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) beschlossen. Es enthält ausdrücklich keine Obergrenze für Aufkäufe mehr und wird wohl wieder vor dem Bundesgerichtshof landen. (...)

Noch kann niemand verlässlich sagen, wie sich eine Ausweitung der Staatsverschuldung mithilfe der Notenbank langfristig auswirken würde. Ob sie das Wachstum antreiben würde und sich damit selbst finanziert, wie nach dem Zweiten Weltkrieg in Großbritannien; oder in ungezügelter Inflation enden würde, wie nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland.

Wenn der Staat bei voll laufender Wirtschaft anfangs, Geld zu drucken, erzeuge das natürlich Inflation, sagt Bofinger. Im Moment indes liege die Wirtschaft darnieder. „Ich habe eher Angst, dass wir Deflation kriegen.“

„Irgendwann“, hält Felbermayr dagegen, „an einem Punkt, der schwer vorherzusagen ist, wird die Liquidität, die wir bereitstellen, die Nachfrage stärker hochtreiben, als das Angebot an Gütern und Dienstleistungen wächst. Und dann haben wir Inflation.“

© <https://www.spiegel.de/wirtschaft/corona-krise-kommt-deutschland-jemals-wieder-aus-den-schulden-a-00000000-0002-0001-0000-000171168360>

M 14a Staatsverschuldung zu Lasten kommender Generationen



Ria Schröder war von 2018 bis 2020 Bundesvorsitzende der FDP-nahen Jugendorganisation Junge Liberale.

© <https://twitter.com/jungeliberale/status/1290296200298717184>, 03.08.2020

M 14b Adalbert Winkler und Holger Sandte, Die Mär von der Belastung der jungen Generation, Die ZEIT 9.6.2020

(...) Bei einem Blick durch die Medien scheint es (...) einen klaren Verlierer des Konjunkturpakets zu geben: die junge Generation. Es heißt, sie müsse die Schulden zurückzahlen, die der Staat jetzt aufnimmt. Doch das ist ökonomischer Unfug. Die junge Generation als Ganzes wird durch die höhere Staatsverschuldung gar nicht belastet.

Eines stimmt zwar: Der Staat verschuldet sich jetzt und Schulden müssen bedient und zurückgezahlt werden, das weiß jeder. Klar ist auch: Wenn das in der Zukunft geschieht, dann zahlen Angehörige der heute jungen, künftig alten Generation die Schulden zurück. Aber an wen? Genau: an Angehörige der gleichen Generation, denn eine andere Möglichkeit gibt es nicht. Man kann das an den Schulden demonstrieren, die die Regierungen Schmidt und Kohl in den Siebziger- und Achtzigerjahren aufgenommen haben. Zu einem Teil wurden sie in den vergangenen Jahren abgetragen. Das heißt, die heutige Generation hat sie zurückgezahlt – und zwar an Angehörige der gleichen Generation. Denn sie erben die Forderungen an die Bundesrepublik Deutschland, die ihre Eltern damals in Form von Bundesanleihen erwarben.

Kein Transfer zwischen den Generationen

Die Schulden, die damals aufgenommen wurden, haben also zu einer Umverteilung innerhalb der damals jungen und heute alten Generation geführt. Die Steuerzahlenden von heute haben an die heutigen Besitzerinnen und Besitzer von Bundesanleihen gezahlt. Ein Transfer zwischen den Generationen fand nicht statt. Er kann auch gar nicht stattfinden, denn die Steuern werden immer von eben der Generation gezahlt, die auch Staatsschuldentitel besitzt. Deshalb lässt sich eine Belastung der heutigen Jugend durch heute aufgenommene Schulden nur dann feststellen, wenn man sie von vornherein in zwei Gruppen unterteilt: jene, die in Zukunft Steuern zahlen, und jene, die in Zukunft Staatsschuldentitel halten, weil sie sie von ihren Eltern erben. Dann stimmt zweifellos: Die Steuerzahlenden von morgen zahlen an die Erbinnen und Erben der Staatsschuldentitel; die heutigen Steuerzahler werden geschont. Nicht richtig ist es aber, von einer Belastung der zukünftigen Generation insgesamt zu sprechen. (...)

Die Schulden der einen

Zusammenfassend heißt das: Die junge Generation in Deutschland wird durch das Konjunkturpaket insgesamt nicht belastet. Vielmehr kann sie jene Belastungen vermeiden, die in einer noch tieferen Rezession entstünden, wenn der Stabilisierungsversuch über höhere Schulden bei ultraniedrigen Zinsen nicht unternommen würde. Die Schulden des Staates sind die Vermögen der

Haushalte und Unternehmen. Beides wird vererbt, nicht nur die Schulden. (...)

Dennoch kann der erhebliche Anstieg der Staatsverschuldung, wie wir ihn gegenwärtig erleben, zu einem Problem werden. Steigende Zinsen, Inflation, ein Zurückdrängen privater Investitionen und privaten Konsums, steigende Leistungsbilanzdefizite würden dies anzeigen. Dann wäre es notwendig, gegenzusteuern. Klar ist aber, dass davon in Deutschland derzeit nichts zu sehen ist. Wenn man also die richtigen Kriterien anwendet, lassen sich Probleme der Staatsverschuldung gut erkennen. Die vermeintliche Belastung der jungen Generation als Ganzes gehört nicht dazu.

© <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-06/staatsverschuldung-konjunkturpaket-junge-generation-belastung>

M 14c Ulrich Schmidt, Corona-Krise: Corona-Schulden belasten doch die junge Generation!, Die ZEIT, 15.6.2020

Die verschiedenen Corona-Rettungspakete und auch das jüngste Konjunkturpaket in Höhe von 130 Mrd. Euro werden die deutsche Staatsverschuldung spürbar ansteigen lassen. Vielfach wird die Befürchtung geäußert, dass dadurch die junge Generation belastet wird, da sie die Schulden später einmal zurückzahlen muss. Ist diese These zutreffend?

Adalbert Winkler und Holger Sandte behaupten, dass dies nicht zutrifft. Ihr Argument ist auf den ersten Blick sehr einleuchtend: Wenn die junge Generation die Schulden später tilgt, dann zahlt sie die Tilgungen an die Besitzer der Bundesanleihen. Und das ist notwendigerweise auch die junge Generation, da sie die Anleihen zum Zeitpunkt der Tilgung von ihren Eltern geerbt haben werden. Man kann also sagen: Die jetzt junge Generation zahlt die Schulden später einfach an sich selbst zurück – und wird folglich im Ganzen nicht belastet.

Was aber heißt das für das Konjunkturpaket von 130 Milliarden Euro? Dies bedeutet, dass der Staat jetzt 130 Milliarden Euro Schulden aufnimmt. Die aktuell alte Generation kauft entsprechend Bundesanleihen im Wert von 130 Milliarden. Die junge Generation erbt später sowohl die Schulden als auch die Bundesanleihen. Was aber passiert im Alternativszenario, wenn der Staat sich nicht verschuldet? Dann kann die jetzt alte Generation die 130 Milliarden Euro in andere Vermögenswerte investieren, beispielsweise in US-amerikanische Staatsanleihen. In diesem Fall würde die junge Generation später amerikanische Staatsanleihen im Wert von 130 Milliarden Euro erben, aber keine Schulden. Sie wäre also eindeutig bessergestellt. Das Vererben von Schulden ist also für nächste Generationen sehr wohl eine Belastung.

Wofür gibt der Staat das Geld aus?

Aber auch dies ist noch zu kurz gedacht. Es ist nämlich entscheidend, wie der Staat das aufgenommene Geld verwendet. Wenn die zusätzlichen Mittel allein fürs Konsumieren ausgegeben werden, sind die Mittel verloren und die junge Generation ist tatsächlich um 130 Milliarden schlechter gestellt. Werden mit den Schulden aber öffentliche Investitionen wie beispielsweise Infrastruktur oder Forschung finanziert, erbt die neue Generation neben den Bundesanleihen und den Schulden auch die zusätzliche Infrastruktur oder eben das neue Wissen. Wenn die Investitionen sehr produktiv sind, könnte die junge Generation sogar bessergestellt sein als im Fall ohne Verschuldung.

Auch wenn das Konjunkturpaket verschiedene Investitionsvorhaben erhält, die sehr lohnend für die junge Generation sein können, steht das Ankurbeln des Konsums durch die Mehrwertsteuererhöhung oder den Kinderbonus doch ganz klar im Vordergrund. Das Konjunkturpaket wird daher die junge Generation zumindest teilweise belasten.

© <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-06/corona-krise-generationenkonflikt-verschuldung-studenten-berufsanfaenger>

3. Systemrelevant und schlecht bezahlt: Unverzichtbare Care-Berufe in Zeiten von Corona

BARBARA THIESSEN

Wirtschaft in Zeiten von Corona: Darunter wird zumeist die industrielle Produktion, das Verkaufs- und Gastgewerbe, das Handwerk und die selbstständig Tätigen sowie der internationale Handel assoziiert. Soziale Arbeit, Erziehungs- und Pflegeberufe werden zumeist nicht in ihrer Bedeutung als Voraussetzung dafür gesehen, dass überhaupt Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. In der Situation der Pandemie hatten die Care-Berufe nun einen großen Auftritt: systemrelevant seien sie und überlebensnotwendige Arbeit leisteten sie. Hinter dem großen Beifall ist die Krise, in der Care-Arbeit schon seit langem steckt, fast übersehen worden.

■ Einleitung

Die Corona-Pandemie verweist auf die prinzipielle Verletzbarkeit von Menschen und ihre Angewiesenheit auf Versorgung. Insbesondere in der westlichen Moderne hat sich vor 200 Jahren das Leitbild des Menschen als eigenständiges Individuum gegenüber dem von Natur und einengenden sozialen Gemeinschaften abhängigen Menschen durchgesetzt. Autonomie und Freiheit gelten seitdem als besonders erstrebenswert. Die Hinfälligkeiten des Lebens wie Krankheiten, Behinderung, Altern und Tod sollen technisch beherrschbar sein und werden ansonsten eher ausgeblendet und tabuisiert. Fürsorge, also die pflegende, versorgende und erziehende Hinwendung zu anderen – in der internationalen Diskussion auch „Care“ genannt –, gilt zwar als moralisch bedeutsam, ist aber darüber hinaus wenig anerkannt. Tatsächlich ist sie aber die Voraussetzung dafür, dass der Wirtschaft Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, die zunächst geboren und aufgezogen werden müssen.

Nun hat ein kleines Virus mit Namen „Sars-CoV-2“ den Autonomie-Fetisch westlicher Gesellschaften irritiert. Mit dem weltweiten Ausbruch von Covid-19 rückten zudem jene in den Blick, die ansonsten selten im Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit stehen: Kranken- und Altenpflegekräfte, Fachkräfte in Kitas und Sozialer Arbeit sowie Reinigungspersonal. Ihnen wurde während der Ausgangsbeschränkungen im Frühjahr 2020 und unter dem Eindruck erschreckender Bilder aus Kliniken und Pflegeeinrichtungen von Balkonen Applaus gespendet und in Pressekonferenzen Prämien versprochen. Sie sollten ihre Arbeit – trotz mangelnder Schutzausrüstung und persönlicher Infektionsrisiken – engagiert fortsetzen. Gerade jene Berufe, die in der Marktwirtschaft gemeinhin als „Kostenfaktor“ gelten, wurden nun „systemrelevant“ genannt.

Wie steht es also um diese Berufe, die als sozial-pflegerische Dienstleistungen unter dem Akronym SAHGE (Soziale Arbeit, Hauswirtschaft, Gesundheits- und Erziehungsberufe) zusammengefasst werden? Bekannt ist eher der verwandte Begriff MINT, der für Berufe in den Feldern Mathematik, Informatik, Na-

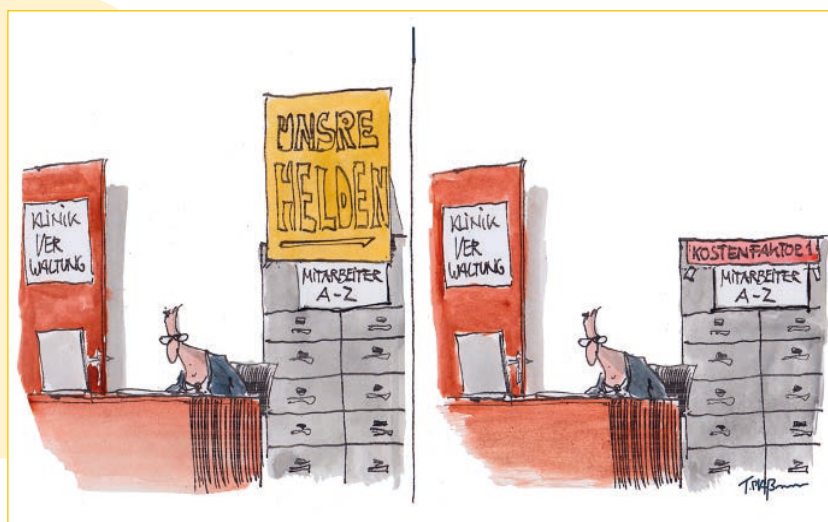


Abb. 1 „Klinik Mitte ... Rückkehr zur Normalität“

© Thomas Plasmann, 2020

turwissenschaft und Technik genutzt wird. Ist der Verdienst angemessen und warum gibt es eine so deutliche geschlechtliche Zuordnung im MINT- und SAHGE-Bereich? Wie hängen Care-Arbeit im Privaten, in Familien und Nachbarschaft, mit beruflichen Care-Tätigkeiten zusammen? Und schließlich: Was sollten wir nach der überstandenen Corona-Pandemie ändern, um fürsorgliche Praxen, also Care-Arbeit, von der wir alle abhängig sind, besser abzusichern?

■ Wer kümmert sich? Die Debatte um Care

Zunächst: Was genau ist mit dem Begriff „Care“ gemeint? Care wird verstanden als die Gesamtheit der gesellschaftlich und individuell notwendigen Formen der Fürsorge und Pflege von Menschen inklusive der Tätigkeiten, die zur (Wieder-)Herstellung von Gesundheit, Arbeitskraft oder Leistungsfähigkeit notwendig sind, aber auch vielfache Formen des Sich-Kümmerns, die darüber hinausgehen: Fürsorge, Beziehungsgestaltung, Erziehung, Pflege, nachbarschaftliche Unterstützung und Selbstsorge (Brückner, 2010). Care-Tätigkeiten sind unbezahlt oder bezahlt, sie erfolgen in privaten Lebenszusammenhängen oder in Einrichtungen. Care ist die Sorge für andere, für das Gemeinwohl und als Basis die Sorge für sich selbst, Tag für Tag und in den Wechselfällen des Lebens. Sie ist Zuwendung und Mitgefühl ebenso wie Mühe und Last. Cornelia Klinger (2013) hat dafür den Begriff der „Lebenssorge“ geprägt. Denn über unser gesamtes Leben sind Menschen angewiesen auf Versorgung, Betreuung, Pflege – je nach biografischer Situation mal mehr, mal weniger.

In der internationalen Geschlechterforschung (Gender Studies), die den Begriff „Care“ entwickelt hat, werden seit vielen Jahrzehnten mit Care-Theorien auch Fragen der Ungleichheit im Geschlechterverhältnis verknüpft. Ebenso werden in der Forschung

zu Care Personen prinzipiell als gleichermaßen autonomieorientierte und aufeinander angewiesene verstanden, so dass auch Verletzbarkeit als menschliche Bedingtheit sichtbar wird (Butler, 2003). Eine kritische Gender-Perspektive zu Care bedeutet vor allem, dass die Zuweisung von Care-Arbeit an Frauen nicht als biologisches Faktum verstanden wird. Vielmehr wird untersucht, wie es historisch zu dieser geschlechtlichen Aufladung von Care gekommen ist und wie diese institutionell abgesichert wurde. Bedeutsam dafür waren etwa Bildungsbeschränkungen bei Mädchen und Erwerbsverbote für verheiratete Frauen, um die „moderne“ Familie mit Hausfrau und männlichem Alleinverdiener ab dem 19. Jahrhundert als Modellvorstellung abzusichern. Gleichzeitig werden in der Care-Debatte multidimensionale, sogenannte „intersektionale“ Formen sozialer Ungleichheiten sichtbar: Nationale Zugehörigkeit, Bildungsgrad und regionale Herkunft prägen neben Geschlecht wesentlich die Art und Weise, in der Care organisiert, bewertet und konkret praktiziert wird. Augenfällig ist beispielsweise die gegenwärtige Delegation von Reinigungsarbeiten und Pflege an migrantische Frauen, die ebenso in privaten Haushalten wie in Unternehmen, etwa Kliniken, tätig sind.

Der englische Begriff „Care“ stößt im deutschsprachigen Raum noch auf Irritation und Ablehnung. Dieser Begriff knüpft jedoch an eine Forschungstradition an, die in angelsächsischen und skandinavischen Ländern schon deutlich länger als hierzulande geführt wird. Der Care-Begriff ist zudem nicht nur eine Sammelbezeichnung für die Bereiche Erziehung, Pflege, Versorgung und Beratung, sondern beinhaltet auch Kritik an der Feminisierung, Marginalisierung und Trivialisierung von Care-Arbeit. Dagegen transportiert der deutsche Begriff „Fürsorge“ die historisch nicht unproblematische Geschichte staatlicher Hilfen im 19. und 20. Jahrhundert, die auch mit repressiven Praxen einhergingen.

Professionelle Care in Pflege, Hauswirtschaft, Erziehung und Sozialer Arbeit

Wie sind Care-Berufe entstanden und warum gelten sie bis heute als weibliche Domäne?

Die Berufsausbildung, die mit der Industrialisierung im 18. und 19. Jahrhundert neu konzipiert und aufgebaut wurde, sah zunächst nur eine Reform der bislang in Zünften organisierten und Männern vorbehaltenen Handwerksberufe vor. Die Gründung der handwerklichen Gewerbeschulen, der Ingenieur-, Handels- und Industrieschulen im 18. und 19. Jahrhundert lässt sich als Hinweis

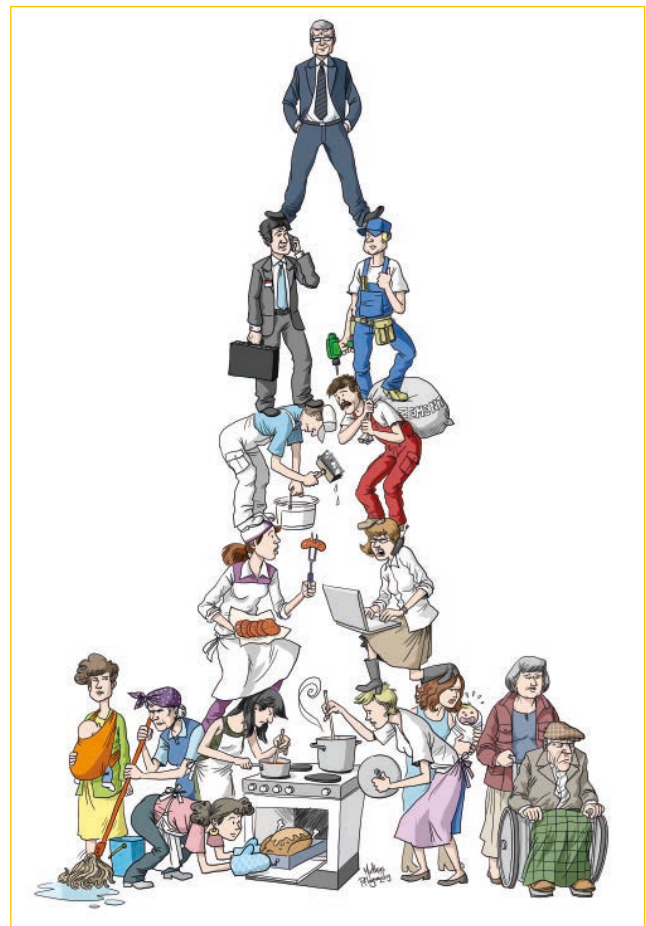
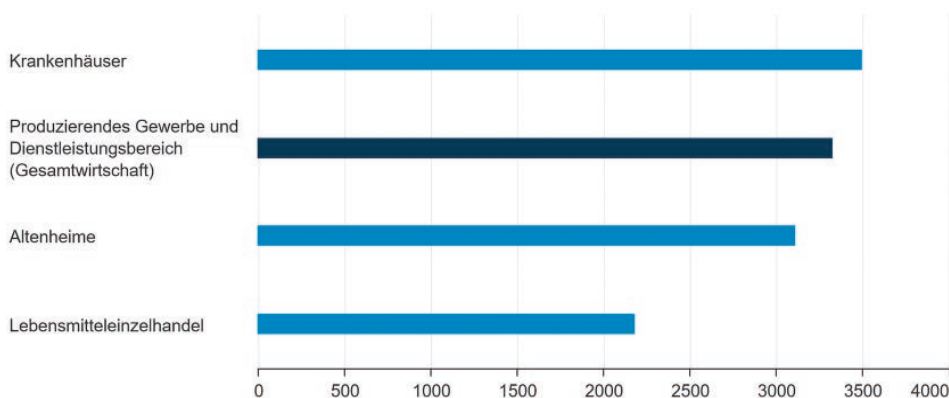


Abb. 3 „Arbeitshierarchien“ © Quelle: Marie Marks für die Friedrich-Ebert-Stiftung

auf den sektoralen Wandel der sog. „industriellen Revolution“ lesen (Pahl, 2018: 30f.). Etabliert wurde schließlich das Duale System für handwerkliche und industrielle Fertigungsberufe – exklusiv für Männer. Bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren Frauen sowohl von höherer Schulbildung als auch einem Studium ausgeschlossen. Ebenso waren sie für Berufsausbildung und qualifizierte Erwerbsarbeit nicht vorgesehen. Für Frauen war vielmehr der als Natur gedachte „Beruf als Weib“, so der Pädagoge Campe (1789: 67), vorgesehen, mit dem sie als Gattinnen, Mütter und Hausfrauen im mit der Aufklärung neu konzipierten Raum des Privaten zu wirken hatten. Dagegen positionierten sich die Protagonistinnen der bürgerlichen Frauenbewegung, die ab 1860 die Mädchenbildung und Berufsschulen für junge Frauen als Emanzipationsprojekte in Eigenregie – und zumeist auch mit eigenen finanziellen Mitteln – voranbrachten (Kleinau/Opitz, 1996). Für Arbeiterinnen wurden Hauswirtschaftsschulen gegründet, die ebenso für Dienstmädchentätigkeiten wie eigene Haushaltsarbeit qualifizieren sollten. Junge Frauen aus den bürgerlichen Schichten zogen es in die neugegründeten Ausbildungsinstitute für Kindergartenarbeit und in die

Bruttomonatsverdienste von vollzeitbeschäftigten Fachkräften 2019

ohne Sonderzahlungen in ausgewählten Branchen, in EUR



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2020

Abb. 2 „Systemrelevante Berufe“

© Statistisches Bundesamt, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/03/PD20_No15_623.html

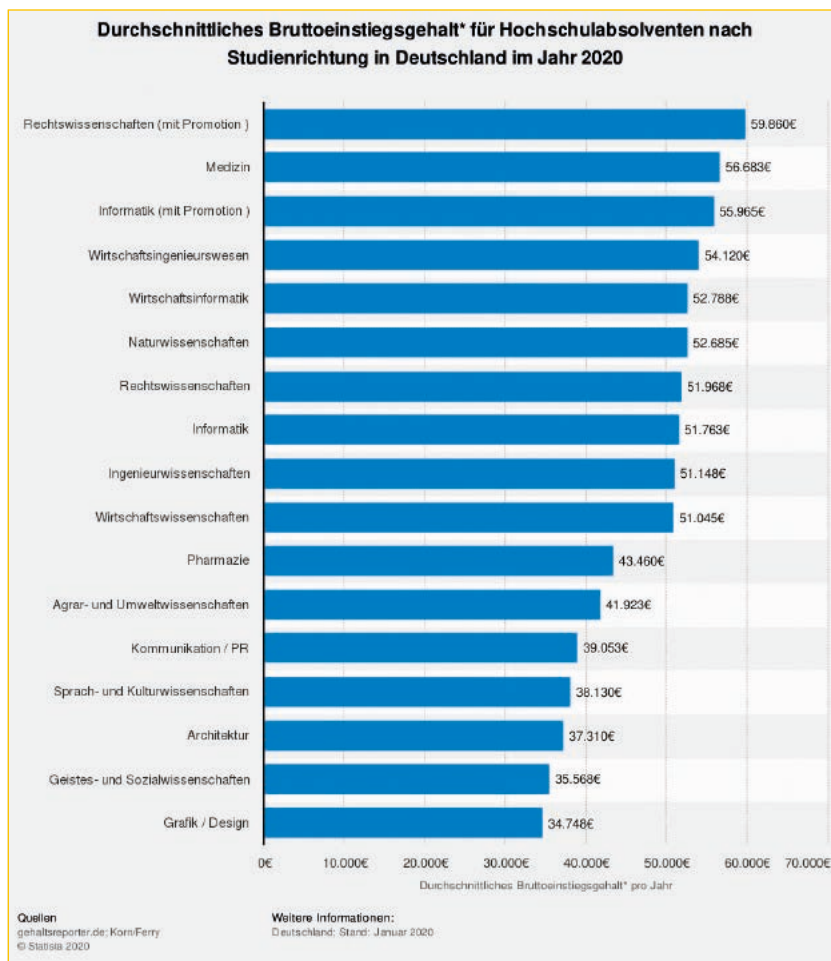


Abb. 4 „Einstiegsgehälter für Hochschulabsolventen nach Studienrichtung“

© <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/183075/umfrage/einstiegsgehaelter-fuer-hochschulabsolventen-nach-studienrichtung/>

sozialen Frauenschulen, die für Soziale Arbeit qualifizierten. Auf diese Weise etablierte sich neben dem Dualen System ein vollzeitschulisches Berufsbildungssystem.

Etabliert haben sich damit nach Geschlecht getrennte Ausbildungsstrukturen, die bis heute wirksam sind und spezifische Nachteile aufweisen. Zwar sicherten sich Frauen mit den Fachschulen Zugänge zu Bildung und Beruf in einer Zeit, in der Frauen noch von Universitäten ausgeschlossen waren (Kleinau/Optiz, 1996). Im Gegensatz zur Lehre im Dualen System musste hier allerdings – und in Teilen ist das bis heute so – Schulgeld bezahlt werden, statt dass eine Ausbildungsvergütung erzielt werden konnte. Um als legitimer Ort für Frauen anerkannt zu werden, wurden die Tätigkeitsfelder Soziale Arbeit, Pflege, Erziehung und Hauswirtschaft von den Protagonistinnen der bürgerlichen Frauenbewegung selbst mit geschlechterbezogenen Klischees aufgeladen: das Konzept der „geistigen Mütterlichkeit“ (Allen, 1996), das von ihnen als emanzipative Strategie entwickelt wurde, wurzelt in der Vorstellung einer prinzipiell-

len Differenz der Geschlechter. Damit sollte die Unabkömmlichkeit von Frauen in sozialpflegerischen Tätigkeitsfeldern, in Politik und Zivilgesellschaft unterstrichen werden. Sie haben zugleich dazu beigetragen, dass sozialpflegerischen Berufen eine Mystifizierung anhängt. Diese sorgt dafür, dass Kompetenzen für Erziehung, Pflege, Soziale Arbeit und Hauswirtschaft dem „weiblichen Geschlechtscharakter“ (Hausen, 1976) eigen scheinen, für die es weder fundierter Ausbildung noch angemessener Bezahlung bedürfe. Unklar bleibt zudem die Abgrenzung zwischen privater Familienarbeit und beruflicher Care, an der laut Krüger bis heute der „Geruch des Privaten“ (Krüger, 2003) klebe. So warnte etwa Sozialminister Norbert Blüm 1994 vor einer „Überprofessionalisierung“ in den Pflegeberufen, denn für Füttern reiche „ein gutes Herz und eine ruhige Hand“ (Stief, 2009).

Care-Work heute: Feminisiert und unterbezahlt bei steigenden Kompetenzanforderungen

Während MINT-Berufe als innovativ und produktiv gelten, werden SAHGE-Berufe als Konsumtion und Belastung öffentlicher Haushalte gesehen. Dessen ungeachtet stellen sie einen bedeutenden Arbeitsmarkt und sichern neben ihrer reproduktiven Funktion auch Steueraufkommen und Kaufkraft. Aktuelle Prognosen gehen davon aus, dass durch den demografischen Wandel die SAHGE-Berufe bis 2030 den mit Abstand größten Berufsbereich ausmachen und ein Viertel bis ein Drittel aller Beschäftigten umfassen werden (Sachverständigenrat 2017, 36). Der Frauenanteil der Beschäftigten in diesem Segment liegt aktuell über 80% (ebd.). Allerdings werden bislang in diesen Berufen,

die einen hohen Anteil Teilzeitbeschäftigter haben, kaum existenzsichernde Löhne erzielt. Nach einer dreijährigen Ausbildung und einem Anerkennungsjahr verdient ein*e Erzieher*in bundesweit brutto monatlich zwischen 2.300 und 3.100 EUR, ein*e Altenpfleger*in erhält nach drei Ausbildungsjahren zwischen 1.800 und 3.200 EUR, während eine Fachkraft mit dreijähriger Elektronik-Ausbildung zwischen 2.300 und 4.100 EUR Lohn erzielen kann (www.gehaltsvergleich.com). Das Bruttojahresgehalt

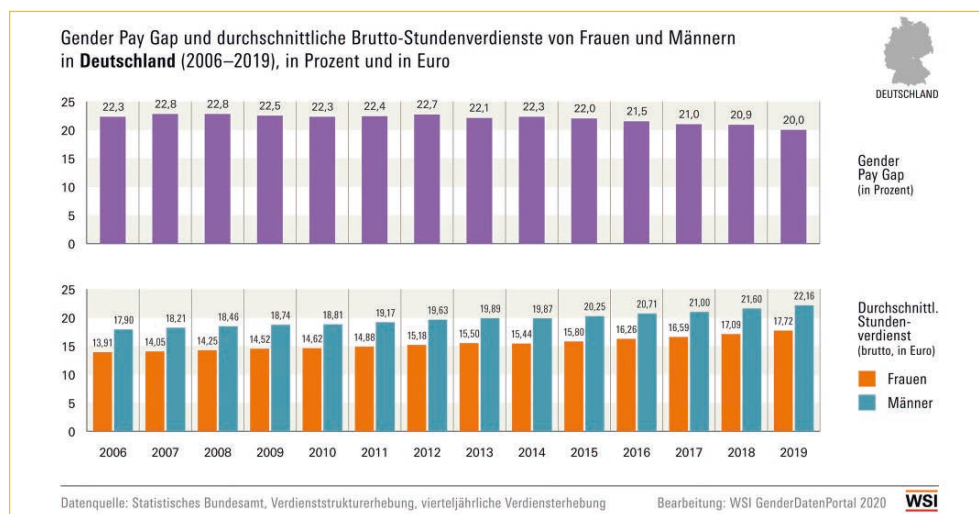


Abb. 5 „Gender Pay Gap 2006–2019“

© WSI GenderDatenPortal, <https://www.wsi.de/de/einkommen-14619-gender-pay-gap-14932.htm>

nach einem Bachelor-Studium liegt in der Sozialen Arbeit bei 27.800 EUR gegenüber einem Maschinenbau-Studium bei jährlich 52.000 EUR | Abb. 4 |. Heimleitungen in der Pflege erreichen ein Gehalt von knapp 70.000 EUR, während für die Geschäftsführung in der Lebensmittelindustrie oder in der Elektrotechnik 140.000 bis 177.000 Euro bezahlt werden (<https://www.gehalt.de/news/die-gehalter-und-perspektiven-in-der-pflegebranche>).

Ein wesentlicher Grund für dieses Gehaltsgefälle sind die Entgeltsysteme, in denen die Anforderungen und Belastungen in Care-Berufen deutlich geringer eingestuft werden als dies in männertypischen Branchen der Fall ist. Der Kraftaufwand in Fertigungsberufen etwa wird als belastender als in Pflegeberufen eingeschätzt, obwohl dort mindestens ebenso hohe Gewichte gestemmt werden müssen. Die Verantwortung für Maschinen wird immer noch höher vergütet als jene für hilfs- oder erziehungsbedürftige Menschen. Die Arbeitsplatzbeschreibungen sind bei technischen Fertigungsberufen deutlich differenzierter als bei sozialen und pflegerischen Berufen, da hier immer noch von Jeder-Frauen-Fähigkeit ausgegangen wird. Für die Bewertung zuständig sind die Tarifkommissionen, die nach wie vor auch in klassischen Frauenberufsfeldern überwiegend männlich besetzt sind. Zwar liegen bereits seit 30 Jahren überarbeitete Arbeitsbewertungs- und Entgeltsysteme vor, die damit den wesentlichsten Grund für den Gender Pay Gap – also den Einkommensunterschied im Geschlechterverhältnis – maßgeblich reduzieren könnten (Krell/Winter, 1990). Zum Einsatz sind diese Konzepte jedoch bislang noch kaum gekommen.

Gleichzeitig haben die Anforderungen in den Care-Berufen stetig zugenommen. Als Beispiele lassen sich die Kindertagesbetreuung mit der Ausweitung des Bildungsauftrags in deren Einrichtungen genauso anführen, wie der Anstieg von Multimorbidität und von demenziellen Erkrankungen in der Altenpflege sowie die gestiegene fachliche Komplexität in der Sozialen Arbeit etwa durch Netzwerkarbeit in sozial deprivierten Quartieren bei höheren Anforderungen im Kinderschutz. Einen Niederschlag finden die höheren Anforderungen jedoch nicht in den Entgeltberechnungen.

Care-Krise durch neoliberale Ökonomisierung und unklare Arbeitsteilung im Privaten

Eine weitere problematische Entwicklung, neben der unangemessenen Bezahlung in Care-Berufen, zeichnet sich seit den 2000er Jahren durch neue Phänomene der Vermarktlichung von Care ab. Der Wohlfahrtsstaat wurde im flexibilisierten Kapitalismus reduziert und sozial-pflegerische Dienstleistungen sind für den privaten Markt geöffnet worden (Lessenich, 2008). Dies hat zu einer Rationalisierung von Care-Arbeit beigetragen. Private Konzerne haben Kliniken und Pflegeeinrichtungen übernommen mit dem Ziel, Rendite zu erwirtschaften. Care wird in neuer Weise ökonomisiert und zum Markt, inklusive rationeller Organisation, Dokumentation und QM-Rhetorik [Qualitätsmanagement, Anm. d. Red.] sowie zunehmendem Einsatz von Pflegerobotik. Was bereits in der Altenpflege schon lange wirksam ist, etabliert sich in den letzten zehn Jahren auch zunehmend in der Kindertagesbetreuung und Jugendhilfe: Privatgewerbliche Anbieter sehen soziale Berufsfelder als Renditemöglichkeit. Aulenbacher und Dammayr nennen diese ambivalente Entwicklung zusammenfassend



Abb. 6 „Aktionstag 1. Mai – Tag der unsichtbaren Arbeit“

© privat, www.care-macht-mehr.com

ebenso eine Professionalisierung wie eine „McDonaldisierung“ von Care (ebd.: 135).

Auch im privaten Haushalt hat fast unbemerkt eine Vermarktlichung stattgefunden: Seit den 1990er Jahren sind in ca. 4,5 Millionen Haushalten in Deutschland zumeist irreguläre Arbeitsverhältnisse entstanden. Die Indienstnahme von Kindermädchen, Putzfrauen und Pflegerinnen ist eine immer selbstverständlichere Form der Entlastung von Care-Aufgaben in Familien der Mittelschichten. Es wird geschätzt, dass ca. 100.000 Migrantinnen aus Osteuropa gegenwärtig in deutschen Haushalten im Bereich der Versorgung Pflegebedürftiger tätig sind (Lutz, 2018). Vielfach werden diese über Internetagenturen vermittelt, die Legalität vortäuschen. Die Konsequenzen für alle Beteiligten sind nicht zu unterschätzen: Die mangelnde Absicherung der Arbeitnehmerinnen, das rechtliche Risiko für die arbeitgebenden Haushalte sowie der entstehende wirtschaftliche Schaden durch Steuerausfälle und zukünftige Armutslagen im Alter aufgrund mangelnder eigener sozialer Sicherung der irregulär Beschäftigten (Kühl, 2014). Zudem werden Prozesse wegen Lohnprellung, Nichteinhaltung von Arbeitsabsprachen oder wegen sexueller Übergriffe in der Regel nicht geführt. Hier zeigt sich: Care ist nicht nur ein Problem geschlechtsbezogener, sondern auch internationaler Arbeitsteilung entlang sozialer Ungleichheitslagen.

Hintergrund für den neuen Arbeitsmarkt in Privathaushalten ist nicht zuletzt die zunehmende Erwerbsarbeit von Müttern, insbesondere auch in Westdeutschland, die bis heute weder durch ein höheres Engagement der Partner noch durch strukturelle Lösungen ausreichend abgefedert worden ist. Das Sachverständigengut-

achten für den Zweiten Gleichstellungsbericht beziffert den Gender Care Gap, also die Geschlechterdifferenz bei der unbezahlten privaten Care-Arbeit auf über 52 % (ebd., 39). Frauen leisten also andert-halbmal so viel Care-Arbeit im Privaten wie Männer. Wenn nun systematisch die Probleme in den Care-Berufen, einschließlich der schlechten Löhne bei hohen Kompetenzbedarfen, verschärft durch die Ökonomisierung, sowie die für Frauen – insbesondere für alleinerziehende Mütter – hohe Care-Verantwortung im Privaten zusammengerechnet werden, kann daraus eine Care-Krise identifiziert werden, die lange vor der Corona-Pandemie schon festgestellt wurde. Wer die private, informelle und die professionelle Care-Arbeit systematisch zusammendenkt, hat schon längst gesehen, wie sich die Krisenphänomene – kommunizierenden Röhren gleich – gegenseitig verstärken (Jurczyk/Rerrich/Thiessen, 2019). Diese Krisenphänomene haben in den letzten Jahren nicht nur vermehrt zu Arbeitskämpfen in Pflege-, Sozial- und Erziehungsberufen geführt, sondern es haben sich soziale Bewegungen zusammengefunden, die auf die systematischen Zusammenhänge der Care-Krise hingewiesen haben (Erbe/Jurczyk, 2017). So wurde die „Care-Revolution“ (Winker, 2015) ins Leben gerufen, der 1. Mai zum Tag der unsichtbaren Arbeit erklärt und bundesweit Aktionen dazu durchgeführt (www.care-macht-mehr.com). Im Januar 2020 wurde zum wiederholten Mal der Equal-Care-Day mit einer großen Tagung und Verabschiedung eines Manifests begangen (Schnerring/Verlan, 2020).

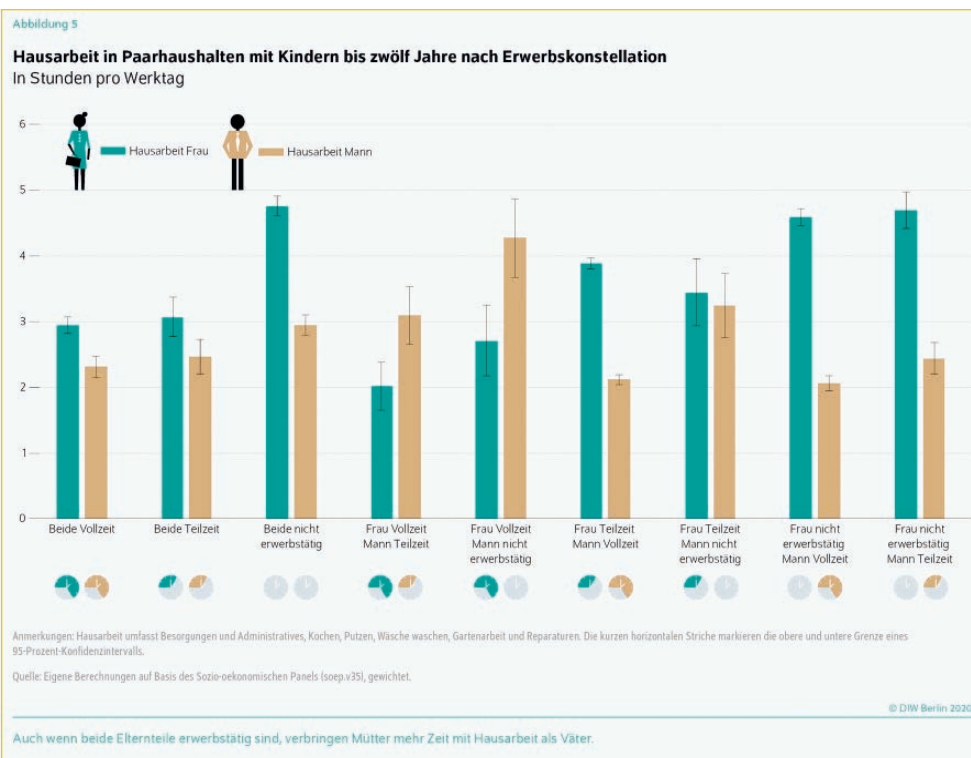


Abb. 8 „Hausarbeit in Paarhaushalten mit Kindern bis zwölf Jahre nach Erwerbskonstellation“

© DIW Wochenbericht 19/2020, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.787652.de/20-19-1.pdf

Care unter Corona-Bedingungen: Wenn zur Krise noch ein Notfall kommt

Die Situation von privater wie von professioneller Care ist also bereits zu Jahresbeginn 2020 höchst angespannt gewesen. Dann kam die Corona-Pandemie. Im Klinikbereich gab es bereits durch Einsparungen an Pflegepersonal und Verknappung des Verbrauchsmaterials Engpässe. Personalnot in allen Care-Berufen sorgt dafür, dass die verbleibenden Fachkräfte erhöhtem Druck ausgesetzt sind etwa hinsichtlich Vertretungsregelungen im Krankheitsfall. Als Folgen dieser Belastungssituationen, die immer noch anhalten, wurden bereits posttraumatische Belastungsstörungen bei den pflegenden Fachkräften festgestellt (Yin et al., 2020). Durch die Pandemie erschwerten sich die Arbeitsein-sätze und erhöhte sich das Risiko einer eigenen Ansteckung – unter anderem, weil zu wenig Schutzkleidung für die Fachkräfte vor-rätig war. Jetzt in der Krise blieb nur mehr der Appell an den Heroismus der Beschäftigten und die Hoffnung, sie mögen die ungeheuren zusätzlichen Belastungen auch noch bewältigen. Dafür gab es Applaus und eine in Aus-sicht gestellte Prämie (auf Kosten der Kran-kenkassen). Es gab hingegen keine Zusiche-rung grundlegender Reformen für eine angemessene Arbeitsplatzbewertung. Wäh-rend für Rückreisende aus Urlaubsregionen Coronatests angeboten werden, warten Pfl-egekräfte in Kliniken und Altenheimen bis heute auf entsprechende Testungen. Ob die Kapazitäten der Pflegekräfte für eine be-fürchtete zweite Welle an Infektionen ausrei-chend sind, ist ungeklärt.

Bemerkenswert war, dass Träger sozialer und pflegerischer Angebote zunächst vom Ret-tungsschirm ausgenommen waren. Den poli-tisch Verantwortlichen erschienen sie nicht als relevante Player, weder im Hinblick auf



Abb. 7 „Mediziner und Pflegepersonal der MHH [Medizinische Hochschule Hannover] fordern die Men-schen auf, zuhause zu bleiben, um die Coronavirus-Ausbreitung zu verhindern.“ © Ali Watted, Foto: Ali Watted

ihre wirtschaftliche Bedeutung und als Arbeitgeber noch als Träger für Daseinsvorsorge und Gemeinwohl. Erst nach großen Protesten der Wohlfahrtsverbände gab es die Zusage für Zuwendungen. Doch gerade kleine Träger wie Frauenhausinitiativen, Jugendkultureinrichtungen, spezialisierte Mutter-Kind-Kurkliniken oder Anbieter für Schulsozialarbeit, Familienbildung oder sozialpädagogische Familienhilfe sind weiter von Konkurs bedroht, obwohl gerade ihre Angebote wichtiger sind denn je. Auch für den Umgang mit den sozialen Folgen der pandemiebedingten Verhaltens Einschränkungen wäre Soziale Arbeit bedeutsam. In Stuttgart wurde 2013 ein Antrag der Mobilen Jugendarbeit für die Innenstadt abgelehnt und seitdem kein weiteres Konzept entwickelt, das zur Befriedung und Sicherung innerstädtischer Räume hätte beitragen können. Dies wird nun nach den Ausschreitungen Ende Juni 2020 nachgeholt.

Beschäftigte in Heimeinrichtungen mussten nun Kinder und Jugendliche rund um die Uhr betreuen, während Schulen und Kitas geschlossen waren. Zugleich hatten sie häufig eigene Kinder zu versorgen. Den Einrichtungen fehlen Mittel für die Bezahlung der aufgelaufenen Überstunden, da sie im Pflegesatz nicht vorgesehen sind. Die sozialen Folgen der Corona-Krise sind insgesamt noch nicht absehbar: Vermutet werden steigende Arbeitslosigkeit, Verschuldung, psychische und Sucht-Erkrankungen als Langzeitfolgen, die von Sozialer Arbeit aufgefangen werden müssen. Um nachhaltige Unterstützung für Soziale Arbeit und Erziehungsberufe zu generieren, hat die Gewerkschaft Verdi die Kampagne #wirsindunverzichtbar ins Leben gerufen.

Die in Haushalten beschäftigten 24-Stunden-Pflegekräfte sind durch ihre prekären Beschäftigungsbedingungen besonders vulnerabel. Durch die Grenzschließungen während der Lockdown-Phase konnten sie entweder nicht in ihre Heimatländer zurück und warteten vergeblich auf eine Ablösung an ihren Einsatzorten, während andere nicht an ihre Arbeitsplätze kamen und Verdienstaussfälle hatten. Hier zeigte sich die Fragilität der ‚live-in‘ care worker (Schwiter, 2020). Die Haushalte in den wohlhabenden europäischen Ländern haben sich von diesem „günstigen“ Versorgungsmodell abhängig gemacht, auch weil bezahlbare Alternativen oft nicht zur Verfügung stehen. Für die Beschäftigten erweist sich diese prekäre Erwerbsituation als erhöhte Gefährdung in einer Pandemiesituation.

Der hohe Frauenanteil in den Care-Berufen bedeutet in der Zeit pandemiebedingter Ausgangsbeschränkungen auch, dass die Beschäftigten ihr Zuhause nicht als Erholungsort nutzen können, sondern dass eine zweite – nun private – Care-Aufgabe auf sie wartet. Und auch die Versorgung eigener Kinder, des Haushalts und kranker Familienmitglieder erfolgte unter Pandemiebedingungen. Während der Ausgangsbeschränkungen – und je nach Bundesland bis heute andauernd – haben 93% der Eltern ihre



Abb. 10 „Anerkennung für Care-Arbeit in der Corona-Krise“

© Nadja Hermann, <https://erzaehlmirnix.wordpress.com/>

Kinder ausschließlich zu Hause betreut; in 50% der Fälle haben Mütter diese Aufgabe alleine gestemmt (Möhrling et al., 2020: 2). Insbesondere alleinerziehende Mütter hatten kaum Möglichkeiten der Entlastung. Die für sie bereitgestellte Notfallbetreuung konnte nicht immer die notwendigen Arbeitszeiten bei Schichtdiensten – etwa in sozial-pflegerischen Care-Berufen – abdecken, die Betreuungsressource Großmütter stand zudem nicht zur Verfügung.

Fazit: Care neu denken

Die Corona-Krise hat bestehende Ungleichheitslagen und Benachteiligungsstrukturen aufgedeckt. Dies gilt insbesondere für Care-Berufe, die bereits vor der Pandemie erheblich unter Druck standen. Die Care-Krise ist nun für alle offensichtlich geworden. Dass Care-Berufe schon immer systemrelevant, aber prekär eingebunden sind, wurzelt in ihrer historischen Entwicklung als Frauenberufe und Trivialisierung als „Jede-Frau-Tätigkeit“. Forderungen nach „mehr Lohn“ greifen zu kurz, vielmehr müssen endlich ausgereifte Konzepte differenzierter Arbeitsbewertung und veränderter Entgeltsysteme für Care-Tätigkeiten zur Anwendung kommen. Ebenso deutlich wurde, dass die neoliberale Ökonomisierung sozial-pflegerischer Versorgungsstrukturen bereits in normalen Zeiten zu erheblichen Engpässen und unzumutbaren Arbeitsbedingungen führt, die zu Personalnot in Sozialer Arbeit, Pflege- und Erziehungsberufen beigetragen hat. In einer Pandemiesituation kann dies zu einer Katastrophe führen. Deutlich wurde, dass eine ausreichende öffentliche Daseinsvorsorge nicht zu unterschätzen ist und Voraussetzung für eine prosperierende Wirtschaft ist. Es ist daher unerlässlich, Fachvertretungen für Care in Beratungsgremien der Politik regelhaft zu berufen. Sozialer Zusammenhalt, Gesundheit und gutes Aufwachsen sowie produktive Ar-

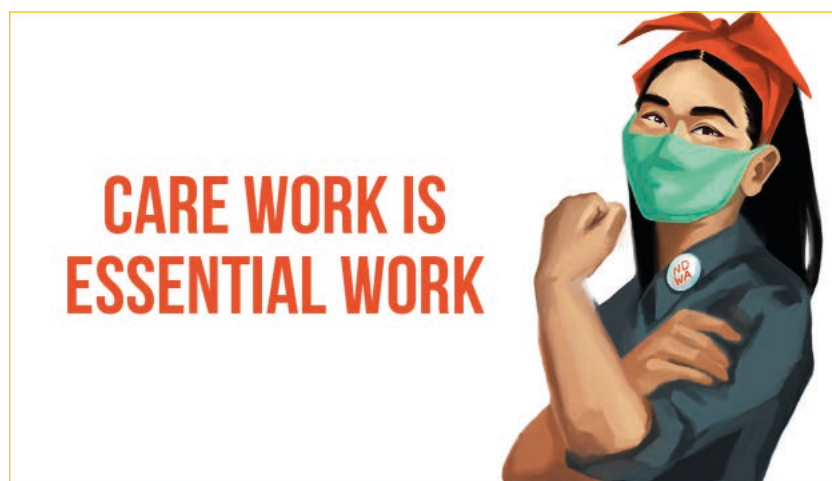


Abb. 9 „Kampagne der National Domestic Workers Alliance, USA, anlässlich der Corona-Pandemie“

© NDWA

beitskräfte erfordern sozial abgesicherte und geschlechtergerechte Care-Strukturen (Thiessen et al., 2020). Für die Zeit nach der Pandemie bleibt also noch genug zu tun.

Literaturhinweise

Allen, Ann Taylor (1996): „Geistige Mütterlichkeit“ als Bildungsprinzip. Die Kindergartenbewegung 1840–1870, in: Kleinau, Elke/ Opitz, Claudia (Hg.): Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung, Bd. 2. Frankfurt a. M.: Campus, 19–34

Aulenbacher, Brigitte/ Dammayr, Maria (Hg.) (2014): Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Zur Ganzheitlichkeit und Rationalisierung des Sorgens und der Sorgearbeit, in: Soziale Welt, Sonderband 20, 125–141

Brückner, Margrit (2010): Entwicklungen der Care Debatte. Wurzeln und Begrifflichkeiten, in: Apitzsch, Ursula/ Schmidbaur, Marianne (Hg.): Care und Migration, Opladen: Budrich, 43–58

Butler, Judith (2003): Kritik der ethischen Gewalt, Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Campe, Joachim Heinrich (1789): Väterlicher Rath für meine Tochter. Ein Gegenstück zum Theophron. Der erwachsenen weiblichen Jugend gewidmet, Leipzig: Campe <http://www.zeno.org/Kulturgeschichte/M/Campe,+Joachim+Heinrich/Vaeterlicher+Rath+f%C3%BCr+meine+Tochter/Erster+Theil/3.+Mittel+zur+Verbesserung+jener+ung%C3%BCnstigen+Verh%C3%A4ltnisse/2.+Wahre+weibliche+Verdienste>, 14.8.2020

Erbe, Birgit/ Jurczyk, Karin (2017): Politische Initiativen zur unsichtbaren Sorgearbeit, in: forum erwachsenenbildung. Die evangelische Zeitschrift für Bildung im Lebenslauf, 50. Jg., H. 2, 29–33

Hausen, Karin (1976): Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Werner Conze (Hg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen, Stuttgart: Klett, 363–393

Jurczyk, Karin/ Rerrich, Maria S./Thiessen, Barbara (2019): Gespenst oder Realität? Bei der Identifizierung einer Care-Krise geht es nicht in erster Linie um einzelne Bereiche, sondern vor allem um systematische Zusammenhänge. Eine Replik, in: OXI. Wirtschaft anders denken, H. 12, 5–7, <https://oxiblog.de/gespenst-oder-reality-care-debatte-replik/>, 14.8.2020

Kleinau, Elke/ Opitz, Claudia (Hg.) (1996): Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung. [2 Bände.], Frankfurt a. M.: Campus

Klinger, Cornelia (2013): Krise war immer Lebenssorge und geschlechtliche Arbeitsteilung in sozialphilosophischer Perspektive, in: Appelt, Erna/ Aulenbacher, Brigitte/ Wetterer, Angelika (Hg.): Gesellschaft, Münster: Westfälisches Dampfboot, 82–104

Krell, Gertrude/ Winter, Regine (1990): Anforderungsabhängige Entgeltdifferenzierung: Orientierungshilfen auf dem Weg zu einer diskriminierungsfreien Arbeitsbewertung, in: Gertraude Krell (Hg.): Chancengleichheit durch Personalpolitik, Wiesbaden: VS Springer, 263–282

Krüger, Helga (2003): Professionalisierung von Frauenberufen – oder Männer für Frauenberufe interessieren? Das Doppelgesicht des arbeitsmarktrechtlichen Geschlechtersystems, in: Kathrin Heinz/ Thiessen, Barbara (Hg.): Feministische Forschung – Nachhaltige Einsprüche, Opladen: Leske & Budrich, 123–145

Lessenich, Stefan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld: transcript

Lindecke, Christiane (2005): Von der Gleichstellung der Geschlechter zur nachhaltigen Familienpolitik, in: WSI-Mitteilungen, H. 8, 473–477

Lutz, Helma (2018): Die Hinterbühne der Care-Arbeit. Transnationale Perspektiven auf Care-Migration im geteilten Europa, Weinheim: Beltz Juventa

Möhring Katja/ Naumann, Elias/ Reifenscheid, Maximiliane/ Blom, Annelies G./ Wenz, Alexander/ Rettig, Tobias/ Lehrer, Roni/ Krieger, Ulrich/ Juhl, Sebastian/ Friedel, Sabine/ Fikel, Marina/ Cornesse, Carina (2020): Die Mannheimer Corona-Studie: Schwerpunktbericht zu Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung, https://www.uni-mannheim.de/media/Einrichtungen/gip/Corona_Studie/2020-04-05_Schwerpunktbericht_Erwerbstätigkeit_und_Kinderbetreuung.pdf, 14.8.2020

Pahl, Jörg-Peter (2018): Fachhochschule. Von der Fachhochschule zur Hochschule für angewandte Wissenschaften, Bielefeld: wbv

Rerrich, Maria S. (2006): Die ganze Welt zu Hause. Cosmopolitische Putzfrauen in privaten Haushalten, Hamburg: Hamburger Edition

Rerrich, Maria S. (2010): Unsichtbar, unentbehrlich, uneinheitlich: Die Vielfalt der bezahlten Haushaltsarbeit von Migrantinnen, in: Dackweiler, Regina-Maria/ Schäfer, Reinhild (Hg.): Transformationen von Wohlfahrtsstaatlichkeit und Geschlechterverhältnissen aus feministischer Perspektive, Münster: Westfälisches Dampfboot, 150–167

Sachverständigenrat (2017): Gutachten für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Berlin, www.gleichstellungsbericht.de/gutachten2gleichstellungsbericht.pdf, 14.8.2020

Schnerring, Almut/ Verlan, Sascha (2020): Equal Care. Über Fürsorge und Gesellschaft, Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 10526, <https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/311663/equal-care>, 14.8.2020

Schwiter, Karin (2020): Konsequenzen der Corona-Pandemie für live-in Care-ArbeiterInnen in Privathaushalten älterer Menschen in der Schweiz, Bern: Schweizerische Eidgenossenschaft, https://www.researchgate.net/publication/342028045_Konsequenzen_der_Corona-Pandemie_fur_live-in_Care-ArbeiterInnen_in_Privathaushalten_älterer_Menschen_in_der_Schweiz, 14.8.2020

Stief, Gabi (2009): Gute Zeiten, schlechtes Image. Pflegerinnen dringend gesucht: Die Branche kämpft gegen den Fachkräftemangel, in: Hannoversche Allgemeine vom 27.1.2009, <https://www.haz.de/Mehr/Studium-Beruf/Uebersicht/Gute-Zeiten-schlechtes-Image>, 14.8.2020

Thiessen, Barbara/ Weicht, Bernhard/ Rerrich, Maria S./ Luck, Frank/ Jurczyk, Karin/ Gather, Claudia/ Fleischer, Eva/ Brückner, Margrit (2020): Großputz! Care nach Corona neu gestalten. Ein Positionspapier zur Care-Krise aus Deutschland, Österreich, Schweiz, <http://care-macht-mehr.com/>, 14.8.2020

Winker, Gabriele (2020): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft, Bielefeld: transcript

Yin, Qianlan/ Zhuoer, Sun/ Tuanjie, Liu/ Weizhi, Liu (2020): Posttraumatic Stress Symptoms of Health Care Workers during the Corona Virus Disease 2019 (COVID 19). In: Clinical Psychology & Psychotherapy, 27. Jg., H. 3, 384–395, <https://www.researchgate.net/publication/341430577-Posttraumatic-Stress-Symptoms-of-Health-Care-Workers-during-the-Corona-Virus-Disease-2019-COVID-19>, 14.8.2020

IDEEN FÜR DEN UNTERRICHT (Florian Benz)

Bildungsplanbezug Wirtschaft (fünfstündig)

Arbeitsmärkte

- (1) den individuellen und gesellschaftlichen Stellenwert der Arbeit bewerten
- (4) unterschiedliche Interessen von Anbietern und Nachfragern auf dem Arbeitsmarkt darstellen
- (7) staatliche Rahmenbedingungen (Tarifautonomie, ...) und Ausgestaltungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt darstellen

Bildungsplanbezug Gemeinschaftskunde (fünfstündig)

Ausgestaltung des Sozialstaats

- (1) Aufgaben des Sozialstaats erläutern

Grundlagen der Wirtschaftspolitik

- (2) Formen des Marktversagens [...] erklären

(Experten-)Rollen und diskutieren Sie mithilfe eines Moderators z. B. folgende Fragen:

- Worin besteht beim Thema Care-Arbeit das Gemeinwohl?
- Steht dieses Gemeinwohl im Spannungsfeld zu legitimen (ökonomischen Einzel-)Interessen der jeweils beteiligten Akteure?
- Was muss „gute“ Politik hier leisten? Wie wichtig sind gesamtgesellschaftliche Veränderungen in Kultur (M 3), Politik (M 4), Gesellschaft (M 5), (Aus-) Bildung (M 7) und Wirtschaft (M 8)?
- Welche Akteure sind wie gefordert, um diese Veränderungen anzustoßen/ zu bewerkstelligen?
- Nach welchen Werten und Interessen sollte das Thema Care-Arbeit gestaltet werden? Welchen Beitrag kann jeder Einzelne leisten? Wie wichtig sind demokratische Konfliktlösungen in diesem Themenfeld und wie können diese aussehen?

Begleitmaterialien auf Moodle, Vgl. Hinweis S. 5

AUFGABEN ZUM BASISTEXT

1. Vergleichen Sie die beiden Fachbegriffe „Care-Arbeit“ und „SAHGE“.
2. Erläutern Sie, inwiefern die Care-Berufe „systemrelevant“ sind.
3. Stellen Sie die gender-theoretische Position der Autorin bzgl. der historischen Entwicklung sowie Gegenwart der Care-Arbeit dar.
4. Begründen Sie die Position der Autorin, SAHGE-Berufe seien gegenüber den MINT-Berufen benachteiligt.
5. „Professionalisierung“ oder „McDonaldisierung“? Erörtern Sie, welcher Begriff besser zu den dargestellten Entwicklungen bzgl. der Care-Berufe passt.
6. Überprüfen Sie die These der „Care-Krise“ der Autorin.
7. Analysieren Sie die Folgen der Corona-Pandemie auf die Care-Berufe.
8. „Care-Berufe brauchen mehr Staat, weniger Markt!“ Bewerten Sie diese These.

AUFGABEN ZUM MATERIALTEIL

1. „Systemrelevant und schlecht bezahlt“: Welche Handlungsmöglichkeiten haben Politik und Gesellschaft?

1. Erläutern Sie die Aussage des satirischen Artikels des Postillon (M 1).
2. Arbeiten Sie die zentralen Aussagen von M 2 heraus.
3. Erläutern Sie die These von M 3, die Krise kreierte neue Helden.
4. Arbeiten Sie die Forderungen an Politik und Gesellschaft bzgl. der Krise der Care-Arbeit heraus (M 4). Bewerten Sie diese Forderungen hinsichtlich ihrer Gerechtigkeit und Durchsetzbarkeit.
5. „Die unbezahlte Arbeit der Frau ist der verborgene Motor unseres Wirtschaftssystems.“ Beurteilen Sie diese These von Amitabh Behar (Oxfam Indien) ausgehend von dem Video (M 5).
6. Stellen Sie dar, wie Patientinnen und Patienten, Ärztinnen und Ärzte, Krankenhäuser und weitere Teile der Gesellschaft von besserer Kommunikation durch ärztliches Personal profitieren können (M 7).
7. „CARE-Berufe“: Systemrelevant, aber schlecht bezahlt. Charakterisieren Sie Ursachen für die niedrigen Löhne (u.a. M 6–M 8).
8. Bewerten Sie, inwiefern sich die Löhne in den Care-Berufen an der Arbeitsproduktivität (M 8) orientieren (sollen).
9. Einzelinteressen vs. Gemeinwohl? Führen Sie eine Podiumsdiskussion zum Thema Care-Arbeit durch. Gestalten Sie eigene

MATERIALIEN

M 1 Krankenschwesterin kann von Applaus und Lob endlich ihre Rechnungen bezahlen, Der Postillon, 20.03.2020

Berlin (dpo) – Schön für sie! Mitten in der Corona-Krise kann Krankenschwesterin Anja Dahlinghaus von all dem Applaus und Zuspruch, den sie und ihre Kollegen in den letzten Tagen erhalten haben, endlich ihre Rechnungen bezahlen. Nahezu täglich gibt es Loblieder auf ihren Berufsstand aus dem Mund irgendwelcher Politiker.

„Klasse! Ich geb einfach meinem Vermieter zwei Lobs, einen dicken Applaus und ein Danke, das ich bekommen habe, und schon sind drei Monate im Voraus gezahlt“, freut sich die 23-Jährige, die mit ihrem knappen Gehalt sonst kaum über die Runden kommt. Außerdem kann sie nun endlich mehrere lange aufgeschobene Anschaffungen wie einen neuen Kühlschrank und eine neue Waschmaschine direkt bar mit einem aufrichtigen Dankeschön der Bundeskanzlerin durchführen.

Und der Strom an Applaus und „Gut so! Klasse Job!“ reißt nicht ab: „Wenn das so weitergeht, hab ich bald sogar ein paar dicke Dankeschöns auf der hohen Kante. Davon kann ich ja vielleicht mal mit der Familie in Urlaub fahren, wenn das irgendwann alles vorbei ist.“

Tatsächlich sorgt die Corona-Krise bei immer mehr Pflegekräften und medizinischen Angestellten für einen prall mit Dank- und Lobeshymnen gefüllten Geldbeutel. Nicht wenige können bereits das eine oder andere „Vielen Dank an alle Pflegerinnen und Pfleger. Sie machen einen fantastischen Job.“ auf die Seite legen, um ihre Rente aufzubessern.

Experten vermuten, dass Pflegeberufe angesichts der vielen Dankeschöns schon bald wieder als Karriere attraktiver werden – ein Ende des Pflegenotstands ist in Sicht. „Wenn Menschen sehen, dass sie in diesem Job richtig viel Lob und Anerkennung scheffeln, dann wollen das natürlich alle machen.“

© <https://www.der-postillon.com/2020/03/applaus-lob.html>, 09.09.2020.

M 2 „Viel Lob, wenig Lohn“

Berufsbezeichnung	Männerlohn in € pro Stunde	Frauenlohn in € pro Stunde	Frauenanteil in %
Verkauf von drogerie- und apothekenüblichen Waren, Sanitäts- und Medizinbedarf	21,73	13,16	94
Pharmazeutische Berufe	35,21	20,96	78
Arzt- und Praxishilfen	14,77	12,40	96
Altenpflegeberufe	14,16	13,49	85
Verkaufsberufe Lebensmittel	13,56	10,05	90
Gesundheits- und Krankenpflege-, Rettungsdienst- und Geburtshilfeberufe	18,17	17,72	81
Erziehungs-, Sozialarbeits-, Heilerziehungspflegeberufe	17,20	16,73	78
Reinigungsberufe	11,67	10,86	80

Quelle: DIW Berlin

© <https://zeitung.sueddeutsche.de/webapp/issue/sa/sa-2020-06-02/5/index.html>

M 3 Steffen Vogel, Apokalypse und Antihumanismus: Von der Popkultur zum Verschwörungsmythos, Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2020, S. 88f

Drohende Zwangsimpfungen, Viren aus dem Geheimlabor, die Neue Weltordnung: So mancher will in der Corona-Krise derzeit nichts weiter als eine einzige große Verschwörung erkennen. Als sinistre Drahtzieher firmieren dabei wahlweise die Weltgesundheitsorganisation, Bill Gates oder gleich, in bekannter antisemitischer Manier, „die Juden“. Es sind mehr als nur diffuse Ängste, die tausende Demonstranten derzeit in Stuttgart, Gera oder Berlin artikulieren. Nicht selten mischen sich in die Aufrufe zum Protest ausgewachsene apokalyptische Phantasien. So kündigte etwa der als veganer Koch bekannt gewordene Attila Hildmann an, bewaffnet „in den Untergrund“ gehen zu wollen. Nicht nur bei Hildmann geht die Furcht vor Fremdherrschaft damit Hand in Hand mit der Selbstermächtigung zum kampfbereiten Streiter für die angeblich bedrohte Freiheit. [...]

Und tatsächlich kommen die anti-humanistischen, teils sogar explizit rechten Motive weitaus öfter deutlich subtiler daher – und zudem an Plätzen, an denen es die wenigsten vermuten würden. So bedienen einige der kommerziell erfolgreichsten Filme, TV-Serien und Comics der vergangenen Jahre eine antimoderne Zivilisationskritik und feiern archaische Männerbilder. [...] Ein Musterbeispiel dafür bietet das Zombiegenre. Es ist seit Jahren derart etabliert, dass jüngst selbst die seriöse „Foreign Policy“ bemerkenswert sachlich Parallelen zwischen den Untoten-Filmen und der Corona-Krise diskutierte. Diese lägen insbesondere im Versagen etwa der US-Institutionen, das im Film stets den Anfang vom Ende markiert, so der Professor für Internationale Beziehungen Daniel W. Drezner. Der größte Unterschied jedoch sei, dass das Genre die Menschheit systematisch „deutlich zu pessimistisch und zynisch“ beurteile und so ihre Fähigkeit zur Solidarität unterschätze. Wer aber in jedem Menschen potentiell des Menschen Wolf sieht, der landet schnell bei der Apokalypse. Dann liefert der gesellschaftliche Zusammenbruch die ideale Rechtfertigung dafür, Konflikte im Zweifelsfall mit Ge-

walt zu lösen. Dazu sind in einem solchen Setting selbst moralisch integre Protagonisten gezwungen, und den Pazifisten unter ihnen wird vorgeführt, wie realitätsfremd ihre Überzeugungen doch seien. An die Stelle des Gesetzes, so lautet die Logik dieser Erzählungen, tritt notwendigerweise physische Macht. Schließlich hängt in einer postapokalyptischen Welt das Überleben der Gruppe von ihrer Kampfbereitschaft ab: gegen Zombies, Plünderer und Konkurrenten. „Auch das macht die Postapokalypse zu einem solch begehrenswerten, ekstatischen Zustand“, schreibt James Berger in „The New Republic“: „Man kann seine Skrupel bewahren und dennoch gewalttätig handeln, weil man es muss.“ Dieser Kampf ums Dasein etabliert zugleich eine scheinbar natürliche Hierarchie: Die Starken setzen sich durch und überleben, die Schwachen gehen unter.

Ähnliches gilt für viele Phänomene der heutigen Popkultur: All diese Geschichten von Untergang und Kampf erweisen sich in ihrer Ambivalenz, aber auch in ihrer Drastik, als Phantasien hoch verunsicherter Gesellschaften, die nicht mehr vom Aufbruch beseelt sind wie noch in den

1960er Jahren, als sich der Pop seinen links-libertären Ruf erwarb. Die Popkultur prägt unsere Ängste und Wünsche nicht nur, sie spiegelt auch den emotionalen Zustand westlicher Gesellschaften. Und polarisiert wie diese derzeit sind, blühen in ihnen neben dem lauter vorgetragenen Wunsch nach Emanzipation auch apokalyptische Sehnsüchte und männliche Selbstermächtigungsphantasien.

Diese werden in der Pandemie eher noch befeuert, und zwar genau deswegen, weil sie so wenig realitätstauglich sind. In der Realität schlägt in einer schweren Krise wie der jetzigen gerade nicht die Stunde des Kriegers. Während der Lockdown die Möchtegernhelden zum Stillstand zwingt, sind die wahren Helden der Corona-Krise wieder einmal jene, die eigentlich keine sein wollen: Ärztinnen, Verkäuferinnen und Wissenschaftler. Da bleibt dem verhinderten Kämpfer ums Dasein nur noch die Flucht in die schwarze Phantasie. Vielleicht aber sorgt die gesellschaftliche Solidarität dieser Wochen und Monate auch für einen gegenteiligen Effekt: Neben all den Kriegern könnten wieder deutlich mehr Figuren kreiert werden, die empathischer und kooperativer sind. Der Popkultur täte dies gut: Sie würde dann ihrem freiheitlichen Nimbus wieder stärker gerecht.



„Streik der Pfleger an der Charité (2017)“

© picture alliance / Maurizio Gambarini/dpa | Maurizio Gambarini

M 4 Thiessen, B., e. a., Großputz! Care nach Corona neu gestalten – Ein Positionspapier zur Care-Krise aus Deutschland, Österreich, Schweiz

Care in allen Facetten ist in einer umfassenden Krise. Hierzu gehören unverzichtbare Tätigkeiten wie Fürsorge, Erziehung, Pflege und Unterstützung, bezahlt und unbezahlt, in Einrichtungen und in privaten Lebenszusammenhängen, bezogen auf Gesundheit, Erziehung, Betreuung u. v. m. – kurz: die Sorge für andere, für das Gemeinwohl und als Basis die Sorge für sich selbst, Tag für Tag und in den Wechselfällen des Lebens. Care ist Zuwendung und Mitgefühl ebenso wie Mühe und Last. Gleichwohl ist Care keine Privatangelegenheit, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe. Auch wenn derzeit einzelne Themen öffentlich verhandelt werden (Kita-Ausbau, Pflegenotstand, Burnout etc.), sind grundsätzliche Lösungen nicht in Sicht. Das Ausmaß der Krise zeigt sich erst, wenn alle Care-Bereiche zusammen gedacht werden.

Die Krise in Care-Bereichen, die durch die Corona-Pandemie nun noch viel deutlicher zu sehen und zu spüren ist, zeigt sich am ohnehin schon bestehenden Mangel an Pflegefachpersonen ebenso wie an der Not von 24-Stunden-Betreuerinnen aus osteuropäischen Ländern. Sie betrifft auch Familien mit Kindern, vor allem durch die Gleichzeitigkeit von Home-Office und Home-Schooling – für Alleinerziehende eine unlösbare Aufgabe. Angehörige von Menschen mit Behinderungen sind betroffen, die nach der Schließung von Betreuungseinrichtungen als Unterstützungspersonal in Verantwortung genommen wurden. Nicht zuletzt leiden Kinder und Jugendliche, die nicht mehr in Kindertagesstätten (Kitas), Horte und Einrichtungen der offenen Jugendarbeit gehen können. Zutage treten auch die Probleme, die entstehen, wenn Sozialarbeits-, Gesundheits- und Pflegestrukturen vor allem nach ökonomischen Kriterien ausgerichtet werden. Dies zeigt der eklatante Mangel an Personal und Ausrüstung. Deutlich wurde auch, dass diejenigen, die Care leisten, einerseits endlich als „system-relevant“ sichtbar und als solche auch beklatscht wurden, aber andererseits in den Krisenstäben und Expertengremien nicht oder nicht angemessen vertreten waren. [...]

Die Krise kann dann eine Chance sein, wenn nicht nur Prämien und Held*innentitel verteilt werden, sondern die Gelegenheit genutzt wird, unsere Gesundheits-, Sozial- und Wohlfahrtssysteme und somit die Gesamtheit von Care-Arbeit gesellschaftlich solidarischer zu organisieren und zu finanzieren. [...]

Die Finanzierung von Kliniken, Pflege-, Sozial- oder Erziehungseinrichtungen basierend auf öffentlichen Mitteln und Beitragszahlungen muss so geändert werden, dass die Erfüllung des sozialpolitischen Auftrags im Vordergrund steht, statt die Erwirtschaftung von Renditen. [...] Care-Arbeiter*innen in der Pflege, der Erziehung, der Sozialen Arbeit, aber auch Arbeitende in der Gebäudereinigung sind gewerkschaftlich wenig organisiert. [...] Damit fehlen wesentliche Voraussetzungen für erfolgreiche Tarifverhandlungen und auch für Flächentarife. Um mehr Macht in Tarifeinsetzungen zu haben, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen auszuhandeln, ist es erforderlich, dass sich deutlich mehr Beschäftigte aus dem Care-Bereich zusammenschließen und gewerkschaftlich organisieren. Solange dies nicht der Fall ist, ist die Politik gefordert, entsprechende Rahmenbedingungen und Mindeststandards zu setzen, [wie z. B.] ein[en] Branchenmindestlohn [...].

Der Mangel an Menschen, die in Care-Berufen wie Pflege, Sozialer Arbeit oder Kindererziehung und -betreuung arbeiten wollen, ist über bessere Bezahlung alleine nicht zu beheben. [...] Für die Umsetzung qualitativ hochwertiger professioneller Care-Arbeit braucht es neben gut ausgebildetem Personal vor allem angemessene Betreuungsschlüssel und Fallzahlen, hinreichend Zeit für Kommunikation, um Care-Aufgaben im Dialog gestalten zu können und auf das Wesentliche fokussierte Dokumentationspflichten [...] sowie Möglichkeiten für kontinuierliche Fort- und Weiterbildung. [...].

Der hohe Ökonomisierungsdruck in Care-Institutionen treibt digitale Rationalisierungs- und Standardisierungsprozesse voran.

Care-Arbeit ist aber nicht ohne weiteres durch digitale und virtuelle Angebote ersetzbar. Sie braucht unmittelbare menschliche Interaktion, Kommunikation sowie Beziehungen aufgrund persönlichen Vertrauens.

Durch neue Online-Anbieter*innen, die flexibel buchbare Care-Arbeitskräfte vermitteln, bereitet sich aktuell ein neuer prekärer Markt in Privathaushalten aus. Eine Reihe von Start-ups der digitalen Plattformökonomie erzielen Gewinne mit App-basierter Vermittlung von Dienstleistungen. Die angepriesene Flexibilität bezahlen jedoch die Arbeitskräfte, auf die die sozialen Risiken abgewälzt werden. Deshalb braucht es spezifische arbeitsrechtliche Regulierungen in diesem Feld und einen umfassenden Schutz der Care-Arbeitskräfte in der Plattform-Ökonomie.

© <http://care-macht-mehr.com/>

M 5 Der Wert der Care-Arbeit, quer vom BR, 24.01.2020

<https://www.youtube.com/watch?v=ESaskZHUqME>

M 6 Finanzierung des Sozialstaates



© <https://www.sozialpolitik.com/das-sozialstaatsprinzip>

M 7 Ilka von der Mark, Nur noch ein Jahr zu leben, Süddeutsche Zeitung, 17.07.2020

Schlechte Kommunikation ist ein Behandlungsfehler. Besonders gravierend wird es, wenn Patienten in missglückten Gesprächen erfahren, dass sie unheilbar krank sind.

André Mihaljevic guckt streng. Dieser Punkt ist ihm wirklich wichtig. „Man muss dem Patienten schon klarmachen, dass er mit hoher Wahrscheinlichkeit an dem Tumor versterben wird. Sonst ist es nicht in Ordnung“, sagt er eindringlich, „sonst plant er sein Leben anders, wenn er denkt, er wird geheilt.“ Der Oberarzt und Dozent bereitet seinen Studierenden auf ein schwieriges Gespräch vor. Alexander Bernhardt muss gleich das erste Mal in seinem Leben eine schlechte Nachricht überbringen. Mit 24. Als Arzt wird das später möglicherweise zu seinem täglichen Geschäft gehören, je nachdem, in welchem Fachbereich er landet [...].

An der Chirurgischen Klinik der Uniklinik Heidelberg lernen Medizinstudierende im Praktischen Jahr, wie man schlechte Nachrichten überbringt. Sie sollen verstehen, worauf es dabei ankommt: Funkgerät aus, keine Monologe, dafür Pausen, Pausen, Pausen, und zwar mindestens drei Sekunden lang. Stille aushalten können, oder Emotionen, je nachdem. Blickkontakt halten. Und ganz wichtig: Sich am Ende des Gesprächs vergewissern, wer sich um den Patienten kümmert, dass er jetzt nicht alleine ist. [...].

Im normalen Klinikalltag hapert es häufig mit der Kommunikation. Jeder dritte Patient in deutschen Krankenhäusern beklagt, dass die Ärzte für seine Sorgen, Befürchtungen und Ängste nicht verfügbar sind. Etwa genauso viele verstehen den Arzt nicht,

wenn er ihnen ein Untersuchungsergebnis erklärt. Und es gibt fatale Missverständnisse: Über die Hälfte der Darm- und Lungenkrebspatienten hat nach dem Arztgespräch nicht realisiert, dass die Chemotherapie den Krebs nicht heilen wird. Stattdessen glauben sie, sie werden wieder gesund. Patienten berichten außerdem von Krebsdiagnosen zwischen Tür und Angel [...].

Wie kann so etwas passieren? Liegt es an der Zeitnot in den Kliniken, am ökonomischen Diktat des Managements? Gut möglich. Die Finanzierung unserer Krankenhäuser hängt an sogenannten Fallpauschalen. Gespräche mit Patienten werden dabei kaum honoriert. „Ich habe ja noch das System vor den Fallpauschalen miterlebt, und ich kann beurteilen, dass da eine erhebliche qualitative Verschlechterung eingetreten ist“, konstatiert Peter Albers, Chefarzt der Urologie an der Uniklinik Düsseldorf. „Weil man einfach das Gefühl hat, je schneller ich mit dem Fall fertig bin, desto mehr hat das Krankenhaus verdient und desto mehr habe vielleicht sogar ich verdient, weil ich am Krankenhaus-Vertrag partizipiere.“

Tatsächlich beeilen sich Klinikärzte ununterbrochen. Selbst beim Sprechen weisen viele von ihnen ein abenteuerliches Tempo auf. Bei der morgendlichen Visite in der Düsseldorfer Urologie haben die Ärzte für im Schnitt 21 Patienten knapp eine halbe Stunde, danach stehen die OPs an. Bleibt pro Patient kaum mehr als eine Minute [...].

Mit Nachdruck ergänzt Jünger [Anm. der Red.: Internistin und Direktorin am Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen], dass das Überbringen einer schlechten Nachricht genauso trainiert werden müsse wie eine Operationstechnik. Sie kann ihre Reformideen mit wissenschaftlichen Studien untermauern: Gute Kommunikation verbessert die Lebensqualität der Patienten, kann Schmerzen lindern, den Therapieerfolg steigern und Nebenwirkungen reduzieren. Auch Ärzte sind mit ihrer Arbeit zufriedener, wenn Gespräche mit Patienten gut laufen. [...] Damit gute Kommunikation zur Regel in allen deutschen Kliniken wird, muss mehr passieren, hier ist die Gesundheitspolitik gefragt. Kommunikation auf Dauer im Medizinstudium zu verankern, ist nur der Anfang. Sinnvoll wären solche Kurse auch in der Facharzt Ausbildung und als Pflichtfortbildungen während des Berufslebens, sagen die Befürworter. Aber das zahlt sich nur aus, wenn das erworbene Know-how im Berufsalltag auch wirklich angewendet werden kann und Kliniken für Patientengespräche mehr Geld bekommen.

„Das ist doch wie überall im Leben“, gibt Chefarzt Peter Albers zu bedenken, „Wenn ich eine Leistung honoriere, dann kann ich auch davon ausgehen, dass sie qualitativ besser erbracht wird.“ Am Ende wird gute Kommunikation ökonomische Vorteile haben, ist Jana Jünger überzeugt, und auch diese These ist mit wissenschaftlichen Studien belegt. „Je besser ich zuhöre und je mehr ich über meinen Patienten weiß, desto besser kann ich eine Therapie für ihn aussuchen, die zu ihm passt. Dadurch könnten wir falsche oder überflüssige Therapien reduzieren.“ Und damit auch Kosten. [...]

© <https://www.sueddeutsche.de/gesundheits/krankenhaus-diagnose-arzt-1.4969422?reduced=true>

M 8a Manfred Neumann, Löhne und Produktivität müssen sich gleich entwickeln

Wenn die Löhne in einem Land in zu kurzer Zeit über das Wachstum der Arbeitsproduktivität hinaus steigen, verliert es dauerhaft an Wettbewerbsfähigkeit, sagt der Bonner Ökonom Manfred J. M. Neumann. Lohnerhöhungen sollten daher stets mit der Produktivitätsentwicklung Schritt halten.

Wenn Unternehmen vergleichbare Produkte gleicher Qualität herstellen und auf denselben Markt bringen, dann werden nur jene Unternehmen im Wettbewerb um Kundinnen und Kunden bestehen, die mit einem leistungsangemessenen Verkaufspreis

auskommen. Ein Unternehmen, das aufgrund interner Ineffizienz oder überhöhter Ansprüche seiner Belegschaft einen weit höheren Absatzpreis benötigt, um seine Kosten decken zu können, wird Nachfrage verlieren. Das führt dazu, dass Arbeitskräfte freigesetzt und vielleicht sogar ganz aufgegeben werden müssen, wenn es nicht rechtzeitig zu Lohnanpassung und effizienzsteigerndem technisch-organisatorischem Fortschritt kommt. [...] Für die Produktion vieler Güter bilden die Arbeitskosten einen bedeutenden Kostenfaktor. [...] Wenn die Löhne um zehn Prozent steigen und ebenso die Arbeitsproduktivität, dann bleiben die Lohnkosten je Produkteinheit unverändert. Sie steigen nur an, wenn die Löhne stärker als die Arbeitsproduktivität zunehmen, und sie fallen, wie es in Deutschland über viele Jahre bis 2007 der Fall war, wenn die Arbeitsproduktivität stärker steigt als die Löhne.

Nach einer alten Lohnregel ist das Ziel einer stabilen Entwicklung der Volkswirtschaft, dass die Löhne mit der Arbeitsproduktivität steigen, nicht stärker, aber auch nicht geringer.

© „CC BY-NC-ND 3.0 DE – Autor/-in: Manfred J. M. Neumann für bpb.de, <https://www.bpb.de/politik/wirtschaft/schuldenkrise/193126/loehne-und-produktivitaet-muessen-sich-gleich-entwickeln>

M 8b Mario Morger et.al., Wie produktiv ist das Gesundheitswesen? Aus: Die Volkswirtschaft – Plattform für Wirtschaftspolitik, 24.05.2018

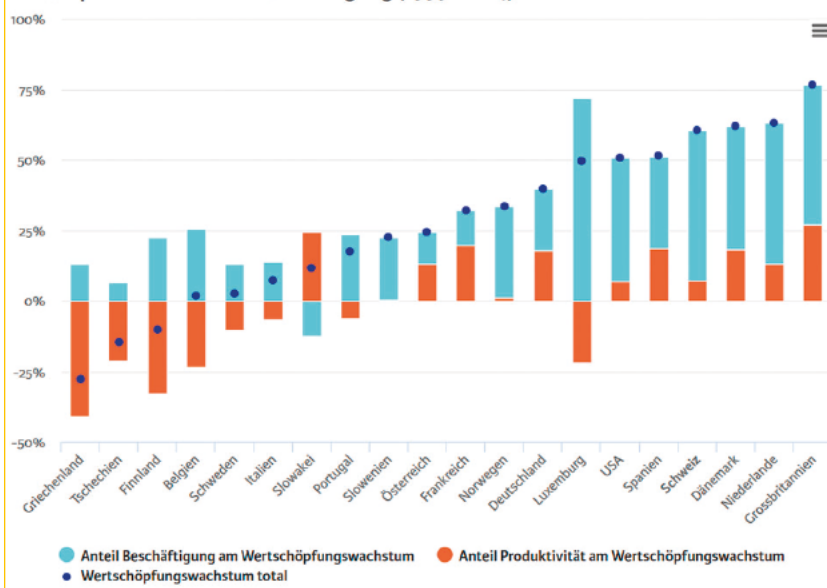
Angesichts steigender Kosten und zunehmender Nachfrage im Gesundheitssystem ist eine Steigerung der Arbeitsproduktivität zentral. Im internationalen Vergleich belegt die Schweiz einen Platz im Mittelfeld. Doch die Messung der Produktivität ist schwierig und mit Unsicherheiten behaftet.

Der Anteil des Gesundheitswesens an der Gesamtbeschäftigung wird immer grösser. Mittlerweile betragen die Ausgaben des Gesundheitswesens 11,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Tendenz steigend. Die hohen Krankenkassenprämien belasten insbesondere die Mittelschichtshaushalte immer stärker. Und auch die öffentliche Hand muss via Prämienvorbilligungen und Beiträge an die Gesundheitsinstitutionen – insbesondere die Spitäler – immer höhere Kosten tragen. Die dynamische Beschäftigungsentwicklung im Gesundheitswesen weckt in der Politik ausserdem die Befürchtung, dass es zu einem Fachkräftemangel kommen könnte, sodass der Gesundheitssektor im Wettbewerb um qualifiziertes Personal zunehmend auch andere Wirtschaftsbereiche konkurriert.

Aufgrund dieser Herausforderungen ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität zentral. Eine höhere Arbeitsproduktivität bedeutet, dass mit einem bestimmten Personalbestand mehr Gesundheitsleistungen erbracht werden können. Oder umgekehrt: dass für ein bestimmtes Versorgungsniveau weniger Personal benötigt wird. [...] Zwischen 1999 und 2014 ist die Produktivität im Gesundheitswesen gemäss offiziellen Zahlen des Bundesamtes für Statistik preisbereinigt nur um knapp 6 Prozent gestiegen, trotz hohen Investitionen in diesem Sektor. Gleichzeitig hat die Wertschöpfung im Gesundheitswesen um 61 Prozent zugenommen. Dieser Wertschöpfungszuwachs wurde aufgrund des geringen Produktivitätswachstums hauptsächlich durch eine starke Ausweitung der Beschäftigung erzielt. Gemessen in Vollzeitstellen nahm diese um 52 Prozent zu. Es ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen auch weiterhin zunehmen wird. Um den Druck auf die Fachkräftenachfrage und die Gesundheitskosten zu senken, wird es daher zentral sein, die Arbeitsproduktivität auch in Zukunft zu steigern.

In der Wissenschaft wird seit langer Zeit intensiv diskutiert, inwieweit das Produktivitätswachstum im Gesundheitswesen geringer ist als in der Gesamtwirtschaft und damit einen immer grösseren Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ausmacht. [...]. Die Lohnstückkosten in den wenig produktiven Sektoren steigen dadurch stetig. Bei einer relativ unelastischen Nachfrage

Wertschöpfungswachstum im Gesundheitswesen und Wachstumsanteile von Arbeitsproduktivität und Beschäftigung (1999–2014)



nach Gesundheitsleistungen nimmt deshalb der Anteil des Gesundheitswesens an der Gesamtwertschöpfung zu. [...] In Bezug auf die Effizienz sind folgende Überlegungen relevant: Im Gesundheitswesen sind die Preise vielerorts reguliert, und die obligatorische Krankenversicherung sowie weitere Sozialversicherungen finanzieren einen substantiellen Anteil der Kosten. Oftmals drücken daher die Preise im Gesundheitswesen die Zahlungsbereitschaft der Nutzer nicht adäquat aus. Die fehlende Signalwirkung der Preise impliziert, dass die erbrachten Leistungen der Gesundheitsproduzenten nicht mit dem Nutzen übereinstimmen, welcher bei den Patienten durch den verbesserten Gesundheitszustand erzielt wird.

© <https://dievolkswirtschaft.ch/de/2018/05/morger-foellmi-04-2018/>

M 8c Ulrike Herrmann, Aus der Krise nichts gelernt, Die Mythen der Mainstream-Ökonomie,
Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2017

Die Neoklassik hat also mit der Praxis der Firmen nichts zu tun und sich in eine fiktive Welt abgesondert. Die Betriebswirtschaftslehre hat die Neoklassik nie übernommen, weil diese so offensichtlich realitätsfern ist. Aber anderswo hinterlässt diese irriige Preistheorie noch immer immense Schäden. Ganz besonders ist dies beim Thema Lohnpolitik zu beobachten. Die Neoklassiker sind sehr einflussreich und dominieren alle Expertengremien, die die Ministerien beraten. Permanent werden also die Regierungen ermahnt, dass die Löhne der „Grenzproduktivität“ des einzelnen Arbeitnehmers entsprechen müssten. Übersetzt: Wenn es Arbeitslose gibt, müssen die Löhne runter, denn die Arbeitslosigkeit scheint ja zu zeigen, dass die Beschäftigten zu teuer sind. Hierbei handelt es sich zwar um einen klassischen Zirkelschluss, aber das fällt in der Hitze der Debatte nicht auf. Auch wissen die meisten Politiker nicht, dass die Neoklassik auf einer Theorie beruht, die eine Fiktion namens Robinson Crusoe modelliert. Wie zirkulär die neoklassische Theorie argumentiert, zeigt sich auch daran, dass man fast nie gehört hätte, dass die Neoklassiker für deutliche Lohnsteigerun-

gen plädieren. Völlig unabhängig von der realen Lage dekretieren diese Ökonomen immer, dass die Gehälter tendenziell zu hoch seien, „Lohnzurückhaltung“ angesagt und ein Mindestlohn brandgefährlich sei. [...] Aber Löhne entstehen eben anders, als die Neoklassiker glauben: Das Lohnniveau hängt nicht von der „Grenzproduktivität“ des einzelnen Arbeitnehmers ab – sondern entscheidend ist das technische Niveau der gesamten Volkswirtschaft. Je höher die Wirtschaftsleistung ist, desto höher sind auch die Löhne des Einzelnen. Der südkoreanische Ökonom Ha-Joon Chang illustriert diesen Effekt sehr anschaulich anhand von zwei Busfahrern: Sven lebt in Schweden und Ram in Indien. Beide sind gleich „produktiv“, denn beide transportieren Menschen in einem Bus. Trotzdem verdient Sven fast fünfzigmal so viel wie Ram. Auch der erfolgreiche Investor Warren Buffett weiß genau, dass er seine Milliarden nur verdienen konnte, weil er in den USA geboren wurde: „Ich persönlich glaube, dass ich mein Einkommen zu einem wesentlichen Teil der Gesellschaft zu verdanken habe. Würde man mich irgendwo in Bangladesch oder Peru

aussetzen, würde man schnell feststellen, wie wertlos mein Talent in der falschen Umgebung ist. Ich würde nach dreißig Jahren immer noch ums Überleben kämpfen.“

Neoliberale berufen sich zwar gern auf Adam Smith, haben aber nie verstanden, was aus dem Prinzip der Arbeitsteilung folgt: Jeder ist Teil eines Teams, und die Leistung des Einzelnen ist nur sehr eingeschränkt individuell messbar, weil sie von der Zuarbeit anderer abhängt. Im Kapitalismus kann der Erfolgreiche nur erfolgreich sein, weil ihm viele andere diesen Erfolg ermöglichen. Daher lässt sich auch nicht wissenschaftlich bestimmen, wie hoch das Gehalt einer Sekretärin im Vergleich zur Vergütung eines Managers sein sollte. Dies ist eine Machtfrage, um noch einmal das M-Wort zu benutzen, das die Neoklassiker so fürchten. Nur ein Beispiel: Aktuell verdienen DAX-Manager fünfzigmal so viel wie durchschnittliche Angestellte. Es fällt schwer zu glauben, dass sie auch so viel leisten wie fünfzig Angestellte.

© <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2017/januar/aus-der-krise-nichts-gelernt>

M 8d „Genial“



© Klaus Stüttmann, 2020

4. Mit mehr Klimaschutz aus der Krise?

GREGOR JASCHKE, MIRIAM DROSS, CLAUDIA KEMFERT

Schon zu Beginn der Corona-Pandemie zeichnete sich ab, dass diese zu einem negativen Wirtschaftswachstum führen würde. Während anfangs ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von lediglich ca. 2,8% für das Jahr 2020 erwartet wurde (SVR, 2020), gehen aktuelle Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) von einem deutlich höheren Rückgang der Wirtschaftskraft um mehr als 9% aus (Michelsen et al., 2020). Der Rückgang des BIP im zweiten Quartal 2020 um mehr als 10% scheint diese Prognosen zu bestätigen (Destatis, 2020). Schon bald nach Beginn der Pandemie wurde deshalb über Maßnahmen zur Konjunkturförderung diskutiert, die über die zunächst erfolgte kurzfristige Unterstützung der von der Corona-Krise betroffenen Unternehmen (sogenanntes „Corona-Schutzschild“: Wirtschaftsstabilisierungsfonds für große Unternehmen sowie Mittel als Soforthilfe für Selbständige und Kleinunternehmen) hinaus die Wirtschaft wieder ankurbeln sollen.

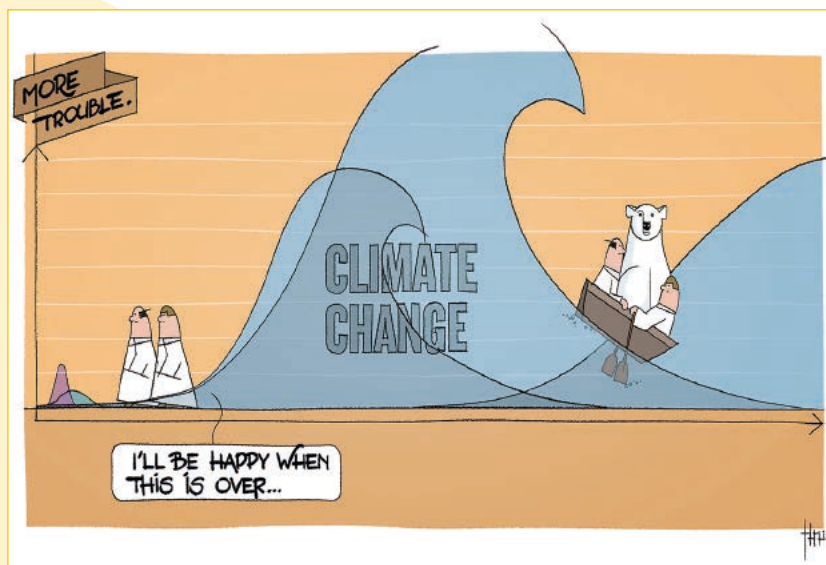


Abb. 1 „More Trouble“

© Statistically Insignificant by Raf S.

Synthese von Konjunktur- und Klimapolitik?

Doch die Corona-Pandemie ist nicht die einzige Krise, von der die Menschheit gegenwärtig betroffen ist. Die Klimakrise stellt nach wie vor eine existentielle Bedrohung der Menschheit dar. Der Klimaschutz war 2019 – auch durch die Proteste der Fridays-for-Future-Bewegung – in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatten gerückt. Durch die Corona-Pandemie droht der Klimaschutz in den Hintergrund zu geraten. Aber obwohl die Klimakrise im Vergleich zur Corona-Pandemie als eher langfristige Bedrohung wahrgenommen wird, drängt hier ebenfalls die Zeit. Bereits heute hat sich die Erde um durchschnittlich knapp 1 °C erwärmt und die Folgen dieser Erwärmung sind deutlich sichtbar (IPCC, 2018). Neun der wärmsten zehn Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen ereigneten sich seit 2005 (NOAA, 2020). Doch nicht nur Durchschnittstemperaturen nehmen zu, sondern auch Extremwerte.



Abb. 2 „Temperaturen im Sommer 2020 in Sibirien“

© <https://www.wetteronline.de/wetternews/hitze-bis-35-grad-in-sibirien-6000-waldbraende-in-russland-2020-06-20-de>

Beispielsweise lagen die Temperaturen in Sibirien seit Anfang des Jahres weit über dem Durchschnitt. Im Juni wurde in der Arktis eine neue Rekordtemperatur von 38°C gemessen, eine Entwicklung, die ohne den Klimawandel nicht möglich gewesen wäre (Ciavarella et al., 2020). Auch jenseits der Temperaturen sind Auswirkungen sichtbar. Große Teile Deutschlands leiden seit 2018 unter extremer Dürre mit Folgen für Wälder und Landwirtschaft (UFZ, 2020). Je stärker sich das Klima erwärmt, desto gravierender werden die Folgen. Neben dem Verlust ganzer Ökosysteme, Extremwetterereignissen und einer besonderen Betroffenheit benachteiligter Bevölkerungsgruppen steigt mit den Temperaturen auch das Risiko von Kipppunkten, also von Punkten, an denen sich Teile des Erdsystems abrupt und unwiderruflich verändern (IPCC, 2014). Um die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu verhindern, soll die globale Erderwärmung durch das Pariser Klimaabkommen auf deutlich unter 2 °C, möglichst auf 1,5 °C begrenzt werden. Damit dies erreicht werden kann, müssen die Treibhausgasemissionen weltweit drastisch reduziert werden, sodass laut Pariser Klimaabkommen in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts Treibhausgasneutralität erreicht ist (Vereinte Nationen, 2015). Laut Weltklimarat dürfen weltweit ab 2018 nur noch 800 Gigatonnen CO₂ ausgestoßen werden, um mit einer Wahrscheinlichkeit von zwei Dritteln deutlich unter 2 °C zu bleiben (Rogelj et al., 2018). Bei gleichbleibenden Emissionen wäre das CO₂-Budget bereits 2037 verbraucht (SRU, 2020). Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) hat dieses Budget kürzlich auf den nationalen Kontext übertragen und berechnet, dass Deutschland ab 2020 nur noch maximal 6,7 Gigatonnen CO₂ ausstoßen darf, um einen angemessenen Beitrag zur Erfüllung des Pariser Klimaabkommens zu leisten. Dieses CO₂-Budget wäre bei gleichbleibenden Emissionen auf dem Niveau von 2019 bereits im Jahr 2029 verbraucht (SRU, 2020). Daraus folgt für das Konjunkturpaket, dass vor allem sogenannte Lock-in-Effekte vermieden werden sollten. Als solche bezeichnet man Investitionen in Technologien, die eigentlich aus Klimaschutzgründen in einem überschaubaren Zeitraum ersetzt werden sollten, und bei denen durch die Investition ein Anreiz geschaffen wird, an ihnen festzuhalten, bis sich die Investition

amortisiert hat. Wer zum Beispiel im Jahr 2020 eine Ölheizung installiert, möchte diese gern über die vorgesehene Lebensdauer von 20 Jahren nutzen, auch wenn sie einen fossilen Brennstoff zum Heizen verwendet. Heutige Entscheidungen über Investitionen und Infrastrukturen bestimmen also den Weg für die kommenden Jahre und Jahrzehnte mit.

Darum ist es essentiell, dass ein Konjunkturpaket die konjunkturellen Maßnahmen mit den klimapolitischen Zielen verbindet. Die klassische Konjunkturpolitik folgt den „3-Ts“ (timely, targeted, temporary): Maßnahmen sollen zügig, gezielt und temporär ergriffen werden. Um den Strukturwandel hin zur Treibhausgasneutralität zu integrieren, sollte ein viertes T hinzugefügt werden: transformative (Bach et al., 2020). Maßnahmen sollen also auch dazu beitragen, den Wandel hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft zu unterstützen. Ein weiterer Grund für ein am Klimaschutz ausgerichtetes Konjunkturpaket liegt darin, dass dem Staat zur Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben nicht unbegrenzt Mittel zur Verfügung stehen. Wenn, wie vorgesehen, 130 Milliarden Euro in die Wiederbelebung der Konjunktur gepumpt werden und durch die Krise die Staatseinnahmen zurückgehen, werden auf absehbare Zeit keine Gelder mehr für großangelegte Transformationsimpulse zur Verfügung stehen. Auch deshalb forderten große Industrieunternehmen, wegweisende Klimaschutzinvestitionen in ein Konjunkturpaket aufzunehmen (Stiftung 2°, 2020). Dies spiegelt sich teilweise auch in der Entscheidung der Bundesregierung vom 3. Juni 2020 für ein Maßnahmenpaket wider, das einerseits die Konjunktur fördern und andererseits Zukunftsinvestitionen in Digitalisierung und Klimaschutz anstoßen will. Das Konjunkturprogramm legt den Schwerpunkt auf drei Aspekte: Stabilisierung der Nachfrage und Sicherung der Beschäftigung, Förderung der Investitionen von Kommunen und Unternehmen sowie Investitionen in die Modernisierung des Landes. Darunter werden eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen in Höhe von insgesamt 130 Milliarden Euro zusammengefasst. Unter anderem sind große Summen für eine befristete Mehrwertsteuersenkung bis Ende des Jahres, eine Entlastung der Strompreise durch Senkung der EEG-Umlage sowie für einen einmaligen Kinderbonus von 300 Euro je Kind vorgesehen.

■ Überblick: Klimaschutz in den Einzelmaßnahmen

Das Konjunkturprogramm enthält zahlreiche Elemente, die klimapolitische Relevanz haben. Ein großer Teil davon entfällt auf den Verkehrsbereich; einige weitere Maßnahmen betreffen die Energiewende sowie weitere Handlungsfelder.

■ Mobilität

Im Bereich der Mobilität adressiert das Konjunkturpaket erstens die krisenbedingte Schieflage der öffentlichen Verkehrsunternehmen. Sowohl die Deutsche Bahn als auch ÖPNV-Unternehmen



Abb. 3 „Coronavirus - Deutsche Bahn“ © picture alliance/dpa | Sven Hoppe



Abb. 4 „Aktivisten demonstrieren mit einer Menschenkette und Plakaten vor dem Bundeskanzleramt gegen eine mögliche Abwrackprämie und für das Klima“ (02.06.2020) © picture alliance/dpa | Kay Niefeld

erlitten aufgrund fehlender Fahrgasteinnahmen während der Krise hohe Umsatzeinbußen. Der Bund stellt daher umfangreiche Finanzmittel bereit, um die betroffenen Unternehmen zu unterstützen. Zweitens legt das Konjunkturpaket bei der Mobilität einen Schwerpunkt auf den Straßenverkehr. So soll beispielsweise die Kfz-Steuer stärker an den CO₂-Emissionen ausgerichtet werden. Neben einer befristeten Verdopplung der Kaufprämie für E-Autos werden verschiedene Flottenaustauschprogramme, etwa für soziale Dienste und das Handwerk, sowie für Busse und LKWs geschaffen. Außerdem sollen Investitionen in Forschung und Entwicklung in der Auto- und Zulieferindustrie sowie in der E-Mobilität und Batteriezellfertigung ebenso gefördert werden wie ein Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur. Neben Bahn, ÖPNV und Straßenverkehr sieht das Konjunkturpaket Förderungen für Schifffahrt und Flugverkehr vor.

Viele dieser Maßnahmen sind aus klimapolitischer Sicht sinnvoll. Die Unterstützung von Bahn und ÖPNV sind zwar nicht im engeren Sinne eine Konjunkturförderung, doch kann sie die finanzielle Schieflage der Unternehmen verhindern und die Investitionsfähigkeit sichern, die für eine Verkehrswende erforderlich ist. Angesichts der dramatischen Verluste insbesondere der Bahn, aber auch der ÖPNV-Unternehmen werden die bereitgestellten Finanzmittel allerdings nicht ausreichend sein, um die krisenbedingten Verluste der Unternehmen zu kompensieren, wie auch bereits vorab erwartet worden war (Bach et al., 2020).

Im Vorfeld wurde intensiv über eine Abwrackprämie diskutiert, also eine Kaufprämie für Diesel- und Benzinfahrzeuge. Im Konjunkturpaket wurde richtigerweise auf eine solche Prämie verzichtet, weil diese ein ökologischer wie ökonomischer Irrweg gewesen wäre (Leisinger und Rösel, 2020). Den Fokus auf die Elektromobilität statt auf Verbrennungsmotoren im Konjunkturpaket zu setzen, ist also positiv zu bewerten. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur ist hier ein wichtiges Element. Statt einer Kaufprämie für Elektroautos wäre jedoch eine verbindliche Quote für die Neuzulassung von Elektroautos vorzuziehen (SRU, 2017). Zu befürworten sind auch die Flottenaustauschprogramme, vor allem die Programme für Busse des ÖPNV, aber auch für soziale Dienste und das Handwerk. Leer ausgegangen sind dagegen der Fuß- und Radverkehr.

Die im Konjunkturpaket genannte Kfz-Steuerreform zur stärkeren Ausrichtung der Steuer an den CO₂-Emissionen wurde bereits im Klimapaket der Bundesregierung angekündigt und ist somit überfällig. Klimapolitisch ist diese Maßnahme sinnvoll, da eine spürbar höhere Bepreisung für Autos mit hohem Treibstoffverbrauch eine Lenkungswirkung zur Emissionsminderung entfalten könnte. Denkbar wäre jedoch zusätzlich eine Zulassungssteuer oder ein vergleichbares Instrument, da hiermit die Kaufentscheidung noch effektiver gelenkt werden kann (Bär et al., 2020).

Die Berücksichtigung der Schifffahrt im Konjunkturpaket ist sinnvoll, da die Potentiale für Klima-, aber auch für Umwelt- und Ressourcenschutz in der Schifffahrt noch nicht ausgeschöpft

sind. Die finanzielle Förderung moderner Flugzeuge ist dagegen zu hinterfragen, weil die Luftfahrt eine besonders klimaschädliche Branche ist, die durch die Energiesteuerbefreiung des Kerosins und die Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge bereits mit knapp 12 Milliarden Euro staatlich subventioniert wird (Umweltbundesamt, 2017).

Energiewende

Die Energiewende im Stromsektor wird im Konjunkturpaket vor allem durch die Stabilisierung und Senkung der EEG-Umlage adressiert. Aufgrund von Entwicklungen auf dem Strommarkt durch die Corona-Krise war ein Anstieg der EEG-Umlage, die zur Finanzierung der erneuerbaren Energien dient, prognostiziert worden (Hein et al., 2020). Diese soll nun durch Zuschüsse aus Bundesmitteln stabilisiert und leicht gesenkt werden. Daneben enthält das Konjunkturprogramm Forschungsförderung im Energiebereich sowie nicht-finanzielle Maßnahmen, etwa die Erhöhung des Ausbauziels für Offshore-Windkraft und die Abschaffung des sogenannten „Solardeckels“, der die Anzahl der geförderten Photovoltaik-Anlagen begrenzte. Die Senkung der Strompreise durch Reduzierung der EEG-Umlage wird teilweise kritisiert, da befürchtet wird, dass Energieeffizienzmaßnahmen nun nicht mehr konsequent vorangetrieben werden (Fischedick et al., 2020). Andererseits ist eine Entlastung der Stromverbraucher*innen grundsätzlich zu begrüßen, weil Strom gegenwärtig stärker mit Abgaben belastet wird als andere Energieträger. Eine durchdachte Umsetzung ist hier aber zentral, um nicht mit dem EU-Beihilferecht in Konflikt zu kommen. Denkbar wäre es, nur bestimmte Teile der EEG-Umlage über den Bundeshaushalt zu finanzieren, etwa für von der Umlage befreite Industriebetriebe. Eine weitere Option wäre eine indirekte Senkung der EEG-Umlage, indem durch einen CO₂-Mindestpreis der Börsenstrompreis erhöht wird. Darüber hinausgehend wäre jedoch auch eine umfassende Reform der Abgaben für verschiedene Energieträger empfehlenswert (SRU, 2017).

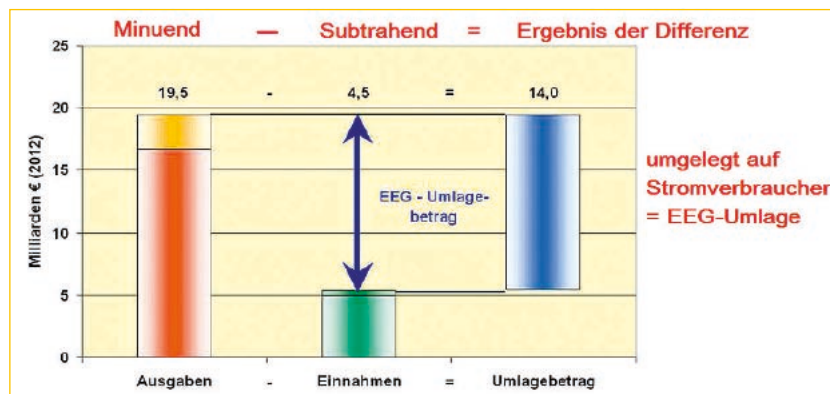


Abb. 5b „Das EEG-Paradoxon besteht darin, dass die EEG-Umlage deshalb steigt, weil mehr erneuerbarer Strom produziert wird, was den Börsenpreis drückt. Da die Einnahmen somit geringer sind, ist der Differenzbetrag zwischen Einnahmen und Ausgaben (und somit die EEG-Umlage) höher.“ Anm. d. Red.: In obigem Beispiel ergibt sich eine Differenz von 15,0 © <https://energiewende-rocken.org/das-eeg-paradoxon/>

Die zusätzliche Förderung der Energieforschung ist begrüßenswert. Ansonsten fällt das Konjunkturpaket aber bezüglich des Ausbaus der erneuerbaren Energien sehr dünn aus. Die nicht-finanziellen Maßnahmen, wie die Abschaffung des „Solardeckels“ und die Erhöhung des Ausbauziels für Offshore-Windkraft, gehen zwar zum Teil in die richtige Richtung, allerdings waren dies ohnehin schon beschlossene Maßnahmen, deren Aufnahme ins Konjunkturpaket eher symbolischer Natur ist.

Sonstige Maßnahmen im Klimaschutz

Drei weitere klimarelevante Themen werden im Konjunkturpaket aufgegriffen. Erstens wird die Förderung der Gebäudesanierungen aufgestockt. Zweitens werden kommunale Klimaschutzprojekte nun noch stärker gefördert. Drittens greift das Konjunkturpaket der kurz darauf vorgestellten Wasserstoffstrategie voraus und setzt hier bereits Akzente (Kemfert, in: Wenzel, 2020).

Wie ist das Konjunkturpaket klimapolitisch zu bewerten?

Wie ist das Konjunkturpaket aus Sicht des Klimaschutzes nun zu bewerten? Wie zuvor beschrieben, besteht das Paket aus einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen, von denen einige durchaus einen Fortschritt beim Klimaschutz darstellen. Eine qualitative Bewertung der Maßnahmen im Hinblick auf eine positive, neutrale oder negative Umweltwirkung zeigt, dass keine Maßnahme als grundsätzlich schlecht einzustufen ist, es vielmehr auf die konkrete Ausgestaltung ankommt (Schemmel et al., 2020). Kritischer klingt teilweise die Bewertung der Umwelt-NGOs. Sie monieren das Fehlen von Maßnahmen, die dem Umwelt- und Naturschutz zugutekommen wären, wie die Förderung des urbanen Grüns oder von Renaturierungen (NABU, 2020).

Im internationalen Vergleich schneidet das deutsche Konjunkturpaket verhältnismäßig gut ab. Dabei wird in quantitativen Analysen verglichen, wie viel Geld die Staaten in umweltfreundliche und umweltschädliche Konjunkturanreize stecken. Es zeigt sich, dass in Deutschland, anders als in einigen anderen Ländern, die Waage eher zugunsten der umweltfreundlichen Seite ausschlägt (Vivid Economics, 2020; Energy Policy Tracker, 2020). Auch die „Wissenschaftsplattform Klimaschutz“ lobt die Verankerung des Klimaschutzes als wichtige Zieldimension im Konjunkturpaket. Kritisiert wird jedoch, dass die Maßnahmen nicht systematisch auf ihre Klimawirkung und die Kompatibilität mit den Klimaschutzziele ausgerichtet und geprüft wurden. Neben einigen inhaltlichen Vorschlägen moniert die Wissenschaftsplattform sowohl das Fehlen einer vorherigen klimapolitischen Bewertung der

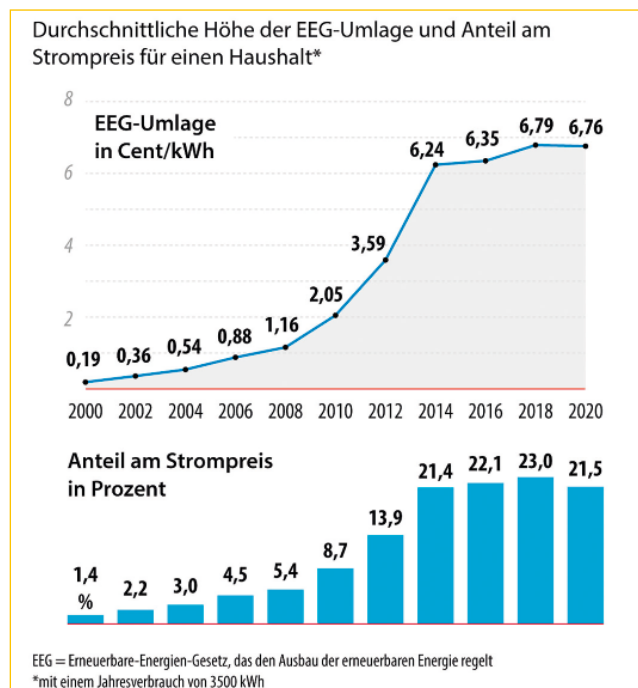


Abb. 5a „Entwicklung der EEG-Umlage und Anteil am Strompreis für einen Haushalt“ (31.03.2020) © picture alliance/dpa/dpa Grafik | dpa-infografik GmbH

Maßnahmen als auch eines kontinuierlichen Monitorings während der Umsetzung. Hiermit sollen Fehlentwicklungen vermieden werden (Wissenschaftsplattform Klimaschutz, 2020). Neben dem Konjunkturprogramm müssen aber auch direkte Finanzspritzen kritisch betrachtet werden, die einzelne Branchen vor dem Kollaps retten sollen. Die Unterstützung für die Lufthansa wurde anders als die Mittel, die Fluglinien in Österreich und Frankreich erhielten, nicht an Auflagen für den Klimaschutz gekoppelt. Allerdings will die Bundesregierung eine Quote für die Beimischung von klimafreundlicheren Kraftstoffen ins Kerosin prüfen (Tagesspiegel Background, 2020a). In Frankreich soll Air France für den Vier-Milliarden-Euro-Kredit auf Inlandsflüge verzichten. Französische Klimaschützer halten die Auflagen freilich nicht für ambitioniert genug, weil zum Beispiel Zubringerflüge nach Paris von der Regelung ausgenommen sind (Tagesspiegel Background, 2020b). Die skandinavische Fluglinie SAS erhält vom schwedischen Staat 475 Millionen Euro und soll sich dafür Ziele für die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes setzen (Handelsblatt, 2020). In Dänemark, das ebenfalls 15 % an SAS hält, schlägt die Luftfahrtbranche eine Klimaschutzabgabe vor, die auf jeden Flug erhoben werden soll.

Ist dies also die Green Recovery, das grüne Erholungsprogramm der Wirtschaft? Das erscheint zumindest fraglich. Das Paket enthält zwar einige Maßnahmen, die in die richtige Richtung gehen. Auch wurden drastische Fehlanreize wie eine Kaufprämie für Diesel- und Benzinfahrzeuge verhindert. Für einen starken Impuls für die Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft und Wirtschaft ist es aber nicht ausreichend, dass die einzelnen Maßnahmen den Klimaschutz (auch) fördern oder ihn zumindest nicht behindern. Notwendig wäre es vielmehr gewesen, „vom Ende her zu denken“ und danach zu fragen, welche Veränderungen unerlässlich sind und wie sie durch das Konjunkturpaket gestützt wer-

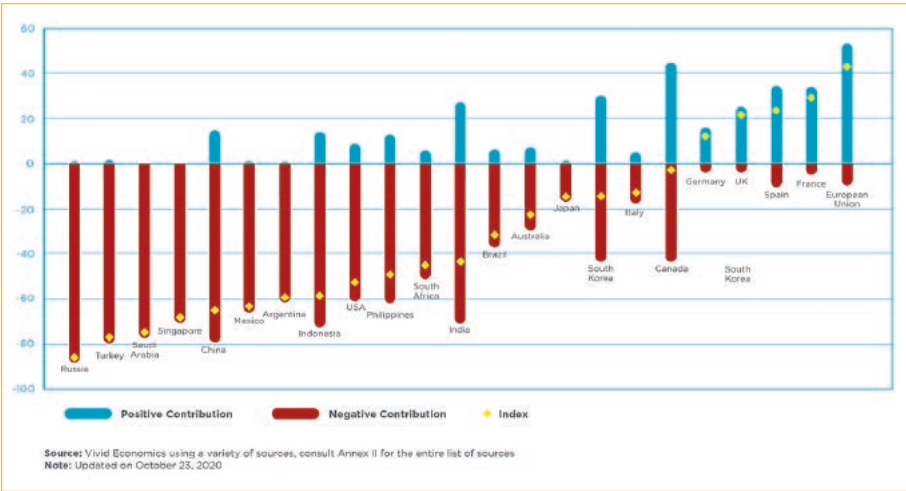


Abb. 7 „Green Stimulus Index: Auswirkungen der konjunkturpolitischen Maßnahmen im Rahmen der Corona-Krise auf die Umwelt“ © Vivid Economics (2020), https://www.vivideconomics.com/wp-content/uploads/2020/04/200723-GreenStimulusIndex_web.pdf

den können. Daher fehlt dem Konjunkturpaket die grundsätzliche strukturelle Ausrichtung hin zum Klimaschutz.

Vorschläge für ein Klima-Konjunkturpaket

Eine solche grundsätzliche Ausrichtung würde bedeuten, nicht nur zusätzlich einzelne Maßnahmen zum Klimaschutz aufzunehmen, sondern alle Maßnahmen, auch jene, die primär auf Konjunkturförderung setzen, auf ihre Klimawirkung zu prüfen. Dann könnten jene Maßnahmen letztendlich aufgenommen werden, die alle „4-Ts“ erfüllen und damit sowohl einen konjunkturellen als auch einen klimapolitischen Schub geben.

Ein Klima-Konjunkturpaket sollte sich deshalb an Investitionsbedarfen für den klimaschonenden Umbau der Wirtschaft orientieren (Bach et al., 2020). Agora Energiewende und Agora Verkehrswende haben hierzu einen Vorschlag gemacht, 100 Milliarden Euro als „Doppelten Booster“ für Konjunkturförderung und Klimaschutz zu investieren. Insbesondere in der Bauwirtschaft, aber auch in anderen

Bereichen gehen die Vorschläge der Berliner Think Tanks deutlich weiter als das Konjunkturpaket der Bundesregierung. So schlägt die Agora Energiewende den Einstieg in die serielle energetische Sanierung vor. Auch soll die Kaufkraft durch eine Senkung des Strompreises gestärkt werden (Agora Energiewende und Agora Verkehrswende, 2020). Zur Förderung des kommunalen Klimaschutzes ist (neben der Frage einer pauschalen Entschuldung) auch ein kommunaler Investitionsfonds denkbar, der dringend nötige Investitionen in Klimaschutzprojekte unterstützen könnte. Die Haushaltslage vieler Kommunen war bereits vor der Corona-Krise schwierig, doch die Krise hat die Probleme weiter verschärft (Bach et al., 2020). Zwar unterstützt das Konjunkturpaket die Kommunen punktuell, etwa durch die Übernahme eines höheren Anteils der Kosten für die Unterkunft von Sozialhilfeempfänger*innen, die Kompensation der fehlenden Gewerbesteuererinnahmen oder die höhere Förderung von kommunalen Klimaschutzprogrammen. Trotzdem besteht bei Kommunen weiterhin wenig finanzieller Spielraum für zukunftsfähige Investitionen.

„T“	Kategorie	Kriterien
„Targeted“	Konjunkturpolitischer Bedarf	Wie stark ist der Sektor, in dem die Nachfrage angekurbelt wird, von der Corona-Krise betroffen? Inwieweit hat der angekurbelte Sektor freie Kapazitäten? Welche Beschäftigungseffekte sind zu erwarten?
	Regionale Wirkung	Welche Region profitiert in welchem Umfang von dem Instrument (Deutschland/EU/Rest der Welt)?
„Timely“	Kurzfristige Umsetzbarkeit	Welcher Planungsvorlauf ist notwendig (vor Umsetzung)? Wie schnell können Projekte ausgeschrieben werden?
„Temporary“	Dauer der fiskalischen Belastung	Über welchen Zeitraum fallen Kosten der Maßnahme an?
„Transformative“	Bedeutung für Klima- und Umweltschutz	Inwieweit trägt die Maßnahme zum Klima- und Umweltschutz bei?
	Verteilungseffekte	Welchen Einfluss hat das Instrument auf Einkommens-, Vermögens- und Chancengleichheit in Deutschland?

Abb. 6 „4-T-Matrix zur Analyse von konjunkturpolitischen Maßnahmen“ © Bach, Stefan et al. (2020), eigene Darstellung, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.790248.de/diwkompakt_2020-152.pdf

So will Deutschland aus der Corona-Krise steuern

Bestandteile des Konjunkturpaket der Bundesregierung zur Corona-Krisenbewältigung (in Mrd. €)



Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung



statista

Abb. 8 „Konjunkturpaket zur Corona-Krisenbewältigung“ © <https://de.statista.com/infografik/21913/bestandteile-des-corona-konjunkturpakets/>, Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Für eine konsequente klimapolitische Ausrichtung müsste das Konjunkturpaket auch eine Reihe dringender Reformen adressieren, die keine direkte Konjunkturwirkung haben, aber eine Marktsituation schaffen, die Investitionen in erneuerbare und nachhaltige Technologien finanziell attraktiv machen. Dazu zählt vor allem die Reform von Steuern und Abgaben auf Energieverbrauch und Treibhausgasemissionen sowie die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen (SRU, 2017, Kapitel 5.1). Allen voran sollte das Dieselpatent abgeschafft werden, das einer impliziten Subvention von circa 7,4 Milliarden Euro jährlich entspricht (SRU 2017, Tz. 213). Einerseits könnte durch Abschaffung klimaschädlicher Subventionen und einer Stärkung der CO₂-Bepreisung die Belastung des Bundeshaushalts durch das Konjunkturpaket abgemildert werden. Andererseits könnten durch eine konsequente Ausrichtung dieser Maßnahmen Investitionen in den Klimaschutz gelenkt werden, während klimaschädliche Investitionen reduziert würden. Ein Verhindern von klimaschädlichen Investitionen ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll, da solche Investitionen durch klimapolitische Maßnahmen in der Zukunft zu „stranded investments“ werden können, das heißt, dass diese Investitionen ihren Wert verlieren.

Des Weiteren sollte der Ausbau der erneuerbaren Energien energisch vorangetrieben werden. Auch dabei handelt es sich um Maßnahmen, mit denen Arbeitsplätze gesichert bzw. neu geschaffen werden würden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist ins Stocken geraten. Die Anhebung des 65 %-Ziels für 2030 auf 75 % wäre ein wichtiger Konjunkturimpuls. Aber selbst um das 65 %-Ziel bis 2030 zu erreichen (das nicht ausreichend ist, um in angemessenem Maße zur Erfüllung der Pariser Klimaziele beizutragen), müssten die jährlichen Ausbauraten von Wind- und Solarenergie deutlich angehoben werden (Oei et al., 2019; Oei et al., 2020). Dafür sollten, wie vom Umweltbundesamt vorgeschlagen, die Ausbaupfade für Photovoltaik und Wind an Land angehoben werden (Umweltbundesamt, 2020). Außerdem sollte geprüft werden, ob bundesweite Flächenvorgaben für den Ausbau der Windenergie an Land gesetzlich festgeschrieben werden können (Bovet et al., 2020). Des Weiteren sollte sichergestellt werden, dass funktionstüchtige EEG-Anla-

gen nach Förderungsende weiterbetrieben werden können (Umweltbundesamt, 2020).

Nicht zuletzt sollte sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene dafür stark machen, dass auch im europäischen Konjunkturpaket Umwelt- und Klimaschutz nicht vernachlässigt werden. Vor allem darf die Umsetzung des European Green Deals (Europäische Kommission, 2019) nicht daran scheitern, dass nach den erheblichen Investitionen in das EU-Konjunkturprogramm der mehrjährige Finanzrahmen nicht mehr so ausgestattet wird, dass die angestrebten Ziele erreichbar sind. Deutschland ist sowohl hinsichtlich der konjunkturellen Erholung (als Exportnation) als auch in Bezug auf das Erreichen der Treibhausgasneutralität in Europa bis 2050 auf die anderen Mitgliedstaaten angewiesen.

Aus der Corona-Pandemie lässt sich politisch auch etwas für die Bekämpfung der Klimakrise lernen: Sie zeigt, dass global-kollektive, tiefgreifende Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen möglich sind, wenn die Gefahren ernst genommen werden. Mit der gleichen Entschiedenheit sollte auch die Klimakrise bekämpft werden.

Der Artikel gibt ausschließlich die Meinung der Autor*innen wieder.

Literaturhinweise

- Agora Energiewende/ Agora Verkehrswende (2020): Der Doppelte Booster. Vorschlag für ein zielgerichtetes 100-Milliarden-Wachstums- und Investitionsprogramm, online verfügbar unter https://www.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2020/2020-05_Doppelter-Booster/179_A-EW_A-VW_Doppelter-Booster_WEB.pdf
- Bach, Stefan/ Bär, Holger/ Bohnenberger, Katharina/ Dullien, Sebastian/ Kemfert, Claudia/ Rehm, Miriam et al. (2020): Sozial-ökologisch ausgerichtete Konjunkturpolitik in und nach der Corona-Krise (DIW Berlin: Politikberatung kompakt, 152), online verfügbar unter https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.790248.de/diwkompakt_2020-152.pdf
- Bär, Holger/ Runkel, Matthias/ Schlichter, Leo (2020): Wie eine Zulassungssteuer Klimaschutz im Verkehr voranbringen kann. Reformvorschlag Kfz-Steuer, online verfügbar unter https://foes.de/publikationen/2020/2020-03_FOES_Reform-Kfz-Steuer.pdf
- Bovet, Jana/ Dross, Miriam/ Kindler, Lars (2020): Bundesweite Flächenvorgabe für den Ausbau von Windenergie an Land. Eine erste Systematisierung und Einschätzung der Ausgestaltungsmöglichkeiten aus rechtlicher Sicht, in: NVwZ (754)
- Ciavarella, Andrew/ Cotterill, Daniel/ Stott, Peter/ Kew, Sarah/ Philip, Sjoukje/ van Oldenborgh, Geert Jan et al. (2020): Prolonged Siberian heat of 2020, online verfügbar unter <https://www.worldweatherattribution.org/wp-content/uploads/WWA-Prolonged-heat-Siberia-2020.pdf>
- Destatis (2020): Bruttoinlandsprodukt im 2. Quartal 2020 um 10,1 % niedriger als im Vorquartal. Auswirkungen der Corona-Pandemie führen zu historischem Rückgang (Pressemitteilung, Nr. 287 vom 30. Juli 2020), online verfügbar unter https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/07/PD20_287_811.html
- Energy Policy Tracker (2020): Track public money for energy in recovery packages, online verfügbar unter <https://www.energypolicytracker.org/>
- Europäische Kommission (2019): Der europäische Grüne Deal. Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, COM (2019) 640 final

Fischedick, Manfred/ Baedecker, Carolin/ Bienge, Katrin/ Geibler, Justus von/ Hermwille, Lukas/ Kiyar, Dagmar et al. (2020): Konjunkturprogramm unter der Klimaschutzlupe: viele gute Impulse, aber Nachbesserungen für nachhaltige Wirkung erforderlich?! Diskussionspapier, online verfügbar unter <https://wupperinst.org/fa/redaktion/downloads/publications/Corona-Konjunkturmassnahmen.pdf>

Handelsblatt (2020): Airline SAS soll unter Auflagen Coronahilfen erhalten, online verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/dienstleister/fluggesellschaften-airline-sas-soll-unter-auflagen-coronahilfen-erhalten/25916800.html>

Hein, Fabian/ Lenck, Thorsten/ Graichen, Patrick (2020): Zwischen Rekordhoch und Abschaffung: Die EEG-Umlage 2021 in Zeiten der Corona-Krise. Kurzanalyse, online verfügbar unter https://www.agora-energiawende.de/fileadminz/Projekte/2020/2020-05_Doppelter-Booster/A-EW_181_Kurzanalyse_Corona_EEG_Umlage_WEB.pdf

IPCC (2014): Summary for Policymakers., in: C. B. Field, V. R. Barros, D. J. Dokken, K. J. Mach, M. D. Mastrandrea, T. E. Bilir et al. (Hg.): Climate Change 2014: Impacts, Adaptation and Vulnerability, Volume 1, Global and Sectoral Aspects. Working Group II Contribution to the IPCC Fifth Assessment Report, Cambridge: Cambridge University Press, S. 1–32

IPCC (2018): Summary for Policymakers, in: V. Masson-Delmotte, P. Zhai, H.-O. Pörtner, D. Roberts, J. Skea, P. R. Shukla et al. (Hg.): Global Warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty, S. 3–24, online verfügbar unter https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/05/SR15_SPM_version_report_LR.pdf

Leisinger, Christopher/ Rösler, Felix (2020): Kaum mehr als ein Strohfeuer – Evaluationsstudien zu Abwrackprämien im Überblick (ifo Dresden berichtet, 03/2020), online verfügbar unter <https://www.ifo.de/DocDL/ifo-dber-leisinger-roesler-abwrackpraemie-2020-06-01-07-vorab.pdf>

Michelsen, Claus/ Clemens, Marius/ Baldi, Guido/ Dany-Knedlik, Geraldine/ Engerer, Hella/ Fratzscher, Marcel et al. (2020): Globale Wirtschaftskrise trifft

Deutschland hart – Verunsicherung lastet schwer. Editorial (DIW Wochenbericht, 24), online verfügbar unter https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.791539.de/20-24.pdf

NABU (2020): Folgen der Corona-Krise bekämpfen – aber Natur und Umwelt dabei vergessen? NABU bewertet Konjunkturpaket der Bundesregierung, online verfügbar unter <https://www.nabu.de/news/2020/06/28243.html>

NOAA (2020): State of the Climate. Global Climate Report for Annual 2019, online verfügbar unter <https://www.ncdc.noaa.gov/sotc/global/201913>

Oei, Pao-Yu/ Göke, Leonard/ Kemfert, Claudi/ Kendzierski, Mario/ Hirschhausen, Christian von (2019): Erneuerbare Energien als Schlüssel für das Erreichen der Klimaziele im Stromsektor (DIW Berlin: Politikberatung kompakt, 133), online verfügbar unter https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.616181.de/diwkom-pakt_2019-133.pdf

Oei, Pao-Yu/ Kendzierski, Mario/ Herpich, Philipp/ Kemfert, Claudia/ Hirschhausen, Christian von (2020): Klimaschutz statt Kohleschmutz: Woran es beim Kohleausstieg hakt und was zu tun ist (DIW Berlin: Politikberatung kompakt, 148), online verfügbar unter https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.725608.de/diwkompakt_2020-148.pdf

Rogelj, Joeri/ Shindell, D/ Jiang, K./ Ffifita, S./ Forster, P./ Ginzburg, V. et al. (2018): Mitigation Pathways Compatible with 1.5°C in the Context of Sustainable Development. Chapter 2. In: V. Masson-Delmotte, P. Zhai, H.-O. Pörtner, D. Roberts, J. Skea, P. R. Shukla et al. (Hg.): Global Warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty, online verfügbar unter https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/02/SR15_Chapter2_Low_Res.pdf

Die weiteren Literaturhinweise finden Sie auf Moodle (Vgl. Hinweis S. 5)

37

Medienkompetenz erleben

Offene Onlinekurse der Landeszentrale für politische Bildung für den Unterricht

Mit wenigen Klicks sind Schüler*innen in einem Kursraum und durchleben mit fiktiven Jugendlichen digitale Herausforderungen. Ob Datenschutz, Hatespeech oder Verschwörungstheorien – in den methodisch und didaktisch durchdachten Kursräumen wird Medienkompetenz authentisch vermittelt. Fertige Arbeitsblätter können auch offline genutzt werden.

- Mit Herz gegen Hatespeech (Die Verbraucherzentrale Bundesverband bewertet den Online-Kurs mit gut.) www.elearning-politik.de/mitherzgegenhatespeech.html
- Verschwörungstheorien erkennen www.elearning-politik.de/verschwörungstheorien_kurs.html
- Daten verraten. Meine Persönlichkeit im Netz www.elearning-politik.de/daten_verraten.html

Weitere offene Kurse für Schulklassen finden Sie hier:
www.elearning-politik.de/internetangebote_schulklassen.html

lpb
BW

IDEEN FÜR DEN UNTERRICHT

(Gerhard Altmann)

Bildungsplanbezug Wirtschaft (Leistungsfach)

1. Grundlagen der Ökonomie

(5) Ursachen für Marktversagen (zum Beispiel Marktmacht, Externalitäten, Informationsasymmetrien) darstellen und Lösungsmöglichkeiten erläutern

(8) wirtschaftspolitische Zielsetzungen (unter anderem Preisniveaustabilität, Wirtschaftswachstum und ökologische Nachhaltigkeit (Artikel 20a GG)) bewerten

2. Grundlagen der Betriebswirtschaft

(14) Wechselwirkungen zwischen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und unternehmerischen Interessen und Entscheidungen beurteilen

3. Globale Gütermärkte

(9) die Wirkung eines internationalen Umwelt- beziehungsweise Sozialabkommens im Hinblick auf verschiedene Akteure analysieren (zum Beispiel Paris-Abkommen, ILO-Regelwerk)

Bildungsplanbezug Gemeinschaftskunde (Leistungsfach)

Grundlagen der Wirtschaftspolitik

(2) Formen des Marktversagens (zum Beispiel fehlende Bereitstellung öffentlicher Güter, Fehlallokation durch externe Effekte, Gefährdung des Wettbewerbs, Informationsasymmetrien) und die Forderung nach wirtschaftspolitischem Handlungsbedarf erklären

(4) die Ziele der deutschen Wirtschaftspolitik erläutern (Magisches Viereck und seine Erweiterung zum Sechseck) und mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik in der EU (Empfehlung des Rates) vergleichen

Wohlstand und Wirtschaftswachstum

(5) Maßnahmen der Wachstumspolitik auf nationaler oder europäischer Ebene bewerten

Aufgaben nationaler und europäischer Wirtschaftspolitik

(16) Maßnahmen der Fiskalpolitik auf nationaler oder europäischer Ebene bewerten

AUFGABEN ZUM BASISTEXT

1. Erläutern Sie, weshalb „[d]urch die Corona-Pandemie [...] der Klimaschutz in den Hintergrund zu geraten“ droht.
2. Erklären Sie die ökonomische und ökologische Bedeutung sog. Lock-in-Effekte.
3. Erläutern Sie anhand konkreter Beispiele die vier Ts der Konjunkturpolitik.
4. Erörtern Sie, inwiefern das Konjunkturpaket der „Green Recovery“ dient.
5. „Im Konjunkturpaket wurde richtigerweise auf eine solche [Abwrack-]Prämie verzichtet, weil diese ein ökologischer wie ökonomischer Irrweg gewesen wäre.“ Bewerten Sie diese Aussage.

AUFGABEN ZUM MATERIALTEIL

I. Klimaschutz ja, aber wie?

1. Erläutern Sie die Bedeutung negativer Externalitäten (negativer externer Effekte) für die Formulierung umweltpolitischer Ziele (M 1).
2. Ordnen Sie die Argumentation Philip Plickerts (M 2) begründet einer wirtschaftspolitischen Theorie zu.

3. Vergleichen Sie die Einstellung von Jaschke/Dross/Kemfert (Basistext) und von Philip Plickert (M 2) zur Umsetzung der Energiewende. Die Abbildung M 3 kann Ihnen dabei helfen.
4. Gestalten Sie – ausgehend von der Karikatur Burkhard Mohrs (M 4) – ein Streitgespräch zwischen Akteuren mit unterschiedlichen Haltungen zum Klimaschutz.
5. Erörtern Sie Vor- und Nachteile marktwirtschaftlicher Instrumente zur Beseitigung negativer externer Effekte.

II. Klimaschutz: Hat das Wachstumsdogma ausgedient?

1. Vergleichen Sie den Nationalen Wachstumsindex (NWI) mit dem BIP (M 6).
2. Entwickeln Sie Vermutungen, wie sich die einzelnen Komponenten des NWI in der Corona-Krise verhalten.
3. Gestalten Sie ein Positiv- sowie ein Negativszenario einer Welt, die auf Wirtschaftswachstum verzichtet. Ziehen Sie dazu auch die Ausführungen zur Postwachstumsökonomie (M 9, M10) mit ein.

Begleitmaterialien auf Moodle, Vgl. Hinweis S. 5

MATERIALIEN

M 1 Externalitäten

Durch die Energiewende werden Luftschadstoffemissionen reduziert, was Gesundheit und Wohlbefinden vieler Menschen verbessert. Neben den Gesundheitskosten und den vorzeitigen Todesfällen sind auch Ernteaufschläge, Verluste an Natur und in der Biosphäre sowie Gebäudeschäden aufzuführen, die durch die Energiewende reduziert werden. Darüber hinaus verringern sich die Gefahren eines atomaren Unfalls oder weniger Lärm durch Verbrennungsmotoren entsteht. Diese Wirkungen lassen sich konzeptionell den verringerten externen Effekten zuordnen. Als externer Effekt oder auch Externalität werden in der Volkswirtschaftslehre die unkompenzierten Auswirkungen ökonomischer Entscheidungen auf unbeteiligte Marktteilnehmer bezeichnet. Sie werden nicht in das Entscheidungskalkül des Verursachers einbezogen. Ein negativer externer Effekt ist eine Schädigung durch ökonomische Entscheidungen Dritter, welche nicht (ausreichend) kompensiert wird. Für den Energieeinsatz bedeutet dies u. a., dass dabei Schadstoffe emittiert werden, die Menschen, Natur oder Dinge vor Ort oder in weiterer Entfernung schädigen. Der Energienutzer trägt die Kosten nicht.

© Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung mbH, GWS Research Reports 2018/07, Vorteile der Energiewende über die gesamtwirtschaftlichen Effekte hinaus, S. 29, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/vorteile-der-energiewende-ueber-gesamtwirtschaftlichen-effekte-hinaus.pdf?__blob=publicationFile&v=6

M 2 Philip Plickert, So sieht eine vernünftige Energiewende aus, FAZ, 07.08.2020

Die britische Energiewende und Klimapolitik ist ambitioniert und schon erstaunlich weit gekommen. Sie ist dabei günstiger und wirkungsvoller als die planwirtschaftliche Energie- und Klimapolitik der Deutschen. Soeben hat man in Britannien einen neuen Rekord aufgestellt: Seit mehr als vier Monaten läuft die Stromproduktion völlig ohne Kohlekraftwerke. Erstmals seit Beginn einer öffentlichen Elektrizitätsversorgung im Jahr 1892 kommt Britannien längere Zeit gänzlich ohne Kohleverstromung aus. Von den letzten drei Kohlekraftwerken Drax (Selby), Ratcliffe und West Burton wurde seit April nach Angaben des Netzbetreibers National Grid nur eines kurz zu Testzwecken hochgefahren; der Kohleanteil lag ansonsten bei null. Schon vor der Corona-Rezession war er auf einen Minirest von zwei Prozent gefallen. Das hat

geholfen, die Kohlendioxidemissionen auf der Insel um mehr als 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken – stärker als in Deutschland, das sich als großer Klimavorreiter wähnt. Nach dem EU-Austritt der Briten müssen nun andere mehr CO₂-Reduktion vorweisen, um die EU-Ziele zu erreichen. Das wird noch mal Milliarden kosten.

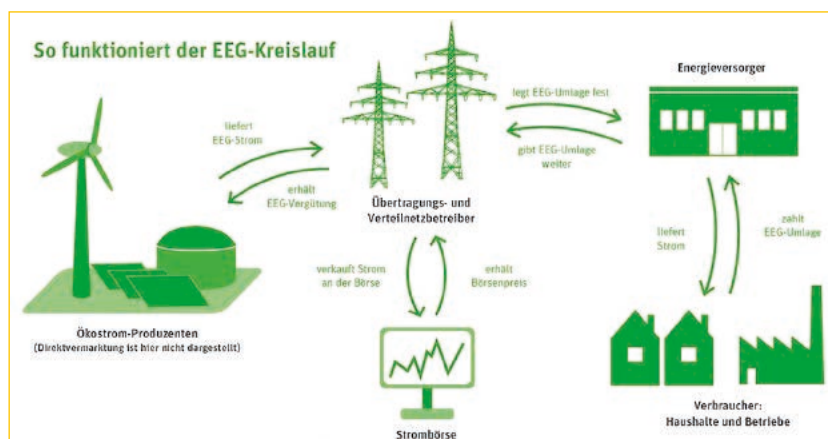
Besonders erstaunlich ist aber, wie Großbritannien den Kohleausstieg geschafft hat. Nicht durch planwirtschaftliche Vorgaben zur Abschaltung von Kraftwerken, verbunden mit Milliardenzahlungen an die Betreiber wie in Deutschland, sondern durch marktwirtschaftliche Mechanismen. 2012 trug Kohle auf der Insel noch 40 Prozent zur Stromversorgung bei. Die konservative Regierung in London hat dann Preissignale im Emissionshandel konsequent wirken lassen. Vor sieben Jahren führte sie einen „Carbon Price Floor“ ein. Dieser Aufschlag auf den EU-Zertifikatspreis stieg schnell auf 18 Pfund (etwa 20 Euro). Das war der entscheidende Hebel. Der Betrieb von Kohlekraftwerken wurde unrentabel, die Unternehmen haben eines nach dem anderen abgeschaltet. Stattdessen wurden moderne Gas- und Dampf-Kombikraftwerke gebaut, die nur etwa halb so viel CO₂ ausstoßen. Rund 40 Prozent trägt Erdgas heute zur Stromproduktion bei. Einige Kohlekraftwerke wurden auf Biomasse (Holzpellets) umgerüstet.

Stark gestiegen ist der Anteil der Windkraftparks. Vor allem im Meer, weit draußen vor der englischen und schottischen Küste, wo der Wind kräftig bläst, werden riesige neue Anlagen errichtet. Windenergie kam im vergangenen Jahr landesweit auf 20 Prozent der Stromproduktion. Die Kosten für Windparks fallen rapide, das hilft bei einer günstigen Versorgung. Solaranlagen tragen nur vier Prozent zur Stromversorgung bei.

Ein großer Unterschied zwischen der britischen und der deutschen Energiepolitik sind die Subventionen. Anfangs gab auch London hohe Zuschüsse für Windkraft- und Solaranlagen, vergleichbar den Einspeisevergütungen des deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), doch auf der Insel wurden die Subventionen schneller reduziert und abgeschafft. Windanlagen werden heute in Auktionsverfahren vergeben, der kostengünstigste Erbauer kommt zum Zuge.

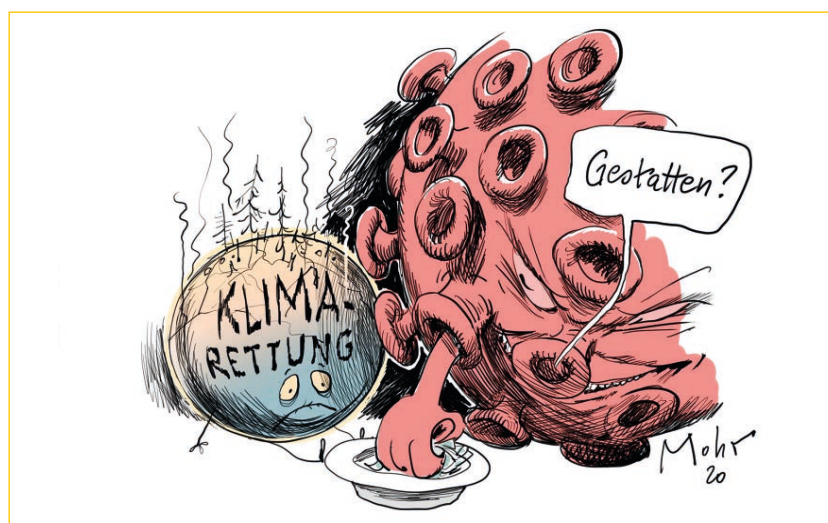
Das Ergebnis: Die britischen Verbraucher zahlen viel weniger für den Ausbau der erneuerbaren Energien, nur etwa 9 bis 10 Milliarden Pfund pro Jahr, während die deutschen Verbraucher über die EEG-Umlage mehr als 25 Milliarden Euro blechen. Statt der einst versprochenen Kosten von „einer Kugel Eis pro Monat“ (Jürgen Trittin) zahlt ein deutscher Durchschnittshaushalt etwa 400 Euro im Jahr für den Ökostrom. Auch unter Berücksichtigung der kleineren Bevölkerungszahl und des geringeren Industrieanteils im Königreich wird deutlich, dass die britische Energiewende viel günstiger ist – weil sie den Marktmechanismus nutzt. Der heutige Wirtschaftsminister Peter Altmaier, damals Um-

M 3 Funktionsweise des EEG-Mechanismus



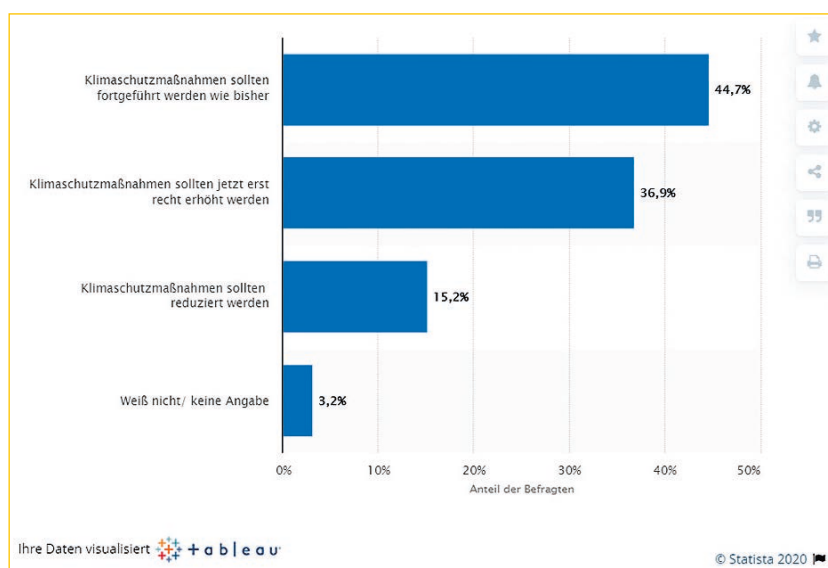
© <https://blog.energiesdienst.de/wp-content/uploads/2013/11/EEG.jpg>

M 4 „Sieger und Verlierer“



© Burkhard Mohr, 2020

M 5 Umfrage: Die Corona-Krise führt in Deutschland zu wirtschaftlichen Beeinträchtigungen. Was halten Sie für richtig, wie es mit dem Klimaschutz in Deutschland weitergehen sollte?, Statista, 2020



© <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1170796/umfrage/klimaschutzmassnahmen-nach-corona-krise/>

weltminister, schätzte vor sieben Jahren die Kosten der deutschen Energiewende insgesamt auf eine Billion. Britannien zeigt, dass es günstiger möglich wäre.

Nicht zu vergessen ist auch, dass die Briten an der Kernkraft festhalten. Sowohl Labour als auch die Tories sind weiterhin grundsätzlich dafür, weil sie erkennen, dass das angestrebte Ziel von CO₂-Netto-Null-Emissionen bis 2050 ohne Kernenergie kaum zu erreichen sein wird. Fünfzehn Nuklear-Reaktoren laufen derzeit auf der Insel, sie lieferten 2019 gut 18 Prozent der Stromproduktion. Viele Anlagen sind schon alt. In der Grafschaft Somerset wird ein neues Atomkraftwerk Hinkley Point C gebaut, es soll künftig sieben Prozent des Stromverbrauchs abdecken. In Sizewell ist ebenfalls ein dritter Reaktor in Planung. Zwar sind die Kosten besonders für Hinkley Point C hoch, die Regierung glaubt aber, dass im Sinne der Versorgungssicherheit Atomkraft nötig ist. Auch dies unterscheidet Britannien und Deutschland: Auf der Insel denkt fast niemand daran, gleichzeitig aus Kohle und Atom auszusteigen.

© <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/grossbritannien-so-sieht-eine-vernuenftige-energiewende-aus-16893115.html>; 07.08.2020

M 6a Indikator: Nationaler Wohlfahrtsindex

Welche Bedeutung hat der Indikator?

Das BIP bildet die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft ab und ist als international vergleichbare statistische Kenngröße anerkannt. Jedoch ist das BIP alleine als Maß für die gesellschaftliche Wohlfahrt nicht geeignet. Wichtige Kritikpunkte sind: Das BIP berücksichtigt nicht die Verteilung des Einkommens sowie ehrenamtliche Tätigkeiten und Hausarbeit. Das BIP erfasst keine Folgekosten durch Umweltschäden. Eine Verringerung des Naturkapitals wird daher nicht abgebildet. Sogenannte Defensivausgaben zur Bekämpfung von Kriminalität, Drogenkonsum oder die Folgekosten von Verkehrsunfällen wirken sich tendenziell sogar positiv auf das BIP aus.

Mit dem NWI wurde ein Indikator entwickelt, der diese Kritikpunkte berücksichtigt. Ausgehend von den Konsumausgaben enthält der NWI Zu- und Abschläge, je nachdem ob es sich um wohlfahrtssteigernde oder wohlfahrtsmindernde Kategorien handelt. Zunehmende Ungleichverteilung verringert den Wert des Index. Umweltkosten und Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen sind Beispiele für negative Kategorien, Ehrenamt und Hausarbeit für positive Kategorien. Der NWI kommt auch in den Bundesländern zunehmend zum Einsatz.

Wie ist die Entwicklung zu bewerten?

Seit 1991 ist das Bruttoinlandsprodukt um mehr als 39% gestiegen, der als NWI gemessene Wohlstand jedoch nur um rund 12%. Das BIP stieg seit 1991 fast kontinuierlich, nur im Jahr der Wirtschaftskrise 2009 gab es einen größeren Einbruch. Die Entwicklung des NWI seit 1991 zeigt vier Phasen. Bis 1999 ist parallel zum BIP eine kontinuierliche Steigerung zu beobachten. Danach zeigt sich eine Schere: Während das BIP weiter steigt, sinkt der NWI. Ursache war vor allem die zunehmende Einkommensungleichheit. Bis 2013 zeigen sich kaum Schwankungen, seit 2013 ist ein positiver Trend zu verzeichnen. Der NWI liegt noch immer deutlich unter dem BIP, entwickelt sich jedoch nun in die gleiche Richtung.

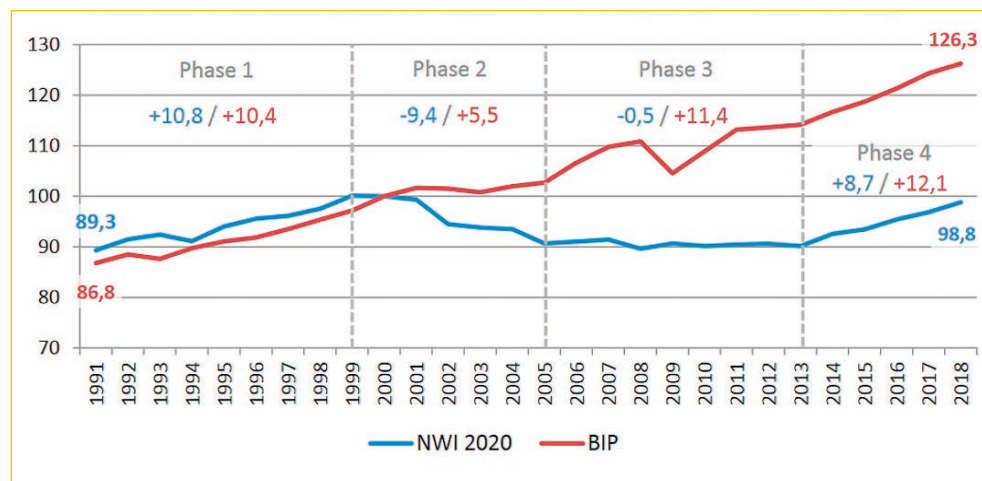
M 6b Übersicht über die Komponenten des NWI

1	Index der Einkommensverteilung	Gew.
2	Gewichteter privater Konsum	+
3	Wert der Hausarbeit	+
4	Wert der ehrenamtlichen Arbeit	+
5	Öffentliche Ausgaben für Gesundheits- und Bildungswesen	+
6	Kosten und Nutzen dauerhafter Konsumgüter	+ / -
7	Kosten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte	-
8	Kosten durch Verkehrsunfälle	-
9	Kosten durch Kriminalität	-
10	Kosten durch Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsum (Merkposten)	-
11	Gesellschaftl. Ausgaben zur Kompensation von Umweltbelastungen	-
12	Kosten durch Wasserbelastungen (Merkposten)	-
13	Kosten durch Bodenbelastungen (Merkposten)	-
14	Kosten durch Luftverschmutzung	-
15	Kosten durch Lärmbelastung	-
16	Verlust bzw. Gewinn durch Biotopflächenänderungen (Merkposten)	+ / -
17	Verlust bzw. Gewinn durch Änderung landwirtschaftlicher Fläche	+ / -
18	Ersatzkosten durch Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger	-
19	Kosten durch Treibhausgase	-
20	Kosten der Atomenergienutzung	-

© Benjamin Held und Dorothee Rodenhäuser, Wohlfahrtsmessung jenseits des BIP, <https://www.postwachstum.de/wohlfahrtsmessung-jenseits-des-bip-20181002>

Den größten Anteil an der NWI-Berechnung haben die preisbereinigten Konsumausgaben, die mit der Einkommensverteilung (Gini-Index) gewichtet sind. Die zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen in den 2000er Jahren ist die Hauptursache für das Sinken des NWI. Auf der anderen Seite zeigt sich bei den wohlfahrtsmindernden Komponenten ein leichter Trend zur Verbesserung, insbesondere durch die Verringerung von Umweltbelastungen. Auch die unterschiedliche Entwicklung im Krisenjahr 2009 kann durch die Konstruktion des NWI erklärt werden: Während die Wertschöpfung der Volkswirtschaft und somit das BIP in die-

M 6c Entwicklung des NWI2020 und BIP im Vergleich (normiert 2000=100)



Held, Benjamin, Rodenhäuser, Dorothee, Diefenbacher, Hans: NWI 2020 - Auswirkungen der Coronapandemie auf die Wohlfahrt, IMK Policy Brief 96, 2020

© https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=9058

sem Jahr einbrach, reagierte keine der NWI-Komponenten in jenem Jahr signifikant.

Wie wird der Indikator berechnet?

Der NWI stellt die Summe von 20 monetär bewerteten Komponenten dar. Der größte Posten ist der mit der Einkommensverteilung (Gini-Index) gewichtete private Konsum. Darüber hinaus fließen weitere wohlfahrtssteigernde Komponenten wie Hausarbeit, ehrenamtliche Tätigkeiten und Ausgaben für Bildung und Gesundheit positiv in den NWI ein. Schließlich werden wohlfahrtsmindernde Aktivitäten abgezogen, wie etwa die Kosten für verschiedene Umweltschäden oder Kriminalität.

© <https://www.umweltbundesamt.de/indikator-nationaler-wohlfahrtsindex#wie-wird-der-indikator-berechnet>

M 7 „Ein CO₂-neutrales Leben ist nur möglich, wenn die Wirtschaft wächst“, Interview von Thorsten Mumme, Der Tagesspiegel, 21.06.2020

Tagesspiegel: Herr Schnellenbach, die Corona-Krise hat unser Leben und auch die Wirtschaft entschleunigt. Immer wieder werden Stimmen laut, die sagen, dass sei auch ganz gut so; das „immer höher und weiter“ sei vorbei. Warum sollte eine Volkswirtschaft dennoch wachsen?

Jan Schnellenbach: Das kann man zunächst ganz individuell aus Sicht der Konsumenten beantworten. Langfristig gesehen sind unsere Bedürfnisse wohl nie komplett erfüllt. Trotz allem Wohlstand haben wir ja noch immer Visionen, Wünsche und Vorstellungen, wie unser Leben noch angenehmer werden könnte. Und dafür ist Wachstum eine Voraussetzung.

Tagesspiegel: Wie ist es möglich, dass eine Wirtschaft angesichts begrenzter Ressourcen immer weiter wächst?

Jan Schnellenbach: Ökonomisch betrachtet ist das ganz einfach. Sie können Wachstum erstens erreichen, indem Sie mehr Ressourcen einsetzen. Bis zur industriellen Revolution war das der wichtigste Weg, um zu wachsen. Man setzte mehr Arbeitskraft ein, erhöhte damit aber über eine sehr lange Zeit das Pro-Kopf-Einkommen nur wenig. Danach hat aber ein enormer technischer Fortschritt eingesetzt, der Wachstum durch Produktivitätsfortschritte ermöglichte und auch die Konsummöglichkeiten der Menschen um ein Vielfaches erhöhte.

Tagesspiegel: Produktivität ist also das Schlüsselwort.

Jan Schnellenbach: Genau. Der technische Fortschritt lässt Arbeit und Kapital produktiver werden. Nur so schaffen wir es, um ein vielfaches höhere Einkommen zu erzielen, als es durch höheren Einsatz von Ressourcen möglich wäre. Diese werden mit technischem Fortschritt teils frei für andere, neue Aufgaben, was wiederum Wachstum generiert. Und dieser Weg ist ja noch nicht abgeschlossen. Auch heute können die Ressourcen noch produktiver genutzt werden. Wenn Sie das Pro-Kopf-Einkommen wachsen

lassen wollen, dann ist technischer Fortschritt der einzige Weg, das zu erreichen.

Tagesspiegel: Doch genau an diesen Fortschritt glauben Umwelt-Aktivist*innen nicht und fordern stattdessen Verzicht. Was würde das konkret bedeuten?

Jan Schnellenbach: Das hätte Auswirkungen im Portemonnaie jedes Bürgers, würde aber auch unser staatliches Gemeinwesen betreffen. Wenn wir über längere Zeit eine schrumpfende Volkswirtschaft hätten, wäre es beispielsweise schwierig, all die Versprechen zu erfüllen, die unser Sozialsystem für die Zukunft bereits gegeben hat. Rentenansprüche, Krankenversorgung – das alles setzt vor allem bei der aktuellen demographischen Entwicklung voraus, dass wir produktiver werden und auch wachsen, damit die laufenden Einkommen nicht zu stark mit Steuern und Abgaben belastet werden müssen, um die sozialen Sicherungssysteme zu finanzieren. Und wenn nicht die Marktteilnehmer damit rechnen würden, dass das Wachstum wieder anspringt, dann würde dem Staat auch aktuell niemand zu vertretbaren Konditionen das Geld leihen, das er braucht, um die Corona-Krise abzumildern.

Tagesspiegel: Hier würden Aktivisten einwenden: Der Klimawandel könnte noch viel mehr Menschenleben kosten.

Jan Schnellenbach: Die Frage ist ja auch nicht, ob, sondern wie er zu bekämpfen ist. Und die Fraktion der Technikoptimisten würde sagen: Mit Wachstum. Denn nur so können Innovationen entwickelt werden, die uns ein CO₂-neutrales Leben ermöglichen, ohne dass die Lebensqualität darunter leidet. Aktuell haben wir die technischen Möglichkeiten schlicht noch nicht.

Tagesspiegel: Und die Corona-Krise hat gezeigt, dass auch ein weltweiter Shutdown die CO₂-Bilanz nicht ausreichend verbessert.

Jan Schnellenbach: Ja, die Krise zeigt, wie extrem der Weg über Verzicht sein müsste. Nämlich noch sehr viel schärfer als wir es in den vergangenen Monaten gespürt haben. Und ich denke, die Leute leiden jetzt schon darunter. Der Weg des Schrumpfens ist aus meiner Sicht deshalb auch politisch nicht durchsetzbar. Dafür bräuhete es schon einen kompletten Systemwechsel, der uns alle wesentlich ärmer machen würde.

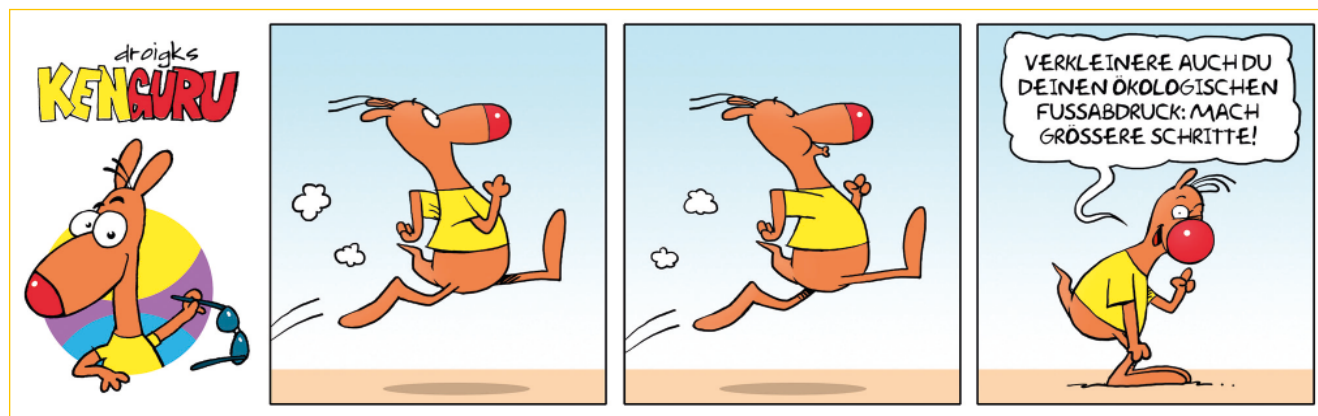
Tagesspiegel: Damit meinen Sie: Mehr Staat, weniger Privatwirtschaft, oder?

Jan Schnellenbach: Ja, einige Degrowth-Aktivist*innen träumen sicherlich von einer Kommando-Wirtschaft, bei der der Staat zum Unternehmer wird oder wenigstens den privaten Unternehmen vorschreibt, wie sie wirtschaften sollen.

Tagesspiegel: Die Journalistin Ulrike Hermann fordert, man solle sich die Kriegswirtschaft Großbritanniens im Zweiten Weltkrieg zum Vorbild nehmen, bei dem der Staat angeordnet hat, was die privaten Unternehmen produzieren.

Jan Schnellenbach: Genau. Aber wirtschaftshistorisch betrachtet waren das sehr gravierende Einschnitte in den Wohlstand der pri-

M 8 Kenguru - ökologischer Fußabdruck



© picture alliance / dieKLEINERT.de / Sylvio Droigk | Sylvio Droigk

vaten Haushalte; das würde ich niemandem zumuten wollen. Das Konsumniveau litt immens, weil ein Großteil der Ressourcen nicht mehr für privaten Konsum oder zivile Investitionen zur Verfügung stand, sondern ins Militär floss. Diesmal wäre der Unterschied, dass Produktionspotential bewusst ungenutzt bliebe, anstatt ins Militär gelenkt zu werden. Dabei werden derlei Pläne aber immer in einer seltsam idyllischen Art weichgezeichnet. Man sieht uns dann alle in der Landwirtschaft auf dem Feld Handarbeit leisten und die Zeit wird zurückgedreht. Ich halte technischen Fortschritt da für den sehr viel besseren und realistischeren Weg, unsere ökologischen Probleme zu lösen.

Tagesspiegel: Allerdings hat der bisherige Weg tatsächlich nicht zu einer ausreichenden Senkung des CO₂-Ausstoßes geführt.

Jan Schnellenbach: Der Punkt ist, dass bei der Bepreisung von CO₂ eine Kostenwahrheit entstehen muss. Dass also der gesellschaftliche Preis des CO₂-Ausstoßes im Preis des Konsums berücksichtigt ist. Man kann das über den Emissionshandel machen oder über eine CO₂-Steuer. Das sorgt auf der Konsumentenseite dafür, dass die Einkäufe entsprechend angepasst werden. Und es sorgt auf der Produzentenseite für starke Innovationsanreize. Wenn wir eine glaubwürdige politische Ankündigung hätten, dass der CO₂-Preis stetig und nicht zu langsam ansteigen wird, wäre das ein massiver Anreiz, in solche Technologien zu investieren. Dann käme der Fortschritt im Bereich CO₂-sparender Technologien auch recht schnell, ohne noch große, spezialisierte Förderprogramme für Unternehmen aufzulegen.

Tagesspiegel: Und geschieht das mit dem Klimapaket der Bundesregierung?

Jan Schnellenbach: Es ist ein brauchbarer Einstieg, aber der CO₂-Preis ist in der Tat zu niedrig. Und man hätte für die nächsten fünf bis zehn Jahre einen schärferen Zielkorridor für steigende CO₂-Preise oder stärker sinkende CO₂-Mengen im Emissionshandel verbindlich ankündigen sollen. Da war man noch zu vorsichtig. (...)

Tagesspiegel: Hat sich das Konsumverhalten durch Corona geändert?

Jan Schnellenbach: Ich glaube nicht nachhaltig. Wenn die Pandemie irgendwann wieder ausgestanden ist und die Leute auch ohne Maske einkaufen können, werden wir relativ schnell sehen, dass die Welt wieder die gleiche ist, die sie vor der Krise war. Die Bedürfnisse der Menschen haben sich nicht geändert.

Tagesspiegel: Also ist die Krise keine Blaupause für einen nachhaltigen Konsum?

Jan Schnellenbach: Ich finde die Behauptung sehr problematisch, dass die Corona-Krise ein Muster sein könnte, das wir anwenden könnten, um die Klimakrise zu lösen. Die Menschen dazu zu bewegen, weniger zu konsumieren, wäre nur mit Zwang erreichbar, freiwillig werden sie es nicht tun. Vielmehr sollte uns die aktuelle Krise vor Augen führen, dass wir Wachstum und Wohlstand brauchen.

Tagesspiegel: Inwiefern?

Jan Schnellenbach: Eine schrumpfende Volkswirtschaft würde uns nicht nur ärmer machen, sondern wir hätten auch weniger Mittel, um solche völlig überraschenden Krisen wie die aktuelle zu bewältigen. Die technischen und medizinischen Mittel und auch die Einkommen, die uns für solche Krisen robust machen, fallen nicht vom Himmel, sondern sind das Ergebnis langfristigen Wirtschaftswachstums. Man mag sich gar nicht ausmalen, was passieren würde, wenn eine Pandemie uns nach ein paar Jahrzehnten Degrowth erwischte.

Jan Schnellenbach (47) ist seit 2014 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Brandenburgisch Technischen Universität (BTU). Zuvor war er Geschäftsführender Forschungsreferent am Walter Eucken Institut in Freiburg.

© <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/wachstum-und-klimaschutz-ein-co2-neutrales-leben-ist-nur-moeglich-wenn-die-wirtschaft-waechst/25936384.html>

M9 Jan Petermann, David Hutzler, Wider das Wachstumsdogma: Wie Corona die Richtung ändern könnte, dpa, 01.05.2020

Lockdown, Börsenschock, Hunderttausende in Kurzarbeit, Millionen in Existenznot: Die Viruskrise bringt nicht nur medizinisch, sondern auch wirtschaftlich und sozial enorme Probleme mit sich. Von positiven Effekten zu sprechen, mag da vermessen erscheinen. Doch manch einer sieht die Chance, gerade jetzt die Gelegenheit für ein Umsteuern zu ergreifen. „Wir werden durch einen äußeren Schock in einen Zustand gebracht, der so nie gekommen wäre“, sagt etwa Henning Vöpel, Chef des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts. Nach dem Motto: Wenn (fast) nichts mehr geht, lässt sich Neues denken und erproben. Vorstellungen von Ökonomie und Alltag könnten sich ändern.

1. Immer weiter wachsen – auf wessen Kosten? Die Weltwirtschaft auf Sparflamme, erzwungen durch ein kleines, aber gefährliches Virus: Das schärft den Blick auf Mechanismen, die wir sonst kaum mehr infrage stellen. Müssen Umsätze und Gewinne von Firmen, müssen Leistungen von Volkswirtschaften unbedingt ständig zunehmen? Nein, meinen Kritiker wie etwa der Ökonom Niko Paech von der Uni Siegen. Sein Gegenmodell einer „Post-Wachstumsökonomie“ mutet derzeit noch radikal an: Rückbau globaler Lieferketten, Schrumpfung der Industrie – stattdessen regionale Wertschöpfung, Sharing-Modelle und mehr Selbstversorgung.

„Auffällig sind nicht nur die ökologischen und sozialen Verwerfungen einzelner Industrien, sondern deren Kartenhaus-Charakter, das heißt die ökonomischen Risiken globaler Verflechtungen“, erklärt Paech. Gerade die internationale Autobranche ins Stocken, habe das negative Auswirkungen auf die Nachfrage auf anderen Märkten. Zudem würden nach seiner Einschätzung viele Menschen „nicht mehr zurück wollen in das Hamsterrad, das in der Prä-Corona-Phase für normal gehalten wurde“.

Doch so sinnvoll mehr Genügsamkeit teils erscheinen mag: Verzicht auf wirtschaftliche Stärke ist nicht immer die Lösung. „Ohne Wachstum ist es auch schwierig, Schrumpfen kann nicht das Ziel sein“, sagt der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher. „Dann haben wir Arbeitsplatz- und Wohlstandsverluste.“ Sein Kollege Sebastian Dullien vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung meint: „Es ist wenig überzeugend zu sagen, die Krise zeige uns, dass wir einfach kein Wachstum mehr brauchen.“

2. Umwelt, Ressourcen, Klima: Befürworter eines sozial-ökologischen Wandels betonen, die Pandemie ermahne uns, die Umweltfolgen unseres Wirtschaftens zu drosseln. Der Eingriff in die



Postwachstumsökonom Professor Niko Paech

© Michael Messal

natürlichen Reservoirs mancher Viren und Ökosysteme kann das Überspringen von Erregern aus dem Tierreich begünstigen. So geraten auch die Konsequenzen einer extensiven Landwirtschaft und globaler Handelsströme in den Fokus. Die Politökonomin Maja Göpel etwa entwirft Szenarien, wie man aus übermäßiger Ressourcennutzung aussteigen und Kreislaufsysteme aufbauen könnte, die ohne einen zu hohen Naturverbrauch auskommen.

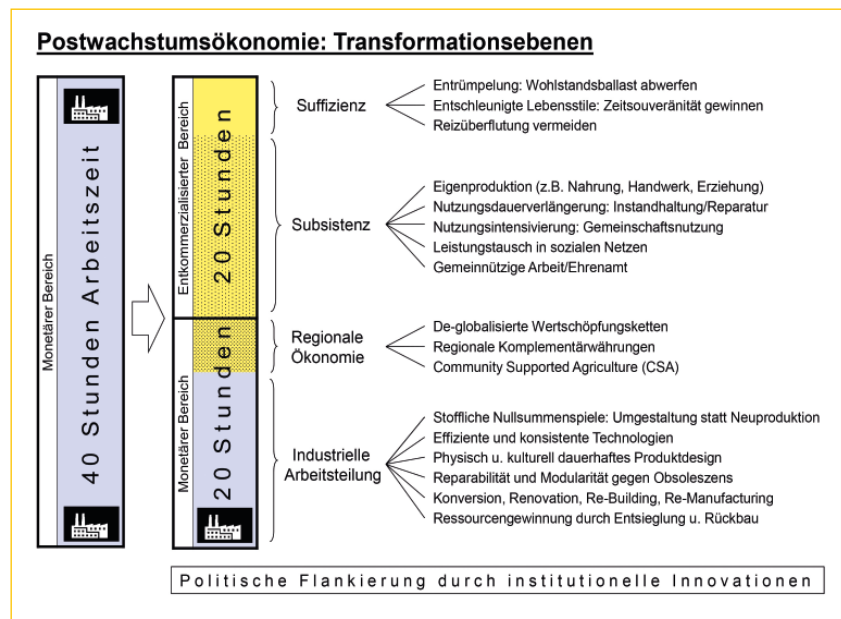
Experten befassen sich mit der Zurechnung der gesellschaftlichen Kosten „negativer externer Effekte“ an die Verursacher. Mit mahnenden Worten stehen Forscher und Klimaaktivisten nicht allein da. Bundestagspräsident und Ex-Finanzminister Wolfgang Schäuble sagte dem „Tagesspiegel“: „Noch immer ist nicht nur die Pandemie das größte Problem, sondern der Klimawandel, der Verlust an Artenvielfalt – all die Schäden, die wir Menschen und vor allem wir Europäer durch Übermaß der Natur antun.“ Jedoch befürchtet die Klimabewegung auch, dass die Beschäftigung mit Corona das langfristig größere Problem von CO₂-Emissionen und Erderwärmung wieder in den Hintergrund drängt.

3. Guter Markt, schlechter Staat? Lange hielten Wirtschaftsakteure und -wissenschaftler den Staat für bevormundend und bürokratisch. Es mag sein, dass einige Hilfen nun kompliziert zu beantragen sind. Im Pandemie-Schock erlebt der Staat aber eine Renaissance. „Ich würde schon sagen, dass die Corona-Krise so etwas wie der letzte Sargnagel für den Neoliberalismus ist“, meint Fratzscher. „Nun sehen wir: Der Staat ist die letzte Instanz, wenn es darauf ankommt. Der Markt kann in entscheidenden Bereichen nicht mehr allein funktionieren.“ Das habe sich bereits in der Finanzkrise 2008/2009 abgezeichnet. Manche sehen die Krise auch als Anlass für eine „Investitionswende“, um die Digitalisierung, medizinische Forschung oder Modernisierung der Schul- und Verkehrsinfrastruktur voranzutreiben. „Jetzt muss die Nachfrage weiter gestützt werden“, meint Dullien zum Sanierungsstau in vielen Bereichen. Die Zeit primärer Sparpolitik sei jedenfalls wohl vorbei. Paech spricht von einer „historisch einmaligen Situation“: Der Staat habe die Möglichkeit, Finanzierungshilfen an ökologische Ziele zu koppeln. Kommt ein erweiterter „Green Deal“?

4. Die Gesellschaft hilft sich auch selbst. Corona-Mittel fließen aber nicht nur von oben nach unten. Bürger, Haushalte, Vereine und Firmen nehmen einen großen Teil ihres Schicksals selbst in die Hand. Es gibt private und soziale Initiativen – Nachbarschaftshilfe beim Einkaufen, Crowdfunding für Gastronomen, Musiker und Künstler, Unternehmensspenden mit medizinischem Material. „Das zeigt, dass wir eine recht intakte gesellschaftliche Struktur haben“, sagt Dullien. „Auch das Sozialkapital einer Gesellschaft ist wichtig“, erklärt Vöpel. „Wir denken, wenn wir anderen helfen: Es hätte auch mich treffen können.“ Mit Blick auf die Zeit nach Corona meint Paech: „Der Anschlag einer nachhaltigen Entwicklung jenseits der Krisenlogik kann nur aus der Zivilgesellschaft kommen.“ Viele Menschen üben in der jetzt frei gewordenen Zeit bereits neue Verhaltensmuster ein.

5. Zufriedenheit contra Profitstreben und das Gesundheitssystem. Dass nicht jeder immer nur egoistisch handelt, sieht man deutlich. Gängige Wirtschaftsmodelle basieren aber noch auf der Annahme, wir strebten stets nach möglichst viel Nutzen und Wohlstand und die Wirtschaft nur nach möglichst hohen Gewinnen bei minimalen Kosten. Lässt sich das Bild noch halten? „Eigentlich geht es um mehr“, räumt Fratzscher ein. „Das Problem

M 10 Postwachstumsökonomie im Gesamtüberblick



© Niko Paech

ist nur, dass der Grad der Erreichung weiterer Ziele wie Glück oder Zufriedenheit schwer zu messen ist“, sagt er.

Paech sieht eine psychische Grenze erreicht und meint „die Reizüberflutung, die Beschleunigung, den Leistungsstress, die Unmöglichkeit, all das, was man sich kaufen kann, genuss- und sinnstiftend auszuschöpfen“. Das alles werde in der aktuell „entschlackten Gegenwart“ neu überdacht. Ein Umdenken könnte sich auch im Gesundheitswesen zeigen. „Es ist gut, im medizinischen System Wettbewerb zuzulassen“, sagt Fratzscher. „Aber man sollte gleichzeitig sicherstellen, dass es hohe Qualität in der Grundversorgung gibt.“ Gewinninteressen dürften nicht überall den Ton angeben, „Symbiose zwischen Staat und Markt“ sei nötig. Auch das oft niedrige Gehalt systemrelevanter Jobs ist ein Thema. Und manche glauben, die Zeit für das bedingungslose Grundeinkommen sei nun reif.

6. Wer bekommt was, wer verliert was? So wie ungleiche Verteilung von Einkommen oder Vermögen das wirtschaftliche Wachstum belasten kann, so können die Lasten der Krise schwache Gruppen zusätzlich schwächen und die Polarisierung der Gesellschaft verschärfen. Fratzscher warnte jüngst, die Hilfen für Familien, deren Kinder während der Pandemie zu Hause bleiben müssen, fielen zu gering aus. Einige Bildungsforscher glauben zudem, „Homeschooling“ vertiefe den Abstand zwischen guten und förderbedürftigen Schülern, die digitale Angebote nicht so gut nutzen können oder wenig Unterstützung aus dem Elternhaus bekommen.

Wer Existenzängste hat, kann es als zynisch empfinden, wenn das Herunterfahren der Wirtschaft mit auf seine Kosten geht. „Viele Leute werden ungeduldig“, beobachtet Dullien. „Wenn die Krise sich weiter fortsetzt, kommt der Staat an seine finanziellen Grenzen“, ergänzt Paech. „Um Menschen zu helfen, bedarf es mehr als finanzieller Unterstützung, nämlich Hilfe zur Selbsthilfe, um genügsamer und damit krisenrobuster leben zu können.“ Das bedeute Lernen aus der Krise.

© dpa

5. Die EZB in der Corona-Krise: Die geldpolitische Reaktion

JÜRGEN SCHAAF

Die Corona-Krise hat in Europa zum schlimmsten Wirtschaftseinbruch seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. Menschen fürchten um ihr Einkommen und ihre Arbeitsplätze, kurz: um ihre Zukunft. Im Kampf gegen die Pandemie müssen die politischen Entscheidungsträger eine Balance finden zwischen den restriktiven Maßnahmen von Quarantäne und Ausgangssperre, um die Ausbreitung der Krankheit einzudämmen, und dem Ausmaß und der Dauer dessen, was eine Volkswirtschaft und Gesellschaft an Einschränkungen ertragen kann, ohne nachhaltigen Schaden davonzutragen oder gar zu kollabieren. Während natürlich Virologen, Epidemiologen, Mediziner und die Pharmaindustrie an vorderster Front stehen, um diese in erster Linie gesundheitspolitische Krise zu meistern, sind die wirtschaftspolitischen Akteure in ihren jeweiligen Kompetenzfeldern gefragt, Schäden in Grenzen zu halten und eine zügige Erholung der wirtschaftlichen Aktivität vorzubereiten und zu unterstützen. Das gilt auch für die Geldpolitik. Die entschlossenen und umfangreichen Maßnahmen, die die Europäische Zentralbank (EZB) auf den Weg gebracht hat, um zunächst dabei zu helfen, die temporären Produktionsunterbrechungen zu überbrücken, aber dann auch um den wirtschaftlichen Absturz und den Zusammenbruch der Finanzmärkte zu verhindern, dienen letztendlich dem etablierten Ziel der Geldpolitik: der Sicherung der Kaufkraft des Euro.

Geldpolitik in Normalzeiten: Zinsarbitrage für stabile Preise

Um die geldpolitischen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank in der Corona-Krise verstehen und bewerten zu können, ist es hilfreich, sich Aufgabe und Funktionsweise von Zentralbanken ganz allgemein in Erinnerung zu rufen.

Notenbanken sind öffentliche Institutionen. Kernaufgabe der meisten Notenbanken ist dabei, die Kaufkraft der jeweiligen Währung zu sichern. In den allermeisten westlichen Industrienationen agieren sie in der Regel unabhängig. Das heißt, sie unterliegen keinerlei politischer Weisungen, wenn sie ihre geld- und währungspolitischen Aufgaben erfüllen. Diese institutionelle Unabhängigkeit ist notwendig zur Sicherung der Geldwertstabilität, da Politiker der Versuchung nachgeben könnten, Inflation zuzulassen oder gezielt zu betreiben, um hohe Staatsausgaben zu finanzieren, durch reale Entwertung staatliche Schulden abzubauen oder in Wahlkampfzeiten prozyklisch Strohfeuer-Aufschwünge zu zünden. Einige Notenbanken verfolgen neben dem Mandat der sogenannten Preisstabilität weitere gesamtwirtschaftliche Ziele, z.B. Wirtschaftswachstum, Konjunktur- oder Wechselkursziele. Die EZB als Notenbank des Euroraums ist „vorrangig“ dazu verpflichtet, die „Stabilität des Preisniveaus“ zu gewährleisten. Dieses sogenannte primäre Mandat der EZB hat Vorrang; es ist in Artikel 127 Absatz 1 des EU-Vertrags festge-

Anti-Krisen-Maßnahme für die Wirtschaft

Bei einer „Quantitativen Lockerung“ nimmt die Menge, also die Quantität des Zentralbankgeldes, zu. Im Idealfall kommt das zusätzliche Geld bei Unternehmen und Verbrauchern an und hilft der Wirtschaft.



Abb. 1 „Quantitative Easing (Quantitative Lockerung)“

© picture-alliance/ dpa-infografik

legt. Erst wenn dieser Auftrag erfüllt ist, darf und soll die EZB auch andere wirtschaftspolitische Ziele der EU unterstützen.

Das hohe Maß an Unabhängigkeit wird mitunter dahingehend kritisiert, dass die EZB keiner genügenden demokratischen Kontrolle unterliege. Doch ist es keinesfalls so, dass die Notenbanker tun und lassen können, was sie wollen. Auch sie unterliegen zahlreichen Regeln und sind etwa gegenüber dem Europäischen Parlament und letztlich den Bürgern des Euroraums rechenschaftspflichtig, mit Blick auf das vorgegebene Mandat. Nicht zuletzt um gegenüber der Öffentlichkeit Rechenschaft über die Zielerreichung abzulegen, hat sich die EZB eine numerische Definition dessen gegeben, was sie unter Preisstabilität versteht. Konkret strebt das oberste Entscheidungsgremium, der EZB-Rat, an, die Inflationsrate auf mittlere Sicht unter, aber nahe 2 % zu halten.

Der EZB stehen – wie allen Notenbanken – zahlreiche Maßnahmen und Instrumente zur Verfügung, um ihr Mandat zu erfüllen. Das wichtigste Instrument der Geldpolitik ist dabei traditionell der Leitzins. Dieser legt den Preis fest, zu dem sich Geschäftsbanken bei der Notenbank Geld beschaffen oder anlegen können.

Zwar gibt es viele Kanäle, über die eine Leitzinsveränderung mittelbar die Inflation beeinflusst (detailliert: EZB, 2011). Der wohl wichtigste ist die Zins-Arbitrage zwischen dem sogenannten Marktzins und dem natürlichen Zins. Das theoretische Fundament für dieses Zusammenspiel verschiedener Zinsarten geht auf den schwedischen Ökonomen Knut Wicksell zurück und ist schon über hundert Jahre alt (Wicksell, 1898). Exemplarisch für die Wirkungskanäle der Zinspolitik wird sie im Folgenden vereinfacht skizziert: Der natürliche Zins wird mitunter definiert als der Zins, der Ersparnisse und Investitionen ins Gleichgewicht bringt. Andere Denkschulen verstehen darunter das Zinsniveau, bei dem eine Volkswirtschaft

inflationstfrei wächst. Wichtig ist, dass es sich um einen langfristigen Zins handelt, der von Marktkräften – und nicht etwa von der Notenbank – bestimmt wird und aus gesamtwirtschaftlicher Sicht dem Wachstumspotenzial einer Volkswirtschaft entspricht. Der Marktzins dagegen ist ein kurzfristiger Zinssatz am Geldmarkt, der von der Notenbank recht präzise gesteuert werden kann | M 4 |.

Senkt eine Notenbank nun den Leitzins, können die Geschäftsbanken, die sich bei der Zentralbank refinanzieren, günstigere Kredite an Firmen und private Haushalte vergeben. Auch eine Ausweitung der Zentralbankgeldmenge drückt auf den Geldmarktzins, weil das potentielle Kreditangebot steigt. Beides regt die Kreditnachfrage an. Denn es lohnt sich stärker, sein Geld zu investieren; entsprechend steigt die Investitionstätigkeit. Es kommt vermehrt zu Einstellungen von Arbeitssuchenden und Lohnerhöhung. Die Beschäftigten können sich mehr leisten und konsumieren entsprechend mehr. Die Güterpreise steigen; mit anderen Worten: die Inflation beschleunigt sich. Analog umgekehrt drückt ein höherer Leitzinssatz mittelbar auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, senkt damit den Konsum und letztlich die Güterpreise. Die Inflation verlangsamt sich.

Grob vereinfacht kann man im makroökonomischen Kontext formulieren, dass die Notenbank über den kurzfristigen Zins mittelbar die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stimuliert oder drosselt, damit die Wirtschaft mit der angestrebten Inflationsdynamik wächst.

Rien ne va plus? Geldpolitik im Nullzinsumfeld

Der beschriebene Wirkungszusammenhang charakterisiert im Wesentlichen die Geldpolitik der westlichen Industrienationen seit dem Zweiten Weltkrieg. Ab den späten 1980er Jahren setzte jedoch ein Trend zu immer niedrigeren langfristigen Wachstums- und Inflationsraten ein. Der natürliche Zins sank.

Die immer niedrigeren Inflationsraten der vergangenen vierzig Jahre sind dabei durchaus ein Erfolg der stabilitätsorientierten Geldpolitik der Notenbanken, vor allem in den westlichen Industrieländern. Während die Inflationsrate in den USA Anfang der 1980er Jahre noch bei deutlich über zehn Prozent lag, sanken die Teuerungsraten in den folgenden Dekaden kontinuierlich auf sehr niedrige einstellige Werte.

Warum auch das langfristige reale Wirtschaftswachstum (der Anstieg der jährlichen gesamtwirtschaftlichen Produktion abzüg-

Die Europäischen Währungshüter

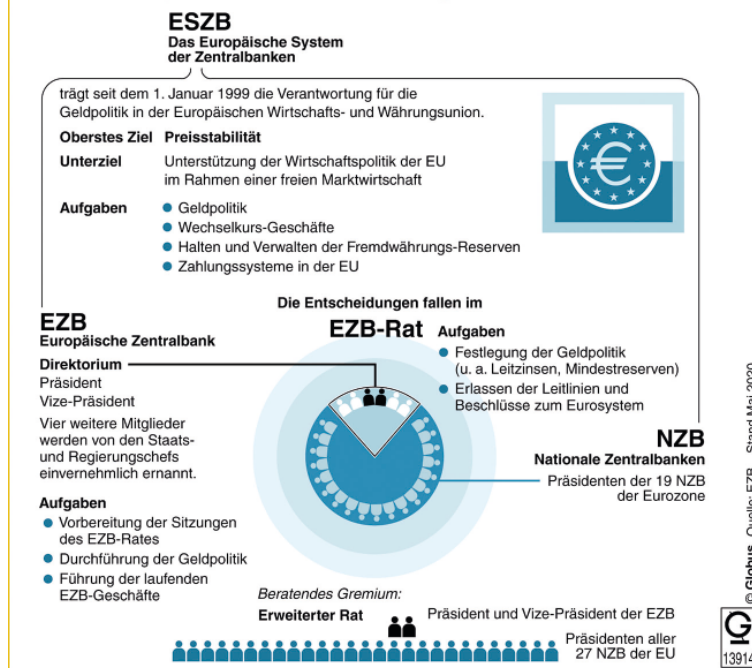


Abb. 3 „Die europäischen Währungshüter“

© picture alliance/dpa/dpa-infografik GmbH | dpa-infografik GmbH

lich der Inflationsrate) in den westlichen Volkswirtschaften in den vergangenen Dekaden kontinuierlich gesunken ist, ist noch nicht abschließend geklärt. Die zunehmende Vergreisung der Bevölkerung in diesen Regionen dürfte daran aber einen erheblichen Anteil haben.

Das sinkende Trendwachstum in den Industrieländern ist dabei neben der Demographie sowie der Neigung von Anlegern, in ihren Portfolios sichere Anlagen höher zu gewichten, der wichtigste Grund für die gesunkenen langfristigen Zinsen (natürlicher Zins) (Lane, 2019). Der Realzins und die erwartete Inflationsrate ergeben dann die nominale Rendite, die am Kapitalmarkt zum Beispiel mit zehnjährigen Staatsanleihen erzielt wird.

Dieser Trend führte dazu, dass die Notenbanken die Leitzinsen auf immer niedrigere Niveaus drücken mussten, um die Investitionstätigkeit und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stimulieren. 1999 senkte die japanische Zentralbank in ihrem Kampf gegen die grassierende Deflation und Wachstumsschwäche ihren Leitzins erstmals auf null Prozent. In der Reaktion auf die schwere Banken- und Wirtschaftskrise nach dem Finanzcrash von 2008

folgten weitere Notenbanken mit Leitzinsen nahe oder effektiv null Prozent.

Bis dahin gingen die ökonomischen Lehrbücher davon aus, dass die Zinsen nicht unter ein Niveau von null Prozent sinken könnten, weil die Bürger im Falle negativer Zinsen ihr bei den Banken angelegtes Geld vom Konto abheben können und auf das zinslose Wertaufbewahrungsmittel Bargeld ausweichen könnten. Da aber zumindest für Banken die Flucht in größere Mengen Bargeld mit erheblichen Kosten (Sicherheit, Transport etc.) verbunden wäre, liegt die effektive Untergrenze des Leitzinses unterhalb der Nulllinie.

In der Tat hat sich in bankbasierten Wirtschaftsräumen wie dem Euroraum und dem restlichen Kontinentaleuropa gezeigt, dass ein moderater negativer Zins für Bankeinlagen möglich ist. Es wurde aber – regelmäßig oft mit dem negativen Leitzins kombiniert –

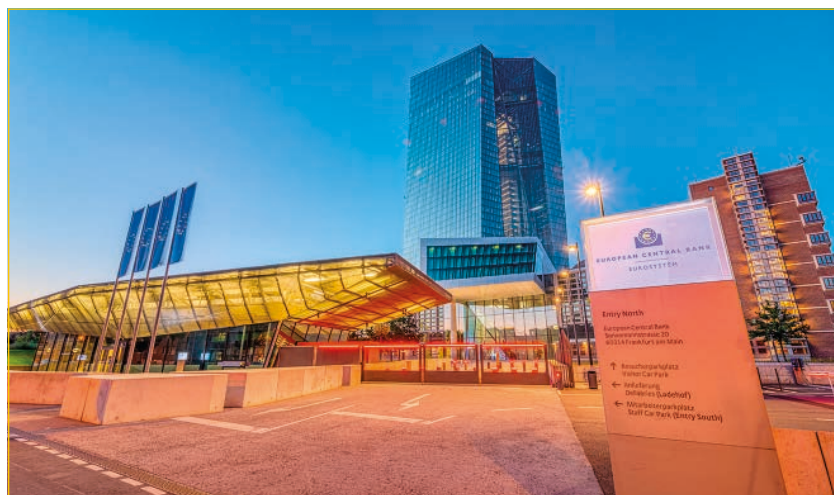


Abb. 2 „Die Europäische Zentralbank in Frankfurt am Main“ © picture alliance / greatif | R7051 Florian Gaul

ein anderes geldpolitisches Instrument zum dominierenden Mittel der Wahl im Nullzinsumfeld: die sogenannte „quantitative Lockerung“ (englisch: *Quantitative Easing*, QE).

Beim QE erwirbt eine Notenbank Wertpapiere (oft, aber nicht nur, Staatsanleihen). Durch diese Käufe wird neues Zentralbankgeld geschaffen, womit zusätzliche Liquidität in die Finanzmärkte gebracht wird.

Die erhöhte Nachfrage nach diesen Wertpapieren drückt auf die – längerfristigen – Kapitalmarktzinsen. Die so ausgeweitete Geldbasis soll Banken dazu animieren, mehr Kredite zu begeben; und die niedrigeren Zinsen sollen Unternehmen sowie Verbraucher dazu anregen, mehr zu investieren und zu konsumieren.

Ergänzend hat die EZB leicht negative Leitzinsen, umfangreiche längerfristige Kreditprogramme (*Long-Term Refinancing Operations* (LTRO)) für Geschäftsbanken, um Liquidität zuzuführen, sowie Fahrpläne zur längerfristigen Ausrichtung der Geldpolitik („*Forward Guidance*“) eingeführt. Über diese „*Forward Guidance*“ gibt die EZB den Märkten Orientierung und ein gerüttelt Maß an Planungssicherheit über die nächsten geldpolitischen Schritte. Die EZB setzt diese Erwartungssteuerung seit Juli 2013 ein.

All diese Maßnahmen beeinflussen und verstärken sich gegenseitig.

Corona-Pandemie: externer Schock biblischen Ausmaßes

Der Ausbruch der Corona-Pandemie zu Beginn des Jahres 2020 hat die Weltwirtschaft und damit natürlich auch die europäische Wirtschaft einem außergewöhnlich schweren Schock ausgesetzt. Die zahlreichen Infektionsfälle und – mehr noch – die ergriffenen Maßnahmen, um das weitere Ausbreiten des Coronavirus einzudämmen, haben viele wirtschaftliche Aktivitäten weltweit zum Erliegen gebracht.

In Europa hat die Corona-Krise der Wirtschaft den größten Schock seit dem Zweiten Weltkrieg versetzt. Die gesamtwirtschaftlichen Kennziffern sind in einem beispiellosen Ausmaß und Tempo eingebrochen. Die Industrieproduktion fiel im April im Vergleich zum Vormonat um 18 %. Die Produktion langlebiger Güter ging im gleichen Zeitraum um fast 15 % zurück, und die Neuzulassungen von Personenkraftwagen sanken um rund 50 % (*Lagarde*, 2020).

Der Euroraum verzeichnete im zweiten Quartal einen Rückgang der Wirtschaftsleistung von 12,1 %. Die Rückgänge der wirtschaftlichen Aktivität spiegeln die Auswirkungen strenger Quarantänemaßnahmen und rigoroser Ausgangssperren auf Unternehmen und Verbraucherausgaben wider sowie einen Einbruch des Tourismus in einigen Ländern.

Alein in Deutschland, der größten Volkswirtschaft des Euroraums, schrumpfte die Wirtschaft im zweiten Quartal um knapp 10 %. Aber auch Italien und Frankreich erlitten Rückgänge

Transmission geldpolitischer Impulse

(schematische und stark vereinfachte Darstellung)

Leitzins	↑	↓
Geldmarktzinsen	↑	↓
Bankzinsen Kapitalmarktzinsen	↑	↓
Nachfrage nach Krediten Geldmenge	↓	↑
Nachfrage auf Gütermärkten	↓	↑
Preisentwicklung	↓	↑

Abb. 5 „Transmission geldpolitischer Impulse“ © Deutsche Bundesbank, <https://www.geld-und-geldpolitik.de/der-wert-stabilen-geldes-kapitel-5.html#subpages/informatiken6.html>

im zweistelligen Bereich. Spanien erfuhr mit einem Rückgang von 18,5 % den größten Rückgang in diesem Zeitraum.

Entsprechend haben sich die Arbeitsmarktbedingungen drastisch verschlechtert. Die Gesamtarbeitszeit ist plötzlich und sehr deutlich zurückgegangen. Dies spiegelt sich zwangsläufig in steigender Arbeitslosigkeit und geringerer Erwerbsbeteiligung wider. Offensichtlich ist der Kern des Übels die Pandemie selbst. Daher wird die Krise erst dann vollständig überwunden sein, wenn ein wirksamer Impfstoff und Therapeutika gegen Virus und Krankheit entwickelt worden sein werden. Gleichwohl ist die Wirtschaftspolitik gefordert, die wirtschaftlichen Kollateralschäden so gering wie möglich zu halten.

Aus ökonomischer Sicht treffen in der Corona-Krise drei gravierende Probleme annähernd zeitgleich aufeinander: ein negativer Angebotsschock, ein deutlicher Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage sowie eine extreme Unsicherheit angesichts der historischen Singularität der Pandemie.

1. Zunächst stellt sich die Frage nach den Schäden an der Produktionskapazität der Wirtschaft des Euroraums. Produktions- und Logistikketten wurden aufgebrochen – international sowie im Binnenmarkt – und die Menschen konnten nicht oder nur eingeschränkt zu ihren Arbeitsplätzen.

2. Dieser originäre Schock auf der Angebotsseite wirkt sich aber auch auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage aus: Zwar haben die Mitgliedstaaten des Euroraumes umfangreiche Pro-

gramme auf den Weg gebracht, um die etablierten Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Firmen aufrechtzuerhalten, z. B. Kurzarbeit sowie andere Subventionsprogramme zur Sicherung von Beschäftigung und Einkommen. Aber die starken Rückgänge bei vielen Indikatoren deuten auf eine anhaltend ungünstige gesamtwirtschaftliche Nachfragesituation auch in den kommenden Monaten hin.

3. Die Einschätzung der Aussichten für die Wirtschaft ist wegen des außergewöhnlichen Charakters des Schocks noch weitaus schwieriger als sonst. Die hohe Unge-

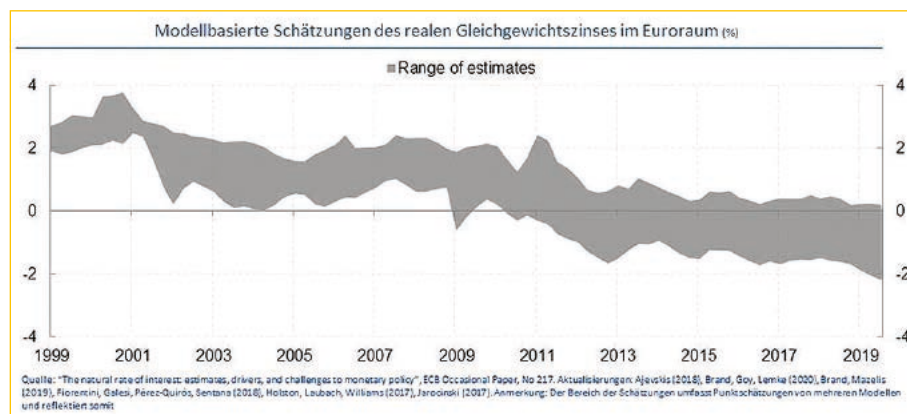


Abb. 4 „Langjähriges Absinken des Gleichgewichtszinses im Euroraum“

© EZB

GEO/TIME	2019Q1	2019Q2	2019Q3	2019Q4	2020Q1	2020Q2
Europäische Union – 27 Länder (ab 2020)	0,5	0,3	0,3	0,1	-3,2	-11,9
Deutschland (bis 1990 früheres Gebiet der BRD)	0,6	-0,5	0,3	0,0	-2,0	-10,1
Spanien	0,6	0,4	0,4	0,4	-5,2	-18,5
Frankreich	0,5	0,2	0,2	-0,2	-5,9	-13,8
Italien	0,2	0,1	0,0	-0,2	-5,4	-12,4

Abb. 6. „Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen, verkettete Volumen, Veränderung in Prozent gegenüber der Vorperiode“

© eigene Darstellung nach Eurostat

wissheit über die weitere Entwicklung der Pandemie und damit ihre Auswirkungen auf die zukünftige Produktion lassen aber erwarten, dass mehr gespart wird und viele Investitionspläne revidiert oder gar gestrichen werden | **Abb. 7** |.

Trotz dieser extremen Unsicherheit ist klar: Selbst im günstigsten Szenario wird eine tiefe Rezession nicht zu vermeiden sein. Die EZB erwartet daher für dieses Jahr einen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um mindestens 5 %. Im schlimmsten Fall dürfte das reale BIP sogar um 12 % sinken. Zugleich gehen diese Szenarien von einer ersten Erholung der Wirtschaftstätigkeit in der zweiten Hälfte dieses Jahres 2020 aus, wenn die Eindämmungsmaßnahmen allmählich aufgehoben werden. Dabei bleiben Tempo und Ausmaß der mittelfristigen Erholung ebenso höchst ungewiss wie die Gefahr erneuter restriktiver Maßnahmen gegen eine mögliche zweite Welle.

Entsprechend unsicher sind auch die Inflationsaussichten. Die Ölpreise, die nach dem Ausbruch der Pandemie stark gefallen sind, haben die Inflationsrate erheblich gedrückt. Wie sich die Inflationsdynamik mittelfristig entwickelt angesichts der gegenläufigen Kräfte von geringerer Gesamtnachfrage (inflationstäpfend) und den möglichen langfristigen negativen Auswirkungen auf die Produktionskapazitäten (inflationstreibend), ist zwar ungewiss. Die Reaktion der Kerninflation auf den Abschwung dürfte aber auch in den kommenden Monaten gedämpft bleiben. Die Kerninflation beschreibt dabei die Gesamtinflation ohne die stark schwankenden Energie- und Nahrungsmittelpreise und zeichnet ein präziseres Bild zur aktuellen Inflationsdynamik.

Die Pandemie-Instrumente der EZB

Soweit vorhanden deuten historische Erfahrungen darauf hin, dass der Rückgang bei der Produktion, die schwächere Nachfrage und die erhöhte Unsicherheit, aber auch niedrigere Einkommen die gesamtwirtschaftlichen Aussichten für einen längeren Zeitraum beeinträchtigen werden. Außerdem dürften Produktionskapazitäten durch Konkurse und Firmenschließungen verloren gehen. Dies dürfte sich negativ auf Investitionen und Konsum, aber auch auf Bankbilanzen (Kreditausfälle) auswirken. Diese Spirale dreht sich umso schneller, je länger die Unterbrechung der wirtschaftlichen Aktivität andauert.

Um diese Spirale auszubremsen, bedarf es umfangreicher wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Die europäischen Regierungen haben daher eine fiskalische Expansion auf den Weg gebracht, die mit einem erwarteten Defizit von etwa -8,5 % des BIP im Jahr 2020 ohne Beispiel ist. Mit diesen Mitteln haben die Regierungen Kreditgarantien und andere Maßnahmen in Höhe von rund 20 % des BIP des Euroraums bereitgestellt, auf die Banken zurückgreifen können und die die Unternehmen zügig mit Liquidität versorgen. Zudem gewähren sie Unternehmen, die Arbeitsplätze erhalten, in bisher ungekanntem Umfang steuerliche Unterstützung. Mehr als 25 Millionen Menschen im Euroraum waren im zweiten Quartal in Kurzarbeit. Das entspricht 15 % der Beschäftigung. Das schützt Arbeitsplätze und Einkommen (Lagarde, 2020).

In diesem Umfeld war es gleichsam wichtig, dass die Finanzierungsbedingungen günstig blieben, so dass Haushalte und Unternehmen nicht nur in der Lage versetzt werden, die Auswirkungen von Betriebssperrungen zu überstehen, sondern auch zu günstigen Bedingungen Mittel zur Finanzierung von Konsum und

Investitionen zu erhalten, sobald die wirtschaftliche Erholung effektiv einsetzt.

Hier kommt die Geldpolitik der EZB ins Spiel. Zwar kann die Geldpolitik nicht den Zeitpunkt vorhersehen, an dem sich die Wirtschaft wieder öffnen wird. Aber sie kann dafür sorgen, dass Finanzkrisen und Kreditklemmen vermieden werden und die notwendigen finanziellen Bedingungen für das Wiederanspringen der Wirtschaftstätigkeit im Einklang mit der Lockerung der Ausgangssperren und anderer Maßnahmen gegeben sind. Insbesondere tragen die geldpolitischen Maßnahmen dazu bei, den Kreditfluss an Haushalte und Unternehmen aufrechtzuerhalten und eine Kreditklemme zu verhindern (ausführlicher: Lane, 2020).

Die Maßnahmen, die seit März 2020 ergriffen wurden, verstärken sich dabei gegenseitig. Sie wirken als Paket, um die Impulse der Geldpolitik auf die Kreditzinsen der Banken und marktbasierten Finanzierungsformen sicherzustellen.

Zu diesen Maßnahmen gehört, die Bedingungen für die gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (*targeted longer-term refinancing operations*, TLTRO-III) weiter zu lockern. So wurde der Zinssatz dieses Langfristtenders von Juni 2020 bis Juni 2021 um weitere 25 Basispunkte gesenkt. Beim derzeitigen Niveau der Leitzinsen wird der Einstiegszinssatz in diesem Zeitraum nun -0,5 Prozent betragen. Der Zinssatz für Banken, die ihre Kreditvergabebeurteilung erfüllen, kann bis zu -1,0 % betragen.

Das TLTRO-III-Programm ergänzt die Anleihekäufe der EZB und die negativen Zinssätze, da es sicherstellt, dass dieser geldpolitische Kurs auch reibungslos durch die entsprechenden Kanäle wirken kann und durch die Banken gewährleistet wird. Es ist besonders wichtig, um eine Kreditklemme zu verhindern, denn das Programm unterstützt direkt den erhöhten Kreditbedarf vieler Unternehmen, besonders den von kleineren und mittelständischen Unternehmen (KMU), die keinen Zugang zum Kapitalmarkt haben. Die Anreize des TLTRO-III-Programms machen es für Banken attraktiv, die entsprechenden Mittel abzurufen, um Kredite an Unternehmen und Haushalte zu vergeben.

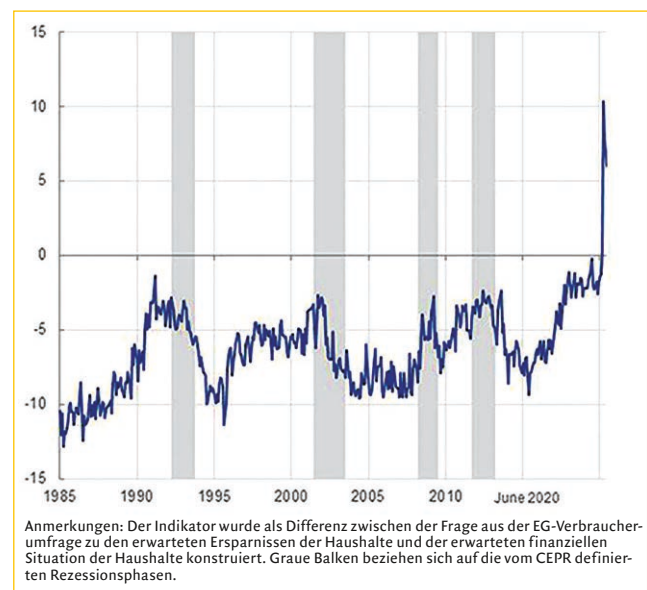


Abb. 7. „Verbrauchersparneigung, netto in Prozentpunkten“

© EZB

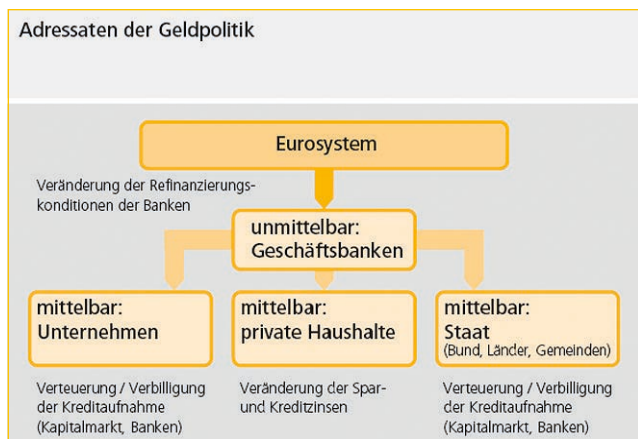


Abb. 8 „Adressaten der Geldpolitik“

© Deutsche Bundesbank

In eine ähnliche Richtung wirkt die Lockerung der Bedingungen für Sicherheiten. Sie bezieht sich auch vor allem auf KMU, Selbstständige und Haushalte und sorgt dafür, dass die Banken die TLTRO-III-Mittel in vollem Umfang nutzen können. Schließlich wird die Wirksamkeit des TLTRO III durch die von der Bankenaufsicht der EZB angekündigten befristeten Entlastungen bei den Kapitalvorgaben zusätzlich unterstützt.

Um das TLTRO-III-Programms zu stärken, wurden Ende April eine Reihe spezifischer Pandemie-Notfallrefinanzierungsgeschäfte (Pandemic Emergency Longer-Term Refinancing Operations, PELTROs) als konkrete Reaktion auf Corona beschlossen. Als günstige „Liquiditäts-Backstops“ sollen die PELTROs die Liquiditätsbedingungen im gesamten Finanzsystem des Euroraums weiter unterstützen. Sie stellen außerdem eine zusätzliche längerfristige Finanzierungsquelle für Banken dar, was besonders den Banken hilft, deren Geschäftsmodelle nicht vom TLTRO-Programm profitieren.

All diese Maßnahmen zielen darauf, dass die Kreditversorgung gewährleistet bleibt, so dass der beabsichtigte geldpolitische Kurs die Realwirtschaft erreicht und nicht in verstopften Kanälen verloren geht.

Allerdings wird der geldpolitische Kurs von der absehbaren deutlich höheren Verschuldung der Staaten auf globaler Ebene insofern bedroht, als sie für einen Aufwärtsdruck auf die risikofreie Zinskurve sorgen dürfte. Empirische Schätzungen zeigen, dass ein (deutlicher) Anstieg der Staatsverschuldung mit einem Anstieg der Realzinssätze einhergeht. In einem Umfeld, in dem aber eine Lockerung der Finanzierungsbedingungen geboten ist, müs-

sen sich die Notenbanken diesem Aufwärtsdruck über eine Lockerung des geldpolitischen Kurses entgegenstellen. Dazu bedienen sie sich unter anderem des QE unter Einbeziehung von Staatsanleihen, die ja ursächlich für diesen Aufwärtsdruck sind.

Zu diesem Zweck hat die EZB das Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) Ende März aufgelegt. Mit einem Gesamtumfang von 1.350 Milliarden Euro (zunächst 750 Milliarden Euro) wird die EZB mindestens bis Juni 2021 Ankäufe von Wertpapieren tätigen, die den allgemeinen geldpolitischen Kurs lockern. Die EZB plant, die Wertpapierkäufe im Rahmen von PEPP so lange fortzusetzen, bis die Corona-Krise überstanden ist. Die Vorgaben zu Laufzeiten, Anlageklassen sowie Herkunftsländern der Wertpapiere sind dabei flexibler als beim etablierten QE-Programm. Diese Flexibilität verhindert, dass es zu einer drastischen Fragmentierung der Finanzierungsbedingungen im Euroraum kommt, die die Finanzstabilität und die wirtschaftliche Erholung deutlich gefährdet (Panetta, 2020).

Ausblick

Die geldpolitischen Maßnahmen der EZB haben:

- geholfen, die unterbrochenen Produktions- und Einkommensströme zu überbrücken,
- die Wirtschaft stabilisiert,
- wirtschaftliche Unsicherheit gelindert,
- eine Fragmentierung des Euroraums vermieden und
- die Stabilität an den Finanzmärkten gewahrt.

Durch diese geldpolitischen Maßnahmen – aber auch die fiskalischen und arbeitsmarktpolitischen Eingriffe der Mitgliedstaaten – wurde verhindert, dass die Inflationsrate noch weiter unter die Zielmarke fällt.

Disclaimer: Die hier vertretenen Ansichten sind die persönlichen des Autors und nicht unbedingt die der EZB.

Literaturhinweise

Europäische Zentralbank (2011): Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, Dritte Auflage, <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/monetarypolicy2011de.pdf>, Mai 2011, S. 62 ff

Lagarde, Christine (2020): Europe's response to the crisis, Blog post, <https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2020/html/ecb.blog200723~co6fabbb6.en.html>, 23. Juli 2020

Lane, Philip R. (2019): Determinants of the real interest rate, Rede bei der National Treasury Management Agency, Dublin, 28 November 2019

Lane, Philip R. (2020): The monetary policy response to the pandemic emergency, Blog post, <https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2020/html/ecb.blog200501~a2d8f514a0.en.html>, 1. Mai 2020

Panetta, Fabio (2020): The price of uncertainty and uncertainty about prices: monetary policy in the post-COVID-19 economy, Rede beim Capital Markets webinar von Europäischer Investitionsbank und Europäischem Stabilitätsmechanismus, <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2020/html/ecb.sp200701.en.html>, 1. Juli 2020

Wicksell, Knut (1898): Geldzins und Güterpreise: Eine Studie über die den Tauschwert des Geldes bestimmenden Ursachen, Jena 1898

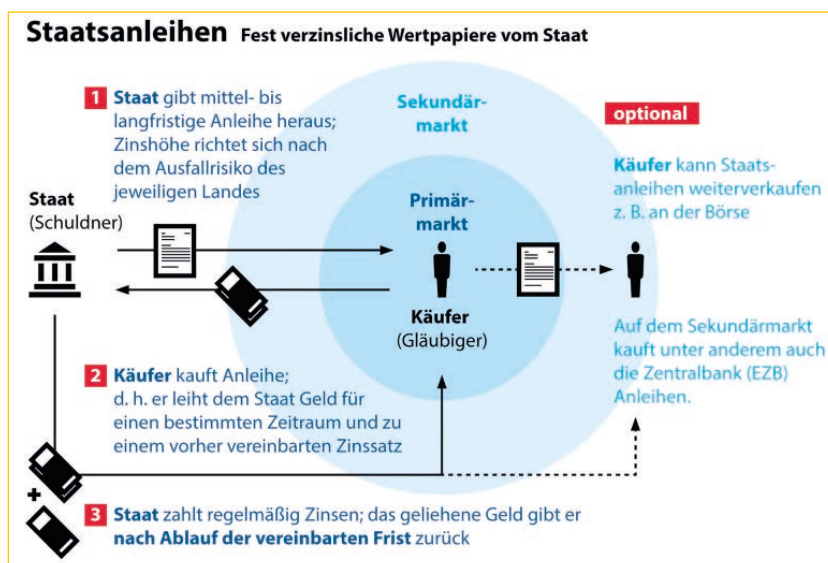


Abb. 9 „Wie Staatsanleihen funktionieren“

© picture alliance/dpa/dpa Grafik | dpa-infografik GmbH

IDEEN FÜR DEN UNTERRICHT (Ralf Engel)

Bildungsplanbezug Wirtschaft (5-stündig)

1. Grundlagen der Ökonomie

(8) wirtschaftspolitische Zielsetzungen (unter anderem Preisniveaustabilität, ...) bewerten

4. Arbeitsmärkte

(8) Angebots- und nachfrageorientierte (...) Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung bewerten

5. Internationale Finanzmärkte

(1) die Motive von Akteuren (Verhaltensökonomik) auf Finanzmärkten (...) erläutern und verschiedene Anlageformen (Anleihen (...)) darstellen

(2) die Funktionen der Finanzmärkte für die Volkswirtschaften erklären

(4) Ursachen von Fehlallokationen und Instabilitäten auf Finanzmärkten (zum Beispiel (...) Ausfall von Staatsanleihen) erläutern

(7) die Bedeutung geldpolitischer Instrumente der Europäischen Zentralbank für die Stabilität des Währungsraums analysieren

(8) institutionelle Maßnahmen zur Stabilisierung von Finanzmärkten beurteilen (...).

Bildungsplanbezug Gemeinschaftskunde (5-stündig)

Wirtschaftspolitik

(1) die Konzepte des Ordoliberalismus, (...) Keynesianismus (...) vergleichen (Stellenwert des Individuums, Effizienz sowie Stabilität und Instabilität von Märkten, Verhältnis von Markt und Staat)

(2) Formen des Marktversagens (...) und die Forderung nach wirtschaftspolitischem Handlungsbedarf erklären

(4) die Ziele der deutschen Wirtschaftspolitik erläutern (Magisches Viereck (...) und mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik in der EU (Empfehlung des Rates) vergleichen

(12) die Konzepte der restriktiven und der expansiven Geldpolitik vergleichen

(13) die Geldpolitik der EZB bewerten

(17) mögliche Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Politikfeldern Fiskal- (...) und Geldpolitik darstellen.

AUFGABEN ZUM BASISTEXT

1. Charakterisieren Sie Aufgaben und Ziele der EZB.
2. Erläutern Sie dabei auch die Bedeutung der „Unabhängigkeit der EZB“.
3. „Aus ökonomischer Sicht treffen in der Corona-Krise drei gravierende Probleme annähernd zeitgleich aufeinander.“ Stellen Sie diese dar, indem Sie auch Wechselwirkungen berücksichtigen.
- 4a. Arbeiten Sie zentrale Maßnahmen der EZB zur geldpolitischen Eindämmung der Folgen der Corona-Krise heraus.
- 4b. Stellen Sie deren Wirkung dar.
- 4c. Begründen Sie, weshalb ein „moderater negativer Zins für Bankeinlagen möglich ist.“
5. Erklären Sie die Funktionsweise von PEPP und beurteilen Sie diese Maßnahme aus unterschiedlichen Perspektiven.

AUFGABEN ZUM MATERIALTEIL

1. Mit viel Geld aus der Krise – Droht jetzt die Inflation?

- 1a. Beschreiben Sie die Karikatur M 1.
- 1b. Erläutern Sie mögliche Ursachen und Folgen des dargestellten Sachverhalts.

2. Stellen Sie Auswirkungen von Inflation und Deflation auf unterschiedliche Akteure dar (M 2). Akteure können z. B. sein:
 - Unternehmen
 - Arbeitnehmer
 - Verbraucher
 - Bezieher von Transfereinkommen
 - Sparer
 - Schuldner
 - Staat
- 3a. Charakterisieren Sie die Entwicklung der Verbraucherpreise (M 3).
Gestalten Sie mithilfe des Preiskaleidoskops des Statistischen Bundesamtes eine Recherche (Inflationsrate, Bereiche mit besonders auffälligen Preisänderungen): <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/PreisKaleidoskopUebersicht.html>.
Hier findet man auch einen Link zu dem persönlichen Inflationsrechner.
- 3b. Begründen Sie, wie die EZB reagieren könnte.
4. Beurteilen Sie abschließend die Bedeutung von Preisniveaustabilität, wie sie auch im sog. magischen Viereck festgelegt ist.
5. „Aufgrund der Inflation kann ich mir heute nur noch halb so viel Butter leisten wie 1960.“ Überprüfen Sie diese Aussage mittels M 4.
6. Erklären Sie Ursachen von Inflation und Deflation (M 5).
7. **Moodle:** Deflation oder Inflation? Ordnen Sie die vorgegebenen Aspekte zu.
8. Beurteilen Sie, inwiefern es angesichts der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise zur Inflation kommen kann (M 6 - M 8).

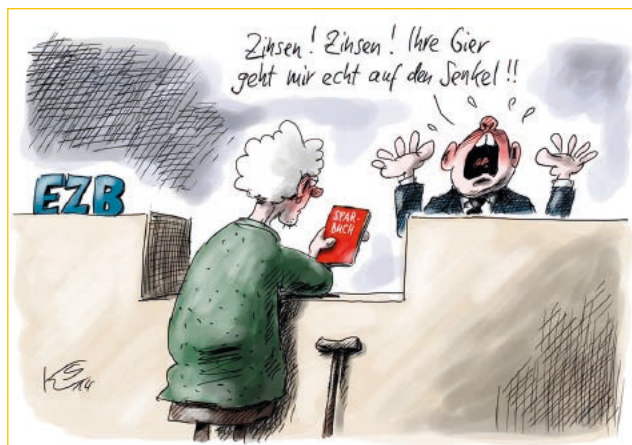
II. Werden die Sparer weiter enteignet?

1. Erläutern Sie das Zinsniveau der letzten Jahre (M 9).
2. Entwickeln Sie mögliche Folgen für unterschiedliche Akteure.
3. Bewerten Sie, inwieweit die Geldpolitik der EZB zu einer Enteignung der deutschen Sparer geführt hat (M 10 – M 12).
Mögliche Kriterien können sein: Effizienz – Gerechtigkeit – Freiheit
Mögliche Perspektiven können sein: Sparer – Haushalte – Arbeitnehmer – Unternehmen – Gesamtwirtschaft
4. Überprüfen Sie Ihre Ausführungen zu 1a.

Begleitmaterialien auf Moodle, Vgl. Hinweis S. 5

MATERIALIEN

M 1 „Zinsen! Zinsen!“

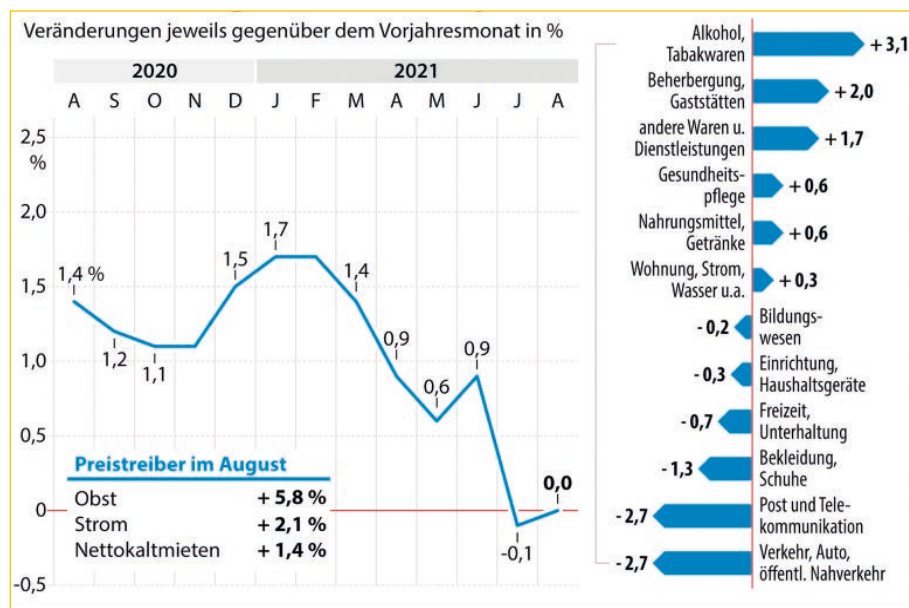


© Klaus Stuttmann, 2014

M 2 „Preisstabilität“ - Erklärfilm der Deutschen Bundesbank

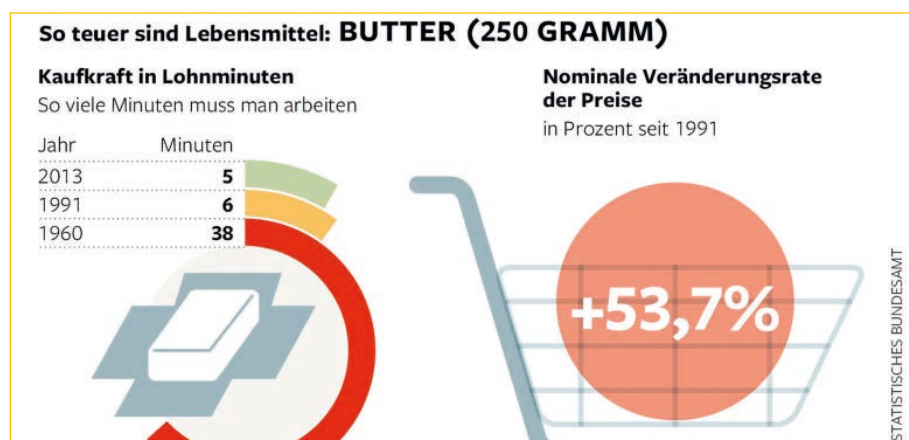
© https://www.geld-und-geldpolitik.de/Images/erklaeerfilme/animationsfilm_preisstabilitaet_konvertiert.mp4

M 3 „Die Entwicklung der Verbraucherpreise“



© picture alliance/dpa/dpa Grafik | dpa-infografik GmbH

M 4 „Die ganze Wahrheit über die Lebensmittelpreise“



© Die Welt, 23.10.2014

M 5a „Inflation einfach erklärt“

© explainity® Erklärvideo, <https://www.youtube.com/watch?v=AojHN-Yfdkl>

M 5b „Deflation einfach erklärt“

© explainity® Erklärvideo, <https://www.youtube.com/watch?v=w2MBFn5VMKU>

M 6 Markus Demary, Führt Corona zu Inflation oder Deflation?, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln, 20.05.2020

Es ist die Frage der kommenden Monate und Jahre. Und die Experten sind sich bei der Beantwortung uneinig. Denn die Folgen der Corona-Krise wirken sich sehr unterschiedlich auf die einzelnen Güter und Dienstleistungen aus.

Ob es durch die Corona-Krise zu einer Inflation kommen wird oder doch eher zu einer Deflation? Wie schwer diese Frage zu beantworten ist, zeigen die unterschiedlichen Beispiele aus den betroffenen Branchen. Nehmen wir etwa die Friseurbetriebe. In den letzten Wochen war diesen der Betrieb nicht gestattet. Es gab also kein Angebot an Haarschnitten. Gleichzeitig ist die Nachfrage nach Haarschnitten mit zunehmender Haarlänge einer jeden Person stetig gewachsen. Die Friseure können sich nun vor Terminanfragen nicht mehr retten. Die Zahlungsbereitschaft für einen Haarschnitt ist nach der langen Isolation bei vielen vermutlich höher als sonst. Preiserhöhungen lassen sich also durchsetzen.

Bei den Restaurants überwiegt hingegen der Angebotseffekt. Diese müssen zur Einhaltung der Hygienevorschriften den Abstand zwischen den Tischen erhöhen, so dass weniger Gäste gleichzeitig in das Restaurant passen. Wenn mehr Gäste einen Tisch wollen als das Restaurant anbieten kann, so besteht Spielraum für Preiserhöhungen. Möglich ist aber auch, dass die Gäste erst einmal ausbleiben, weil diese sich unsicher über das bestehende Ansteckungsrisiko von Corona sind. Dies senkt dann den Spielraum für höhere Preise.

Der Großteil der Schwankung der Inflationsrate resultiert aber aus der Schwankung der Energiepreise. Ein Anziehen oder ein Rückgang der Rohölpreise ist in der Regel ein guter Indikator für ein Anziehen oder einen Rückgang der Inflationsrate. Corona hat zu einem Einbruch im Reise- und Verkehrsaufkommen geführt und die fehlende Nachfrage nach Benzin und Kerosin hat zum Rückgang des Ölpreises und darüber zu niedriger Inflation beigetragen. Doch ist ein Anziehen der Benzinpreise in den nächsten Wochen zu erwarten. Denn mehr und mehr Menschen können wieder in ihren Büros arbeiten. Anstelle von Bus und Bahn werden viele auf das Auto umsteigen, um eine Corona-Ansteckung zu vermeiden. Ein höherer Benzinpreis könnte dann auch die Inflationsrate anheben.

Einzelne Güter und Dienstleistungen können teurer werden. Aber sind auch allgemeine Preissteigerungen möglich? Vermutlich nicht, denn die Sorge über das eigene Einkommen bestimmt aktuell die Bereitschaft, Geld auszugeben. Zurzeit sind viele Menschen in Kurzarbeit und Selbstständige haben Umsatzausfälle erlitten. Es besteht zudem Unsicherheit darüber, wie sicher der eigene Arbeitsplatz ist. Größere Anschaffungen lassen sich in die Zukunft verschieben. Dadurch fehlt aktuell der Inflationsdruck.

Die Corona-Krise hat die Unternehmen stark getroffen. Umsätze sind eingebrochen. Kredite mussten aufgenommen werden, um Beschäftigte weiter zu entlohnen und Lieferanten bezahlen zu können. Aber führen die staatlichen Kredithilfen nicht zu Inflation? Nein, denn diese Kredite werden nicht investiert, sondern dienen der Sicherstellung der Liquidität. Die Rückzahlung der Kredite wird in der nächsten Zeit auch bei vielen Unternehmen erst einmal Vorrang vor neuen Investitionen haben. Dadurch fehlt Inflationsdruck.

Der Corona-Schock scheint also zu Preissteigerungen bei einzelnen Gütern und Dienstleistungen, aber nicht zu Inflationsdruck im Allgemeinen zu führen. Bei der aktuellen Inflationsrate von 0,9 Prozent besteht zudem nicht viel Spielraum zur Deflation. Eine Deflation entsteht dann, wenn genügend Wirtschaftsteilnehmer fallende Preise erwarten und deshalb ihre Ausgaben in die Zukunft verschieben. Die fehlende Nachfrage zieht dann tatsächliche Preissenkungen nach sich. Diese bestätigen wiederum die Erwartungen an sinkende Preise. Eine solche Spirale kann leicht in einer Wirtschaftskrise enden. Die Gefahr einer Deflation bestand im Jahr 2015 für einige Mitgliedsländer des Euroraums im Anschluss an die Banken- und Staatsschuldenkrise.

In diesen Ländern waren die Unternehmen und die Haushalte mit hoher Verschuldung von der damaligen Krise überrascht worden. Für sie hatte die Verringerung ihrer Verschuldung lange Vorrang vor neuen Ausgaben. In einer ähnlichen Situation sind wir aktuell auch. Denn die Umsatzausfälle durch Corona haben die Schulden ansteigen lassen. In den nächsten Jahren wird Schuldenabbau dann Vorrang vor neuen Ausgaben haben. Vermutlich schrammen wir deshalb nur knapp an einer Deflation vorbei.

© <https://www.iwkoeln.de/presse/in-den-medien/beitrag/markus-demary-fuehrt-corona-zu-inflation-oder-deflation.html>

M 7 Gerald Braunberger, Keine Angst vor Inflation!, Fazit – Das Wirtschaftsblog, 30. Dezember 2018

Wer die Deutschen mit Erfolg erschrecken will, muss ihnen einreden, dass eine große Inflation ins Haus steht. Aber die üblichen Argumente der Angstmacher taugen nichts. Zehn Thesen zur Inflation (...)

3. Wenn es jemals einen engen Zusammenhang zwischen der Schaffung von Zentralbankgeld und der Inflationsrate gegeben haben sollte, so ist dieser längst zusammengebrochen. Wenn etwa mit Bezug auf Anleihekäufe von Notenbanken von „Gelddruckerei“ oder „Geldschwemme“ geredet wird, handelt es sich in der Realität ganz überwiegend um die Produktion von Einlagen der Geschäftsbanken bei der Notenbank. Diese Einlagen stehen passiv auf den Konten der Banken bei der Notenbank und könnten – entgegen einem weiteren verbreiteten Missverständnis – überhaupt nicht von den Geschäftsbanken an Unternehmen oder Privatleute verliehen werden. Die von den Angstmachern als Ergebnis der Anleihekäufe der Notenbanken prognostizierte Inflationswelle hat es aus gutem Grund nie gegeben – ebenso wie auch die Auswirkungen der Anleihekaufprogramme auf Finanzmarktpreise von vielen Anhängern und Kritikern völlig überschätzt worden sein dürften.

© <https://blogs.faz.net/fazit/2018/12/30/keine-angst-vor-inflation-10468/>

M 8 Angela Göpfert, Corona-Krise – Angst vor der großen Inflation, tagesschau.de, 14.05.2020

Ökonomen warnen, die Corona-Krise könnte langfristig die Preise in die Höhe schnellen lassen. Und daran ist nicht nur die Geldflut der Notenbanken schuld.

Gesunde Ernährung in der Corona-Krise ist eine kostspielige Angelegenheit. Seit Anfang Februar wurden allein Tomaten um fast ein Viertel teurer, Mais um 13 Prozent, so der „Chili-con-Carne-

Index“ der Universität Hohenheim. Die Preise für frisches Obst und Gemüse schnellen in die Höhe, weil auch in den südeuropäischen Ländern die Saisonarbeiter fehlen.

In den offiziellen Inflationsstatistiken spiegelt sich das so nicht wider – im Gegenteil. Laut vorläufigen Daten ist die Inflationsrate in Deutschland von 1,2 Prozent im Februar auf 0,8 Prozent im April gefallen. Ein Trend, der sich angesichts des jüngsten Crashes auf dem Ölmarkt noch verstärken dürfte, wird die Inflationsrate doch maßgeblich von der Veränderung der Ölpreise bestimmt.

In der Corona-Krise dürfte zudem der Lohndruck nach oben zum Erliegen kommen, erwartet DekaBank-Ökonom Ulrich Kater. „Wir können uns auf eine Deflationsdebatte vorbereiten.“ Auch Markus Demary vom Institut der deutschen Wirtschaft warnt, Corona führe uns direkt in eine Deflation.

Ökonomische Katastrophe

Unter einer Deflation versteht man den allgemeinen und anhaltenden Rückgang des Preisniveaus für Waren und Dienstleistungen. Es handelt sich um das Gegenstück zur Inflation, bei der Waren und Dienstleistungen fortlaufend teurer werden. In einer Deflation steigt die Kaufkraft des Geldes. Das mag den Verbraucher zunächst freuen, kann er sich doch von seinem Geld mehr leisten. Ökonomen hingegen fürchten eine Deflation weitaus mehr als eine Inflation. Mit gutem Grund.

In einer Deflation haben nämlich viele Individuen den Anreiz, das stets wertvoller werdende Geld auf die Seite zu legen. Sie sparen mehr und verschieben Einkäufe. Auch Unternehmen zögern Investitionen hinaus. Die logische Folge: Was individuell rational ist, führt gesamtgesellschaftlich zur ausgemachten Katastrophe. Einige Experten halten das Deflationsszenario aber eher für ein kurz- bis mittelfristiges Phänomen. Langfristig würde die Corona-Krise vielmehr in die Inflation führen. Zur Begründung verweisen sie auf die historisch einmalige Geldschwemme der Notenbanken. Allein die Europäische Zentralbank (EZB) will in diesem Jahr Anleihen im Rekordvolumen von 1,1 Billionen Euro kaufen.

Doch nicht nur die Notenbanken feuern aus allen Rohren, sondern auch die Staaten. Sie legen ein Ausgabenprogramm nach dem anderen auf. Laut dem Internationalen Währungsfonds (IWF) treibt Corona die Staatsverschuldung in Europa massiv in die Höhe. In Ländern wie Griechenland, Italien, Spanien und Portugal dürfte die Staatsverschuldung allein im laufenden Jahr prozentual zweistellig zulegen. Auch Deutschland muss sich stärker verschulden, und zwar um rund neun Prozentpunkte.

Eine Geldflut der Notenbanken, einhergehend mit der direkten oder indirekten Finanzierung der ausufernden Staatsschulden – das aber wiederum ist die Basis für hohe Inflationsraten. „Historisch gesehen haben hohe Schuldenlasten für Regierungen Anreize geschaffen, eine höhere Inflation zu erzeugen, um den Schuldenwert zu reduzieren“, betont Andrew Wilson von Goldman Sachs Asset Management.

Der Ökonom Peter Bernholz zeigte bereits 2003, dass allen 29 bekannten Hyperinflationen der Wirtschaftsgeschichte ein hohes Haushaltsdefizit vorausging, finanziert durch Geldschöpfung.

„Ich fühle mich in fataler Weise an die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg erinnert, als man eine kaputte Wirtschaft hatte, die Spanische Grippe kam und Deutschland versuchte, sich mit frisch gedrucktem Geld zu retten“, so der ehemalige Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn. Damit appelliert Sinn an eine Urangst der Deutschen, folgte doch auf den Ersten Weltkrieg eine Hyperinflation.

Die Geschichte lehrt uns aber auch, dass eine lockere Geldpolitik nicht zwingend zu steigenden Preisen führen muss. Seit der globalen Finanzkrise fluten die Zentralbanken weltweit die Märkte mit Geld. Trotzdem liegt die Inflation seither mit einer durchschnittlichen Rate von 1,3 Prozent in der Eurozone hartnäckig unter der historischen Norm und dem Zielwert der Notenbank.

Das könnte sich im Zuge der Corona-Krise allerdings ändern, denn es gibt einige große Unterschiede zur Finanzkrise. So brach in der Finanzkrise in erster Linie die Nachfrage ein. Aktuell haben wir es hingegen mit einem quasi parallelen Nachfrage- und Angebotschock zu tun.

Ein Angebotsschock bedeutet aber, dass das Angebot an Gütern und Dienstleistungen sinkt – etwa wegen unterbrochener Lieferketten und Produktionsstillstands aufgrund behördlicher Verfügungen. Das führt normalerweise zu einer Überschussnachfrage und damit zu Inflation. Siehe die steigenden Preise für Tomaten & Co. Die Gretchenfrage in Sachen Inflation/Deflation ist damit: Wie schnell kommt die wirtschaftliche Erholung? Und was erholt sich schneller – das Angebot oder die Nachfrage? Das aber ist derzeit nur schwer absehbar.

Eine Folge der Pandemie zeichnet sich allerdings schon heute klar ab – und sie ist ebenso klar inflationstreibend: die Deglobalisierung. In den vergangenen Jahrzehnten hatte die günstige Produktion in Niedriglohnländern die Inflationsrate in den Industrienationen gedrückt, wie Claudio Borio, Chefvolkswirt der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, nicht müde wird zu betonen. Doch damit dürfte nun Schluss sein. Die Erfahrungen in der Corona-Pandemie dürften dazu führen, dass sich viele nationale Regierungen für eine Rückverlagerung systemrelevanter Produk-

tion in den Heimatmarkt einsetzen werden. Auch viele Firmen dürften ihre Lieferketten neu überdenken und zu einer großzügigeren Lagerhaltung übergehen. Die steigenden Kosten würden über kurz oder lang an die Verbraucher weitergereicht. Tschüss Globalisierung, hallo Inflation!

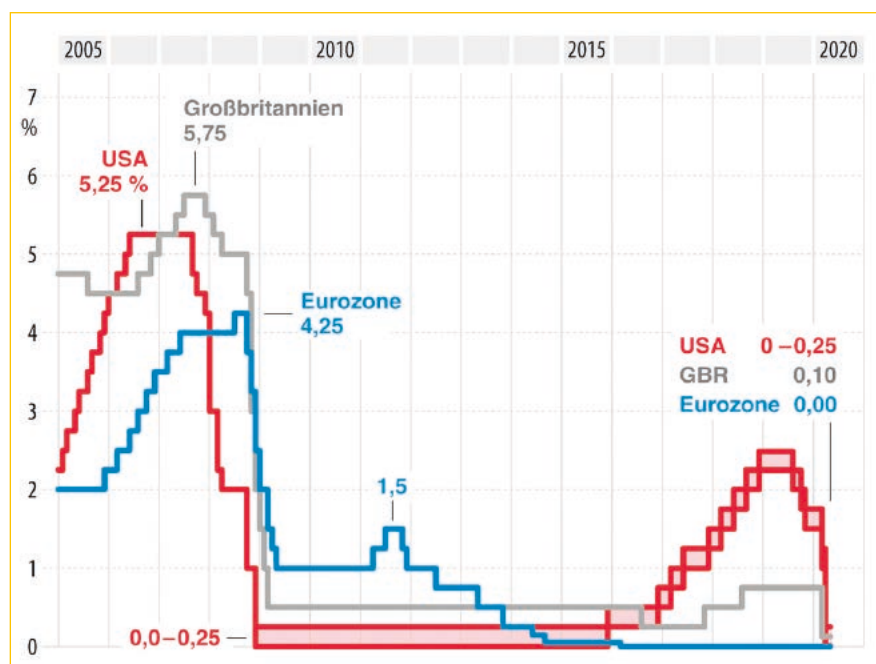
© https://www.tagesschau.de/wirtschaft/boerse/corona-inflation-101-magnifier_pos-o.html

M 10 CSU-Generalsekretär Markus Blume

„Man muss sich vor Augen führen, dass nun ausgerechnet der Mann [der ehemalige EZB-Chef Mario Draghi, Anm. d. Red.] ausgezeichnet werden soll, der mit seiner Zinspolitik seit Jahren für eine Art schleichender Enteignung all jener steht, die vorausschauend zurückgelegt, gespart und für das Alter investiert haben“.

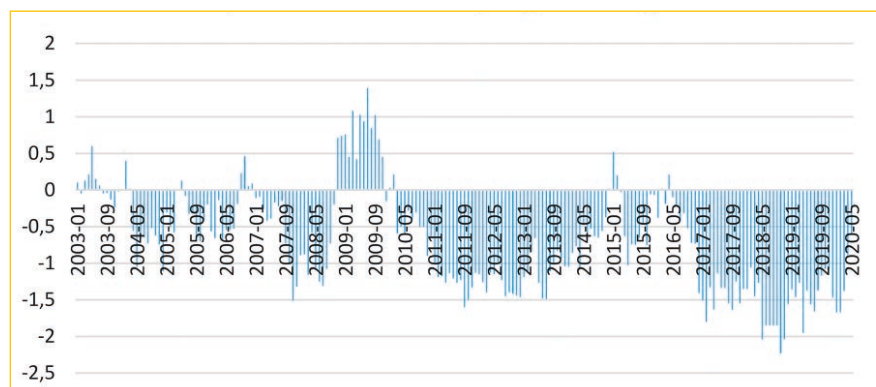
© <https://www.bild.de/geld/wirtschaft/wirtschaft/ex-ebz-chef-draghi-soll-bundesverdienst-kreuz-bekommen-csu-kritisiert-ehrung-67558772.bild.html>

M 9a „Entwicklung der Leitzinsen“



© picture alliance/dpa/dpa Grafik | dpa-infografik GmbH

M 9b „Realzinssätze für täglich fällige Einlagen privater Haushalte“ (Stand 03.07.2020)



© Deutsche Bundesbank, „Realzinssätze auf Bankeinlagen“, eigene Darstellung, <https://www.bundesbank.de/statistiken/geld-und-kapitalmaerkte/zinssaetze-und-renditen/realzinssaetze-auf-bankeinlagen/realzinssaetze-auf-bankeinlagen-772412>

M 11 Marcel Fratzscher, Der deutsche Sparer gehört zu den Gewinnern, Die ZEIT, 9. August 2019

Die Deutschen würden von den niedrigen Sparzinsen enteignet, heißt es. Doch das stimmt nicht: Wir profitieren wie kaum ein anderes EU-Land von der EZB-Geldpolitik.

Es scheint sich als Volksweisheit in unseren Köpfen festgesetzt zu haben, dass der kleine deutsche Sparer durch die Niedrigzinsen und die böse Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) enteignet wird. Er erhält nichts mehr an Zinsen für sein mühsam Erspartes, muss daher noch mehr sparen. Und trotzdem hat er dann im Alter kein ausreichendes Renteneinkommen. Diese Enteignung führt zu Elend und Altersarmut und bestraft den Deutschen für sein tugendhaftes Verhalten. Schlimmer noch, die Geldpolitik erhöht die Ungleichheit, da es die Schwachen trifft und den Reichen hilft – so die Wahrnehmung.

Aber stimmt der Mythos des Sparers als Opfer der Geldpolitik und niedriger Zinsen?

Gerne lassen die Kritiker der EZB-Geldpolitik unerwähnt, dass 40 Prozent der erwachsenen Deutschen gar kein nennenswertes Vermögen haben. Fast nirgends in den entwickelten Volkswirtschaften gibt es einen so hohen Anteil an Menschen, die nicht sparen und damit auch keine private Altersvorsorge betreiben. Mag sein, dass viele auch deshalb wenig oder gar nicht sparen, weil wir einen starken Sozialstaat haben. Dieser gewährleistet eine gute Absicherung, zumindest im Vergleich zu den meisten anderen westlichen Ländern.

Die meisten jedoch können nicht sparen, weil sie durch geringe Löhne und die zu leistenden Steuern und Abgaben gezwungen sind, ihr gesamtes verfügbares Einkommen für das tägliche Leben aufzuwenden. Diesen Menschen ist es ziemlich

egal, ob die Zinsen bei null Prozent oder zehn Prozent liegen. Denn wer nichts Ersparnes hat, kann auch nicht von Zinsen profitieren. Es ist seltsam, dass viele Politiker und Medien die Deutschen reflexartig und in erster Linie als Sparer sehen, wenn es um die Geldpolitik geht. Dabei sind die Deutschen nicht nur Sparer, sondern viel häufiger noch Erwerbstätige und damit auf einen sicheren Arbeitsmarkt angewiesen. Die Geldpolitik hat durch niedrige Zinsen ganz entscheidend dazu beigetragen, dass Unternehmen expandieren und dadurch Menschen einstellen und beschäftigen können.

Somit wurden in den letzten Jahren viele Millionen Jobs in Europa und in Deutschland auch durch die expansive EZB-Geldpolitik geschaffen. Die gute wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, die auch der EZB-Geldpolitik zu verdanken ist, hat zu Lohnsteigerungen in fast allen Einkommensschichten in Deutschland geführt. Viele Deutsche sind zudem Eltern oder Großeltern, die den Wunsch haben, dass ihre Kinder und Enkelkinder auch noch in zehn oder 20 Jahren lohnenswerte Arbeit finden.

Jeder Deutsche ist Konsument oder Konsumentin, der oder die sicher sein möchte, dass man auch künftig noch seine Grundbedürfnisse mit dem Einkommen decken kann. Die EZB-Geldpolitik hat entscheidend dazu beigetragen, dass der Euro stabil und damit auch die Preise für die Konsumenten stabil geblieben sind.

Viele Deutsche sind Steuerzahler. Diejenigen, die über niedrige Zinsen schimpfen, lassen gerne außer Acht, dass dies dem deutschen Staat jedes Jahr 45 Milliarden Euro durch geringere Zinsausgaben erspart. Dies entlastet den deutschen Steuerzahler und hat es dem Staat in den letzten zehn Jahren erlaubt, die Sozialausgaben deutlich zu erhöhen. Die Abschaffung des Solis, welche knapp zehn Milliarden Euro jährlich kostet, wäre ohne die niedrigen Zinsen nicht möglich.

Und jeder Deutsche ist auch Europäerin oder Europäer. Es ist richtig, dass die Krisenländer wie Italien oder Spanien noch mehr von der expansiven Geldpolitik profitiert haben als Deutschland. Aber ist es schlimm, wenn anderen, die sich in einer Krise befinden, etwas zugutekommt? Geht es nicht auch um Solidarität, nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch innerhalb Europas? Zumal nicht genug betont werden kann, dass auch Deutschland zu den Gewinnern der niedrigen Zinsen zählt.

Wer bisher nicht davon überzeugt ist, dass die Geldpolitik im Interesse aller Deutschen ist, den überzeugt vielleicht dieses Argument: Die niedrigen Zinsen sind nicht primär das Resultat der EZB-Geldpolitik, sondern die Folge des exzessiven Sparens vor allem von uns Deutschen. Denn wie bei allen Gütern gilt: Der Preis des Geldes ist das Resultat von Angebot und Nachfrage.

Schauen wir uns nur den hohen deutschen Leistungsbilanzüberschuss an: Die deutsche Volkswirtschaft hat eine Nettoersparnis von mehr als sieben Prozent der Wirtschaftsleistung. Dies sind bei rund 240 Milliarden Euro jedes Jahr im Durchschnitt 3.000 Euro pro Kopf oder 12.000 Euro für eine vierköpfige Familie. Wenn wir Bürger und unsere Unternehmen das Geld nicht ausgeben, das Angebot an Ersparnissen also steigt, dann muss zwingendermaßen der Preis des Geldes, also die Zinsen sinken.

Die EZB versucht, mit ihrer Geldpolitik die Preisfindung zwischen Angebot und Nachfrage zu unterstützen und eine Fehlfunktion im Markt zu beheben. Dies heißt im Umkehrschluss auch, dass die Zinsen nur dann wieder steigen werden, wenn die Menschen und Unternehmen in Deutschland mehr investieren und Geld ausgeben und weniger sparen.

Die Deutschen sind also nicht nur Sparer, sondern Vater oder Mutter, Erwerbstätige, Konsumentinnen und Konsumenten, Steuerzahler und Teil einer solidarischen Gemeinschaft. Deutschland ist nicht Verlierer der Niedrigzinspolitik der EZB, sondern unser Land ist einer der Gewinner. Und nicht nur unser Land, sondern jeder einzelne von uns hat in der einen oder anderen Form von der Geldpolitik und dem Euro profitiert.

© <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-08/niedrigzinsen-sparer-ezb-geldpolitik/komplettansicht?print>

M 12 Michael Kaste, Sparer, Mieter und Rentner bezahlen für Draghis Politik, mdr, 31. Januar 2020

Mit dem Bundesverdienstkreuz hat Mario Draghi am Freitag die höchste Auszeichnung Deutschlands erhalten. Dabei ist der Kurs des ehemaligen EZB-Präsidenten in Deutschland heiß umstritten. Denn um die Stabilität des Euro zu sichern, wurden die Zinsen in seiner Amtszeit praktisch abgeschafft.

Whatever it takes, was immer es kostet – das sind die wohl berühmtesten Worte von Mario Draghi. Gemeint hat Draghi damit im Jahr 2012, dass man die hochverschuldeten Staaten Südeuropas retten wird, und zwar um jeden Preis. Griechenland zum Beispiel, das kurz vor der Pleite stand. Allein die Ankündigung Draghis reichte, um den weltweiten Finanzwetten gegen Griechenland den Boden zu entziehen.

Aber es blieb nicht bei Worten. Drei Jahre später warf die EZB unter Draghi die Gelddruckmaschinen an. Seitdem werden im großen Stil Staatsanleihen der Krisenländer aufgekauft, damit Griechenland und Co. zahlungsfähig bleiben. Mehr als 2,5 Billionen Euro wurden so inzwischen in den Geldkreislauf gepumpt.

Zinsen abgeschafft, Immobilienpreise explodiert

Gleichzeitig wurden die Zinsen praktisch abgeschafft, damit die Banken mehr Kredite vergeben. Die Folgen sind verheerend. Weil die in Deutschland beliebtesten Sparformen keine Zinsen mehr abwerfen, wird seitdem verstärkt in Immobilien investiert. Dadurch sind die Preise für Immobilien förmlich explodiert und die Mieten in den Großstädten gleich mit.

Die private Altersvorsorge durch Lebensversicherungen ist dagegen zum Auslaufmodell geworden. Und auch viele Betriebsrenten wackeln, weil die Versicherungskonzerne auf stabile Zinserträge vertraut hatten. Die deutschen Mieter und die deutschen Sparer bezahlen also teuer für Draghis Finanzexperimente; die Finanzminister der Schuldenstaaten profitieren dagegen vom billigen Geld.

Mit Vollgas in die Sackgasse?

Wer die finanziellen Grundfesten des Euro-Raums derart erschüttert, muss gute Gründe dafür haben. Draghi und die Zentralbank nannten stets zwei solcher Gründe: eine verlässliche Inflationsrate und die Stabilität des Euro. Das erste Ziel, die Inflation bei ca. zwei Prozent einzupegeln, um so das Wirtschaftswachstum in Gang zu halten, wird trotz größter Anstrengungen seit Jahren nicht erreicht. Kritiker sagen, die Zentralbank sei längst in eine Sackgasse geraten. Aber anstatt zu wenden, gibt sie Vollgas. Das zweite Ziel, ein stabiler Euro, ist ähnlich weit entfernt. Wer sein Geld auf Konto oder Sparbuch geparkt hat, kann bei der Entwertung seines Vermögens praktisch zusehen; Mario Draghi hat die Enteignung der Sparer zum Geschäftsmodell gemacht.

Draghis Vermächtnis ist ein Tabubruch

Man muss dem Italiener sicherlich zugutehalten, dass er die drohende Staatspleite Griechenlands und die Ansteckungsgefahren für Italien im Keim erstickt hat, whatever it takes. Dafür hat er das Vertrauen der Deutschen in die Seriosität der Zentralbank nachhaltig erschüttert.

Dass sich Schuldenmachen lohnt und Sparen bestraft wird, ist in der Geschichte des Geldwesens ein einmaliger Tabubruch. Dieser Tabubruch ist Verdienst und Vermächtnis von Mario Draghi. Am Freitag bekommt er dafür das Bundesverdienstkreuz. Viele Sparer, viele Mieter und viele Rentner können darüber nur den Kopf schütteln.

© <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/meinung/kommentar-deutsche-bezahlen-draghis-politik-100.html>

6. Von der Corona-Krise zur Krise im Euroraum?

MARKUS DEMARY

Die Corona-Krise ist nach der globalen Finanzmarktkrise aus den Jahren 2007–2009 und der Banken- und Staatsschuldenkrise im Euroraum aus den Jahren 2011 und 2012 die dritte große Krise, die den Euroraum innerhalb kurzer Zeit trifft. Aus den Erfahrungen der letzten beiden Krisen wurden die Bankenunion und der Europäische Stabilitätsmechanismus geschaffen. Trotzdem bleibt der Euroraum anfällig für einen Teufelskreis aus Banken- und Staatsschuldenkrise, weshalb auch in der aktuellen Krise die Europäische Zentralbank eine herausragende Stellung im Krisenmanagement einnehmen muss. Denn selbst Verwerfungen in einzelnen Segmenten des Finanzmarkts können in eine Kreditklemme für die Unternehmen münden und eine Rezession verschärfen. Der Vergleich zwischen den aktuellen Krisenmaßnahmen der Europäischen Zentralbank und den Maßnahmen der US-amerikanischen Federal Reserve Bank zeigt, inwieweit Zentralbanken in modernen hochkomplexen und vernetzten Finanzsystemen Krisen nicht mehr allein mit dem Instrument des Leitzinses begegnen können, sondern in Krisen umfangreiche und zielgerichtete Interventionen einsetzen müssen.

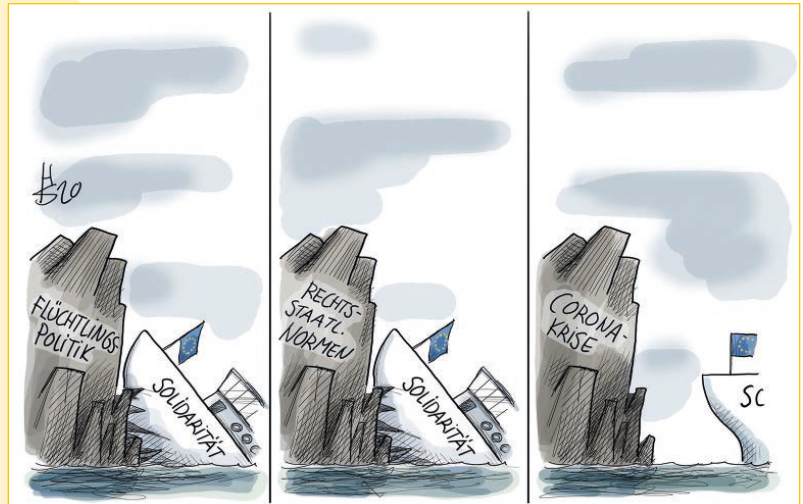


Abb. 2 „Schiffbruch in Sicht, mal wieder?“

© Heiko Sakurai, 09.04.2020

Die dritte schwere Krise innerhalb von wenigen Jahren

Die Corona-Pandemie hat sich mit einer hohen Geschwindigkeit innerhalb von Wochen über eine große Anzahl von Ländern ausgebreitet. In Deutschland trat der erste Fall am 27. Januar 2020 auf (Bundesgesundheitsministerium, 2020). Zu dieser Zeit hatte China noch die meisten Fallzahlen. Am 12. März 2020 wurde in Deutschland bereits eine tägliche Zunahme von 779 neuen Fallzahlen gemeldet. An diesem Tag beschlossen die Bundesregierung und die



Abb. 1 „Corona-Infektionen“

© Thomas Plaßmann, 2020

Landesregierungen ein Kontaktverbot, um die Zunahme der Ansteckungen einzudämmen (BPA, 2020). Bis zum 27. März stiegen die täglichen Fallzahlen auf 6.933 Personen an (Statista, 2020). Aufgrund der nun abnehmenden Fallzahlen wurden viele Maßnahmen wieder zurückgefahren, doch mit den Urlaubsrückkehrern steigen aktuell die Fallzahlen wieder an.

Die Entwicklungen der Pandemie im März 2020 zeigen sich bereits in den Wirtschaftszahlen des 1. Quartals 2020. Aus Angst vor Ansteckung mieden viele Haushalte Geschäfte und arbeiteten von zu Hause. Dieses „Zwangssparen“ ließ die Sparquoten der Haushalte im ersten Quartal 2020 deutlich ansteigen. Während der Haushaltssektor in Deutschland in der Vor-Corona-Zeit rund 18 Prozent des verfügbaren Einkommens sparte, so waren es im ersten Quartal 2020 24 Prozent. Vergleichbare Entwicklungen zeigen sich in unseren europäischen Nachbarländern. In Frankreich stieg die Sparquote von neun auf 20 Prozent, in Österreich und Finnland stieg sie um sieben Prozentpunkte, in Dänemark um zwölf Prozentpunkte und in Slowenien um 15 Prozentpunkte.

Das Zwangssparen und die daraus folgende Konsumzurückhaltung der Haushalte wirkten sich unmittelbar auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) aus. Hinzu kamen Zusammenbrüche in den internationalen Lieferketten, so dass viele Unternehmen Kurzarbeit anmelden mussten. Das BIP in der EU brach im ersten Quartal 2020 um 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal ein. Besonders betroffen waren die Länder Italien (-5,6 Prozent), Spanien (-3,7 Prozent), die Slowakei (-3,7 Prozent) sowie Frankreich (-4,7 Prozent). Aber auch in Deutschland betrug der Einbruch des BIP 1,9 Prozent.

Der Corona-Schock wirkt für einzelne Branchen als Angebotschock, für die Gesamtwirtschaft aber als Nachfrageschock. So können beispielsweise Restaurants weniger Menschen bedienen, weil sie zur Umsetzung der Infektionsschutzbestimmungen die Tische in einem größeren Abstand stellen müssen, was als Verknappung des Angebots wirkt. Andere Branchen sind stärker von einer geringeren Nachfrage betroffen. So fahren mittlerweile viel mehr Menschen Fahrrad, was zu weniger vollen Zügen und Bah-

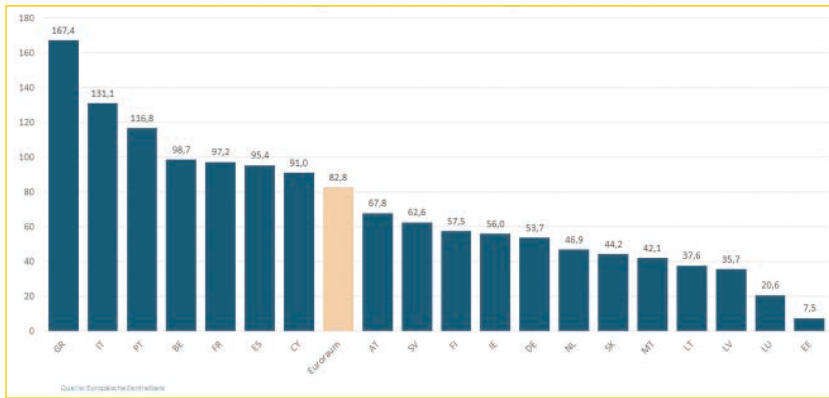


Abb. 3 „Staatsverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2020“

© IW, 2020

nen führt. Viele Menschen hatten zeitweilig ihre Reisetätigkeit ganz eingestellt, was vor allem die Bereiche Tourismus, Luftfahrt und Schifffahrt betrifft. Fehlende Touristen waren unter anderem ein Grund, warum die Preise in Griechenland im Juni um 1,7 Prozent und in Zypern um 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat sanken. In Italien waren die Preise um 0,4 Prozent und in Spanien um 0,3 Prozent niedriger. In Finnland, Portugal, Frankreich und Deutschland ist die Preissteigerungsrate zwar noch leicht positiv. Trotzdem wird deutlich, dass die Inflation durch die fehlende Nachfrage ins Stocken gerät.

Die Corona-Krise ist nach der globalen Finanzmarktkrise aus den Jahren 2007–2009 und der Banken- und Staatsschuldenkrise im Euroraum aus den Jahren 2011 und 2012 die dritte große Krise, die den Euroraum trifft. In Folge der globalen Finanzmarktkrise und den damit verbundenen Rettungsmaßnahmen stieg die Staatsverschuldung in vielen Ländern an (Abb. 3). Griechenland, Irland und Portugal waren damals die ersten Länder, die in eine Staatsschuldenkrise gerieten. Spanien und Italien folgten. Die Staatsschuldenkrise löste anschließend eine Bankenkrise aus. Die Anfälligkeit des Euroraums für einen Teufelskreis aus Bankenkrise und Staatsschuldenkrise lässt befürchten, dass es durch die Corona-Krise zu einer Wiederholung der Entwicklungen von 2011 und 2012 kommt.

Von der Staatsschuldenkrise zur Bankenkrise

Für die Stabilität der Staatsfinanzen ist die Staatsschuldenquote relevant. Diese stellt den Quotienten aus dem Volumen der umlaufenden Staatsverschuldung und dem aktuellen Bruttoinlandsprodukt (BIP) dar. Bei der Staatsverschuldung handelt es sich um eine Bestandsgröße gemessen in der Einheit Euro, während es sich bei dem BIP um eine Stromgröße, gemessen in der Einheit Euro pro Jahr, handelt. Damit hat die Staatsschuldenquote die Einheit Jahre, d. h. eine Staatsschuldenquote von 1,5 bzw. 150 Prozent besagt, dass das Volumen an umlaufenden Staatsanleihen dem BIP von 1,5 Jahren bzw. 150 Prozent des aktuellen BIP entspricht. Die Staatsschuldenquote steigt, wenn ein Staat ein größeres Volumen an Anleihen emittiert als zurückgezahlt wird, oder aber, wenn das BIP aufgrund einer Rezession einbricht.

- Die Corona-Pandemie könnte eine Staatsschuldenkrise begünstigen, da sie sowohl auf den Zähler als auch auf den Nenner der Staatsschuldenquote eines Landes wirkt:
- Durch die Corona-Pandemie und die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie

kam es zu Einkommensausfällen bei den Haushalten (z. B. durch Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit) und zu Umsatzausfällen bei Unternehmen und Selbstständigen. Dies führt zu geringeren Steuereinnahmen.

- Damit es aufgrund der Corona-Pandemie nicht zu massenhaften Insolvenzen kommt, wurden staatliche Liquiditätsmaßnahmen für Unternehmen und Selbstständige beschlossen. Auch wenn diese wieder zurückgezahlt werden müssen, so muss der Staat erst einmal Ausgaben tätigen.

- Um den Einbruch der Wirtschaft zu bremsen, wurden umfangreiche Konjunkturprogramme beschlossen, die durch die

Emission von Staatsanleihen finanziert werden müssen. Zwar folgt hierdurch ein Anstieg der Staatsverschuldung, doch wäre die Schuldenquote auch ohne Konjunkturprogramm angestiegen, da ohne ein Konjunkturprogramm das BIP stärker einbrechen würde.

- Wenn die Finanzmarktteilnehmer die Staatsfinanzen als riskanter empfinden, dann werden sie als Risikoausgleich eine höhere Rendite fordern. Dann wird die Neuemission für die Staaten teurer, d. h. die Finanzierungskosten werden steigen und damit möglicherweise aktuelle und zukünftige Defizite höher ausfallen.

Die hohen Finanzierungskosten sind gerade für Italien ein Problem. Deshalb waren die Märkte recht nervös, als Italien von der Ratingagentur Fitch herabgestuft wurde (Fitch, 2020). Downgrades können Instabilitäten an den Finanzmärkten begünstigen:

- Investoren mit Anlagerichtlinien, wie beispielsweise Versicherungen, müssten die Staatsanleihen bei einem sehr negativen Downgrade verkaufen. Dies würde zu fallenden Kursen führen.
- Banken könnten die Staatsanleihen dann nicht mehr für ihre Refinanzierung am Interbankenmarkt verwenden, wodurch sich bei den Banken Finanzierungsschwierigkeiten ergeben. Für den Fall, dass die Banken die Anleihen nicht mehr als Sicherheiten für geldpolitische Operationen des Eurosystems nutzen könnten, wäre eine einheitliche Geldpolitik im Euroraum nicht mehr möglich. So hat das Eurosystem aufgrund

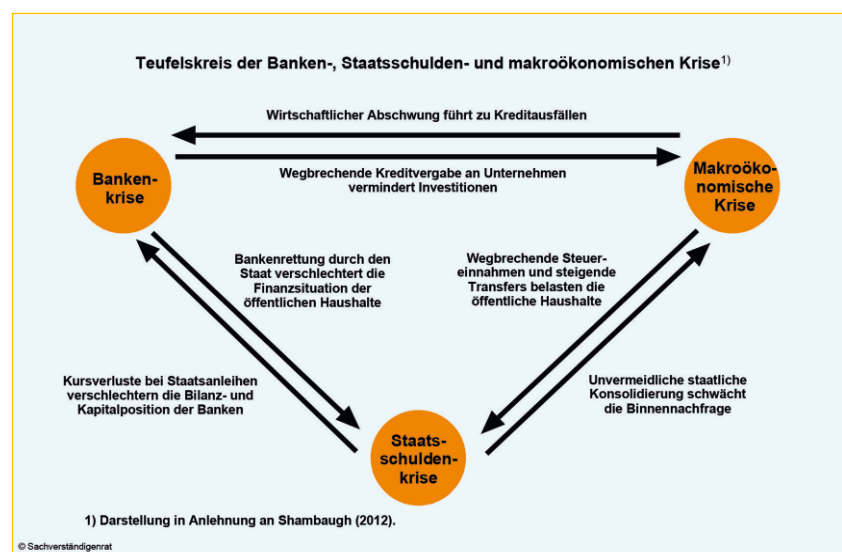


Abb. 4 „Teufelskreis der Banken-, Staatsschulden- und makroökonomischen Krise“ © Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Stabile Architektur für Europa – Handlungsbedarf im Inland, Jahresgutachten 2012/13, S. 65

der Staatsschuldenkrise in Griechenland zeitweise Anleihen des griechischen Staats nicht mehr als Sicherheiten von griechischen Banken akzeptiert. Diese mussten sich stattdessen über die Notfallliquidität der griechischen Zentralbank finanzieren.

- Gegenüber Ausfällen von Krediten an Unternehmen und Haushalten müssen Banken ausreichend Eigenkapital vorhalten. Staatsanleihen sind von dieser Regulierung ausgenommen, das heißt Banken können diese Anleihen mit geliehenem Geld erwerben, ohne Eigenkapital aufwenden zu müssen. Somit ist für den Fall des Wertverlusts bei Staatsanleihen kein Eigenkapital als Verlustpuffer eingeplant worden. Dadurch können Banken mit geringem Eigenkapital im Falle von Verwerfungen im Markt für Staatsanleihen nah an die regulatorische Mindestanforderung für das Eigenkapital kommen bzw. diese sogar unterschreiten und dadurch in Solvenzprobleme geraten. In diesem Fall muss die Bank in Schieflage stabilisiert werden, um den Zahlungsverkehr und die Kreditvergabe aufrechtzuerhalten.
- Die Renditen auf Staatsanleihen dienen am Finanzmarkt als Referenzgröße für alle anderen Zinsen. Steigen die Finanzierungskosten für einen Staat, so steigen auch die Finanzierungskosten für die Unternehmen, was eine Rezession begünstigen könnte.

Somit kommt den Märkten für Staatsanleihen eine hohe Bedeutung für die Stabilität der Finanzmärkte und den reibungslosen Ablauf von Finanztransaktionen zu. Staatsanleihen sind deshalb mehr als nur ein Finanzierungsinstrument des Staates. Kommt es also zu Verwerfungen auf den Märkten für Staatsanleihen, dann bedeutet das für die EZB, dass eine einheitliche Geldpolitik im Euroraum möglicherweise gestört sein kann. Sie wäre dann gezwungen, auf diesen Märkten zu intervenieren, wie sie es in Folge der Staatsschuldenkrise im Jahr 2011 und in Folge der Corona-Krise im Jahr 2020 bereits getan hat.

Von der Bankenkrise zur Staatsschuldenkrise

Die Corona-Pandemie hat zu Umsatzausfällen bei den Unternehmen geführt, was in Liquiditätsengpässen bei den Unternehmen

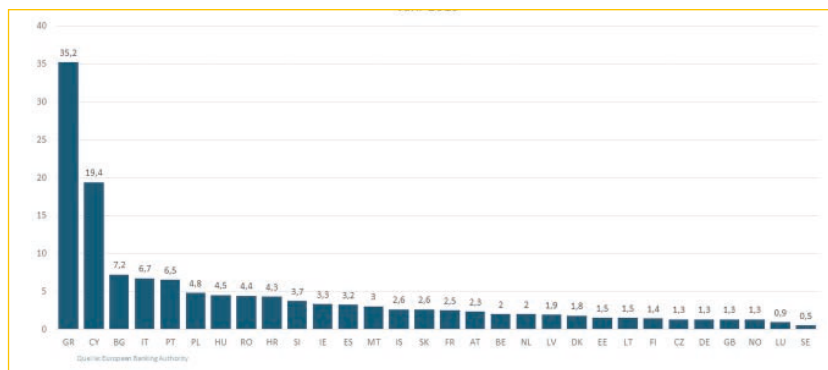


Abb. 6 „Anteil des Volumens an notleidenden Krediten in Prozent des Volumens der vergebenen Kredite im Jahr 2019“
© IW, 2020

resultiert hat. Für Unternehmen mit hoher Verschuldung können daraus schnell Solvenzprobleme entstehen. Können diese die Zinszahlungen und/oder Tilgungszahlungen nicht leisten, so müssen die Banken den betroffenen Kredit als notleidend vermerken. Notleidende Kredite senken durch die ausgefallenen Zinszahlungen die Gewinne der Banken und durch die ausgefallenen Tilgungszahlungen führen sie dazu, dass das Eigenkapital der Banken nicht für die Neukreditvergabe genutzt werden kann. Banken mit einem hohen Anteil an notleidenden Krediten können die Finanzierung der Wirtschaft nicht stemmen, was eine Phase der Stagnation begünstigt (Abb. 6).

Notleidende Kredite finden sich vor allem in Ländern mit einem ineffizienten Insolvenzrecht. So ist der Anteil der notleidenden Kredite in Deutschland oder Finnland geringer als in Italien. Gleichzeitig kann bei einer Insolvenz ein größerer Beitrag des ausgefallenen Kredits wieder hereingeholt werden. Zudem sind die Verfahren in Deutschland und in Finnland in der Regel kostengünstiger und weniger zeitintensiv als in Italien.

Im Zuge der Corona-Pandemie steigt das Risiko für einen Anstieg der Insolvenzen in den von Corona betroffenen Branchen. Neben Ausfällen im Gastgewerbe bestehen aber auch Risiken in der Finanzierung von Großprojekten, wie beim Schiffsbau und beim Flugzeugbau, wenn in den kommenden Jahren weniger gereist werden sollte.

Wenn sich große Verluste bei Banken ereignen, muss die Bankenaufsicht einschreiten. Eine Erfahrung aus den vorigen Krisen war, dass es gerade die Schieflage von Großbanken ist, die die Finanzen von Staaten in die Knie zwingen kann. Deshalb wurde mit der Bankenunion ein neuer institutioneller Rahmen geschaffen, um die Schieflage einer oder mehrerer großer Banken besser bewältigen zu können:

- Mit der ersten Säule der Bankenunion, dem Single Supervisory Mechanism, wurde eine einheitliche Bankenaufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank aufgestellt, um Vor-Ort-Prüfungen bei großen und systemrelevanten Banken durchzuführen und die Risiken und die Eigenkapitalausstattung der Banken besser überwachen zu können.
- Im Falle der Schieflage einer oder mehrerer systemrelevanter Großbanken steht mit der zweiten Säule der Bankenunion, dem Single Resolution Mechanism, eine Behörde mit den notwendigen Kompetenzen zur Abwicklung von sich in Schieflage befindlichen Großbanken zur Verfügung. In Spanien wurde bereits eine Großbank erfolgreich abgewickelt, ohne dass es zu Verwerfungen auf den Finanzmärkten kam (SRB, 2017).



Abb. 5 „Die drei Säulen der Bankenunion zur Vermeidung neuer Finanzkrisen: Bankenaufsicht, Bankenabwicklung und Einlagensicherung“
© picture-alliance/ dpd-infografik

- Eine gemeinsame Einlagensicherung war ursprünglich geplant, aber aufgrund von Widerständen vor allem aus Deutschland nicht umgesetzt worden. Man befürchtete, dass es zu Umverteilungen hin zu Ländern mit weniger soliden Bankensystemen kommen könnte. Mittlerweile zeigt sich hier aber ein Kompromiss hin zu einem Rückversicherungssystem für die nationalen Einlagensicherungsfonds.
- Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wurde eine internationale Finanzinstitution für den Euroraum geschaffen, die Länder in finanzieller Schwierigkeit gegen Reformauflagen Geld leihen kann. Um die Gefahr eines Teufelskreises aus Banken- und Staatsschuldenkrise einzudämmen, hat der ESM auch die Möglichkeit, Banken zu rekapitalisieren.



Abb. 7 „Schon läuft der Laden wieder“

© Klaus Stuttmann, 18.06.2011

Die Reaktionen der Europäischen Zentralbank auf die Corona-Krise

Neben der EU, den Regierungen der Mitgliedsländer des Euroraums, den Institutionen der Bankenunion und dem ESM kommt auch der EZB eine herausragende Rolle im Krisenmanagement zu. Vor dem Hintergrund der hohen Relevanz der Banken sowie der Märkte für Staatsanleihen für die Stabilität des Euroraums musste die EZB schon recht früh den Auswirkungen der Corona-Pandemie entgegentreten. Die Corona-Krise ist mit einer schwächeren Preisdynamik verbunden, was an den negativen Inflationsraten im Juni 2020 schon zu ersehen war. Um ihrem Mandat der Preisniveaustabilität gerecht zu werden, muss die EZB in einer solchen Situation expansiv ausgerichtet sein. Denn schon vor der Corona-Pandemie war die Inflationsentwicklung im Euroraum recht schwach und es fehlte an einem ausreichenden Puffer, um im Falle einer Rezession gegen die Risiken einer Deflation gewappnet zu sein.

Da das Zinsniveau global sehr niedrig ist und viele Zinsen auch vor Corona schon im negativen Bereich angesiedelt waren, konnte die EZB nicht einfach mit Senkungen ihres Leitzinses auf die Corona-Krise reagieren. Der Hauptrefinanzierungszins, d. h. der Zins, zu dem sich Banken Geld beim Eurosystem leihen, liegt schon seit längerer Zeit bei null Prozent, während der Einlagensatz, also der Zins, zu dem Banken Geld auf Konten des Eurosystems lagern, schon vor der Corona-Krise bei -0,5 Prozent lag. Die steigenden Zinsen auf italienische Staatsanleihen im März und April 2020 ließen schon recht früh eine Situation ähnlich der im Jahr 2011 befürchten, so dass die EZB gegensteuern musste. Aufgrund der enormen Bedeutung der Renditen auf Staatsanleihen für die Finanzierung von Unternehmen und Haushalten und der herausragenden Rolle der Banken für die Übertragung der Geldpolitik auf die Realwirtschaft, mussten von der EZB zielgerichtete Instrumente eingesetzt werden, wie z. B. die folgenden:

- **Pandemic Emergency Purchase Program (PEPP):** Bei diesem Programm werden Anleihen von öffentlichen und privaten Schuldern durch das Eurosystem angekauft. Damit soll verhindert werden, dass die Zinsen auf Staatsanleihen ansteigen, was zu höheren Finanzierungskosten bei Banken, Unternehmen und Haushalten führen würde. Zu diesem Zweck erwerben die Zentralbanken des Eurosystems Anleihen im Wert von insgesamt 1,35 Billionen Euro bis Ende 2021 oder, wenn erforderlich, darüber hinaus (EZB, 2020a).
- **Targeted Long-Term Refinancing Operations (TLTRO):** Zwischen dem 24. Juli 2020 und dem 23. Juni 2021 findet die dritte Runde dieser Operationen statt. Die ersten beiden Operationen dieser Art wurden in den Jahren nach der Banken-

Staatsschuldenkrise im Euroraum implementiert. Bei diesen Operationen können sich Banken Geld von der EZB zu einem negativen Zins von aktuell -0,75 Prozent leihen, wenn sie entsprechende Quoten für die Kreditvergabe an Unternehmen und Haushalte erfüllen (EZB, 2020b). Damit soll erreicht werden, dass die Banken die günstige Liquidität des Eurosystems nutzen, um Kredite an Unternehmen und Haushalte zu vergeben. Eine unerwünschte Nebenwirkung der ersten beiden Long-Term Refinancing Operations (LTROs) war, dass die Banken einen Teil der günstigen Zentralbankliquidität aufgewendet haben, um Staatsanleihen zu erwerben (Acharaya und Steffen, 2015).

- **Pandemic Emergency Long-Term Refinancing Operations (PELTRO):** Hierbei handelt es sich um LTROs ohne Bedingungen an die Kreditvergabe. Diese dienen der Liquiditätsabsicherung, um einen reibungslosen Ablauf der Geldmärkte zu garantieren (EZB, 2020c).
- **Rating-Floor:** Um zu verhindern, dass italienische Staatsanleihen nach einem Downgrade nicht mehr als Sicherheiten für die geldpolitischen Geschäfte des Eurosystems genutzt werden können und dass dadurch eine Übertragung der Geldpolitik nach Italien nicht mehr möglich ist, wurde vereinbart, dass das aktuelle Rating italienischer Staatsanleihen für die EZB auch im Fall eines Downgrades vorübergehend weiter gelten soll (EZB, 2020d).

Im Gegensatz zur Banken- und Staatsschuldenkrise in den Jahren 2011 und 2012 hat die EZB in dieser Krise sehr zeitnah und vorausschauend agiert. Am 13. April 2011 und am 13. Juli 2011 hatte die EZB ihre Leitzinsen jeweils um 0,25 Prozent erhöht, was sich im Nachhinein als Fehler herausgestellt hat, da die Finanzmärkte und auch die Konjunktur sehr empfindlich auf diese Zinserhöhung reagiert haben. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung und des ohnehin fehlenden Inflationsdrucks ist die sehr stark expansive Ausrichtung der Geldpolitik der Schwere der Corona-Krise angemessen.

Das Corona-Krisenmanagement der Federal Reserve Bank im Vergleich

Die geldpolitischen Reaktionen der EZB auf die Corona-Pandemie weichen sehr stark von den traditionellen geldpolitischen Interventionen, d. h. Leitzinsänderungen oder Devisengeschäften, ab. An die Stelle von geldpolitischen Instrumenten, wie den Leitzinsen, sind nun zielgerichtete Programme getreten, die noch stärker auf die aktuelle Krise zugeschnitten sind, als es noch in der

Banken- und Staatsschuldenkrise der Fall war. Auf den ersten Blick erscheint schnell der Eindruck, dass die EZB mehr und mehr von ihrem Mandat abweicht und die Rettung von Banken und Staaten übernommen hat. Zwar wurde schon an vorheriger Stelle gezeigt, dass der Bankenmarkt und die Märkte für Staatsanleihen eine wichtige Rolle für die Übertragung der Geldpolitik spielen und Störungen auf diesen Märkten die Übertragung einer einheitlichen Geldpolitik im Euroraum behindern. Doch zeigt ein Vergleich mit einigen der von der US-amerikanischen Federal Reserve Bank (Fed) eingesetzten Instrumente in der Corona-Krise, dass die Programme der EZB nicht „unkonventionell“ sind, und dass der Einsatz dieser Programme der Schwere der Krise zuzurechnen ist, der die Zentralbanken begegnen müssen.

Als Beispiele für die neue zielgerichtete Geldpolitik zur Überwindung der Corona-Krise seien hier die folgenden zielgerichteten geldpolitischen Operationen der Fed beschrieben:

- **Paycheck Protection Program Liquidity Facility (PPPLF):** Über das Paycheck Protection Programm (PPP) bekommen kleinere Unternehmen Kredite von der Small Business Administration, damit sie bei Umsatzausfällen ihre Mitarbeiter weiter bezahlen können und diese nicht zu entlassen brauchen. Von der Zielrichtung her ist dieses Programm vergleichbar mit den Liquiditätshilfen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Deutschland. Über das PPPLF vergibt die Fed Zentralbankliquidität an Banken, die im Rahmen des PPP Kredite an kleinere Unternehmen vergeben. Dabei akzeptiert die Fed diese Kredite als Sicherheiten gegen Zentralbankliquidität (BOG, 2020a). Das PPPLF ist damit in etwa vergleichbar mit dem oben beschriebenen TLTRO der EZB, die ebenfalls besicherte Corona-Kredite als Sicherheiten für die Bereitstellung von Liquidität entgegennimmt.
- **Primary Dealer Credit Facility (PDCF):** Bei den Primary Dealers handelt es sich um 24 Großbanken, die bei den Wertpapiertransaktionen der Fed als Gegenpartei zur Verfügung stehen. Diese stellen eine herausragende Rolle in der geldpolitischen Transmission dar. Im Rahmen der PDCF stellt die Fed diesen Banken günstig Liquidität zur Verfügung, um zu verhindern, dass diese in der Krise Liquidität eher horten als verleihen (BOG, 2020b). Von der Zielsetzung her ist dieses Programm mit dem PELTRO der EZB vergleichbar.
- **Money Market Mutual Fund Liquidity Facility (MMMLF):** Mit diesem Programm richtet sich die Fed an Banken, die Geld an Geldmarktfonds verleihen. Hierbei handelt es sich um Fonds, die in kurzfristig laufende Unternehmensanleihen, den so genannten Commercial Papers, investieren. Beim Aufkommen der Corona-Krise haben Investoren ihr Geld aus diesen Fonds herausgezogen, was dazu geführt hat, dass diese Commercial Papers verkaufen mussten, wodurch die Finanzierungskosten für die Unternehmen gestiegen sind (BOG, 2020c). Da die Geldmärkte für die Unternehmensfinanzierung im Euroraum eine weniger große Bedeutung haben, musste die EZB Unternehmensanleihen im Rahmen des PEPP direkt aufkaufen, um einen Anstieg der Finanzierungskosten der Unternehmen zu verhindern. Über die MMMLF hinaus kauft die Fed aber auch über zwei andere Programme Commercial Papers und Unternehmensanleihen direkt an.
- **Municipal Lending Facility:** Während der globalen Finanzkrise im Jahr 2008 hat die Fed massiv Anleihen des US-amerikanischen Zentralstaats gekauft, um den Finanzmärkten Liquidität zuzuführen und um die Finanzierungskosten für die Wirtschaft

Rendite zehnjähriger Staatsanleihen
monatliche Daten in Prozent, 2007-2014

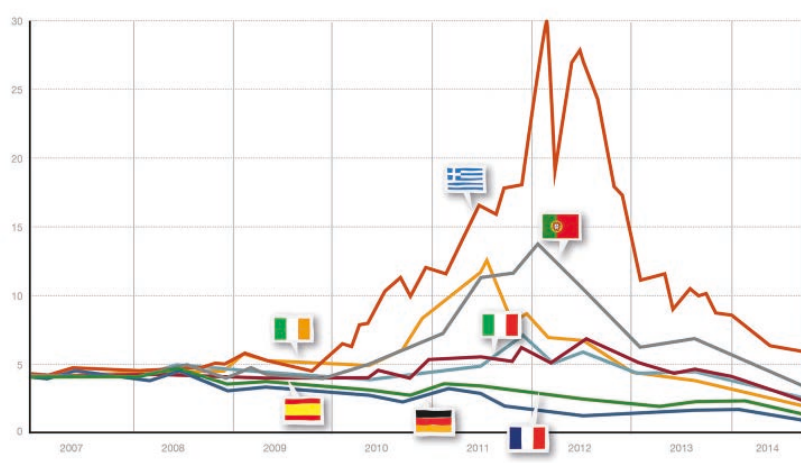


Abb. 8 „Rendite zehnjähriger Staatsanleihen“ © Quelle: Europäische Zentralbank, Lizenz: cc by-nc-sa/4.0/de/ Bundeszentrale für politische Bildung 2014

zu senken. Damals hat sie aber Abstand davon genommen, Anleihen von Bundesstaaten zu kaufen, da sie im Falle der Insolvenz eines Bundesstaates oder einer Kommune diese Anleihen hätte abschreiben müssen. Aufgrund der Schwere der Corona-Krise erwirbt die Fed nun auch Anleihen von Bundesstaaten mit mindestens 500 000 Einwohnern und von Städten mit mindestens 250 000 Einwohnern (BOG, 2020d). Damit nimmt die Fed viel riskantere Anleihen in ihre Bilanz als die EZB, wenn sie Staatsanleihen von Mitgliedsstaaten der Währungsunion erwirbt. Dies zeigt aber auch, dass die Fed eine mögliche Insolvenz von Bundesstaaten oder Städten durch Corona für sehr wahrscheinlich hält und Verwerfungen in Teilbereichen des Finanzmarktes, der Rückwirkungen auf die Gesamtwirtschaft nach sich ziehen würde, gerne vermeiden möchte. Denn würde eine größere Stadt in die Insolvenz gehen, so wären lokal angesiedelte Banken sofort in Schieflage, was die Finanzierung der dortigen Unternehmen gefährden würde, die aufgrund der Corona-Pandemie auf Bankkredite zur Überbrückung von Umsatzausfällen angewiesen sind.

Neben diesen Programmen führt die Fed noch weitere zielgerichtete Programme zur Begegnung der Corona-Krise durch, auf die hier aber nicht weiter eingegangen werden kann. Der Vergleich zwischen den aktuellen Krisenmaßnahmen der EZB und den Maßnahmen der US-amerikanischen Federal Reserve Bank zeigt, inwieweit Zentralbanken in modernen hochkomplexen und vernetzten Finanzsystemen Krisen nicht mehr alleinig mit dem Instrument des Leitzinses begegnen können, sondern zu umfangreichen und zielgerichteten Interventionen greifen müssen. Zwar haben diese geldpolitischen Programme eine gewisse Nähe zur Fiskalpolitik, wie die Municipal Lending Facility der Fed oder das PEPP der EZB, doch kann eine Zentralbank in solchen Krisenzeiten aufgrund der komplexen Vernetzung moderner Finanzmärkte nicht den Zusammenbruch einzelner Segmente des Finanzmarktes riskieren.

Wie groß ist die Gefahr einer erneuten Eurokrise?

Der Einsatz von zielgerichteten geldpolitischen Programmen, die auf einzelne Teilbereiche des modernen hochvernetzten Finanzsystems abzielen, findet sich nicht nur bei der EZB, sondern auch bei der Fed. Dies zeigt, wie groß die Gefahr des Nichthandelns für die Stabilität der Finanzmärkte in Zeiten einer globalen Pandemie

ist. Verwerfungen in der Staatsfinanzierung, z. B. durch ein Downgrade Italiens, würden in der aktuellen Situation die ohnehin schon beachtliche Krise weiter verschärfen.

Die EZB hat frühzeitig auf die Corona-Pandemie reagiert, was zeigt, dass sie aus den Erfahrungen der Banken- und Staatsschuldenkrise gelernt hat. Im Jahr 2012 war es die Rede des damaligen EZB-Präsidenten Mario Draghi, dass die EZB alles im Rahmen ihres Mandats tun werde, um den Euro zu erhalten, und die daraufhin beschlossenen geldpolitischen Maßnahmen, die die Märkte beruhigt haben. Ebenso entschlossen hat die EZB unter der Leitung ihrer Präsidentin Christine Lagarde gezeigt, dass die EZB über das Instrumentarium zur Verhinderung eines erneuten Aufflammens einer Banken- und Staatsschuldenkrise im Euroraum verfügt und dieses auch zielgerichtet einsetzen kann.

Es ist aber nicht nur die Geldpolitik allein, die dazu geführt hat, dass die Finanzmärkte heute viel stabiler sind als zu Zeiten der globalen Finanzkrise und der Banken- und Staatsschuldenkrise im Euroraum. Der Aufbau der europäischen Bankenunion mit der gemeinsamen Bankenaufsicht und dem gemeinsamen Abwicklungsmechanismus hat dazu beigetragen, Risiken im Bankensystem frühzeitig zu erkennen und im Falle der Schieflage einer großen und systemrelevanten Bank, diese zu stabilisieren und abzuwickeln, ohne dass es zu weiteren Verwerfungen in anderen Teilen des Finanzsystems oder der Gesamtwirtschaft kommt. Zudem halten die Banken viel mehr Eigenkapital zum Abpuffern von Verlusten als in der Zeit vor der globalen Finanzkrise.

Trotzdem kann eine Bankenkrise nicht ausgeschlossen werden. Die Corona-Pandemie hat zu großen Verlusten bei den Unternehmen geführt. Diese mussten Kredite aufnehmen, um ihren Betrieb am Laufen zu halten. Da diese Kredite nicht in zukünftiges Wachstum investiert wurden, sondern nur dem Ausgleich von Verlusten und der Deckung der laufenden Kosten gedient haben, müssen die Unternehmen diese Kredite erst abbauen, bevor sie neu investieren werden. Eine längere Phase mit einer niedrigen Investitionstätigkeit und einem niedrigen Wirtschaftswachstum ist damit möglich, wie sie in den ehemaligen Krisenländern in der Zeit nach der Banken- und Staatsschuldenkrise zu beobachten war. Es kann durchaus damit gerechnet werden, dass in den Ländern, deren Banken einen hohen Anteil an notleidenden Krediten in ihren Bilanzen haben, neue notleidende Kredite hinzukommen. Die Schieflage einzelner Banken kann nicht ausgeschlossen werden.

Staatsschuldenkrisen können ebenfalls nicht ausgeschlossen werden, denn die Verschuldung der Staaten wird durch die Corona-Pandemie ansteigen. Die Begebung von gemeinsamen Corona-Anleihen stellt hier eine Möglichkeit dar, den Druck von den einzelnen Staaten zu nehmen.

Zwar ist die aktuelle Krise die dritte schwere Krise, die der Euroraum innerhalb kurzer Zeit erfährt. Doch ist das Instrumentarium, das von EU, EZB und den Regierungen der Mitgliedsländer eingesetzt wird, auch angemessen, um einer derartigen Krise zu begegnen? Wie gut dies gelingen wird, kann an dieser Stelle noch nicht abschließend gesagt werden, da die Corona-Pandemie noch lange nicht abgeschlossen ist und vermutlich noch in diesem und dem nächsten Jahr anhalten wird.

Literaturhinweise

Acharaya, Viral V. und Sascha Steffen (2015): The „Greatest“ Carry Trade Ever? Understanding Eurozone Banks Risks, *Journal of Financial Economics*, Volume 115, Issue 2, 215–236



Abb. 9 „Solidarität bitte!“

© Gerhard Mester, 2020

Bundesgesundheitsministerium (2020): Coronavirus SARS-CoV-2: Chronik der bisherigen Maßnahmen, <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus/chronik-coronavirus.html>

BOG – Board of Governors of the Federal Reserve System (2020a): Paycheck Protection Program Liquidity Facility (PPPLF), <https://www.federalreserve.gov/monetarypolicy/ppplf.htm>

BOG – Board of Governors of the Federal Reserve System (2020b): Primary Dealer Credit Facility, <https://www.federalreserve.gov/regreform/reform-pdcf.htm>

BOG – Board of Governors of the Federal Reserve System (2020c): Money Market Mutual Fund Liquidity Facility, <https://www.federalreserve.gov/monetarypolicy/mmlf.htm>

BOG – Board of Governors of the Federal Reserve System (2020d): Municipal Liquidity Facility, <https://www.federalreserve.gov/monetarypolicy/muni.htm>

BPA – Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2020): Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/besprechung-der-bundeskanzlerin-mit-den-regierungschefinnen-und-regierungschefs-der-laender-1733248>

EZB – Europäische Zentralbank (2020a): Pandemic Emergency Purchase Program (PEPP), <https://www.ecb.europa.eu/mopo/implement/pepp/html/index.en.html>

EZB – Europäische Zentralbank (2020b): ECB announces easing of conditions for targeted longer-term refinancing operations (TLTRO III), https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.pr200312_1~39db50b717.en.html

EZB – Europäische Zentralbank (2020c): ECB announces new pandemic emergency longer-term refinancing operations, https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.pr200430_1~477f400e39.en.html

EZB – Europäische Zentralbank (2020d): ECB takes steps to mitigate impact of possible rating downgrades on collateral availability, https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.pr200422_1~95e0f62a2b.en.html

Fitch (2020): Fitch Downgrades Italy to ‚BBB-‘; Outlook Stable, <https://www.fitchratings.com/research/sovereigns/fitch-downgrades-italy-to-bbb-outlook-stable-28-04-2020>

SRB – Single Resolution Board (2017): Jährlicher Tätigkeitsbericht 2017, https://srb.europa.eu/sites/srbsite/files/srb_2018.1772_annual_report_2017_de.pdf

Statista (2020): Entwicklung der täglichen Fallzahl des Coronavirus (COVID-19) in Deutschland 2020, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1100739/umfrage/entwicklung-der-taeglichen-fallzahl-des-coronavirus-in-deutschland/>

IDEEN FÜR DEN UNTERRICHT (Ralf Engel)

Bildungsplanbezug Wirtschaft (5-stündig)

1. Grundlagen der Ökonomie
- (8) wirtschaftspolitische Zielsetzungen (unter anderem (...) Wirtschaftswachstum (...)) bewerten
4. Arbeitsmärkte
- (8) Angebots- und nachfrageorientierte (...) Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung bewerten
5. Internationale Finanzmärkte
- (7) die Bedeutung geldpolitischer Instrumente der Europäischen Zentralbank für die Stabilität des Währungsraums analysieren

Bildungsplanbezug Gemeinschaftskunde (5-stündig)

Wirtschaftspolitik

- (14) Funktionen des Staatshaushalts erläutern (gesamtwirtschaftliche Funktion, verteilungs- und sozialpolitische Funktion, Verwirklichung politischer Ziele, Bedarfsdeckung)
- (15) die Konzepte der kontraktiven und der expansiven Fiskalpolitik vergleichen
- (16) Maßnahmen der Fiskalpolitik auf nationaler oder europäischer Ebene bewerten
- (17) mögliche Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Politikfeldern Fiskal- (...) und Geldpolitik darstellen.

AUFGABEN ZUM BASISTEXT

1. Erklären Sie, inwiefern „die Corona-Pandemie eine Staatsschuldenkrise begünstigen [könnte], da sie sowohl auf den Zähler als auch auf den Nenner der Staatsschuldenquote eines Landes wirkt“.
2. Erläutern Sie folgende Aussage von Demary: „Die Schuldenquote [wäre] auch ohne Konjunkturprogramm angestiegen, da ohne ein Konjunkturprogramm das BIP stärker einbrechen würde.“
3. Erläutern Sie, wie sich steigende Schuldenquoten auf die Refinanzierungskosten von Staaten auswirken können und inwiefern hier auch von einem „Teufelskreis“ geredet wird.
4. Stellen Sie die Zielrichtung von PEPP in diesem Zusammenhang dar.
5. Überprüfen Sie, ob „die EZB mehr und mehr von ihrem Mandat abweicht.“

AUFGABEN ZUM MATERIALTEIL

Die EU auf dem Weg zur Transferunion?

1. Vergleichen Sie die Position Issings zur Geldpolitik der EZB mit der Demarys (M 1).
2. „Mehr Staat – mehr Markt“. Ordnen Sie die Position Issings begründet zu.
3. Arbeiten Sie ausgehend von M 2 die Grundzüge des EU-Aufbaus, der im Juli 2020 beschlossen wurde, heraus.
4. In der öffentlichen Diskussion gilt Deutschland oftmals als „Zahlmeister der EU“, Mark Schieritz (M 7) behauptet jedoch, die „hiesigen Wirtschaftsverbände“ seien gerade deshalb für den EU-Aufbau, weil sie rechnen könnten. Überprüfen Sie diese Einschätzungen ausgehend von M 6 und M 8.
5. Erörtern Sie Vor- und Nachteile des EU-Aufbaus aus unterschiedlichen Perspektiven (M 4–M 8).

Begleitmaterialien auf Moodle, Vgl. Hinweis S. 5

MATERIALIEN

M 1 Otmar Issing: „Das ist ein Tabubruch“, Interview: Mark Schieritz, Die ZEIT Nr. 30/2020, 16.07.2020

Der Ökonom Otmar Issing war Regierungsberater, Chefvolkswirt bei der Bundesbank und von 1998 bis 2006 bei der Europäischen Zentralbank (EZB). Er gehörte damit zu den zentralen Strategen für die Geldpolitik der EZB. Heute ist er Präsident des Center for Financial Studies an der Universität Frankfurt, das international zu Themen der Finanzwirtschaft forscht.

DIE ZEIT: Herr Issing, Sie beobachten seit mehr als einem halben Jahrhundert die ökonomische Lage, Sie waren Chefvolkswirt der Bundesbank und der Europäischen Zentralbank. Haben Sie so etwas wie diese Krise schon einmal erlebt?

Otmar Issing: Nein. Die Dimension des Wirtschaftseinbruchs ist weder mit den Ölkrisen der Siebzigerjahre noch mit der Finanzkrise nach dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers vergleichbar.

ZEIT: Die EZB kauft im großen Stil Staatsanleihen, um die Wirtschaft zu stützen. Was halten Sie davon?

Issing: Grundsätzlich gehören Anleihekäufe zum Instrumentarium jeder Notenbank. Dadurch sinken die Zinsen, das regt Konsum und Investitionen an. Eine Zentralbank kann im Prinzip fast unbegrenzt Wertpapiere kaufen, wenn es notwendig sein sollte. Sie schafft schließlich das Geld selbst, mit dem die Anleihen gekauft werden. Das steht so in jedem Lehrbuch zur Geldpolitik, auch in meinem. Aber je umfangreicher die Hilfsprogramme, desto größer die Gefahr, dass die Grenze zur monetären Staatsfinanzierung überschritten wird.

ZEIT: Was heißt das: monetäre Staatsfinanzierung?

Issing: Die Ausgaben des Staates werden nicht von privaten Anlegern, sondern – bildlich gesprochen – mit der Notenpresse finanziert.

ZEIT: Warum eigentlich nicht?

Issing: Die Geschichte lehrt uns: Wenn der Staat die Kontrolle über die Notenpresse erlangt, dann gibt es irgendwann kein Halten mehr. Es gerät immer mehr Geld in Umlauf. Nicht gleich, aber früher oder später folgt die Inflation. Es ist für Politiker einfach zu verlockend, staatliche Wohltaten zu verteilen, um beim Wähler zu punkten.

ZEIT: Es gibt aber Experten, die genau das fordern, zum Beispiel um den Kampf gegen den Klimawandel zu bezahlen.

Issing: Ich bezweifle nicht, dass der Staat Geld für sinnvolle Dinge ausgeben kann. Aber wenn eine Regierung über das Geld drucken frei verfügen kann, wird sie in Versuchung geraten, alle nur denkbaren Wünsche auf einmal zu erfüllen – ohne Rücksicht auf die tatsächlich vorhandenen volkswirtschaftlichen Ressourcen. Deshalb sind heute fast alle großen Notenbanken unabhängig und nicht an Weisungen der Politik gebunden.

ZEIT: Im Kern sagen Sie: Politiker können nicht mit Geld umgehen, deshalb darf man ihnen nicht zu viel davon geben. Wo bleibt da die Demokratie?

Issing: Nein, das sage ich nicht. Ich spreche davon, dass mit der Notenpresse in der Hand der Regierung beim Geldausgeben keine Grenze gesetzt ist. Die Notenbanken haben sich nicht selbst für unabhängig erklärt. Die Parlamente haben sich in einem demokratischen Verfahren für diesen Schritt entschieden. Ein kluger Verfassungsrechtler hat einmal gesagt: Das war eine bewusste Selbstentmachtung des Parlaments. Man weiß um die eigene Fehlbarkeit und setzt sich deshalb Grenzen. So wie sich Odysseus an den Mast seines Schiffes gebunden hat, um dem Gesang der Sirenen nicht zu erliegen. Im Fall Europas kommt noch eine weitere Schwierigkeit hinzu.

ZEIT: Welche?

Issing: Es wird oft argumentiert: Wenn die EZB Anleihen kauft, dann ist das überhaupt kein Problem, die US-Notenbank Federal Reserve macht das schließlich auch. Die Federal Reserve ist aber

die Notenbank eines Staates, die Europäische Zentralbank ist die Notenbank einer Währungsunion mit 19 Staaten. Das ist ein großer Unterschied. Die amerikanische Notenbank kauft amerikanische Staatsanleihen, es gibt aber keine gesamteuropäischen Staatsanleihen. Deshalb kauft die EZB Papiere aus Deutschland, Italien und den anderen Euro-Ländern. Das ist so, als würde die Federal Reserve texanische oder kalifornische Anleihen kaufen. Diese gibt es aber nicht, weil die Bundesstaaten keine Schulden machen dürfen.

ZEIT: Warum ist das ein Problem?

Issing: Weil die Gefahr besteht, dass selektiv einzelne Staaten gestützt werden. Doch dann fiele die disziplinierende Wirkung der Finanzmärkte aus. Wenn ein Mitgliedsland der Währungsunion immer mehr Schulden anhäuft, dann verlangen die Investoren normalerweise als Ausgleich für das gestiegene Risiko eines Zahlungsausfalls höhere Zinsen. Wenn nun die EZB zugunsten dieses Landes interveniert und die Zinsen nach unten drückt: Warum sollte sich eine Regierung um finanzpolitische Solidität bemühen? Die Kosten wiederum werden auf die Gemeinschaft der Euro-Länder abgewälzt, die für die EZB geradestehen.

ZEIT: Andererseits strömt in schweren Krisen wie dieser viel ausländisches Geld in das sichere Deutschland, wovon die deutsche Wirtschaft profitiert. Man könnte argumentieren: Die EZB gleicht lediglich diese Schieflage aus.

Issing: Ich weiß nicht, wie oft ich diese Diskussion mit Kollegen und Freunden in Italien geführt habe. Meine Position war immer: Es kommt nicht von ungefähr, dass Investoren Deutschland als sicheren Hafen für ihr Geld ansehen. Wenn frühere italienische Regierungen eine bessere Politik betrieben hätten, dann könnte sich Italien heute genauso günstig finanzieren wie Deutschland.

ZEIT: Das nützt den Italienern nur wenig, wenn ihnen das Geld ausgeht.

Issing: Das ist ja nicht der Fall. Italien kommt an frisches Geld, und gemessen an der Höhe der italienischen Staatsschulden hält sich die Zinsbelastung in Grenzen – nicht zuletzt wegen der Interventionen der EZB.

ZEIT: Das heißt: Sie halten die Politik der EZB für falsch?

Issing: Ich habe nicht verstanden, warum die EZB vor der Krise ihr Anleiheprogramm ausgeweitet hat – obwohl es wirtschaftlich längst wieder bergauf ging. Dafür gab es, geldpolitisch betrachtet, überhaupt keinen Grund. Da musste man sich schon fragen, ob es nicht in Wahrheit darum ging, einzelne hoch verschuldete Staaten zu stützen. Wir sind jetzt in einer anderen ökonomischen Situation. Ich halte es für angemessen, dass die EZB jetzt entschlossen gegensteuert. (...)

ZEIT: Auf dem EU-Gipfel in dieser Woche soll ein europäischer Wiederaufbaufonds für die von der Krise besonders betroffenen Staaten beschlossen werden. Halten Sie das für richtig?

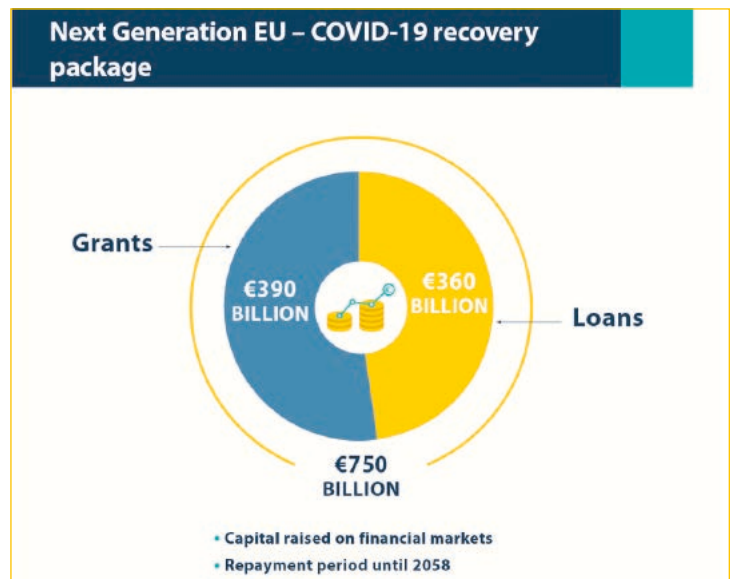
Issing: Die EU soll zur Finanzierung dieses Programms Schulden aufnehmen können. Das ist ein Tabubruch, der mir Sorgen macht.

ZEIT: Warum? Aus Sicht der Kommission ist der Fonds ein Schritt in Richtung einer politischen Union. Sie haben vor der Einführung des Euro wie viele deutsche Ökonomen argumentiert, eine solche politische Union sei die Voraussetzung für eine Währungsunion, weil die Staaten sonst wirtschaftlich auseinanderdrifteten.

Issing: Wenn man eine politische Union will, dann muss man umfassende Kompetenzen auf die europäische Ebene übertragen. Das erfordert Vertragsänderungen und muss demokratisch legitimiert werden. Die Bereitschaft dazu sehe ich nicht, vor allem nicht in Frankreich. (...)

© <https://www.zeit.de/2020/30/otmar-issing-geldpolitik-ezb-corona-krise-wiederaufbaufonds/komplettansicht>

M 2 Infografik – Next Generation EU – COVID-19 recovery package, Europäischer Rat



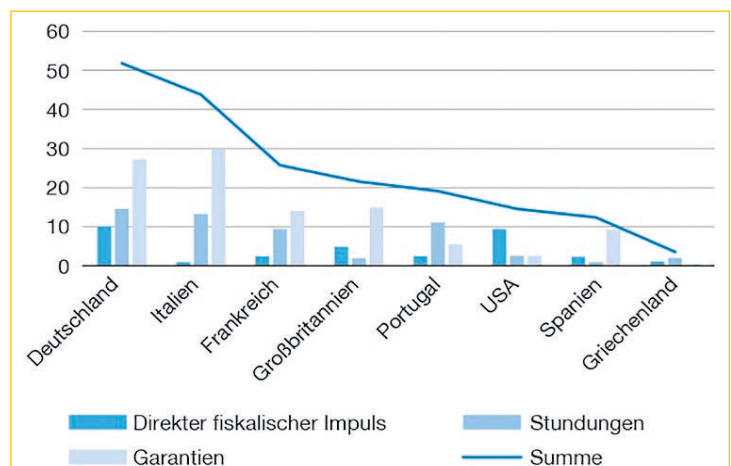
© <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/recovery-plan-mff-2021-2027/>

M 3 „Zu-gleich, Zu-gleich“



© Gerhard Mester, 2020

M 4a Diskretionäre [auf den Einzelfall bezogene, Anm. d. Red.] fiskalpolitische Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie in % des Bruttoinlandsprodukts, 2019



© Jens Südekum, Die europäische Antwort auf die Corona-Pandemie, in: Wirtschaftsdienst, 2020, Heft 6, <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2020/heft/6/beitrag/die-europaeische-antwort-auf-die-corona-pandemie.html>, Daten: BRUEGEL, 2020

M 4b „Es geht noch tiefer runter“



© Heiko Sakurai, 08.07.2020

M 5 Jan Schnellenbach, Transferunion oder nicht? Das steht noch nicht fest, Wirtschaftliche Freiheit, 22.07.2020

Die Bewertung der Beschlüsse des Brüsseler Gipfels vom vergangenen Wochenende ist zwiespältig. Es gibt viele Gründe, enttäuscht zu sein. Es wurden echte Transfers in Höhe von 390 Milliarden Euro beschlossen, die zu einem großen Teil an reformbedürftige Südländer fließen. Gleichzeitig fehlt es an einer echten Konditionalität. Zwar können Länder, die die Reformbemühungen von Empfängerländern für unzureichend halten, ein Kontrollverfahren initiieren. Die Wahrscheinlichkeit ist aber hoch, dass dieses Verfahren am Ende ähnlich zahnlos sein wird, wie etwa die Mechanismen zur Durchsetzung der Maastricht-Kriterien es immer waren. Deshalb ist es nicht unwahrscheinlich, dass in der nächsten Krise die Schuldenstandsquote zumindest Italiens nicht geringer sein wird als heute – und dass dann wiederum eine schwierige Entscheidung zwischen neuen Transfers und der Gefahr eines Schul-

denschnitts zu treffen sein wird. Denn die jetzt fließenden Mittel entschulden die Südländer nicht, sondern sie helfen den Ländern nur in den kommenden Jahren durch die größte Not.

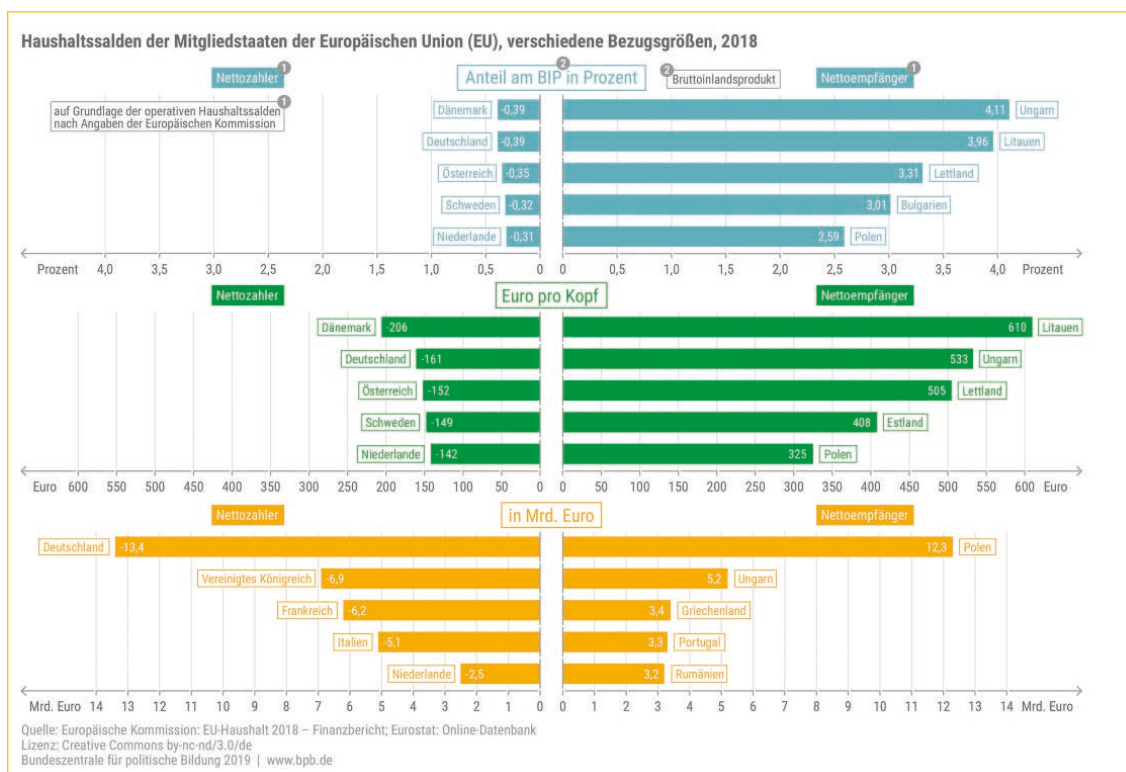
Erste grobe Schätzungen gehen davon aus, dass auf Deutschland durch das beschlossene Corona-Paket zusätzliche Lasten von etwa 80 Milliarden Euro zukommen. Vieles hängt dabei von noch offenen Details ab, etwa der Frage, welche neuen Einnahmefinstrumente die EU genau bekommt, um zusätzliche Einnahmen zur Schuldentilgung zu generieren. Tröstlich ist für Deutschland, dass die geschätzten 80 Milliarden über einen langen Zeitraum verteilt anfallen und die jährlichen Budgets kaum spürbar belasten werden.

Dennoch: 80 Milliarden sind ein sehr hoher Betrag, insbesondere dann, wenn man sich die konkreten Ausgaben vorstellt, von ICE-Strecken bis Bildungsinvestitionen, die man hiermit hätte finanzieren können. Man sollte sich also von der psychologischen Erleichterung, die die Verteilung auf viele Jahre bringt, auch nicht gänzlich in die Irre führen lassen. Die Bundesrepublik leistet hier einen sehr substantiellen Beitrag zum Zusammenhalt der EU und dies sollte, gerade auch von den Nettoempfängern, entsprechend gewürdigt werden.

Die Verhandlungsergebnisse für die nächste reguläre Budgetperiode der EU fallen eher enttäuschend aus. Der Löwenanteil der Mittel wird wiederum für ineffiziente Umverteilung in Form von Agrarsubventionen, sowie für leidlich effektive Umverteilung in Strukturprogrammen verwendet. Echte EU-weite öffentliche Güter, vom Klimaschutz bis zu einer europäischen Verteidigungspolitik, erhalten dagegen weiterhin nicht das nötige Gewicht. Die EU hat immer noch nicht die Kraft, dort angemessene Aktivität zu entwickeln, wo sie eigentlich echte Effizienzvorteile gegenüber nationalstaatlicher Politik realisieren könnte.

Es gibt allerdings auch Lichtblicke. Der Transferanteil fällt mit 390 Milliarden Euro geringer aus als ursprünglich von der Kommission vorgeschlagen und das Gesamtpaket ist deutlich moderater als viele an Phantasterei grenzenden Vorschläge, die in den vergangenen Monaten in der öffentlichen Diskussion standen. Vor allem aber kristallisiert sich mit den „Frugal Five“ [die sog. „Sparsamen Fünf“ – Dänemark, Schweden, die Niederlande, Finnland und Österreich traten auf dem Gipfel für weniger Zu-

M 6 Nettozahler und Nettoempfänger in der EU, bpb, 26.11.2019



© <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70580/nettozahler-und-nettoempfänger>

schüsse an die betroffenen Länder ein, Anm. d. Red.] ein Block von Ländern heraus, der fiskalischer Verantwortung in Brüssel ein gewisses Gewicht gibt. Kandidaten für Länder, die diese Gruppe zukünftig noch etwas anwachsen lassen könnten, gibt es auch – nicht zuletzt Deutschland.

Womit wir bei der Rolle der Bundesrepublik bei diesem Gipfel sind. Kritiker weisen darauf hin, dass die Bundeskanzlerin sich auf die Seite Frankreichs geschlagen und ihren natürlichen Ort im Kreis der fiskalisch konservativeren Länder verlassen habe. Da ist sicherlich etwas dran. Die inhaltliche Flexibilität der Bundeskanzlerin, die noch 2018 EU-Transfers vehement abgelehnt hat, ist wieder einmal atemberaubend.

Verlässliche und glaubhafte Politik gegenüber den eigenen Bürgern sähe anders aus, war aber nach aller Erfahrung der Vergangenheit ohnehin nicht mehr ernsthaft zu erwarten. (...)

Wichtiger als der Gipfel selbst wird sein, wie seine Ergebnisse im Nachhinein interpretiert und mit Leben gefüllt werden. Im Zusammenhang mit der Ausstattung der EU mit eigenen Steuerquellen gibt es noch lohnende politische Abwehrschlachten zu kämpfen. Je bescheidener diese Ausstattung ausfällt, desto besser, um eine allfällige Zentralisierungsdynamik (...) gar nicht erst ins Rollen kommen zu lassen. Falls die EU ein Bundesstaat werden soll, dann darf dieser Übergang nicht schleichend durch die Hintertür erfolgen, sondern muss offen diskutiert und gegebenenfalls durch Referenden in den Mitgliedstaaten legitimiert werden.

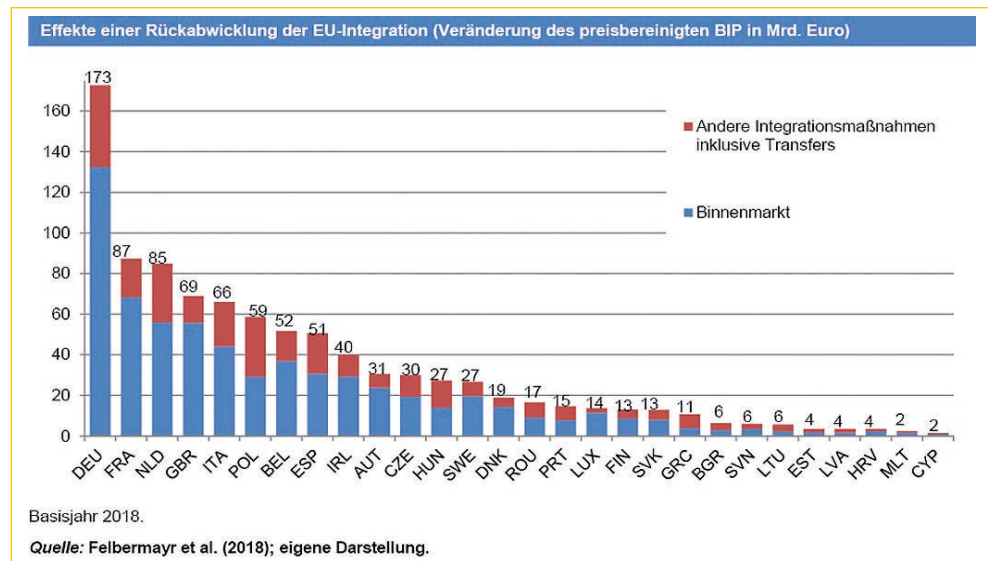
Bis es soweit ist, muss immer wieder betont werden, dass es hier um ein einmaliges, außergewöhnliches Paket geht, angesichts einer Pandemiekrise, die den ganzen Kontinent überraschend schwer getroffen hat. Noch ist die Transferunion nicht Realität. (...) Eine kluge Opposition gegen eine drohende Transferunion erkennt die Gipfelbeschlüsse als begrenzten Akt des Zusammenhalts in einer schweren Krisensituation an, besteht aber gleichzeitig darauf, dass es dabei bleibt.

© <http://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=27727>

M 7 Mark Schieritz, Das rechnet sich, DIE ZEIT Nr. 31/2020, 22. Juli 2020

War den Franzosen beim Sturm auf die Bastille klar, dass sie eine Revolution auslösen und den König stürzen würden (...)? Wahrscheinlich nicht. Die Geschichte tritt nicht hervor und sagt: Hallo, ich bin's, die Geschichte! Sie versteckt sich hinter den Ereignissen und dazwischen. Man muss sie suchen, wenn man sie finden will. Womit wir in der Gegenwart wären: beim Marathon-Gipfel der europäischen Regierungschefs, der in dieser Woche in Brüssel zu Ende gegangen ist und historisch betrachtet einiges zu bieten hat. Denn so ist die Lage: Während in den Mitgliedsstaaten die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit wütet, während überall auf der Welt alte Bündnisse zerbrechen, hat sich die oft totgesagte EU gewissermaßen selbst kräftig durchgeschüttelt und das ambitionierteste Haushaltspaket ihrer Geschichte geschnürt. Fast zwei Billionen Euro sollen in den kommenden Jahren ausgegeben werden, um die europäische Wirtschaft zu stützen – aber vor

M 8 Gabriel Felbermayr, Jasmin Gröschl, Inga Heiland und Jürgen Stehn, Die (Handels-)Kosten einer Nicht-EU, KIEL POLICY BRIEF, NR. 125, MAI 2019



© https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/-ifw/Kiel_Policy_Brief/Kiel_Policy_Brief_125.pdf

allem: um sie neu auszurichten. Denn auch wenn man bei den Zuwendungen für den Schutz des Klimas und für die Forschung gekürzt hat, um Geld zu sparen: Erstmals seit ihrer Gründung wird die EU mit den nötigen Finanzmitteln ausgestattet, um sich einer dem Problem angemessenen Bearbeitung künftiger Herausforderungen durch Digitalisierung, Deglobalisierung und die ökologische Transformation zumindest nähern zu können. Das ist, wenn man sich im Rest der Welt umschaute, keine Selbstverständlichkeit. Und es kann ja auch noch nachgebessert werden.

Damit wäre die finanzielle Dimension der Einigung beschrieben, aber mindestens genauso wichtig ist die institutionelle. Denn um sich das Geld zu beschaffen, wird die EU etwas tun, was bisher nur den Nationalstaaten vorbehalten war: Sie wird im großen Stil Kredite aufnehmen, die in ein paar Jahren wieder zurückbezahlt werden müssen. Dazu sollen eigene europäische Steuern oder Abgaben eingeführt werden, zunächst auf Plastik, später vielleicht – das ist zumindest der Plan – auf Finanztransaktionen oder auf klimaschädliche Produktionsweisen.

Man könnte sagen: Indem sie sich wie ein Staat finanziert, wird die EU selbst ein klein wenig zum Staat. Und so wie der Nationalstaat in der Welt von gestern die Bedingung der nationalen Selbstbestimmung war, so ist in der Welt von morgen eine geeinte EU die Bedingung der europäischen Selbstbestimmung. Denn allein machen sie dich ein. Die Briten werden das noch erleben. (...) Es wird also mit Sicherheit noch weitere komplizierte Gesprächsrunden in Brüssel geben. Doch wenn diese Dinge geregelt sind, dann darf man optimistisch sein. Insofern offenbaren diese Tage auch die argumentative Schwachstelle des Pauschalvorwurfs, hier würden am Ende nur wieder die Deutschen (oder die Österreicher, die Niederländer, die Dänen) für Italien „bezahlen“. Natürlich bezahlen wir, aber wir bezahlen auch für ein Mittagessen, einen Urlaub oder ein Paar Schuhe. Wer bezahlt, der bekommt für sein Geld eine Gegenleistung. In diesem Fall besteht die Gegenleistung darin, dass in Deutschland Arbeitsplätze gesichert werden, wenn die Italiener dank der Aufbauhilfe ihre Märkte offen halten und wieder mehr deutsche Autos kaufen. Vielleicht sogar elektrische.

Das würde erklären, weshalb selbst die Chefs der hiesigen Wirtschaftsverbände dem Deal etwas abgewinnen können. Nicht weil sie den Karlspreis für ihre Verdienste um Europa wollen, sondern weil sie rechnen können.

© <https://www.zeit.de/2020/31/eu-gipfel-haushaltspaket-aufbaufonds-schuldenhilfspaket-europaeische-union>

7. Die Corona-Krise: Ende der Globalisierung?

KARL-HEINZ PAQUÉ

Das Jahr 2020 wird als ein ganz besonderes in die Wirtschaftsgeschichte eingehen. Das ist heute schon klar. Die Corona-Krise hat zu einem Einbruch des Wirtschaftswachstums geführt, wie es ihn seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gegeben hat. So schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP), also die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung, (saisonbereinigt) im ersten Quartal 2020 in der Europäischen Union um 3,2 Prozent und im zweiten Quartal um 11,9 Prozent. Im Vorjahresvergleich war es im zweiten Quartal ein Einbruch von 14,4 Prozent. Für Deutschland war die Schrumpfung nur unwesentlich schwächer: zuletzt im laufenden Quartalsvergleich 10,1 Prozent und im Vergleich zum 2. Quartal des Vorjahres 11,7 Prozent. Man muss schon sehr weit in der Geschichte von Friedenszeiten zurückgehen – bis zur Weltwirtschaftskrise 1930/32 –, um einen Einbruch dieses Ausmaßes in der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Europa und Deutschland zu finden. Selbst die Weltfinanzkrise 2008 kann da nicht mithalten. In ihrer Folge brach in Deutschland das BIP 2009 um rund 5 Prozent ein, das ist gerade mal die Hälfte dessen, was die Nation gerade durch Corona durchmacht.



Abb. 1 „Aussichten der deutschen Schlüsselindustrie“

© Heiko Sakurai, 07.04.2020

■ Unsicherheit als Zeichen der Krise

Es gibt drei Gründe, warum es extrem schwierig ist, die Folgen dieser Krise abzuschätzen. Erstens ist es genau deren gigantisches Ausmaß, das alle bisherigen Erfahrungshorizonte sprengt und entsprechende Vergleiche entwertet. Zweitens ist es ihre globale Dimension: Praktisch alle Länder der Welt sind betroffen, erleben ihren eigenen scharfen wirtschaftlichen Einbruch und sind gleichzeitig von den massiven Einbrüchen in Handelspartnerländern schwer in Mitleidenschaft gezogen. Bei der hohen internationalen Verflechtung macht dies Prognosen umso schwieriger. Drittens ist der Charakter der Krise ein ganz besonderer. Es geht nämlich nicht um eine Krise, die ihren Ursprung in der Wirtschaft selbst hat, sondern in einem simplen medizinischen Tatbestand: der extrem leichten Verbreitung eines Virus – genannt: Covid-19 –, der die risikolosen Kontaktmöglichkeiten massiv einschränkt und damit auch das gesellschaftliche Leben, zu dem vor allem auch die wirtschaftliche Tätigkeit gehört. Das hat es noch nie gegeben – jedenfalls nicht in der Form, dass die globale Gesellschaft ihre Aktivität wegen der Risiken bewusst und gewollt zurückführt. Der letzte vergleichbare Fall, die Spanische Grippe am Ende des Ersten Weltkriegs 1918/19, war zwar im Ergebnis der Mortalität viel verheerender als Covid-19, führte aber nicht zuletzt wegen der Nachkriegswirren in vielen Ländern nirgendwo zu einer systematischen Einschränkung des öffentlichen Lebens, geschweige denn zu international koordinierten Reaktionen. Kurzum: Jeder Versuch, die wirtschaftlichen Folgen von Corona

abzuschätzen, ist in hohem Maße spekulativ. Eine wissenschaftliche Fundierung ist seriös kaum möglich. Dies gilt insbesondere für die Wirkung auf die Globalisierung. Wir zerlegen die Analyse in vier Abschnitte (Teile 2 bis 5). In Teil 2 blicken wir – kurz und summarisch – auf die Trends der Globalisierung in den letzten zwei Jahrzehnten bis zu Corona. In Teil 3 erläutern wir, was Corona volkswirtschaftlich bedeutet. In Teil 4 prüfen wir, welche Folgen dies für die Globalisierung haben könnte – und zwar unter Berücksichtigung der Trends, die auch ohne Corona zu erwarten waren. Teil 5 schließt mit einer Reihe politischer Schlussfolgerungen.

■ Trends der Globalisierung

Wir leben ohne jeden Zweifel in einem Zeitalter der Globalisierung, also der langfristig zunehmenden Verflechtungen der Weltwirtschaft, und zwar was Güterhandel, Kapitalverkehr und auch die Mobilität von Arbeitskräften betrifft. So hat der internationale Handel seit den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts massiv zugenommen, und zwar mit einer Dynamik, die es noch niemals zuvor gab. Bis in die frühen achtziger Jahre wurde dieser Trend vor allem durch die europäische Integration und die transatlantischen Handelsbeziehungen befeuert, seither sind es vor allem die schnell wachsenden und bevölkerungsreichen Volkswirtschaften Asiens, die den Prozess antreiben. Allen voran gilt dies für das riesige China, das sich vor etwa 40 Jahren wirtschaftlich zu öffnen begann. Es folgten die mittel- und osteuropäischen Staaten nach dem Fall des Eisernen Vorhangs sowie auch zunehmend afrikanische und lateinamerikanische Nationen.

In den 1990er und 2000er Jahren erreichte diese Dynamik ihre stärkste Stoßkraft. Im Gefolge der Weltfinanzkrise 2008/09 gab es allerdings einen tiefen Einbruch des Handelsvolumens, der an-

schließlich relativ zügig rückgängig gemacht wurde – mit der mehr oder weniger raschen Erholung der großen Volkswirtschaften der Welt in Amerika, Asien und Europa. Allerdings zeigte sich anschließend, dass eine Rückkehr zur alten Dynamik der Handelsexpansion – und damit der Globalisierung – nicht gelang. **Abb. 4** macht dies deutlich: Der dort abgebildete Index der güterwirtschaftlichen Globalisierung seit 2000 weist einen steilen Anstieg in der Zeit 2000–08 auf, danach im Zeitraum 2008–11 den Einbruch mit anschließender Erholung und darauf folgend im Zeitraum 2011–20 eine nur noch sehr moderate Steigerung, wenn nicht gar eine Stagnation mit zyklischen Schwankungen (Felbermayr, Görg, 2020). Dies ist ein inzwischen etablierter Befund, für den das britische Wirtschaftsmagazin *The Economist* 2019 den treffenden Begriff „slowbalization“ prägte – in Abgrenzung zur dynamischen „globalization“ –, der ihr voranging (*The Economist*, 24.01.2019).

Wie kam es zu dieser Verlangsamung? Und hätte sie sich auch ohne Corona fortgesetzt? Die erste dieser Fragen lässt sich noch relativ präzise beantworten. Zwei Gründe waren wohl ausschlaggebend, einer wirtschaftlich und einer politisch. Wirtschaftlich stieß der Prozess der weltweiten Zerlegung von Wertschöpfungsketten im verarbeitenden Gewerbe, zunächst dynamisch betrieben vor allem von multinational tätigen Konzernen und mittelständischen Unternehmen der Hochtechnologie, an einen ersten Punkt der Sättigung. Das sogenannte „offshoring“ von Produktionsstufen in Länder mit niedrigen Löhnen, aber hinreichend ausgebildeten Arbeitskräften begann einem gewissen Gegentrend zum „reshoring“ zu weichen. Woran das im Einzelnen lag, kann dahinstehen. Zu vermuten ist, dass sich zum einen die Produktwelt in den führenden Industrienationen sehr stark in Richtung von Höchstqualitäten entwickelte, die eher an geografisch nahe gelegenen Standorten erreicht werden können; zum anderen sind die Arbeitskosten in den meisten dynamisch wachsenden Entwicklungs- und Schwellenländern gestiegen, so dass manche Auslagerung schlicht nicht mehr lohnte. Hinzu kam in den allerletzten Jahren möglicherweise ein stärkeres Bewusstsein westlicher Konsumenten für die soziale und ökologische Qualität der Produktionsbedingungen vor Ort – und damit eine Präferenz für sogenannten zertifizierten Fairtrade sowie leichter kontrollierbare Herstellungsbedingungen, seien sie im Inland oder im nahe gelegenen Ausland.

Politisch gab es zunehmende protektionistische Tendenzen in den Industrieländern. Dies war zum Teil eine Reaktion darauf, dass im Bewusstsein der Öffentlichkeit die Meinung vorherrschte, dass Teile der Gesellschaft durch die Weltmarktkonkurrenz von großen Ländern wie China und Indien massive Einkommensnachteile hinnehmen mussten. Vor allem das politische Programm des derzeit amtierenden amerikanischen Präsidenten Donald Trump nahm die Ängste der eigenen Bevölkerung auf und setzte sie in einer betont protektionistischen Agenda des sogenannten „America First“ um. Die Folge war, dass praktisch alle Bemühungen um eine Fortentwicklung des freien Handels über multilaterale Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) zum Stillstand kamen – erstmalig seit den frühen fünfziger Jahren. Ohne die Vereinigten Staaten als treibende Kraft blieb nur der Ausweg bilateraler Abkommen zu Freihandel und Investitionspartnerschaften, die tatsächlich von der Europäischen Union mit einer Reihe von bevölkerungsreichen Ländern geschlossen wurden, aber natürlich eine weitere globale Liberalisierung (noch) nicht ersetzen können. Hinzu kam, dass die USA unter Trump die Importe von einzelnen Handelspartnern wie der Europäischen Union und China mit Strafzöllen belegte, was zu begrenzten Handelskriegen führte und damit die Globalisierung weiter bremste. Alles in allem traf also die Corona-Krise keineswegs auf eine Weltwirtschaft in schwungvoller Dynamik in Richtung verstärkter Integration. Im Gegenteil, wirtschaftliche und politische Gründe ließen erkennen, dass die Zeit der ungebremsen Globalisierung wohl dem Ende zugeht. Allerdings gab es noch kein starkes „Roll back“ – im Sinne eines systematischen Zerfalls der Globalisie-

	Export- anteil¹	Bruttoinlandsprodukt			Konsumentenpreise²		
		2019	2020	2021	2019	2020	2021
Europa							
EU	58,6	1,4	-4,0	1,8	1,4	1,2	1,3
Euroraum	37,1	1,2	-4,4	2,0	1,2	0,9	1,2
UK	6,0	1,4	-4,6	2,0	1,8	1,8	1,7
Schweiz	4,3	0,9	-2,4	0,7	0,1	0,5	0,4
Russland	2,0	1,3	-6,0	4,1	4,5	3,5	3,4
Türkei	1,5	0,1	-6,2	5,1	15,3	7,0	7,7
Asien							
China	7,2	6,1	0,1	9,0	2,9	2,1	2,9
Japan	1,6	0,8	-3,3	0,7	0,3	1,3	0,6
Südkorea	1,3	2,0	-1,1	3,9	0,3	0,4	1,7
Indien	0,9	5,3	0,4	8,2	4,4	5,6	3,6
Amerika							
USA	9,0	2,3	-3,1	2,0	1,4	1,6	1,5
Kanada	0,9	1,6	-2,0	2,5	1,6	1,9	1,8
Mexiko	1,0	0,1	-2,0	2,6	3,5	2,4	2,3
Brasilien	0,8	0,9	-2,9	3,8	3,7	3,2	3,5
Ozeanien/Afrika							
Australien	0,7	1,8	-2,2	2,7	1,9	1,8	1,5
Südafrika	0,7	0,2	-1,5	2,3	3,6	3,8	3,8
Summe	90,2						
		Welthandel			Welt-BIP³		
		2,5	-6,5	7,5	3,0	-1,3	4,3
1 Anteil an den gesamten deutschen Warenexporten 2019 in %. 2 Harmonisierter Verbraucherpreisindex für EU und Mitgliedsländer, ansonsten Konsumdeflator. 3 Wachstum bezieht sich auf US-Dollar-Größe. Umrechnung mit Kaufkraftparitäten (2011).							
Quellen: Macrobond, NiGEM, Berechnungen des IMK; ab 2020 Prognose des IMK unter Verwendung von NiGEM.							

1 Anteil an den gesamten deutschen Warenexporten 2019 in %.

2 Harmonisierter Verbraucherpreisindex für EU und Mitgliedsländer, ansonsten Konsumdeflator.

3 Wachstum bezieht sich auf US-Dollar-Größe. Umrechnung mit Kaufkraftparitäten (2011).

Quellen: Macrobond, NiGEM, Berechnungen des IMK; ab 2020 Prognose des IMK unter Verwendung von NiGEM.

Abb. 2 „Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts und der Konsumentenpreise wichtiger globaler Handelspartner, Veränderung gegenüber Vorjahr in %“

© IMK Report 161, September 2020, https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_161_2020.pdf

rung. Eher herrschte ein Zustand der Labilität, in der man nicht wusste, ob eine Rückkehr zu früheren Trends möglich ist oder auf Dauer eine Art „Plafond“ der globalen Integration erreicht sein würde.

Der Corona-Schock

Was genau war der „Corona-Schock“ aus volkswirtschaftlicher Sicht? Um die Frage zu beantworten, ist es nützlich, zwischen zwei Typen von „Schocks“ zu unterscheiden: (1) Nachfrageschocks als Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, also von Konsum, Investitionen, Staatsausgaben und/oder Exporten; und (2) Angebotschocks als Veränderungen des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials.

Der Nachfrageschock

Kurzfristig ist der „Corona-Schock“ ein massiver Nachfrageschock. Der vorübergehende Lockdown der wirtschaftlichen Aktivität zur Vermeidung der Seuchenverbreitung sowie die fortdauernden Restriktionen der menschlichen Kontaktmöglichkeiten („social distancing“) sorgten sofort und ganz offensichtlich für einen Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, und zwar praktisch in allen Bereichen der Volkswirtschaft. Am augenfälligsten ist dies beim privaten Konsum. Viele „körpernahe“ Dienstleistungen verschwanden vorübergehend vom Markt und wurden nach dem Lockdown nur in regulierter Form wieder zugelassen.

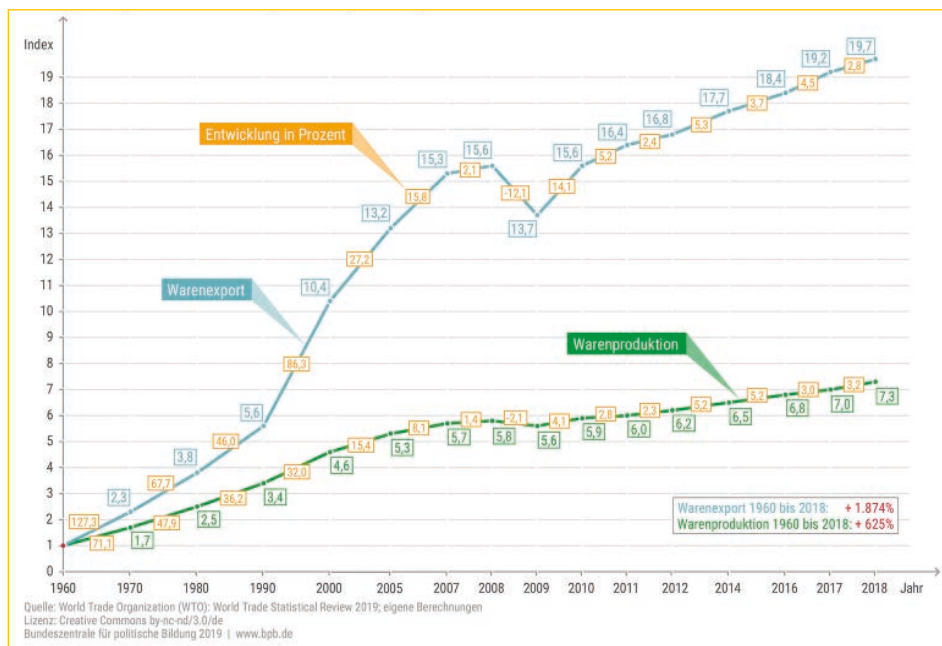


Abb. 3 „Entwicklung des grenzüberschreitenden Warenhandels. Index (1960 = 1), in konstanten Preisen, Entwicklung in Prozent, weltweit 1960 bis 2018“

© <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52543/entwicklung-des-warenhandels>, Lizenz: cc by-nc-nd/3.0/de/

Analoges gilt für Kultur und Kunst sowie Messen und generell alle Veranstaltungen, die mit großen Menschenansammlungen verbunden sind – einschließlich Sport und Tourismus. Daneben gab es einen Nachfrageeinbruch, weil Anschaffungen langlebiger Konsumgüter privater Haushalte und Investitionen von Unternehmen zurückgestellt wurden – bei den privaten Haushalten als Reaktion auf gesunkene Einkommen infolge der weit verbreiteten Kurzarbeit oder drohender Arbeitslosigkeit, bei den Unternehmen wegen der Stokung des Absatzes und damit unterausgelasteter Kapazitäten.

Das vielleicht prominenteste, aber nicht das einzige Beispiel dafür ist die deutsche Automobilindustrie. Die Käufe von Neuwagen von privaten Haushalten und Nutzfahrzeugen von Unternehmen brachen drastisch ein – mit der Konsequenz, dass die Branche (und deren weitverzweigte Zulieferindustrien) auf breiter Front zur Kurzarbeit überging. Tatsächlich erreichte in Deutschland die Zahl der Kurzarbeiter im Frühjahr 2020 gesamtwirtschaftlich ein historisches Hoch – mit 10,7 Millionen Anmeldungen und knapp 6 Millionen Fällen tatsächlicher Kurzarbeit allein im April weit mehr als in früheren Krisen. Selbst die traditionell wirtschaftlich stärksten Industrieregionen in Deutschland, Baden-Württemberg und Bayern, sind davon massiv betroffen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Corona-Schock – gemessen am quantitativen Ausmaß des Einbruchs der kurzfristigen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage – das Schlimmste darstellt, was es bisher in der deutschen Wirtschaftsgeschichte zu Friedenszeiten seit der Weltwirtschaftskrise 1930/32 gegeben hat. Auch qualitativ ist der Schock et-

was völlig Neues: Niemals zuvor waren lokale und regionale Dienstleister in ähnlicher Größenordnung betroffen wie die exportorientierten Industrien, die bei „normalen“ Konjunkturschwüngen weit überproportionale Einbrüche hinnehmen müssen, wie zuletzt 2009 im Gefolge der Weltfinanzkrise.

Genau deshalb haben die Bundesregierung und die Landesregierungen in Deutschland sowie die Europäische Union (EU) und viele andere Nationen massive kreditfinanzierte Hilfsprogramme aufgelegt – in der Summe die größten, die es jemals in der Geschichte der staatlichen Unterstützung der privaten Wirtschaft gegeben hat. Die Programme belaufen sich allein in Deutschland insgesamt auf eine Größenordnung von 300 Milliarden Euro, in der EU – über mehrere Jahre gestreckt – auf fast zwei Billionen Euro. Sie reichen von kurzfristigen Liquiditätshilfen bis zu mittel- und langfristigen zinsgünstigen Krediten und Zuschüssen zu privaten Investitionen. Die Adressaten der Hilfe sind – neben privaten Haushalten – Unternehmen grundsätzlich aller Größenklassen, bis hin zum einzelnen Selbständigen ohne Mitarbeiter.

Niemand kann derzeit voraussehen, wie stark diese Hilfen zur Stabilisierung der Situation beitragen. Grundsätzlich sind sie geeignet, den Schock abzufedern und Unternehmen vor Illiquidität und Insolvenz zu bewahren. Wie wirksam sie in dieser Hinsicht sind, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, die schwer voraussagen sind. Was das Volumen betrifft, dürften die Hilfen ausreichen, zumal die Regierungen das glaubwürdige Signal aussenden, „zur Not“ noch quantitativ nachzusteuern. Die Refinanzierung an den nationalen und internationalen Kapitalmärkten dürfte dabei durchaus möglich sein, da bei niedrigen, für Deutschland sogar negativen langfristigen Zinsen für Staatsanleihen genug privates Kapital zur Verfügung steht, ohne eine

stigen Krediten und Zuschüssen zu privaten Investitionen. Die Adressaten der Hilfe sind – neben privaten Haushalten – Unternehmen grundsätzlich aller Größenklassen, bis hin zum einzelnen Selbständigen ohne Mitarbeiter.

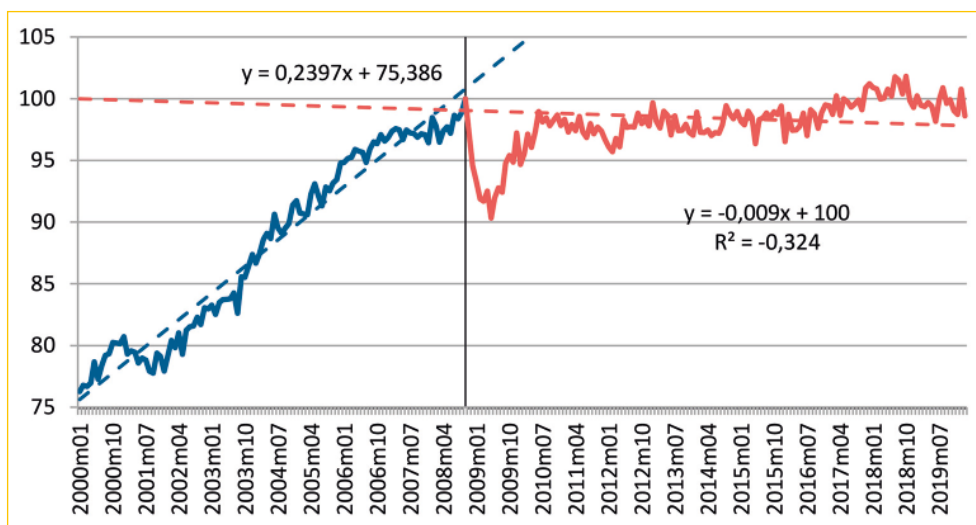


Abb. 4 „Die Folgen von Covid-19 für die Globalisierung“ © Das Schaubild stammt mit freundlicher Genehmigung der Autoren aus Felbermayr, Gabriel, Holger Görg, „Die Folgen von Covid-19 für die Globalisierung“. Perspektiven der Wirtschaftspolitik 2020, Band 21, Heft 2.

Schuldenkrise zu provozieren. Hinzu kommt, dass die Europäische Zentralbank (EZB) und die Zentralbanken anderer Länder bei niedrigsten Inflationsraten bereitstehen, den Kapitalmarkt, falls nötig, monetär zu alimentieren. Mit einer gewissen Prognosevorsicht ist deshalb zu erwarten, dass es nicht zu einer Finanzkrise kommt – und zwar selbst dann nicht, wenn sich die Corona-Krise noch länger hinzieht und die rettende Verfügbarkeit eines wirksamen Impfstoffs länger auf sich warten lässt als derzeit erhofft.

Der Angebotsschock

Viel schwieriger ist die Frage, wie sich der Nachfrageschock mittel- und langfristig auf das gesamtwirtschaftliche Produktionspotenzial auswirkt. „Überhaupt nicht“ – dies wäre eine theoretisch durchaus naheliegende Antwort. Warum? Weil der Nachfrageschock die Ausstattung der Volkswirtschaften mit funktionsfähigen Maschinen, motivierten Menschen und moderner Technologie zunächst nicht berührt. Es gibt ja – anders als im Kriegsfall – keine flächendeckende Zerstörung, sondern nach Auslaufen der Nachfrageschwäche kann eigentlich die Produktion wieder auf das Niveau hochgefahren werden, das vor der Krise herrschte. Genau dieser Vorstellung folgt ja auch die Idee der staatlichen Hilfen: Man kompensiert durch Hilfen vorübergehend den Umsatzausfall, um (fast) alle Unternehmen zu retten, die in der Summe das Produktionspotenzial der Volkswirtschaft darstellen. Und man erlaubt massive Kurzarbeit, um die Beschäftigten vorübergehend außerhalb der Betriebe zu „parken“, damit sie anschließend schnellstmöglich an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, dessen technische Ausstattung weitgehend unverändert bleibt. Es ist das (theoretische) Bild einer „Produktionspause“ gewaltigen Ausmaßes – nicht weniger, aber auch nicht mehr.

Leider spricht die Erfahrung der meisten früheren schweren Konjunkturkrisen gegen diese beruhigende Perspektive, die sich allenfalls aus der Hoffnung ableiten lässt, es würde sich im Wesentlichen das Muster der Erholung ergeben, das wir in Deutschland nach der Weltfinanzkrise 2008 erlebten. Damals folgte tatsächlich dem scharfen Konjunktüreinbruch 2009 eine fast ebenso scharfe Erholung 2010 und 2011, die aber wohl damit zusammenhing, dass die Krise sich auf Banken und Industrie konzentrierte und breite Teile der Binnenwirtschaft weitgehend unberührt ließ. Es ging also vor allem darum, die Liquiditätsbedingungen zu verbessern, und wo dies, wie in Deutschland und den USA, rasch gelang, war die Krise auch schnell zu Ende – im Unterschied zu Südeuropa, wo der Einbruch in eine Staatsschuldenkrise mündete. Damals blieben auch Teile der Weltwirtschaft außerhalb Europas und Nordamerikas von der Krise weitgehend verschont, was die Stabilisierung über den Außenhandel hierzulande maßgeblich erleichterte.

Während und nach Corona ist die Lage heutzutage eine ganz andere. Sie lässt sich eher vergleichen mit der Reaktion der westlichen Volkswirtschaften auf die Öl- und Rohstoffpreiskrisen der siebziger und achtziger Jahre, die eine mittel- und langfristige Kontraktion des Produktionspotenzials nach sich zogen – damals als Folge dauerhaft gestiegener Produktionskosten. Heute könnte die langfristig wirksame Veränderung in einer Neubewertung der Geschäftslage durch die private Wirtschaft bestehen, die für die Post-Corona-Welt eine dauerhaft veränderte Nachfrage- und Präferenzstruktur der Konsumenten erwartet – mit weitreichenden Konsequenzen für den Einsatz von Arbeitskräften und innovativen Technologien sowie für Investitionen. Paradebeispiele dafür liefern etwa die Einschränkung von Dienstreisen durch digitale Technik, die Wahl veränderter Urlaubsziele und der Wechsel der Einkaufsgewohnheiten vom Einzel- zum Versandhandel. Alle Erfahrung lehrt, dass ein solcher Prozess nicht beschäfti-

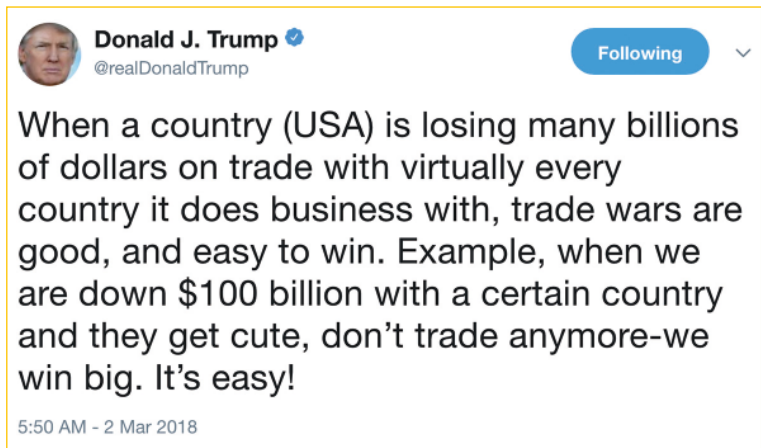


Abb. 5 „Trade wars“

© Twitter

gungsneutral wirkt, sondern nur im Zuge einer tiefgreifenden Rationalisierung der Produktionsabläufe und Wertschöpfungsketten stattfindet. Damit verbunden ist die Gefahr deutlich steigender Arbeitslosigkeit – als langfristiges Ergebnis, sobald die massive Kurzarbeit zurückgeführt wird. Ein Teil des Produktionspotenzials wird verschwinden. Das britische Wirtschaftsmagazin *The Economist* hat dies jüngst treffend mit dem Begriff „The 90 % Economy“ belegt – und dies auf seinem Titelblatt als abgerissene Seite mit unregelmäßiger Abrisskante visualisiert, die den Post-Corona-Zustand westlicher Volkswirtschaften darstellen soll (*The Economist*, 02.05.2020). Also: Nach der Rückkehr zu einer neuen Normalität eine strukturell geschrumpfte und verkleinerte Ökonomie.

Die sozial problematischste Folge einer solchen Entwicklung sind die Konsequenzen für den Arbeitsmarkt: Mochte man bisher völlig realistisch erwarten, dass sich Deutschland auf dem Weg zur Vollbeschäftigung und Knappheit von Arbeitskräften befand und zwar vor allem durch das Ausscheiden der großen Babyboomer-Generation aus dem Arbeitsmarkt (Paqué, 2012), so könnten die Zeichen inzwischen anders stehen. Und dies besonders für weniger gut qualifizierte Arbeitskräfte, die vor allem in den binnenmarktorientierten Branchen lokaler und regionaler Dienstleistungen überproportional vertreten sind. Weitgehend unabhängig von der Globalisierung bahnt sich hier eine neue Welle struktureller Arbeitslosigkeit an, die wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitisch sehr ernst genommen werden muss.

Bleibt die Frage: Was bedeutet all dies für die Globalisierung? Es ist realistisch zu unterstellen, dass die Neubewertung der Geschäftslage nach Corona in allen Industrienationen und Schwellenländern stattfindet, da ja auch die Pandemie sich überall ausgebreitet hat, wenn auch mit unterschiedlicher zeitlicher Abfolge. Könnte dies gar das Ende der Globalisierung einläuten?

Die Folgen für die Globalisierung

Zunächst gilt es, vor einer Dramatisierung zu warnen: Die Globalisierung hat längst ein Niveau erreicht, sodass ein „Ende“ von ihr wohl mehr einem futuristischen Albtraum entspringt als nüchterner Analyse der Lage. Allerdings ist deren Ergebnis, wie oben in Teil 1 gezeigt, durchaus kritisch, was die Fortsetzung des expansiven Trends der Globalisierung in den beiden Jahrzehnten zwischen Fall des Eisernen Vorhangs und Weltfinanzkrise entspricht. Es geht also eher darum, die Frage zu beantworten, ob die Corona-Krise das Abbremsen der Globalisierung weiter verschärfen und strukturell akzentuieren wird. Die Antwort ist: wahrscheinlich ja, zumindest dann, wenn politisch nicht gegengesteuert wird.

Es sind im Wesentlichen fünf Kräfte, die strukturell in der Post-Corona-Zeit gegen die Globalisierung wirken. Ihr Ausmaß ist der-



Abb. 6 „Fußball vor leeren Rängen“

© picture alliance / M.i.S.-Sportpressefoto | MiS

zeit noch weitgehend Spekulation, aber ihre Qualität ist es nicht. Im Folgenden fassen wir alle fünf Kräfte kurz zusammen und stellen anschließend die Frage, wie ihnen konstruktiv begegnet werden kann, wenn man – wie der Verfasser dieser Zeilen – die Globalisierung für einen Trend hält, der im Wesentlichen die Prosperität der Welt befördert.

a) Wirtschaftliche Kontraktion

Kommt es tatsächlich in vielen Nationen – einschließlich Deutschlands – zu einer Art geschrumpften „90%-Economy“, so hat dies ganz automatisch die Konsequenz einer geringeren internationalen Handelsverflechtung und abnehmender Direktinvestitionen. Denn in einer Phase des geschwächten gesamtwirtschaftlichen Wachstums werden typischerweise internationale Engagements von Unternehmen komplett überdacht und überproportional gekürzt, weil sie oft mit hohen Kosten verbunden sind. Dies war auch in den siebziger und achtziger Jahren im Gefolge der Ölpreiskrisen zu beobachten. Auch damals wurde der Trend zur Globalisierung ab 1973 erkennbar abgeschwächt und nahm erst wieder Fahrt auf, als der Ölpreis Mitte der achtziger Jahre deutlich abnahm und die Restrukturierung der Volkswirtschaften in den führenden Industrienationen einem ersten Abschluss entgegenging.

b) Reshoring der Wertschöpfungsketten

Jenseits der reinen Kontraktionswirkung ist auch mit einem spezifischen „Reshoring-Effekt“ aus der Corona-Erfahrung zu rechnen. Denn diese hat gezeigt, dass Wertschöpfungsketten über die Grenzen von Ländern und Kontinenten hinweg im Falle von Störungen besonders empfindlich reagieren. Dies gilt selbst zwischen benachbarten Ländern wie Deutschland, Frankreich, Großbritan-

nien und Italien, deren Außenhandel miteinander in kürzester Zeit zwischen 30 und 50 Prozent zurückging, also geradezu zusammenbrach. Damit wurden lange etablierte Wertschöpfungsketten vorübergehend blockiert und zum Beispiel viele Betriebe des verarbeitenden Gewerbes in Deutschland an einer weiteren Produktion gehindert, obwohl diese durchaus noch auf potenzielle Nachfrage traf. Die damit verbundenen Risiken werden in der Zukunft bei Investitionsentscheidungen weit stärker berücksichtigt als bisher.

c) Schutz der Gesundheit

Von Seiten der Regierungen wird es in Zukunft eine viel stärkere Gewichtung der nationalen Gesundheitsinteressen geben, als dies bisher der Fall war. Dies wird generell die Neigung verstärken, im gesundheitlichen Krisenfall schneller und rücksichtsloser zu Grenzkontrollen bis hin zu Grenzsicherungen zu greifen. Dies gilt selbst dann, wenn es keine erwiesenen objektiven Gründe für die Isolierung eines Landes gibt, da der nationale politische Druck im konkreten Fall so stark sein wird, dass sich weder demokratische noch autokratische Regierungen diesem entziehen können. Im Namen des „Schutzes vor Viren aus dem Ausland“ (o.Ä.) wird es regelmäßig Interventionen in den Handel geben können. Jedenfalls werden private Unternehmen jederzeit damit rechnen müssen, weit mehr zumindest als in der Vergangenheit. Dies wird die Neigung erhöhen, auf internationale Wertschöpfungsketten im Zweifel zu verzichten.

Kurzarbeit in Deutschland

Personen, für die ein Antrag auf Kurzarbeit eingereicht wurde

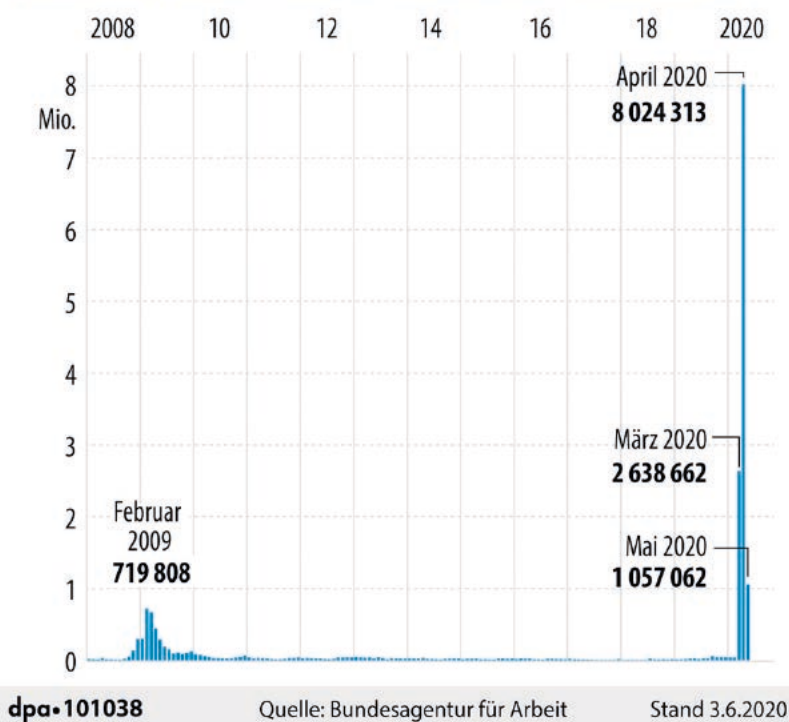


Abb. 7 „Entwicklung der Kurzarbeit“

© picture alliance/dpa/dpa Grafik | dpa-infografik GmbH



Abb. 8 „Grenzübergang Klingenbach: Grenzschießung durch Ungarn aufgrund der steigenden Zahl an Coronavirus-Infektionen“, 01.09.2020 © picture alliance / ROBERT JAEGER / APA / picturedesk.com | ROBERT JAEGER

d) Welle des Protektionismus

Die Erfahrung der Corona-Krise spielt in die Hand jener politischen Kräfte, die vor allfälligen Gefahren der Globalisierung warnen und eher für Protektionismus plädieren. Dies sind in den westlichen Industrienationen im Wesentlichen die Extreme des politisch-ideologischen Spektrums, also Rechtspopulisten, die ohnehin gegen die Rückwirkungen der Globalisierung auf die heimischen Arbeitsmärkte argumentieren und demonstrieren, sowie links-ökologische Parteien, die den internationalen Handel und die Aufspaltung der Wertschöpfungsketten für weltweite soziale und ökologische Missstände verantwortlich machen. Hier könnte es zu einem neuen „Ausmaß der Ängste“ kommen, ergänzt und erweitert um eine Komponente der Gesundheitspolitik, die der öffentlichen Diskussion eine zusätzlich emotionalisierende Dimension verleiht. Erste Ansätze dazu sind bereits zu beobachten.

e) Gefahr von Handelskriegen

Mit steigender Arbeitslosigkeit, zunehmendem Reshoring, wachsender Sorge um den Gesundheitsschutz und politischer Bereitschaft zur Protektion kann es immer leichter und öfter zu Handelskriegen kommen. Und dies in jener Konstellation, die sich in den letzten Jahren global als zunehmend „konfliktgeneigt“ erwiesen hat: mit den Vereinigten Staaten als Treiber eines aggressiven Unilateralismus, der wenig Rücksicht nimmt auf die Stabilität und den Fortbestand bewährter Regelwerke wie die der Welthandelsorganisation (WTO); und mit China als einem bevölkerungsreichen, autokratisch regierten Land mit aggressivem Staatskapitalismus, der mit einer neomerkantilistischen und neoimperialistischen Strategie der globalen Marktdurchdringung die Interessen des chinesischen Staates und nicht die marktwirtschaftliche Prosperität des eigenen Volkes und der Welt insgesamt im Auge hat.

Politische Schlussfolgerungen

Soweit die fünf zentralen Kräfte, die nach und durch Corona auf die Globalisierung wirken. Sie sind alle fünf negativ. Es ist nicht zu erkennen, dass Corona – für sich genommen – eine positive Wirkung auf die Globalisierung haben könnte. Dies gilt allerdings nicht für die politischen Reaktionen, die sich im Anblick dieser (negativen) Kräfte herausbilden sollten, nach dem banalen Motto: „Gefahr erkannt, Gefahr gebannt!“ Dabei sollte im Vordergrund stehen, die völlig berechtigten gesundheitspolitischen Belange und Ziele zu trennen von der Globalisierung im Sinne der europa- und weltweiten Zerlegung von Wertschöpfungsketten.

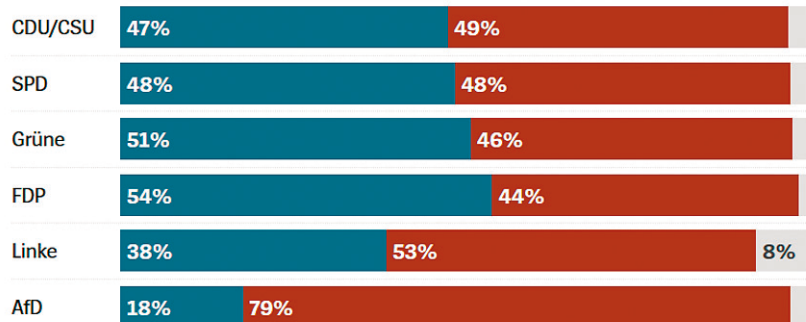
Klar ist: Die Verbreitung von Viren geht fast ausschließlich auf die Mobilität von Menschen zurück, die Träger der Viren sind oder sein können. Hier sollten die Lehren vor allem durch eine präzise Analyse der Verbreitung von Covid-19 gezogen werden. Es zeigte sich zum Beispiel für den Fall von Deutschland, dass insbesondere die unkontrollierte Rückkehr von Urlaubern aus Skigebieten sowie

von Geschäftsleuten aus den Krisengebieten in China die Ausbreitung des Virus befeuerten. Die Erfahrung von Ländern wie Taiwan, die frühzeitig und konsequent durch einen hervorragend organisierten Gesundheitsschutz die Ausbreitung des Virus im eigenen Land unterbanden, können dabei als erstes Vorbild dienen. Darüber hinaus bedarf es – gerade gesundheitspolitisch – einer intensiven internationalen Zusammenarbeit und Koordination, insbesondere über die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Sie muss gestärkt werden, auch durch neue internationale Gesundheitsvorschriften, die völkerrechtlich bindend sind und im Detail Pflichten der Notifikation, Vorschriften der Transparenz und klare Verfahrensregeln enthalten (Felbermayr, Görg, 2020). Diese müssten dann natürlich auch im internationalen Handel Anwendung finden. Ähnliches gibt es bereits bei der Anwendung von

Die Globalisierung ist eher...

Nach Wahlabsicht Bund, Angaben in Prozent der Befragten

■ Chance ■ Risiko ■ Weiß nicht



Repräsentative Umfrage unter 3061 Befragten, Befragungszeitraum 15.2. bis 15.5.2020, Stichprobenfehler 2,6 Prozent. Gruppierte Antworten: Die Globalisierung ist a) ganz klar eine Chance b) eher eine Chance c) ganz klar ein Risiko d) eher ein Risiko.

Quelle: Civey

DER SPIEGEL

Abb. 9 „Die Globalisierung ist eher...“ © Spiegel-Umfrage, Die Deutschen rücken von der Globalisierung ab, Der Spiegel, 20.05.2020

Maßnahmen des Pflanzenschutzes im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO).

Hier muss es schnellstmöglich Fortschritte geben. Es sollte ein zentrales Ziel der Europäischen Union (EU) sein, die Initiative dazu zu ergreifen. Ihr Interesse an dem Überleben und Gedeihen eines funktionierenden internationalen Regelwerks als Bollwerk gegen unilateralen Protektionismus im derzeitigen Stil der USA und gegen den Staatskapitalismus in China ist ungebrochen. Hinzukommen sollte eine Offensive in der EU selbst, was das Offenhalten der Grenzen auch in Krisenzeiten betrifft. Denn auch innerhalb der EU erwies sich in der Corona-Krise die Offenheit der Gren-

zen als brüchig, was den Zusammenbruch der internationalen Wertschöpfungsketten nur beschleunigte und zur Tiefe der Corona-Krise beitrug. Auch diese eigene Baustelle muss die EU bearbeiten. Und auch hier gibt es keinen anderen Weg als eine Intensivierung der gesundheitspolitischen Kooperation. Nur so können die Kräfte gezähmt werden, die im Krisenfall die wirtschaftliche Integration zerstören bzw. aus Angst vor einer Krise defensiv reagieren und damit die Globalisierung gefährden. Fazit: Corona und seine Folgen sind eine gewaltige Herausforderung für Europa und die Welt. Aber diese Herausforderung ist bewältigbar, wenn nur genug politischer Wille zur Kooperation da ist. Diese muss aber zügig beginnen, damit nicht jene Kräfte die Oberhand gewinnen, die ohnehin – und völlig zu Unrecht – die Globalisierung für Teufelswerk halten.

Literaturhinweise

Bundesagentur für Arbeit (2020), Inanspruchnahme konjunkturelles Kurzarbeitergeld nach § 96 SGB III - September 2020, Nürnberg,

Wertschöpfung: Fast ein Viertel basiert auf Importen

So viel Prozent der Wertschöpfung, die in deutschen Waren und Dienstleistungen enthalten ist, stammten im Jahr 2015 aus dem ...

	... Inland	... Ausland	Darunter:			
			EU-27	USA	China	Vereinigtes Königreich
Gesamtwirtschaft	76,6	23,4	10,0	2,3	1,9	1,4
Darunter:						
Dienstleistungen	84,3	15,7	7,0	2,1	0,7	1,2
Verarbeitendes Gewerbe	64,9	35,1	14,8	3,0	3,8	1,8
Darunter: DV-Geräte, Elektronik	54,8	45,2	10,7	4,4	12,6	1,6
Chemie, Pharmazie, Gummi, Kunststoff, Glas	60,7	39,3	14,1	3,6	1,8	2,5
Kraftwagen und -teile	71,0	29,0	15,3	2,5	2,2	1,6
Maschinenbau	71,8	28,2	12,8	2,3	3,2	1,3

Deutsche Waren und Dienstleistungen: für die Endnachfrage in Deutschland oder den Export bestimmt
EU-27: ohne Vereinigtes Königreich

Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Abb. 10 „Wertschöpfung“

© <https://www.iwd.de/artikel/lieferketten-anpassen-aber-nicht-zerstoeren-468314/>

https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202009/arbeitsmarktberichte/konjunkturelles-kurzarbeitergeld/konjunkturelles-kurzarbeitergeld-d-o-202009-pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Felbermayr, Gabriel/ Görg, Holger (2020): „Die Folgen von Covid-19 für die Globalisierung“. Perspektiven der Wirtschaftspolitik 2020, Band 21, Heft 2

Paqué, Karl-Heinz (2012): Vollbeschäftigt! Das neue deutsche Jobwunder. München 2012

Sachs, Andreas/ Funke, Claudia/ Kreuzer, Philipp/ Weiss, Johann (2020): Globalisierungsreport 2020, Protektionismus ist die falsche Antwort auf Corona – Die Globalisierung erhöht den Wohlstand, Bertelsmann Stiftung (Hg.), <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2020/september/protektionismus-ist-die-falsche-antwort-auf-corona-globalisierung-erhoeht-den-wohlstand>

The Economist (2019), Ausgabe vom 24. Januar 2019, <https://www.economist.com/weeklyedition/2019-01-26>

The Economist (2020), Ausgabe vom 02. Mai 2020, <https://www.economist.com/weeklyedition/2020-05-02>

IDEEN FÜR DEN UNTERRICHT

(Gerhard Altmann)

Bildungsplanbezug Gemeinschaftskunde (Leistungsfach)

Wohlstand und Wirtschaftswachstum

(2) Einflussfaktoren auf das Wachstum erläutern (politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche, natürliche Rahmenbedingungen)

Wohlstand und Wohlstandsverteilung

(3) Ursachen der Globalisierung erklären (politische, sozio-kulturelle, wirtschaftliche, technologische) und die Dimensionen der Globalisierung charakterisieren (politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche, ökologische)

(4) die Konzepte des Freihandels und des Protektionismus vergleichen (zum Beispiel theoretische Annahmen, Zugang zu Märkten, politische Maßnahmen)

Globales Regieren

(2) Tendenzen der Weltpolitik erläutern (Globalisierung und Fragmentierung, Entstaatlichung und Staatlichkeit, Verrechtlichung und Entrechtlichung)

Bildungsplanbezug Wirtschaft (Leistungsfach)

1. Grundlagen der Ökonomie

(6) die wirtschaftliche Lage Deutschlands anhand von Konjunkturindikatoren analysieren

3. Globale Gütermärkte

(2) Gründe für die Internationalisierung von Unternehmen beschreiben und eine Wertschöpfungskette darstellen.

(3) Gründe für internationalen Handel mithilfe von Theorien erklären (eine klassische und eine moderne Außenhandelstheorie) und deren Aussagekraft beurteilen

(8) Möglichkeiten und Grenzen internationaler Ordnungspolitik beurteilen (Neue Welthandelsordnung, WTO, NGOs)

AUFGABEN ZUM BASISTEXT

1. Erläutern Sie mögliche Folgen eines BIP-Rückgangs für unterschiedliche Wirtschaftsakteure.
2. Erläutern Sie die Ursachen der „slowbalization“.
3. In seinem Artikel erwähnt der Autor die Welthandelsorganisation WTO. Erörtern Sie Möglichkeiten und Grenzen der WTO, den globalen Handel zu fördern.
4. Ordnen Sie das Instrument der Kurzarbeit mit seinen Auswirkungen den Strömen des Wirtschaftskreislaufs zu.
5. Vergleichen Sie die ökonomischen Auswirkungen der Finanzkrise von 2008/2009 mit denen der Corona-Pandemie.
6. Bewerten Sie die wirtschaftlichen Folgen des Aufstiegs populistischer Bewegungen.

AUFGABEN ZUM MATERIALTEIL

1. Das Coronavirus und die internationale Arbeitsteilung – ein Strukturbruch?

1. Erläutern Sie die Aussageabsicht des Karikaturisten Gerhard Mester (M 1).
2. Analysieren Sie Auswirkungen der Corona-Krise auf die internationale Arbeitsteilung.
3. Arbeiten Sie aus dem Artikel M 2 heraus, weshalb der Autor bereits vor der Corona-Pandemie einen „Trend zur Deglobalisierung“ ausmachte.

II. Globalisierung – ein ökonomisches Heilmittel gegen die Pandemie?

4. Gestalten Sie eine Strategie für eine ökonomische Weltordnung, die „solidarisch, regelbasiert und nachhaltig wird“ (M 2).
5. Gestalten Sie eine politische Rede zu der Frage: Ist Protektionismus eine geeignete Antwort auf Corona?

Begleitmaterialien auf Moodle, Vgl. Hinweis S. 5

MATERIALIEN

M 1 „Globalisierung“



© Gerhard Mester, 2020

M 2 Marc Saxer, Das Ende der Globalisierung, wie wir sie kennen, Der Spiegel, 11.04.2020

(...) Seit der Finanzkrise geht es mit dem globalen Handel und grenzüberschreitenden Investitionen nicht mehr so richtig aufwärts. In der Coronakrise ziehen Investoren nun so viel Geld aus Schwellenländern ab wie nie zuvor.

Hinter dem Trend zur Deglobalisierung stehen handfeste geopolitische Gründe. Lange hing der Westen der Hoffnung an, Handel werde zu Wandel in Peking führen. China hat jedoch sein Versprechen, den eigenen Markt für Wettbewerber zu öffnen, nicht eingelöst. Im Gegenteil, Pekings merkantilistische Industriepolitik zielt ganz offen auf die Dominanz Chinas in den Hochtechnologien der Zukunft.

In Washington besteht seit Längerem ein parteiübergreifender Konsens, die amerikanische von der chinesischen Volkswirtschaft zu entkoppeln, um den Konkurrenten um die globale Vorherrschaft nicht noch weiter zu stärken. Einen Vorgeschmack darauf, wie groß der amerikanische Druck auf die Verbündeten sein kann, haben die Europäer in der Auseinandersetzung um den Ausschluss des chinesischen Technologiekonzerns Huawei vom Aufbau der 5G Infrastruktur bekommen. Die Trump-Regierung nutzt alle ihr zur Verfügung stehenden Machthebel – von Exportkontrollen für Spitzentechnologien bis zur Drohung mit der Aussetzung von Geheimdienstkooperationen –, um die unwilligen Europäer auf Linie zu bringen. Die Coronakrise hat nun auch in Europa das Bewusstsein für die Verwundbarkeit globaler Lieferketten geschärft. Werden all die Unternehmen, die sich nun nach alternativen Zulieferern umsehen, nach China zurückkehren?

(...) Alles, was der amerikanischen Strategie im Wege steht, wird aus dem Weg geräumt. Dazu gehören auch die Institutionen und Allianzen, die von den Vereinigten Staaten nach dem Zweiten

Weltkrieg gegründet worden waren. Der Systemgarant selbst legt die Axt an die liberale Weltordnung.

China versucht, der amerikanischen Umklammerung durch sein kolossales Seidenstraßenprojekt zu entkommen. Unmittelbares Ziel des Baus der Häfen, Korridore und Eisenbahnlinien ist es, die Unterbrechung der chinesischen Nachschubwege zu verhindern. Doch die chinesischen Milliarden schaffen auch politische Abhängigkeiten quer durch Eurasien. In der Coronakrise demonstriert Pekings Maskendiplomatie den potenziellen Verbündeten, auf wen sie in der Not zählen können.

Chinas Ambitionen reichen aber weiter. Mit der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank, der Shanghaier Kooperationsorganisation und dem umfassenden regionalen Freihandelsabkommen sind bereits die ersten Fundamente für eine chinesische Weltordnung gelegt. Nicht nur Amerikaner und Chinesen ringen um ihren Platz in der globalen Hackordnung von Morgen. Auch Großbritannien, Japan und Australien positionieren sich neu. In Russland und der Türkei, in Iran und Saudi-Arabien, Indien und Brasilien sind Führer an der Macht, die vor allem auf den eigenen Vorteil bedacht sind. Die Konkurrenz zwischen Moskau, Ankara, Riad und Teheran fokussiert meist auf den Mittleren Osten. (...).

Auf der Strecke bleibt inmitten der Großmachtkonflikte der Multilateralismus. Es ist kein Zufall, dass sich die Regierungschefs der zwanzig größten Volkswirtschaften bisher nicht auf eine gemeinsame Linie zur Bewältigung der Coronakrise einigen konnten. Wie gering die Bereitschaft zur Kooperation selbst unter Verbündeten ist, zeigte der amerikanische Präsident, als er die Vereinigten Staaten ohne vorherige Konsultation von Europa abschottete. In Europa wiederum fühlt sich Italien von seinen Partnern im Stich gelassen.

Wie ein Schlaglicht beleuchtet die Coronakrise die geopolitischen, wirtschaftlichen und ideologischen Bruchstellen unserer Zeit. Die Krise hat den Trend zu Deglobalisierung nicht geschaffen, ihre Schockwellen könnten den seit Längerem im Verborgenen wirkenden Verschiebungen jedoch endgültig zum Durchbruch verhelfen.

Die Welt, die aus den Trümmern der Hyperglobalisierung entsteht, könnte in rivalisierende Blöcke zerfallen (...). Die Weltwirtschaft wird weiter vernetzt bleiben. Wohl aber könnten sich Volkswirtschaften unter der Führung eines regionalen Hegemons zusammenschließen, um sich unliebsame Konkurrenten durch inkompatible Normen und Standards, Technologieplattformen und Kommunikationssysteme, Marktzugangsschranken und Infrastruktursysteme vom Hals zu halten.

Auf sich allein gestellt, können die kleinen europäischen Länder in dieser neuen Welt nicht bestehen. Allen populistischen Rufen nach Abschottung, Kontrolle und Souveränität zum Trotz liegt daher der Zusammenhalt Europas im wohlverstandenen Eigeninteresse der europäischen Nationalstaaten. Denn auf dem Spiel steht nicht weniger als die Eigenständigkeit Europas zwischen den großen Blöcken.

Vor allem Deutschland wird sein Wirtschaftsmodell grundsätzlich überdenken müssen. Kürzere Lieferketten, etwa mit Produktionsstätten in Osteuropa, könnten weniger krisenanfällig sein. Um technologisch souverän zu bleiben, muss die europäische Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung viel enger werden. In der Eurobonds-Debatte zeigt sich Berlin bisher aber unwillig, aus dem

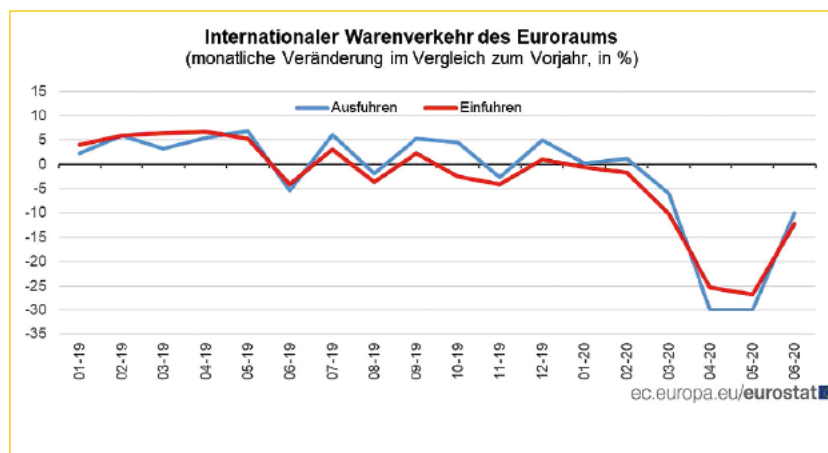
gemeinsamen Markt eine politische Gemeinschaft zu formen. Dahinter steht die Furcht, den Standort Deutschland durch europäische Transfers zu überfordern. In einer deglobalisierten Welt kann es aber keine Exportweltmeister mehr geben. Für das Überleben der deutschen Wirtschaft wird daher der europäische Markt noch wichtiger als bisher. Für den Erhalt des gemeinsamen Währungsraums darf also kein Preis zu hoch sein.

Um aus dem Teufelskreis der stetig wiederkehrenden Krisen auszubrechen, müssen endlich die Ursachen angepackt werden. Seit über einem Jahrzehnt gelingt es der Geldpolitik nicht, die deflationären Tendenzen in den Griff zu bekommen, die wie ein Damoklesschwert über den westlichen Volkswirtschaften hängen. Das kann auch nicht gelingen, denn an der Wurzel der Dauerkrise liegt ein Nachfrageproblem, das mit jeder Null- und Sparrunde immer größer wird. (...) Fällt der Markt aus, muss der Staat einspringen und massiv in die marode Infrastruktur des Gemeinwesens investieren. Das bedeutet aber, nicht nur unsere Demokratie und Gesellschaft, sondern auch die Marktwirtschaft selbst kann sich eine weitere Dekade Austerität nicht leisten.

Auch die treuesten Verfechter der Marktwirtschaft erkennen daher, dass die veränderten geoökonomischen Rahmenbedingungen die Neuausrichtung des Wirtschaftsmodells unausweichlich machen. Das Zeitalter des Neoliberalismus, also des Vorrangs der Marktinteressen vor allen anderen gesellschaftlichen Belangen, kommt so an sein Ende. Ob die neue Weltordnung aber solidarisch, regelbasiert und nachhaltig wird, wird die politischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre bestimmen.

© Der Spiegel, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/corona-krise-das-ende-der-globalisierung-wie-wir-sie-kennen-a-af9f2dd4-f5ce-4402-903f-c6b4949bd562>

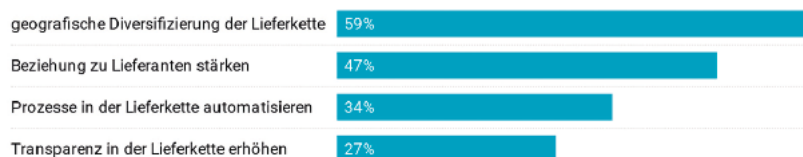
M 3 Wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Krise



© Eurostat, <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10545451/6-14082020-BP-DE.pdf/76cb1414-g6bg-ce50-bf87-f8a1edb70795>

M 4 Umfrage zur Zukunft von Lieferketten

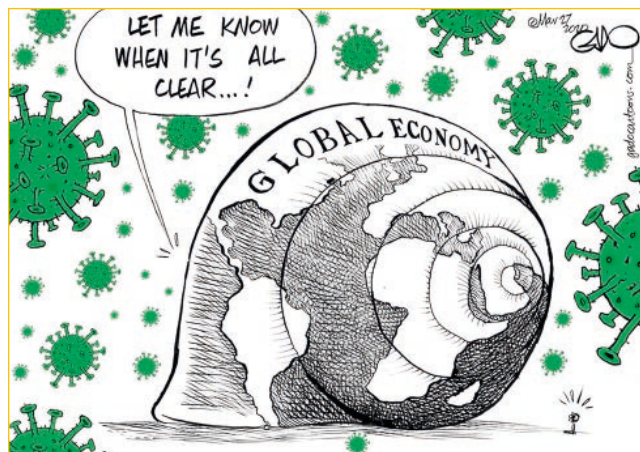
Welche Maßnahmen sind am effektivsten, um Störungen in der Lieferkette in Zukunft zu reduzieren?



Umfrage mit mehr als 1.200 Teilnehmern

Grafik: Anja Ringel • Quelle: Supply Chain Resilience Report 2020 von 3D Hubs • Erstellt mit Datawrapper

© <https://www.produktion.de/wirtschaft/so-veraendert-corona-die-lieferketten-106.html>



© Gado, 2020, <https://www.theelephant.info/cartoons/2020/04/02/global-economy-vs-coronavirus/>

M 6 Das Coronavirus begünstigt die Roboterisierung, Interview von Niklas Záboji, FAZ, 01.03.2020

Záboji: Frau Marin, wird das Coronavirus zum Sargnagel der Globalisierung?

Marin: Alles hängt davon ab, wie lange die Epidemie dauert. Aber es wird reale Effekte auf die globalen Wertschöpfungsketten geben. Denn das Virus wirkt sich insbesondere auf die Entscheidung von Unternehmen aus, Produktion in ihre Heimat zurückzuverlagern, ob es sich also noch lohnt, in einem anderen Land zu produzieren. Die globale Unsicherheit wird noch weiter steigen als ohnehin schon.

Záboji: Sie meinen die Unsicherheit seit Ausbruch der Handelskonflikte?

Marin: Nein, die Phase der Deglobalisierung setzte schon viel früher ein. Mitte der 1990er Jahre haben die Unternehmen in den reichen Industrieländern begonnen, durch die Verlagerung von Produktion in Niedriglohnländer in Osteuropa und Fernost ihre Kosten zu senken. Dazu beigetragen hat neben der politischen Liberalisierung eine Revolution der Transportkosten, die sogenannte Containerisierung. In dieser Phase der Hyperglobalisierung sind die globalen Wertschöpfungsketten regelrecht explodiert. Sie haben zu 60 Prozent dazu beigetragen, dass der Offenheitsgrad der Weltwirtschaft, also das Verhältnis von Ex- und Importen geteilt durch das globale Bruttoinlandsprodukt, gestiegen ist. Mit der Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 ist dieser Prozess abrupt zum Erliegen gekommen.

Záboji: Was ist dann passiert?

Marin: Die Unsicherheit hat massiv zugenommen. Es gibt einen Index, den Stanford-Forscher entwickelt haben, und der zählt, wie oft in den Wirtschaftszeitungen von 150 Ländern das Wort „Unsicherheit“ oder Synonyme davon verwendet werden. Wenn man ihn verknüpft mit einer Datenbank, die die globalen Wertschöpfungsketten erfasst, lassen sich die Einflüsse von Finanzkrise, Eurokrise und Brexit klar erkennen.

Záboji: Aber der Weltwirtschaft ging es doch gar nicht so schlecht in den vergangenen Jahren.

Marin: Richtig, das liegt aber nicht zuletzt daran, dass die Unternehmen verstärkt in Roboter investiert haben. Das taten sie schon vor der Finanzkrise, die Bundesrepublik steht dabei neben Südkorea und Japan an vorderster Stelle: Kam in der deutschen Wirtschaft Mitte der 1990er Jahre ein Roboter auf 1000 Arbeitskräfte, waren es 2014 schon vier. Deutschland ist Weltführer der Roboterisierung.

Záboji: Die Roboterisierung rettet also, was die Turbulenzen der Weltwirtschaft vernichten?

Marin: Gehen wir zunächst noch einmal einen Schritt zurück: Aus Unternehmenssicht ist entscheidend, den Kostenvorteil einer

Verlagerung in ein Billiglohnland – das Verhältnis der Löhne im Billiglohnland zu den Löhnen in der Heimat einschließlich der Transportkosten – mit den Anschaffungskosten eines Roboters zu vergleichen. Die Finanzkrise war ein totaler Schock für dieses Verhältnis: Die Kosten der Produktionsverlagerung sind wegen der gestiegenen Unsicherheit nach der Finanzkrise gewachsen, und das gestiegene Risiko eines Ausfalls macht die Produktion in Lieferketten weniger attraktiv. Zugleich sind die Zinsen und somit die Kreditkosten für die Roboteranschaffung rapide gesunken.

Záboji: Und dieser Effekt war nicht nur von kurzer Dauer?

Marin: Im Gegenteil, das Tempo nimmt immer weiter zu, und Corona wird dieser Entwicklung nochmal einen kräftigen Schub verleihen. Ich gehe davon aus, dass das Coronavirus mindestens dreimal so viel Unsicherheit schaffen wird wie Sars Anfang der 2000er Jahre. Zudem ist die Roboterisierung in Deutschland schon stark vorangekommen, wodurch die Lohnkosten in der Produktion nicht mehr die entscheidende Rolle spielen. Dadurch rechnet sich die Rückverlagerung in das Hochlohnland Deutschland. Zusammen mit der gestiegenen Unsicherheit begünstigt all das die Roboterisierung stark. Zwar hat Erstere die Bereitschaft für jedwede Investition gesenkt, auch die in Roboter – unterm Strich, das zeigen unsere Ergebnisse, schreitet die Roboterisierung aber voran.

Záboji: Sind davon alle Wirtschaftsbereiche erfasst?

Marin: Für den Dienstleistungssektor kann man noch keine klaren Aussagen fällen. In der Industrie sind zahlenmäßig 60 Prozent aller Roboter im Automobilsektor, bei Herstellern und Zulieferern gleichermaßen. Die Rückverlagerung lässt sich jedoch am stärksten in der Chemieindustrie beobachten, gefolgt von der Metall- und der Elektroindustrie. Anekdotisch kann man auch Unternehmen wie den Sportartikelhersteller Adidas und den Spielzeughersteller Märklin nennen.

Záboji: Der Standort Deutschland steht also vor einer Renaissance?

Marin: Wir erleben tektonische Veränderungen in der Weltwirtschaft und, ja, können eine Renaissance der Industrie in Deutschland und in anderen reichen Industrieländern beobachten. Der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung wird steigen, auch wenn dies nicht unbedingt den Beschäftigten zugutekommen wird. Donald Trump und das Coronavirus beschleunigen diese Entwicklung. Aber der eigentliche Auslöser dieser Reorganisation der Weltwirtschaft ist die Finanzkrise der Jahre 2008/2009.

Dalia Marin erforscht an der TU München die globalen Handelsbeziehungen.

© FAZ, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/dalia-marin-coronavirus-beguenstigt-die-roboterisierung-16658544.html>

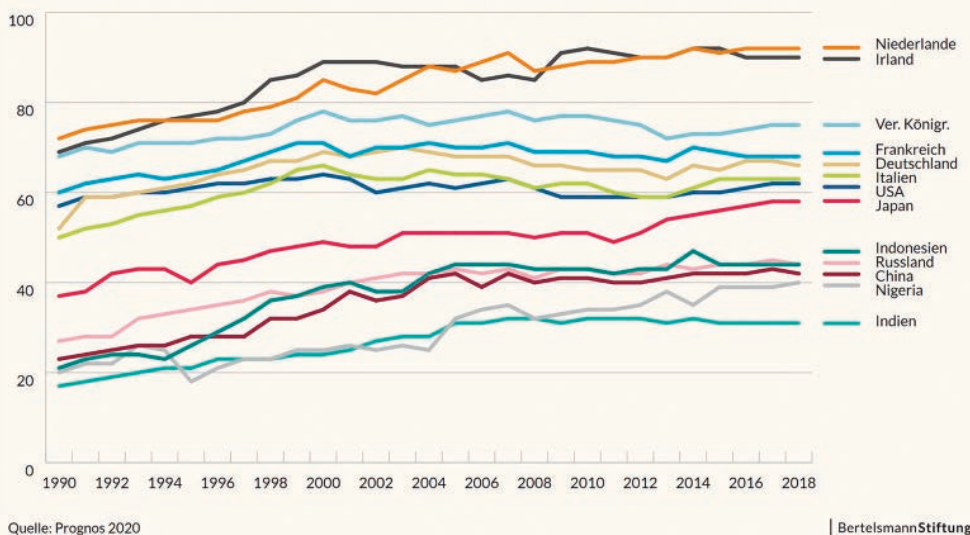
M 7 Globalisierungsreport 2020: Protektionismus ist die falsche Antwort auf Corona – die Globalisierung erhöht den Wohlstand, Bertelsmann-Studie, 10.09.2020

Die Corona-Krise hinterlässt tiefe Spuren in den globalen Warenströmen und Wertschöpfungsketten. Der damit verbundene Rückgang der Globalisierung ist problematisch, denn der internationale Handel und die weltweite Arbeitsteilung haben den Wohlstand in vielen Ländern in den vergangenen knapp 30 Jahren teilweise deutlich erhöht. Das geht aus den Berechnungen der Prognos AG für die neue Ausgabe unseres Globalisierungsreports hervor. Der Report misst anhand eines Globalisierungsindex den Grad der internationalen Verflechtung von 45 Industrie- und Schwellenländern und berechnet auf dieser Basis die aus der Globalisierung resultierenden direkten Wohlstandsgewinne. Alle untersuchten Länder verzeichneten im Zeitraum zwischen 1990 und 2018 Zuwächse beim realen Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner, die sich auf die Globalisierung zurückführen lassen.

Sowohl Industriestaaten als auch Entwicklungs- und Schwellenländer sind dabei Globalisierungsgewinner. Absolut betrachtet

ABBILDUNG 1 Die Globalisierung im Zeitverlauf

Ausprägungen des Globalisierungsindex für ausgewählte Länder



„Der Gesamtindex der Globalisierung setzt sich aus den drei Teilindizes Wirtschaft (Gewichtung: 60 Prozent), Soziales und Politik (Gewichtung: jeweils 20 Prozent) zusammen. Der Teilindex Wirtschaft bildet Indikatoren für grenzüberschreitende Verflechtungen in den Bereichen Güter- und Dienstleistungshandel sowie Lohn Einkommen und Kapitalströme ab. Neben Transaktionsgrößen gehen auch Beschränkungen wie Kapitalverkehrskontrollen in diese Werte ein. Die soziale Dimension umfasst Indikatoren u. a. zur kulturellen Nähe und zu persönlichen Kontakten. Die politische Globalisierung berücksichtigt Aspekte wie die Zahl internationaler Verträge oder die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen.“

haben allerdings vor allem entwickelte Industrienationen von den Globalisierungszuwächsen profitiert. Die größten aus der Globalisierung resultierenden, durchschnittlichen realen Einkommensgewinne je Einwohner und Jahr im Zeitraum von 1990 bis 2018 zeichneten Japan (rund 1.790 Euro), Irland (rund 1.610 Euro) und die Schweiz (rund 1.580 Euro). Deutschland belegt mit einem durchschnittlichen Plus von 1.110 Euro pro Jahr und Kopf den siebten Platz. Am unteren Ende der Skala finden sich dagegen die großen Schwellenländer wie Brasilien, Russland und China. Die durchschnittlichen, globalisierungsbedingten BIP-Zuwächse liegen hier pro Jahr und Einwohner lediglich zwischen 95 und 136 Euro. Die niedrigen absoluten Gewinne in diesen Ländern resultieren vor allem aus dem geringen Ausgangsniveau des BIP pro Kopf zum Startpunkt der Messung 1990. Deshalb schneiden Industrieländer, die schon damals ein hohes Pro-Kopf-Einkommen aufwiesen, bei den absoluten Zuwächsen besser ab. Relativ betrachtet holen viele Schwellenländer und junge Marktwirtschaften allerdings stark auf. Die Dynamik spiegelt sich in den zwischen 1990 und 2018 insgesamt erzielten globalisierungsbedingten Einkommensgewinnen in Bezug auf das reale Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner des Jahres 1990. Diese Einkommensgewinne entsprechen in China 618 Prozent – das heißt, das Einkommen pro Kopf ist alleine durch die Globalisierung in den vergangenen drei Jahrzehnten um mehr als das Sechsfache gestiegen. Auf den nächsten Plätzen folgen

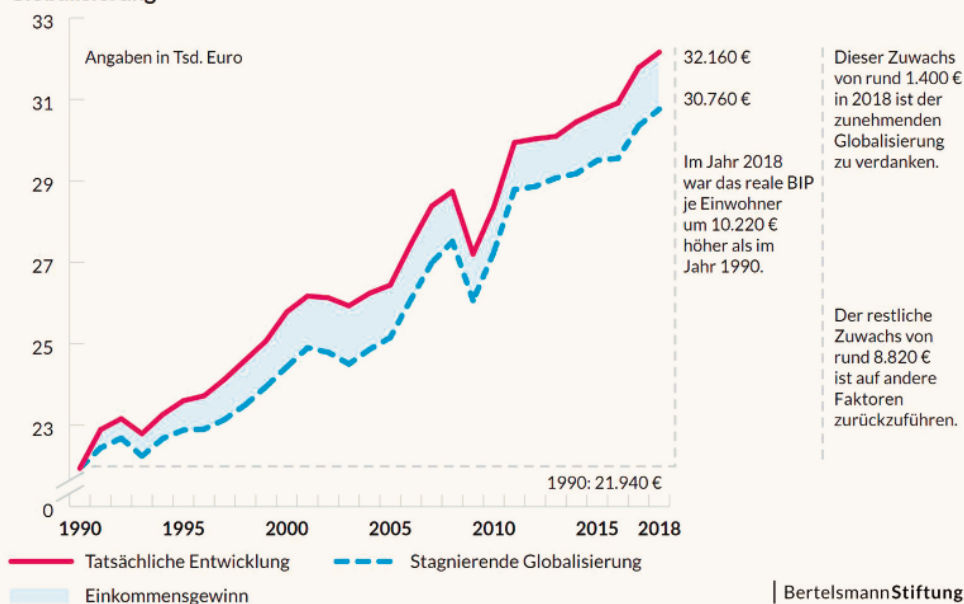
Indonesien (373 Prozent), Polen (366 Prozent), Ungarn (352 Prozent) und Chile (339 Prozent). Zum Vergleich: Deutschland belegt hier mit einem Zugewinn von 142 Prozent nur den 23. Platz.

Die Globalisierung darf jedoch nicht nur anhand ihrer monetären Gewinne bewertet werden, sondern auch mit Blick auf ihre Folgen für den gesellschaftlichen Fortschritt. Um einen Zusammenhang zwischen Globalisierung und Nachhaltigkeit zu messen, haben die Autoren des Reports daher einen Index mit einer Skala von 0 bis 100 entwickelt, der sich an ausgewählten Nachhaltigkeitsindikatoren der „Sustainable Development Goals“ der Vereinten Nationen orientiert. Den Berechnungen zufolge ist die soziale Nachhaltigkeit in allen betrachteten Ländern im Untersuchungszeitraum gestiegen: von einem durchschnittlichen Indexwert von 62 im Jahr 1990 auf 81,5 im Jahr 2018 – ein Plus von 19,5 Punkten.

Zugleich zeigt sich, dass stärker globalisierte Volkswirtschaften wie die Niederlande, Belgien und Irland einen höheren Wert für die soziale Nachhaltigkeit aufweisen als weniger globalisierte Volkswirtschaften.

Die aus der Globalisierung resultierenden Zuwächse beim BIP geben Staaten zusätzlichen Spielraum, um die Lebensbedingungen ihrer Bürger:innen zu verbessern. „Stärker globalisierte Staaten können die Gewinne der Globalisierung zum Beispiel für Fortschritte in der Gesundheitsversorgung oder Bildung nutzen“, erläutert Thomas Rausch, unser Experte für internationale Beziehungen. Daher sei es umso wichtiger, dass Länder,

Entwicklung des realen BIP je Einwohner in Deutschland mit und ohne voranschreitende Globalisierung



© Beide Grafiken entstammen der Bertelsmann-Publikation

die bisher weniger an der Globalisierung teilhaben, stärker von ihr profitieren.

Wie die Berechnungen zeigen, profitiert die Weltwirtschaft deutlich von der Globalisierung. „Die Antwort auf die wirtschaftlichen Verwerfungen der Corona-Krise darf daher keinesfalls Protektionismus sein“, sagt Thomas Rausch. Schon jetzt sei jedoch zu beobachten, dass einzelne Staaten weitere Handelshemmnisse einführen und Umweltstandards abbauen. Rausch weiter: „Die aktuellen Abschottungstendenzen sehen wir mit großer Sorge. Denn der Versuch, die Globalisierung zurückzudrehen, würde mit Wohlstandsverlusten für alle Länder einhergehen.“

Es ist noch zu früh, die Auswirkungen des globalen Wirtschaftseinbruchs durch die Corona-Pandemie detailliert zu berechnen, da für das Jahr 2020 kaum belastbare Daten verfügbar sind. Um dennoch einen Anhaltspunkt zu liefern, haben die Autoren der Studie am Beispiel von Deutschland zunächst geprüft, welche Indikatoren im Globalisierungsindex von der Pandemie betroffen sind – zum Beispiel durch unterbrochene Lieferketten oder einen Rückgang des Tourismus. Im nächsten Schritt wurde auf Basis verschiedener Prognosen von renommierten Institutionen wie der OECD geschätzt, wie stark diese Indikatoren im Wert zurückgehen werden. Auf Grundlage des angepassten Globalisierungsindexwertes für Deutschland für 2018 (dem letzten Erhebungsjahr

des Globalisierungsreports) wurden die globalisierungsbedingten Einkommenszuwächse für Deutschland neu berechnet. Den Schätzungen zufolge würden sich – auf Basis des Jahres 2018 – die globalisierungsbedingten Einkommensgewinne je Bundesbürger durch die Pandemie um 100 bis 500 Euro für ein Jahr verringern. In der Frage nach der angemessenen Reaktion auf die Pandemie hält es Thomas Rausch in der gegenwärtigen Krise zwar für angebracht, Lieferketten zu überprüfen und Abhängigkeiten in sensiblen Industriebereichen zu reduzieren. Die Globalisierung eröffne jedoch auch viele Wege, um eine Krise besser zu meistern – zum Beispiel, indem sie Unternehmen die Möglichkeit bietet, auf inländische Angebots- oder Nachfrageeinbrüche zu reagieren. „Auch in der Corona-bedingten Rezession sollten die Entscheider in Wirtschaft und Politik darauf hinwirken, die Rahmenbedingungen und Standards der Globalisierung weiter zu verbessern. Zum Beispiel, indem sie sich für eine faire Reform der Welthandelsordnung einsetzen. Denn nur eine gleichberechtigte Teilhabe aller Länder am freien Handel kann für breiten Wohlstand sorgen“, betont Rausch.

© Bertelsmann-Stiftung, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2020/september/protektionismus-ist-die-falsche-antwort-auf-corona-globalisierung-erhoeht-den-wohlstand>

»Ansichtssache(n)!«



„Ansichtssache(n)!“ - 100 Zeichnungen und Fotos zu Demokratie und Grundrechten

Das Kartenset veranschaulicht in 100 Zeichnungen und Fotos im DIN A4-Format die Bedeutung von Demokratie und Grundrechten. Eignet sich auch für die Verwendung in der inklusiven politischen Bildung. Es regt zu Diskussionen an, die weder abstrakt noch kompliziert sind und eignet sich für Schule, Jugend- und Erwachsenenbildung.

Bestellung: 17,50 EUR (zzgl. Versand)

Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung:
www.lpb-bw.de/shop

lpb
BW

D&E-Autorinnen und Autoren – Heft 80

»Wirtschaftspolitik in Zeiten von Corona«



Abb. 1 Prof. Dr. Gustav Horn, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Duisburg-Essen



Abb. 2 Prof. Dr. Barbara Thiessen, Professorin für Soziale Arbeit und Gender Studies an der Hochschule Landshut



Abb. 3 Miriam Dross LL.M, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU)



Abb. 4 Prof. Dr. Claudia Kemfert, Professorin für Energiewirtschaft und Energiepolitik an der Leuphana Universität Lüneburg, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, seit 2016 Mitglied des SRU



Abb. 5 Gregor Jaschke, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Sachverständigenrat für Umweltfragen



Abb. 6 Dr. Jürgen Schaaf, Advisor to the Senior Management, DG Market Infrastructures and Payment Systems bei der EZB



Abb. 7 Dr. Markus Demary, Senior Economist für Geldpolitik und Finanzmarktökonomik, Institut der deutschen Wirtschaft (IW)



Abb. 8 Prof. Dr. Dr. h.c. Karl-Heinz Paqué, Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit © photothek_thomas-imo____4096-2635-max"



Abb. 9 Ralf Engel, Studiendirektor, Chefredakteur D&E, Fachberater für Gemeinschaftskunde, Wirtschaft/WBS am ZSL, Mörike-Gymnasium Göppingen

Die Zeitschriften der Landeszentrale für politische Bildung



Für alle, die mehr wissen wollen...

Die Zeitschriften der Landeszentrale für politische Bildung BW

- **BÜRGER & STAAT** – Zeitschrift für Multiplikatoren politischer Bildung,
Abonnement: 4 Hefte/Jahr 12.80 Euro, www.buergerimstaat.de
- **POLITIK & UNTERRICHT** – Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung,
Abonnement: 4 Hefte/Jahr 14 Euro, www.politikundunterricht.de
- **DEUTSCHLAND & EUROPA** – Zeitschrift für Politik, Geschichte, Deutsch, Geografie und Kunst,
Abonnement: 2 Hefte/Jahr 6 Euro, www.deutschlandundeuropa.de

Bestellung oder Download als PDF, kostenlos (ab 500 g zzgl. Versand). Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale: www.lpb-bw.de/zeitschriften.html

LpB-Shops/ Publikationsausgaben

Stuttgart

Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart
Telefon: 07 11/16 40 99-0

Öffnungszeiten:

Mo–Do 9 bis 12 Uhr
13 bis 15.30 Uhr

Fr 9 bis 12 Uhr

Außenstelle Freiburg

Bertoldstraße 55
79098 Freiburg
Telefon: 07 61/2 07 73-0

Öffnungszeiten:

Di/Do 9 bis 17 Uhr

Außenstelle Heidelberg

Plöck 22
69117 Heidelberg
Telefon: 0 62 21/60 78-0

Öffnungszeiten:

Di/Do 10 bis 17 Uhr

Mi 13 bis 17 Uhr

Schlussstriche und lokale Erinnerungskulturen

Die „zweite Geschichte“ der südwestdeutschen Außenlager des KZ Natzweiler seit 1945

Marco Brenneisen

Marco Brenneisen

Schlussstriche und lokale Erinnerungskulturen

Die „zweite Geschichte“ der südwestdeutschen
Außenlager des KZ Natzweiler seit 1945



lpb
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Marco Brenneisen legt eine umfassende Darstellung der „zweiten Geschichte“ der südwestdeutschen Natzweiler-Außenlager vor, in der er den gesellschaftlichen, politischen, administrativen und historiographischen Umgang mit diesen Orten des Terrors seit der Besatzungszeit analysiert.

Er zeichnet Phasen und Zäsuren der Aufarbeitung und des Gedenkens nach und nimmt geschichts- und erinnerungspolitische Auseinandersetzungen auf lokaler und regionaler Ebene in den Blick.

Aus der Zusammenschau dieser spezifisch lokalen Erinnerungskulturen entsteht ein differenziertes Bild, das zum besseren Verständnis der heutigen Gedenkstättenlandschaft Baden-Württembergs beiträgt.

6.50 Euro zzgl. Versand, Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung: www.lpb-bw.de/shop
E-Book (kostenlos) unter www.lpb-bw.de/e-books.html

lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Druckausgaben neuerer Hefte können Sie (auch im Klassensatz) im Webshop der Landeszentrale **www.lpb-bw.de/shop** bestellen. Die Hefte sind kostenlos. Ab einem Sendungsgewicht von 500 g wird eine Versandkostenpauschale berechnet. Keine Bestellung per Telefon, Post, Fax oder E-Mail.

Privat-Abonnements (zwei Ausgaben pro Jahr im April und November) können für 6,00 Euro bestellt werden bei Redaktion »Deutschland & Europa«, sylvia.roesch@lpb.bwl.de.



Die Ausgaben der Zeitschrift finden Sie im Internet zum kostenlosen Download auf der Seite **www.deutschlandundeuropa.de**